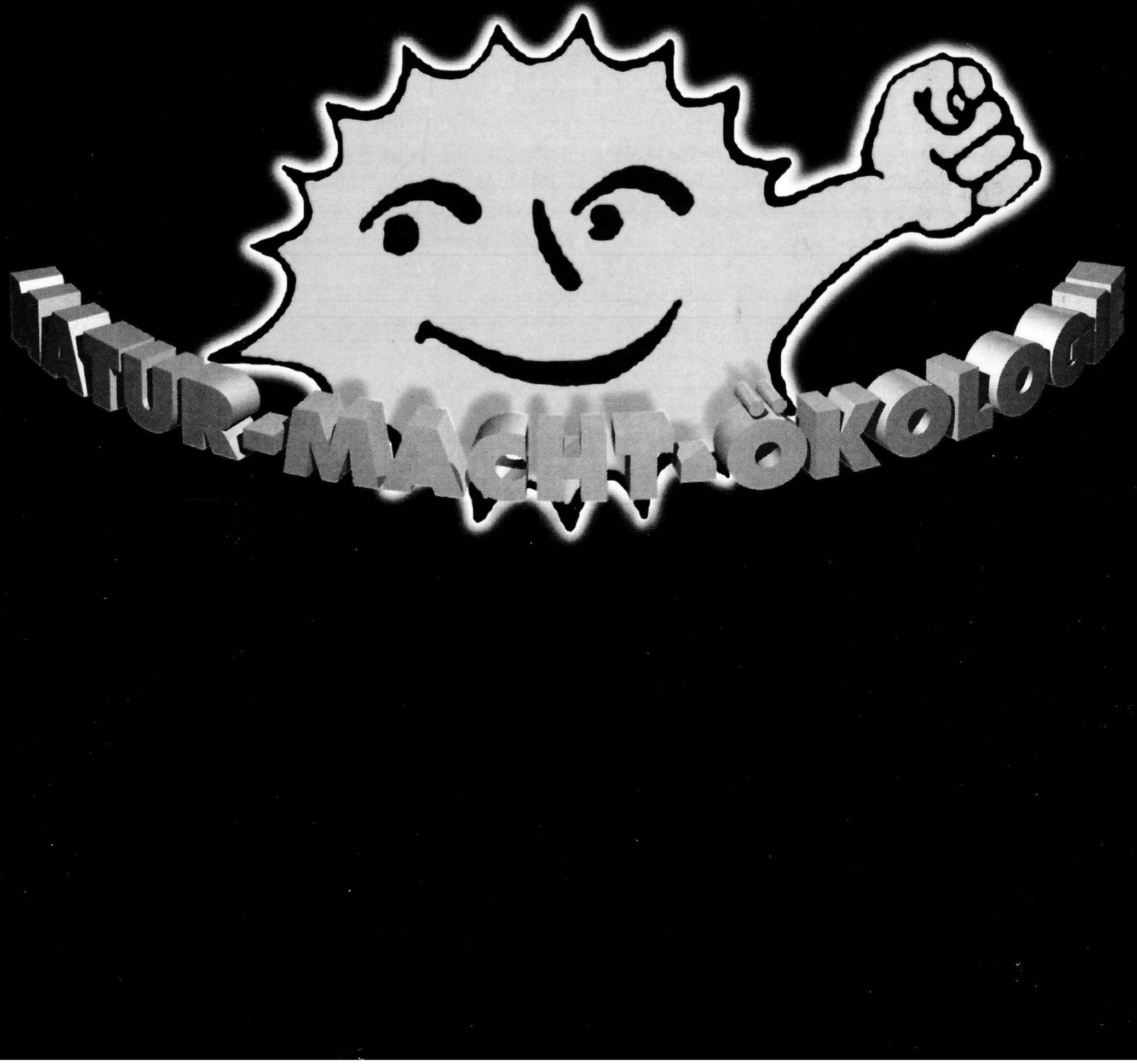
links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Wahlkämpfer
Polizeischelte
FSK



Offenbach Nr. 314/315 28. Jahrgang W: DM 13,– / Ö: DM 10,– Juli/August '96

editorial

links 7/8.96

Es sei die „größte Demonstration in der Geschichte des Gewerkschaftsbundes“ gewesen, kommentierte DGB-Chef Schulte erleichtert den angereisten Protest in Bonn am 15. Juni und legte damit offen, worum es ihm und seinen Bewegungsstrategen im Kern gegangen ist: der in mancherlei Hinsicht fragwürdig gewordenen Existenz seiner Großorganisation Legitimation zu verschaffen. Genau diese gerät ihr – bislang – mehr und mehr abhanden. Da mochten Vorsitzende noch so lange beflissen um Runde Tische hüpfen, bzw. sich den Standort-Sichernden, nicht nur verbal, als die besseren Modernisierer andienen: über den Tisch gezogen wurden sie allemal. Nachdem der Kotau vorm hegemonialen Kanzlerblock wenig brachte, lautete die Parole nun: Weg vom Kanzler- bzw. Katzentisch, hinein in den Hofgarten. Auch oder gerade weil die Stimmung an der berühmten „Basis“ ein wenig kampfeslustiger zu sein scheint, achten die Mit-Hüter „unseres Sozialstaates“ um so genauer darauf, daß nur ja niemand aus dem kompromißlerischen Ruder läuft. Buhlten die Top-Funktionäre bislang darum, den nationalen Konsens in Elefantenrunden mitschmieden zu dürfen, sollte diesmal versucht werden, selbigen von unten zu organisieren. Motto: Hofhalten im Hofgarten. Das gewerkschaftliche Muskelspiel auf der Bonner Wiese, samt seiner diffus-hemdsärmeligen „Wir sind das Volk“-Rethorik, sollte in diesem Sinne – trotz aller Kritik – ruhig auch als Machtdemonstration verstanden werden. Nur: mächtig protestiert wurde weniger gegen Sozialabbau als für Gewerkschaftspolitik. Was eben nicht dasselbe ist. Während 350.000 DemonstrantInnen der Bonner Regierung artig die gewerkschaftliche Auffassung von „Ya basta!“ („Es reicht!“) zuriefen oder besser zujubelten, wurde vor allem im Vorfeld der Demo-Organisation klar, mit wem die Gewerkschaften Bündnisse eingehen – und mit wem nicht. Auch dies eine machtvolle Demonstration, nämlich daß man beim „Bündnis für Arbeit“ keinen Spaß verstehe, bzw. keine Kritik vertrage, insbesondere nicht von links. Ganz so kritisch, wie das „Bündnis Sternmarsch“ wollte man nun doch nicht sein und kündigte von Gewerkschaftsseite kurzfristig die vereinbarte Kooperation auf, wegen befürchteter gewerkschaftskritischer Äußerungen. Da schert es auch niemanden mehr, daß besagtes „Bündnis Sternmarsch“ – ein Zusammenschluß verschiedener linker Gewerkschafter, autonomer Gruppen, Arbeitlosen- und Sozialhilfe-Initiativen – schon seit längerem und vor dem DGB zum Marsch auf Bonn aufgerufen hatte. Allein der DGB-Pressearbeit sollte Erfolg beschieden sein, das „Bündnis“ geriet zur Marginalie, nicht zuletzt deshalb, weil die Chance der Arbeitnehmerorganisation, sich als Protestbewegung von unten zu stilisieren, von oben generalstabsmäßig umgesetzt wurde. Auch insofern wurde damit die Idee, in Bonn gegen die Sparpläne der Bundesregierung zu protestieren und dabei die Schulterschluß-Rethorik des hegemonialen Konsenses zu unterlaufen, erfolgreich verhindert.

Bündnisse der etwas anderen Art versucht derweil der Verfassungsschutz (VS) in Mecklenburg-Vorpommern zu schmieden. Ein gewisser Paul Bolle, Leiter der Kurverwaltung eines Badeortes auf Rügen, wurde Anfang Juni von einer Mitarbeiterin des Verfassungschutzes darum gebeten, für den Fall, daß „Buntgescheckte“ bzw. „direkt Linke, so, die so’n bißchen lange Haare haben“ am Ferienort auftauchen, sofort Meldung zu erstatten. Die Schnüffelbehörde wollte diese Meldepflicht als kooperative „Präventivmaßnahme“ verstanden wissen. Öffentlich wurde das ganze, weil besagter Bolle – und einige andere Angefragte – gewünschtes Denunzieren nicht mit-, sondern lieber publik machen wollten. Man wandte sich an die Bündnisgrünen im Schweriner Landtag. Dort wurde die Angelegenheit zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen. Und so sicher wie „lügen“ sich auf „Rügen“ reimt, bestritt der Schweriner Innenminister Rudi Geil (CDU), daß es solch ein Ansinnen der Verfassungschutzbehörde je gegeben habe. Pech für ihn, daß plötzlich ein Tonbandmitschnitt des Babke-Bolle-Talks in Umlauf gebracht wurde – man hat schließlich ein Händchen für Skandälchen. Nun wurden die Behörden erst richtig rührig. Zivilbeamte des LKA Mecklenburg-Vorpommern durchsuchten Büroräume und eine Privatwohnung der Bündnisgrünen, in deren Besitz sich das Band bis dahin befand. Die Aufzeichnung wurde beschlagnahmt, Begründung: Gefahr im Verzug. Gefahr wohl vor allem für die heimlichen Anwerbeversuche des VS.
Ziel des Anwerbeversuches sei nur gewesen, Rügener Zeltplatzbetreiber „zu sensibilisieren“, so Siegfried Friese, Vorsitzender der Schweriner Innenausschusses. Die mittlerweile als „Babke-Bolle-Affäre“ (*junge Welt*) gehandelte Sensibilisierungsaktion wird wohl in erster Linie die Damen und Herren vom VS für verschwiegeneres Vorgehen sensibilisiert haben. Deren Versuch, „verdächtige Campingurlauber aus dem linken Spektrum“ zu beobachten, darf zwar getrost als Indiz für saisonale Einflüße auf die Fahndungsmethoden des Bespitzelungsapparats gewertet werden. Aber er belegt vor allem eines: Nicht nur Pärchen fahr’n nach Rügen.

In eigener Sache: Die letzte *links* erschien aus nicht vorhersehbaren produktionstechnischen Gründen leider erst sehr spät. Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen LeserInnen für die entstandene Verzögerung entschuldigen. Besonders ärgerlich war in diesem Zusammenhang, daß die für den 23. Mai angekündigte Heftkritiksitzung in vielen Fällen mit dem Datum der Postzustellung der *links* identisch war – bestenfalls. Auch dies bedauern wir.
Desweiteren weisen wir darauf hin, daß das *links*-Büro vom 5.7. bis einschließlich 5.8. geschlossen ist. In dringenden Fällen besteht die Möglichkeit, sich an die KollegInnen der *widerspüche*- oder *express*-Redaktion zu wenden. Die Anschrift bzw. Telefonnummer ist die gleiche.
Um den oben angesprochenen Verzögerungen vorzubeugen, jedoch in erster Linie um der verdienten Sommerpause Rechnung zu tragen, wird die nächste Heftkritik erst am 26. September, um 19.30 Uhr im Frankfurter Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, stattfinden. Zur Diskussion steht dann zugleich, neben dem vorliegenden Juli/August-Heft, die bis dahin fertiggestellte September/Oktober-Nummer.

die redaktion

Impressum

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06 Fax: 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Stefan Armborst, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Roland Hamel, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Gottfried Oy, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Joachim Hirsch, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Meyer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Bernd Röttger, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick

STÄNDIGE MITARBEITERINNEN: Robert Detobel (Frankfurt), Colectivo *La Guillotina* (Mexico),Rosi Karges (Berlin), Holm-Detlev Köhler (Spanien), Felix Schneider (Frankfurt)

REDAKTIONSBÜRO: Thomas Kunz, Gottfried Oy

VERLAG UND VERTRIEB: Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5-7, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Gestaltung: Gunnar Lieb

LAYOUT: Thomas Kunz, Birgit Letsch, Gottfried Oy

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich, 6 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Sept./Okt.-Ausgabe: 15. August 1996

BEZUGSBEDINGUNGEN: Doppelheft W: DM 13,– / O: DM 10,– Jahresabo W: DM 75,– / O: DM 50,– incl. Versand. Luftpostpreise auf Anfrage. Ermäßigtes Abo DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.
Abbestellungen müssen spätestens bis 30.09. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar gezahlt. Texte sollten auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 HD-Diskette (bitte ohne eingebaute Fußnoten) eingeschickt werden.
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 10.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habenahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

4 Na und?
Ein Kommentar der autonomen I.u.p.u.s.-gruppe zur Asyl-Entscheidung des BVG

5 Abgeschobenes Grundrecht
Ein Verfassungsgericht dankt ab. Von Wolf-Dieter Narr

8 Befreiungskampf der Bundeswehr
Andreas Buro über die Mörder in Uniform

10 Gesundheitspolitik in Bewegung
Matthias Wismar über das Ende des Solidarprinzips

12 Neuer Internationalismus?
Stefan Armborst über die Berliner Konferenz gegen Neoliberalismus

14 Ein 'Kommunist' wird Präsident
Rußland nach der Wahl. Von Heinz Brakemeier

16 Rußland und die Präsidentschaftswahlen
Kampagnen, Alltag und Absurditäten. Von Dennis Jdanoff und Albert Scherr

19 Der Mythos Friedensprozeß
Teil 1 einer dreiteiligen Artikelserie zum Palästina-Konflikt. Von Sabah J. Mohamed

N A T U R – M A C H T – Ö K O L O G I E

22 Natur – Macht – Ökologie
Redaktionelle Vorbemerkungen zum Schwerpunkt

24 Von den „Grenzen des Wachstums" zum „Wachstum der Grenzen"
Christoph Görg über Wandlungen des ökologischen Protestes

27 Die Nacht ist nicht nur zum Schlafen da
Proteste gegen Atomanlagen in der BRD. Von Jörg Lauterbach

29 Das ökologische Warenhaus
Kulturindustrie und Öko-Bewegung. Von Oliver Brüchert

32 Weder Katastrophe noch Versöhnung
Steffen Becker u. Ulrich Brand über Konturen eines metropolitanen Öko-Kapitalismus

35 Nachhaltigkeit und Macht
Zur Kritik von Sustainable Development. Von Roland Hamel

37 *tellerwäscher*
❶ Malen nach Buchstaben ❷ Welt der Technik ❸ Antifa ❹ Unabsteigbar ❺ Ein Wintermärchen ❻ centers & guards ❼ Unterstützungshandlungen ❽ Aufgetaucht ❾ Ost-West-Schaustück ❿ Glitzerwelten

43 Euphorie, Mythen und Realität
Jens Winter über „Zivilgesellschaft", „indigene Tradition" und polit-ökonomische Transformation in Mexiko

46 Das nächste Schwammwort
„Global Governance": Regulierung ohne Regierung? Von Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater

49 Polizei
Matthias Proske über eine diskriminierende Organisation

52 Opfer gesucht und gefunden
Der Rassismus der Polizei. Von Thomas Höhne

55 Flowerkraut
FSK im Gespräch mit Thomas Kunz & Gottfried Oy

AUTONOME L.U.P.U.S.-GRUPPE

Na und?

Ein Verfassungsgericht bestätigt eine Grundgesetzänderung

Somit ist beim Thema Asyl alles getan. Die letzte Instanz bürgerlicher Moral, zugleich der letzte Hoffnungsträger couragierter Menschenrechtler und anderer beunruhigter Deutscher hat die Erwartungen nicht erfüllt. Ob das nun schlecht ist, weil etwas Kosmetik in praxi immer auch einer handvoll Flüchtlingen zugute käme, oder ob das gut ist, weil damit der Nimbus dieser Instanz, die krassesten Verfassungsbrüche des autoritären Staates zu korrigieren, dahin ist, mögen andere entscheiden. Es ist so müßig wie die Häme über ZeitgenossInnen, die zuvor noch Jesuskreuze in bayrischen Klassenzimmern anführten und hofften, obgleich es doch eine linke Zierde ist, böse Analysen gutem Glauben vorzuziehen.

Ankündigungen gab es genug. Deutlicher noch als die Drohungen Kanthers, schlechtenfalls ende der „innere Frieden" – eine dermaßen offene Andeutung seiner unmittelbaren Verfügungsmacht über „Skinheadbuben" würden wir uns nie trauen – war der justizpolitische Umgang mit Lübeck. Daß höhere Stellen im Apparat die dortige Staatsanwaltschaft, trotz der öffentlich gewordenen eklatanten Widersprüche zur derzeit opportunen Version der Entstehung des Brandes, gewähren lassen, dokumentiert den politischen Fortschritt beim Thema Asyl. Glaubwürdiger als weitere Ankündigungen des Durchgreifens gegen „rechte Splittergruppen" ist, keine mehr wahrzunehmen, besser als Diplomatie helfen Ermittlungsergebnisse „dem Ansehen Deutschlands im Ausland" und ein Prozeß gegen Safwan Eid ist billiger als Programme „gegen Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt."

Vor einigen Jahren bildete der Brandtod von Flüchtlingen, die sich nichts weiter hatten zu Schulde kommen lassen, eine symbolische Grenze. Gegenüber irregulären Tötungshandlungen aus der Bevölkerung wurde lautstark an das Verfügungsgewaltmonopol des Staates über Flüchtlinge erinnert. Die diskursive Macht der Lichterketten artikulierte sowohl den Anspruch auf Schutz (vor faschistischen Brandanschlägen), wie den auf Lösung (des „Asylproblems"). Eine publizistische Verarbeitung, bei der das Verständnis für die Motive der Täter von selbst entstand. Lübeck symbolisiert die Überwindung dieses Rests an Ambivalenz. Nach der „Lösung" via Grundgesetzänderung wird ein etwaiger Anspruch auf „Schutz" unterlaufen, indem schon die Statuierung als Opfer verweigert wird. Auch hier ist der Streit eher akademischer Natur, ob das eine „höhere" Manipulation der „Wirklichkeit" darstellt, als seiner Zeit die Behauptung, rechter Terror und staatliche Flüchtlingspolitik seien zwei verschiedene Paar Schuhe.

Das Bundesverfassungsgericht erklärt nun den Asyl-Kompromiß für verfassungsgemäß. Der „Kompromiß" verweist auf den Streit und das „Gericht" auf die Gewaltenteilung. Der parlamentarischen Demokratie ist damit Genüge getan, und das ist keine Ironie. Das Grundgesetz ist ein Katalog von Angeboten und im Zuge kapitalistischer Umwälzungen entstehen Zwänge. Näheres, insbesondere die Vermittlung, regelt der bürgerliche Staat. Wer sich hinstellt und Grundrechte als Juwelen oder dergleichen anspricht, verkennt ihr Wesen. Es sind bessere Plastikspielzeuge: Man hat viel Mühe sie zu kriegen, zu häufig oder von den Falschen in Anspruch genommen, werden sie von den Eltern wieder ausrangiert. Gefallen lassen kann man sich das nicht, aber das Malheur ist die Struktur als solche.

Eine Flüchtlingspolitik, die keine Politik gegen Flüchtlinge ist, kann sich der Staat nicht erlauben. Prizipiell nicht und das Geld wird auch woanders gebraucht. Alle haben das verstanden. Bewegungen, die aus humanitären Erwägungen das „Menschenrecht auf Asyl" geltend machen, werden sich immer an der Frage abarbeiten müssen, wer das bezahlen soll, bevor dann die Rede auf die kulturelle Überfremdung kommt. Bei letzterem steht man/frau gegen völkische Selbstverständlichkeiten, bei ersterem gegen die wirtschaftliche Vernunft. Soviel gute Argumente auf der Habenseite macht andere munter. Da bewirbt der Sicherheitsapparat seine Maßnahmen anläßlich der Newroz-Feiern als gelte es mit der R-Aktie an die Börse zu gehen: Unterbindungsgewahrsam für „bekannte" KurdInnen, Kontrolle von Dunkelhäutigen, Platzverweise für Südländer, Festnahmen sowieso; die Innenminister der Länder wetteifern um die Autoritäts-Dividende. Der lange Jahre Polizeiaktivitäten folgende kritische Nachklapp im Magazin des Herrn mit der vertrauenerweckenden Ruhe ist ersetzt durch die lauthalse und detailreiche Ankündigung der äußersten Entschlossenheit schon am Vormittag.

Die verschärfte Situation treibt mehr und mehr Flüchtlinge in die Illegalität und die ist bekanntlich ein Standortnachteil, der schonmal zur Hinrichtung durch die Konkurrenz führt. Und weil alles eine Bedrohung darstellt, lebende Flüchtlinge, tote, inhaftierte und weitgehend unsichtbare, wird auch die nächste Leiche einen Anlaß für raschere Abschiebung abgeben. Die Idee der Hygiene. Das Asyl ist als Grundrecht erledigt, weitere Verschärfungen im Detail stehen aus. Politisch dagegenzuhalten heißt, die verbindende Grundlage der politisch Streitenden – gemeinhin Kapitalismus, Sauberkeit, Demokratie, Deutschland – in Frage zu stellen. Schwerlich ist dieses Unterfangen in der Lage, die Träume des Herrn Kanthers zu besiedeln. Aber Flüchtlingsunterstützung und Projekte illegaler Unterbringung müssen ja auch ohne Perspektive auskommen. ●

WOLF-DIETER NARR

Abgeschobenes Grundrecht

Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts hat am 14. Mai 1996 für Recht erkannt, daß Art. 16a Abs. 2 GG rundum mit dem Grundrecht „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" übereinstimme. Wer aus als sicher erklärten Drittstaaten flieht, hat keine Asylchance in der Bundesrepublik; daß Art. 16a Abs. 3 GG gleicherweise das Grundrecht „politisch Verfolgte genießen Asylrecht" nicht gravierend einschränke. Wer aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland anreist, kann im Flughafen bzw. an der Grenze verfahrenslos zurückgeschoben werden; daß Art. 16a Abs. 4 GG das Grundrecht „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" nicht beschneide. „Offensichtlich unbegründete" Asylbegehren bedürften nicht des üblichen Verfahrensschutzes; die sog. Flughafenregelung bedeute keine Freiheitsentziehung.

Das ist mehr als eine skandalöse Entscheidung. Urteile des Bundesverfassungsgerichts verdienten auch früher schon Kritik. Nicht, weil sie dem einen oder anderen Interessenten insbesondere unter den etablierten Mächten nicht in den Kram passten. Vielmehr waren Urteile kritisierenswert, weil ihnen ein problemangemessenes Grundrechts- und Demokratieverständnis mangelte. Nicht selten trat das Verfassungsgericht als Ersatzgesetzgeber auf. Man denke nur an die Urteile zur lebenslangen Freiheitsstrafe, das Urteil zum Berufsverbot, die diversen höchst interessierten und inkompetenten Einlassungen des Gerichts zum § 218 StGB, das sog. Hochschulurteil und das kurz zurückliegende Urteil zu Bundeswehreinsätzen.

Daneben gibt es indes auch Urteile, die den an sie gestellten Forderungen eher genügen. Sie profilierten die Rolle, die das Verfassunsgsgericht im System der Gewaltenteilung insbesondere gegen eine ausufernde Exekutive spielen kann. Man denke nur an die verfassungsgerichtliche Kür des „informationellen Selbstbestimmungsrechts"; daran, daß das Bundesverfassungsgericht Art. 8 II GG, also das Demonstrationsrecht in seiner zentralen demokratischen Bedeutung insgesamt trefflich begründet hat oder jüngst an das sog. Kreuz-Urteil.

Summa summarum: Die Entscheidungen des Verfassungsgerichts kennzeichnet über die Jahrzehnte hinweg eine doppelte Ambivalenz: Zum einen werden die Verfassungsrichter ihrer prinzipiellen Aufgabe, die grundlegenden Normen der Verfassung insgesamt zu schützen und sie nicht bis zur Unkenntlichkeit verwässern zu lassen, nur ab und an gerecht. In ihren Urteilsgründen verheddern sie sich nicht selten selbst bei insgesamt akzeptablen Urteilen im vorgrundrechtlichen und vordemokratischen Morast exekutivischer Staats- und Strafrechtslogiken. Zum anderen erfüllt das Bundesverfassungsgericht seine Funktion im Rahmen der Gewaltenteilung nur zum Teil.

Die Entscheidung vom 14. Mai 1996 bedeutet mehr als ein neues skandalöses Fehlurteil. Es signalisiert ein Strukturdefizit. Die nun „wieder"-(!)vereinigte Bundesrepublik, die Nachfolgerin des nationalsozialistischen Deutschlands, hat die in ihrer Verfassung schon allzu sparsam normierte Botschaft, Grund- und Menschenrechte zu verwirklichen, im Prozeß der „Normalisierung" taub werden lassen. Und das zuerst und besonders, indem ein grundrechtliches Juwel des Grundgesetzes, Art. 16 II GG, seit 1.7.1993 zu Art. 16a GG mißgestaltet wurde. Daß das Bundesverfassungsgericht diesen Akt abgesegnet hat, daß es die Mißgeburt des Art. 16a GG in den dadurch neuen Grundrechtskatalog aufgenommen hat, ist nur auf schwierigen Umwegen zu verstehen. Die Art, wie Art. 16 II GG zu Art. 16a GG „transformiert", genauer „transsubstantiiert", nämlich qualitativ verwandelt worden ist, strahlt notwendigerweise auf die anderen Grundrechtsartikel aus.

Das Mai-Urteil des Verfassungsgerichts zeitigt darüberhinaus dauernde Folgen, weil es bekundet, wie eine wichtige Institution selbst abdankt: Das Bundesverfassungsgericht. In einem Akt der Proskynese, zu deutsch: der Anhündelung der Realpolitik, derjenigen, denen wir den „Asylkompromiß" verdanken. Realpolitik meint eine Politik, die sich gegen alle normative Orientierung (alle „Ideale") strikt an bornierten Machtinteressen ausrichtet. „Asylkompromiß" wird der Art. 16a GG nicht deswegen genannt, weil das zuvor prinzipiell unbeschränkt geltende politische Asylrecht als subjektiver Anspruch (Art. 16 II GG) kompromißhaft eingeschränkt worden wäre. Der Art. 16a GG kompromittiert vielmehr das bis dahin geltende Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit. Der Ausdruck „Kompromiß" bezieht sich allein auf die sich zusammenraufenden Parteien, ihr gegenseitiges Mißtrauen in der Konkurrenz um die Bonner positionellen Fleischtöpfe. Vor diesem realpolitischen Kompromiß steht nun das Bundesverfassungsgericht stramm.

Obwohl das Verfassungsgericht sich in und mit diesem Urteil exekutivverbunden selbst aufgehoben hat, wird es selbstredend weiterbestehen und entscheiden. Es wird weiter grundrechtlich gare, halbgare und rohe Urteile fällen und slalomhaft begründen. Und doch gilt: Ab 14. Mai 1996 haben sich die hauptsächlichen Institutionen der Verfassungswirklichkeit weiter verschoben. Der mangelnde Mut der Verfassungsrichterinnen und Richter, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen, rächt sich. Das Eigengewicht und der Eigensinn des Verfassungsgerichts sind im Notfall als „quelque nulle" zu bewerten, wie Montesquieu schon über die Dritte Gewalt insgesamt urteilte. Sie stellen keine Balance wider die extremistische Realpolitik des exekutiv-legislativen Tandems dar.

Es lohnt, sich mit der länglichen Urteilsbegründung in all ihrer auf das Ergebnis fixierten Rabulistik auseinanderzusetzen. Einerseits, weil viele Gruppen, die für die Asylsuchenden eintreten, zu sehr auf Karlsruhe fixiert sind und sich nun vielleicht weniger trauen. Andererseits lohnt es, die Urteilsbegründung zu analysieren, weil sie einen höchstrichterlichen Kommentar zur normativ geschmückten Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik darstellt. Gerade wenn man den Kampf um Verfassungs-, den Kampf um Grundrechtspositionen führen will und führen muß, gerade dann muß man vorab wissen, in welchem herrschenden Kontext er stattfindet.

I.

Durchgehend fällt auf, wie fahrlässig, unachtsam, ja grundrechtswirdrig das Verfassungsgericht mit dem bis zum 30.6.1993 geltenden Grundrecht auf Asyl verfährt. In dieser achtlosen Fahrlässigkeit besteht geradezu der rote Faden der

Leitsätze und der gewundenen, jedoch immer Ergebnisbestimmten Begründungen. Um diese Fahrlässigkeit zu ermöglichen, müssen die Verfassungsrichter vor allem Art. 1 Abs. 3 GG und Art. 19 Abs. 2 GG und Art. 19 Abs. 4 GG grob mißachten und verkennen. Nur so ist der 1. Leitsatz Ziffer b) verständlich: „Der verfassungsändernde Gesetzgeber ist auch in der Gestaltung und Veränderung von Grundrechten, soweit nicht die Grenzen des Art. 79 Abs. 3 GG berührt sind, rechtlich frei und gibt dem Bundesverfassungsgericht den Maßstab vor." Konsequent fahren die Verfassungsrichter bzw. die eine Richterin fort: „Das Asylgrundrecht gehört nicht zum Gewährleistungsinhalt von Art. 1 Abs. 1 GG. Was dessen Gewährleistungsinhalt ist und welche Folgerungen sich daraus für die deutsche Staatsgewalt ergeben, ist eigenständig zu bestimmen."

Ist es möglich, daß das Verfassungsgericht seine eigene Grundlage, das Grundgesetz und seine Grundrechte so wenig kennt? Just die sogenannte Wesensgehaltsgarantie des Art. 79 Abs 3 GG wird dazu verwandt, Grundrechte pauschal dem verfassungsändernden Gesetzgeber zur Disposition zu stellen? Welch eine Argumentationsschraube mit grundrechtlich tödlichem Ausgang.

Sehen wir genauer hin. In Art. 1 Abs. 3 GG heißt es: „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtssprechung als unmittelbar geltendes Recht." Wohlgemerkt: „...binden Gesetzgebung..." Was bedeutete noch die „unmittelbare Geltung" der Grundrechte, die große Errungenschaft des Grundgesetzes, wenn der Gesetzgeber oder andere Gewalten in der Lage wären, die Grundrechte von Art. 2 GG bis Art. 19 GG beliebig zu stutzen, gar zu schleifen, nur weil diese Artikel in Art. 79 Abs. 3 GG nicht eigens erwähnt sind? Dann hätte der Grundgesetzgeber sich der arglistigen Täuschung schuldig gemacht; dann bedeutete die unmittelbare Geltung die Geltung eines Nichts; dann wären im übrigen auch die beiden Brückenpfeiler Art. 1 GG und Art. 20 GG ohne Funktion. Sie ragten ohne Verbindungsglieder in die Luft. Was sollte noch die emphatische Betonung, die Würde des Menschen sei unantastbar, wenn in den Freiheits-, den Gleichheits- und schließlich den Asylrechten beliebig herumgefuhrwerkt werden könnte?

Nicht nur Art. 1 Abs. 3 GG haben die Damen und Herren Verfassungsrichter großzügig übersehen und damit den Sinn der Grundrechte verkehrt. Auch Art. 19 Abs. 2 GG lassen sie in habituell gewordener Großzügigkeit außer Acht. Dort heißt es: „In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden." Man lese, bitte, den oben zitierten Leitsatz erneut. Welch ein Widerspruch! In jedem Fall hätte der 2. Senat sich der Mühe unterziehen müssen, klar und deutlich zu zeigen, daß der geänderte Art. 16a GG nicht dem Wesensgehalt des „alten" Art. 16 Abs. 2 GG widerspricht. Das hätte er freilich selbst mit kühnsten Argumentationssprüngen nicht vermocht. Also wird dem Gesetzgeber eine Veränderungsgewalt zugestanden, die grundrechtsgemäß nicht des Gesetzgebers ist. Hätte das Verfassungsgericht über die Fähigkeit verfügt, das Grundgesetz, hier nur Art. 19 Abs. 2 GG zu lesen, es hätte die Verfassungsänderung nicht hinnehmen dürfen. Weil aber verfassungswirklich sein muß, was verfassungsrechtlich nicht sein kann, zog sich das

„Das Mai-Urteil des Verfassungsgerichts zeitigt dauernde Folgen, weil es bekundet, wie eine wichtige Institution selbst abdankt."

in Art. 79 Abs. 3 GG reduzierte „Wesen" des Grundgesetzes zurück und schaffte es damit, die lebendige Geltung der Grundrechte „wesenhaft", sprich im Kern zu schwächen. Demgemäß wird auch mit Art. 19 Abs. 4 GG umgesprungen, als wären die Formen bürgerlicher Rechtssicherung gerade für die Schwächsten der Schwachen, die Asyl Suchenden, nicht von essentieller Bedeutung. Art. 19 Abs. 4 GG lautet: „Wird jemand (sprich alle Menschen, WDN) durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben...". Die gesamte Logik des neuen sog. Grundrechtsartikels 16a GG besteht jedoch genau darin, für die Asyl Suchenden den Rechtsweg möglichst von vornherein zu blockieren; oder wenn der Entzug des Rechtswegs nicht durchsetzbar sein sollte (weil gute Anwälte und mutige Bürgerinnengruppen einzelnen Asyl Suchenden helfen), dann soll Art. 16a GG und dem Asylverfahrensgesetz gemäß alles getan werden, um den Rechtsweg zu verkürzen und die Art der Rechtsfindung zu disqualifizieren. Der 2. Senat überschlägt sich geradezu im Verständnis der exekutivischen Belange. Im Kontext der sogenannten Flughafenregelung und der Frage des zusätzlichen Rechtsschutzes mit dem Mittel der Verfassungsbeschwerde über das seinerseits eingeschränkte fachrichterliche, also verwaltungsgerichtliche Verfahren hinaus heißt es u.a. (man achte auf die Sprache): „Auf der anderen Seite fallen schwerwiegende Belange des Gemeinwohls ins Gewicht: Hat der Staat dem Asylgrundrecht Geltung zu verschaffen, das von einer großen Zahl von Antragsstellern in Anspruch genommen wird, so muß er die offensichtlich unbegründeten Asylanträge einer schnellen Erledigung zuführen. Die mit dem Asylverfahren verbundenen erheblichen wirtschaftlichen und politischen Lasten muß er so begrenzen, daß effektiver Schutz vor ernstlich drohender politischer Verfolgung möglich bleibt. Es liegt daher im öffentlichen Interesse, wenn der Staat Maßnahmen ergreift, um so früh wie möglich unbegründete Asylverfahren abzuschließen und dem jeweiligen Antragsteller eine – durch die verwaltungsgerichtliche Klage nicht von vornherein außer Vollzug gesetzte – umgehende Ausreisepflicht aufzuerlegen." Also unterstützt der 2. Senat alle Regelungen von Art. 16a GG, „insbesondere (von) dessen Absatz 4... Sie alle dienem dem Ziel einer Verkürzung des Asylverfahrens. Folge dieser verfassungsrechtlichen Beschleunigungsmaxime ist notwendig eine Modifizierung des fachgerichtlichen Rechtsschutzes..." Sprich: die Verwaltungsgerichte werden auf einen „Eilrechtsschutz" getrimmt. Gegen diesen verkürzten Rechtsschutz ist der Mehrheitsmeinung nach in der Regel keine zusätzliche Verfassungsbeschwerde möglich. Die doppelte Verkürzung des Grundrechts auf Asyl wird demgemäß zugunsten der Exekutive fundamental. Statt Grundrechtseffektivität, darauf hebt das Minderheitenvotum ab, Abschiebungseffektivität. Abgeschobenes Grundrecht.

II. Daß dem Gesetzgeber ein großes Ermessen zuerkannt wird, entspricht den Regeln der parlamentarischen Demokratie. Es ist zu wünschen, daß sich das Verfassungsgericht auch in Fällen daran hält, wo Reformgesetze angefochten werden (etwa vom Freistaat Bayern), die die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger verbessern.

Die Dehnung des gesetzgeberischen Ermessens dient im Falle des Art. 16a GG und der ihm nachfolgenden Gesetze und Verordnungen indes nicht einer grundrechtlich orientierten Verrechtlichung. Im Gegenteil. Der Art. 16a GG und seine Umsetzungsgesetze (die übrigens ihrerseits grundrechtswidrige Verschärfungen enthalten) dienen exklusiv dazu, das originäre Grundrecht: „politisch Verfolgte genießen Asylrecht" bis zum symbolischen Rest dieses unveränderten ersten Satzes von Art. 16a GG auszuhöhlen. Das neue „Grundrecht" stellt insoweit geradezu eine gesetzgeberische Innovation dar, als es zum ersten Mal grundrechtswirksam in der behaupteten Form eines Grundrechtes ein Grundrecht aushebelt. Das, was einfachge-

setzlich vor allem im Bereich „Innerer Sicherheit“ und neuerdings auch sozialer Sicherheit geschieht, die Entrechtlichung von Bürgerrechten in Form der Verrechtlichung, das hat sich nun erstmals, weit über die Notstandsgesetze von 1968 hinausgehend ereignet. Grundrechtsändernd werden Grundrechte regelrecht enteignet.

Die Überdehnung legislativen Ermessens geht noch weiter. Sie hebt die Gewaltenteilung und Gewaltenbalance auf.

Der verfassungsändernde Gesetzgeber greift jedoch nicht nur in die Komptenzen der Judikative zum Nachteil der Grundrechte ein. Darüber hinaus schafft er sich selbst quasiexekutive Befugnisse. Der Gesetzgeber soll flächendeckend bestimmen können, welche Staaten als „sichere Drittstaaten“ oder als „sichere Herkunftsländer“ pauschal zu qualifizieren sind. Und zwar, wie es der 2. Senat mit einem gestelzt verräterischen Begriff ausdrückt, im Sinne einer „normativen Selbstvergewisserung über die Sicherheit im Drittstaat“. Welch eine Chuzpe des Gesetzgebers bzw. des nachäffenden höchsten bundesdeutschen Gerichts und seiner Talarträger! Bei zweitem Hinsehen entdeckt man jedoch schnell, daß der Angriff des Gesetzgebers auf in der Sache nach exekutivische Zuständigkeiten nur einen einzigen Sinn hat: die Willkür der Exekutive durch Pauschalbestimmungen, beispielsweise „sicherer Herkunftsstaaten, gesetzeskräftig abzusichern und die Asyl Suchenden mitsamt der Rechtswege, die ihrer Sache helfen könnten, auszuhebeln. Das ist denn auch des Pudels Kern. Der Gesetzgeber und sein Ermessen stellen nichts anderes dar als die Legitimation exekutivischen Ermessens. So erst läßt sich die Fülle unbestimmter Rechtsbegriffe verstehen, die schon den als Grundrecht unförmig aufgeblasenen Art 16a GG „bevölkern“ und vor allem für das Asylverfahrensgesetz, das Asylbewerberleistungsgesetz u.ä.m. gelten.

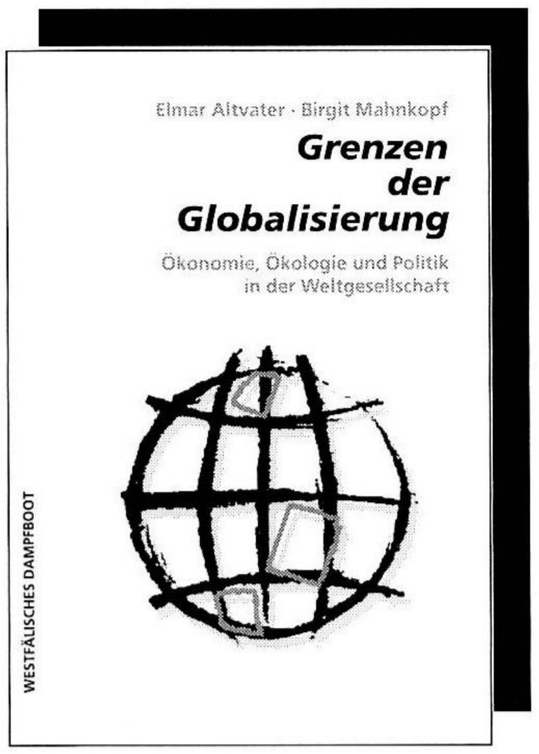
Was für ein zeitgemäßer, verfassungsrichterlich abgesegneter, ja in seiner gewundenen Rhetorik noch verschlimmböserter Kommentar zur herrschenden bundesdeutschen Begriff des Rechtsstaats und seiner Praxis! Der Gesetzgeber ist der Souverän über die Grundrechte. Er mag sie aus angeblichen Gründen des seinerseits unausgewiesenen Gemeinwohls oder weil es die europäische Einigung angeblich gebietet (auch hier begründet der 2. Senat grundlos), kräftig entkernen. Solche Entkernungsaktion dienen indes nichts anderem, als dem exekutivischen Ermessen und ihm entsprechender populistischer Politik die Tore und Türen soweit wie irgend möglich zu öffnen. Siehe Art. 16a GG; siehe Asylverfahrensgesetze; und siehe nun das grundrechtsvergessene höchte deutsche Gericht, das gerade die Grundrechte zu wahren von der Verfassung vorgesehen worden ist.

III. Die Legitimität deckt sich in einem demokratisch verfaßten Staat prinzipiell mit der Legalität. Das ist wichtig. Sonst kann mit allen möglichen vor- und nachgrundrechtlichen und vor- und nachdemokratischen Wertbezügen die Verfassung in ihrer normativen Substanz ausgehöhlt werden.

Was aber, wenn nicht nur einzelne Gesetze als verfassungswidrig ausgemacht werden müssen, sondern wenn zentrale Grundrechte „rechtsstaatlich“ geschleift werden? Was, schlimmer noch, wenn das Grundrechtsgericht, das Bundesverfassungsgericht, dieser Schleifung zustimmt und selbst die Minderheit die Entscheidung insgesamt, in jedem Fall deren ersten Teil zu den angeblich sicheren Drittstaaten und zu Art. 16a GG, in toto mittragen?

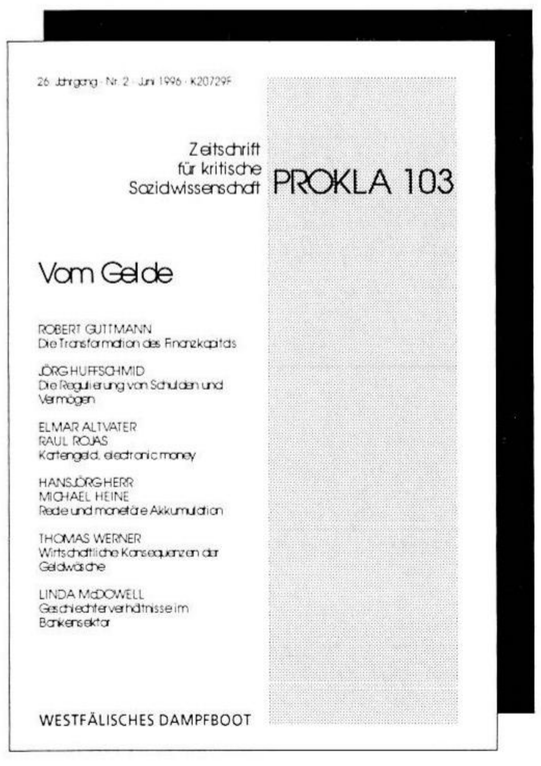
Seit dem 14. Mai 1996 ist eine politische Bezugnahme auf das Grundgesetz nur noch teilweise möglich. Das ist die Folge des Mangels an Verfassungs- und auf sie bezoge Zivilcourage, die der 2. Senat bewiesen hat. Weil er einem frontalen Konflikt mit der Bundes- und den Landesregierungen und ihren Parteien aus dem Weg gehen wollte, hat er gekniffen. Das kurzfristige Staatswohl i. S. der etablierten Interessen stand über dem langfristigen Verfassungswohl. Darüber, wie sich der Konflikt entwickelt hätte, hätte das Bundesverfassungsgericht die einzige richtige Entscheidung getroffen und begründet, daß der neue Art. 16a GG mit den Grundrechten des Grundgesetzes nicht vereinbar sei, will ich nicht spekulieren. Es hätte sich um der demokratisch grundrechtlichen Lerneffekte wegen gelohnt, das Gericht hätte den Mut besessen, aus der selbstverschuldeten exekutivisch hörigen Unmündigkeit herauszugehen und sich des eigenen Verfassungsverstandes zu bedienen. Indes: etablierte Institutionen mit Repräsentanten, die den Mut haben, gegen die herrschende Meinung zu entsprechen – das wäre nicht allgemein ein rares Ereignis gewesen, es hätte den 2. Senat geradezu als „undeutsch“ gekennzeichnet, als eine Institution, die von der Wurzel her zu lernen und andere zu lehren vermag.

Alle, die sich die Grundrechte und die Demokratie samt ihren beunruhigenden Ansprüchen nicht nehmen lassen, sind mehr als zuvor darauf verwiesen, mitten in diesem grundrechtlich halbseitig gelähmten Rechtsstaat und gegen die gewaltsam durchgesetzte Realpolitik anzukämpfen. Das erfordert den Kampf um Menschenrechte und Demokratie auch und gerade dort, wo er „rechtsstaatlich“ als illegal behauptet und sanktioniert wird. So wird also, vom Verfassungsgericht negativ bestätigt, daß der Kampf ums Asylrecht und für alle Flüchtigen in dieser Welt wichtiger denn je und schwieriger als zuvor ist. ●



1996 - ca. 400 S. - ca. DM 48,00
ÖS 355 - SFR 48,00 - ISBN 3-929586-75-4

1996 - 242 S. - DM 38,00
ÖS 281 - SFR 38,00 - ISBN 3-929586-73-8



1996 - 156 S. - DM 18,00
ÖS 133 - SFR 18,00 - ISBN 3-929586-13-4

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT
Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster Tel. 02 51 / 6 08 60 80

ANDREAS BURO

Befreiungskampf der Bundeswehr

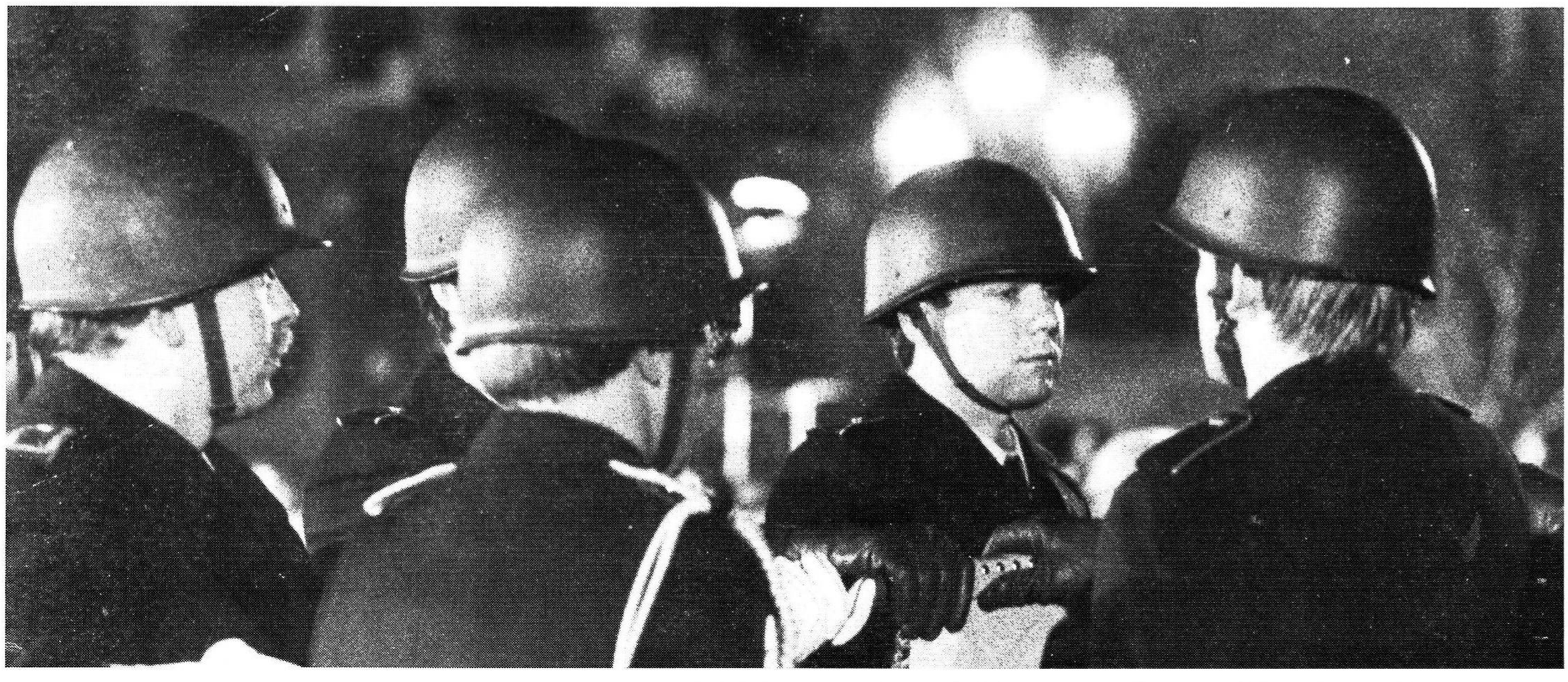
Von lex zu lex bis zur „humanitären" Intervention

Die Bundeswehr kämpft für Freiheit. Dabei war und ist sie und ihre politisch-militärische Führung sehr erfolgreich. Die Bundeswehr befreite sich in langem und hartnäckigen Kampf von den Zwängen des Grundgesetzes, die sie auf die Aufgabe der Verteidigung im Rahmen des NATO-Vertragsgebietes einschränken wollten. In enger Zusammenarbeit mit Justiz und Rechtsgelehrten gelang der Durchbruch zu weltweiten Einsatzmöglichkeiten. AWACS- und Somalia-Entscheidungen waren vorausgegangen, bis schließlich der strategische Schlag zur 180 Grad Wende des Grundgesetzes gelang.

Der Sieg für die Freiheit der Bundeswehr war jedoch noch nicht gesichert, denn noch immer bestand die „Akzeptanz-Krise" des Militärs gegenüber der Bevölkerung. Die defätistische Frage „Wozu brauchen wir noch die teure Bundeswehr?" wurde allerorten angesichts mangelnder Bedrohung gestellt. Also war es notwendig, sich von dem Negativ-Image der Overkill-Strategien und -Rüstungen zu befreien. So wurde der lange Marsch zum humanitären Krieg, durch welchen die Menschenrechte zu schützen seien, eingeschlagen. In der Tat ein langer Weg von den Feldlazaretten in Kambodscha über die humanitäre Hilfe in Irakisch-Kurdistan und die Wüstenlandschaft Somalias, bis die Bundeswehr schließlich „mit Kampfauftrag" in Kroatien und Bosnien für den Frieden wirken durfte. Der Lange Marsch zum „guten Militär" ist nicht ohne Eindruck geblieben. Am Wegesrand wurden die Samen ausgelegt, aus denen erneut und komplementär die ideologischen Argumente für einen dennoch „gerechten Krieg" – versteht sich, in humanitärer Absicht geführt – erblühen sollen. Denn natürlich ist es gerecht, die europäischen Mittelmeerküsten gegen eindringende Afrikaner und andere zu schützen, welche zweifellos entweder fundamentalistisch oder terroristisch, wahrscheinlich aber beides sein dürften. Gerecht ist es auch, sich vorbeugend auf Angriffe aus der „Dritten Welt" durch zielgenaue, notfalls auch nukleare Schläge, vorzubereiten, für den Fall, daß „wir" – die Guten und Reichen – uns von dort so bedroht fühlten, wie „wir" jene mit „unseren" viel besseren Waffen potentiell bedrohen. Gerecht ist dann sicher auch das, was die verteidigungspolitischen Richtlinien bereits 1992 formulierten: „Zu den vitalen Sicherheitsinteressen der deutschen Politik gehört deshalb auch die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen im Rahmen einer gerechten (!) Weltwirtschaftsordnung."

Trotz so großer Humanität und Gerechtigkeit der Bundeswehr – Rühe und Kinkel wollen sogar auf Antipersonen-Minen verzichten und lassen daher flächendeckende High-tech-Minen entwickeln – gibt es dann immer noch Leute in der deutschen Gesellschaft, die ein anstößiges Tucholsky-Zitat über die mörderischen Eigenschaften von Soldaten öffentlich vortragen. Das Bundesverfassungsgericht gibt solchem Tun auch noch den Segen der Meinungsfreiheit, solange nur die Allgemeinheit der Soldaten und nicht spezielle gemeint sind. Damit ist die nächste Schlacht der Bundeswehr zur Befreiung von der Meinungsfreiheit angesagt. Das Abwehrschild gegen die Kritiker des Militärs und seiner mörderischen Eigenschaften heißt „Ehrenschutz" für die Soldaten, die ihr Leben für „uns" alle einzusetzen bereit sind, wenngleich in modernen Kriegen 90 % der Toten Zivilisten sind. Diese aber setzen ihr Leben nicht ein, sondern verlieren es nur. Sie bedürfen deshalb nicht des besonderen Ehrenschutzes, wie man auch leicht aus den nach wie vor rechtskräftigen Todesurteilen gegen Kriegsdienstverweigerer des zweiten Weltkrieges ersehen kann.

Soldaten – und da macht die Bundeswehr keine Ausnahme – erhalten die Lizenz zum Töten von Menschen, die von ihren Führern als Gegner gekennzeichnet worden



„Soldaten ... erhalten die Lizenz zum Töten von Menschen": Lizenzvergabe

sind. Das Töten von Menschen verstößt gegen die öffentliche Moral. Der Auftrag zum Töten muß deshalb durch seine Überhöhung und Tabuisierung vor jeglicher Kritik geschützt werden. Den Menschen könnten ja die ideologischen Schuppen von den Augen fallen, wie es in einem anderen Zusammenhang in dem Märchen von des Kaisers neuen Kleidern berichtet wird. Ein Kind ruft, der Kaiser ist ja nackt. Viele Kinder wissen heute aus bitteren Kriegserfahrungen, daß Soldaten Mörder sind.

Im Befreiungskampf der Bundeswehr von ihren Kritikern tritt der neue FDP-Justizminister Schmidt-Jortzing erstaunlich strategisch orientiert mit Schützenhilfe auf. Denn in seinem Entwurf „lex Bundeswehr" geht es nun der Substanz nach nicht mehr um bloßen Ehrenschutz. Die neue

„Viele Kinder wissen heute aus bitteren Kriegserfahrungen, daß Soldaten Mörder sind."

Vorschrift soll dort ins Strafgesetzbuch geschrieben werden, wo die Staatsschutzdelikte stehen, und zwar neben der „Störpropaganda gegen die Bundeswehr". Dann handelt es sich um ein „Gefährdungsdelikt". Ein etwaiger Angeklagter könnte sich nun nicht mehr auf die Meinungsfreiheit berufen. Denkt man auf dieser juristischen Schiene weiter, so wird man, ohne allzuviel Phantasie aufwenden zu müssen, sich bald türkischen Verhältnissen annähern, bei denen Kritik am Militär Landesverrat gleichkommt. Noch liegt die „lex Bundeswehr" bei den parlamentarischen Ausschüssen.

Dort liegt derzeit auch ein bislang in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannter Gesetzentwurf: Das Verkehrsvorsorge-Gesetz. Federführend ist selbstverständlich der Verkehrsausschuß des Bundestages. Doch Ziel des Gesetzes ist die „Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und die Unterstützung der Streitkräfte mit Verkehrsleistungen". Das Gesetz ist eine Ermächtigungsgrundlage, die für den Krisenfall gilt. „Es ergänzt das Verkehrssicherstellungsgesetz, das nur für Zwecke der Verteidigung Regeln enthält." Aha! Aus dem Verkehrsministerium war zu hören, man arbeite schon seit 20 Jahren auf diese Krisenregelung hin, die an die früheren Notstandsgesetze anknüpft. Die erste Lesung fand bereits im vereinfachten Verfahren, also klammheimlich ohne parlamentarische Debatte statt. Der Sinn des Gesetzes ist eindeutig: Nun müssen die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um notstandsmäßige Schritte zu tun, auch wenn es sich nicht um Verteidigung, sondern um einen Einsatz der Bundeswehr irgendwo in der Welt „zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen" (§1, (1)) handelt. Im Hinblick auf die entstehenden EU-integrierten schnellen Eingreiftruppen heißt es in § 1, (2): „Eine Unterstützung verbündeter Streitkräfte mit Verkehrsleistungen ist nur zulässig bei gemeinsamen Maßnahmen mit deutschen Streitkräften." Angesichts fehlender militärischer Bedrohung stellt sich die Frage, ob es sich bei diesem Gesetzesvorhaben um einen weiteren Befreiungskampf der Bundeswehr handelt. Diesmal um ein Stück Befreiung von der parlamentarischen Kontrolle, die unter Notstandsregimen leichter zurückgedrängt werden kann.

Der Kampf der Bundeswehr um die große Freiheit, zu der selbstverständlich viele andere Aspekte der Aufrüstungspolitik, der militärischen Integration in die WEU und der rüstungsindustriellen EU-bezogenen Konzentration gehören, wird sehr systematisch und mit langer Perspektive betrieben. Das Ziel ist, nicht nur eine feste institutionelle und juristische Verankerung der out-of-area-Option der Bundeswehr zu erreichen, sondern auch Herz und Bewußtsein der Menschen unserer Gesellschaft wieder für das Militär zu vereinnahmen. Vom großen Zapfenstreich im Bonner Hofgarten über die Schilderung des Alltags „unserer Jungs" im Einsatz bis zum besonderen Ehrenschutz für den „Ehrendienst der Soldaten" ist alles sorgfältig, auch psychologisch kalkuliert. Gelänge es der Bundeswehr, die roßtäuscherische Ideologie von der humanitären Intervention des Militärs zum nicht mehr hinterfragbaren Mythos aufzublasen, dann bekäme sie wieder gesellschaftlich sicheren Boden unter die Füße. Dies wäre eine wichtige Voraussetzung dafür, um im Rahmen der EU-Integration den militärischen Faktor zur Stärkung der hegemonialen Position Deutschlands voll einbringen zu können. Für diejenigen, die sich für die Weichenstellung von militärischem Konfliktaustragung zur zivilen Konfliktbearbeitung einsetzen, ist es deshalb entscheidend, den Mythos der „humanitären" militärischen Intervention als Fortsetzung von Aufrüstung und potentieller Gewaltpolitik zu entblößen. Gegen die große Freiheit des Militärs gilt es, die Solidarität der Menschen für Frieden über europäische Grenzen hinweg zu organisieren. ●

Andreas Buro ist friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie und emeritierter Hochschullehrer für Politikwissenschaft (Uni Frankfurt).

SOVD

Das Forum für die sozialdemokratische Linke
und für den ökologisch-solidarischen Diskurs

Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft

Geld und Macht

Frauen - Politik

Stadtentwicklung

Berufliche Bildung und Hochschule

Radikal-Reformerischer Neuanfang

Neue Gemeinwirtschaft

Zukunftsfähige Entwicklung

Ein kostenloses **spw***-Probeheft gibt es über:*

spw*-Verlag*
Fresienstraße 26
D-44289 Dortmund
Tel.:02 31/40 24 10
Fax:02 31/40 24 16
e-mail: SPW-VERLAG @LINK-DO.soli.de

MATTHIAS WISMAR

Gesundheitspolitik in Bewegung

Vom Solidarprinzip zum privaten Risiko „Krankheit"

Die Gesundheitspolitik ist in Bewegung geraten. Mit dem Gesundheitsreformgesetz (GRG) von 1989, dem Gesundheitsstrukturgesetz (GSG) von 1993 und dem Gesetzentwurf zur sogenannten dritten Stufe der Gesundheitsreform, dem Gesetzliche Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetz (GKV-WG), das sich gegenwärtig auf dem Weg in den Vermittlungsausschuß befindet, wurden innerhalb kürzester Zeit ambitionierte Reformvorhaben initiiert. Von Seiten der Bundesregierung als Strukturreformen präsentiert, wurden sie, zumindestens rhetorisch, von der strukturerhaltenden Kostendämpfungspolitik abgegrenzt. Diese war bereits 1975 im Rahmen der Haushaltsstrukturgesetze unter der sozial-liberalen Koalition eingeleitet worden und setzte auf die Rationalisierung des bestehenden Gesundheitswesens.

Als Strukturreform scheiterte das GRG, das noch unter Minister Blüm in Kraft trat. Obwohl als Jahrhundertreform propagiert, wurden alle reformrelevanten Bereiche – wie der Krankenhaussektor und die Pharmaindustrie – ausgespart, um die Erbhöfe des bundesdeutschen Selbstbedienungskorporatismus nicht anzutasten. Weit weniger eindeutig verhält es sich mit den daran anschließenden Gesundheitsreformen. So wird häufig die Ära Seehofer mit einer neuen Qualität der Gesundheitspolitik in Verbindung gebracht.

Eben dieses Verhältnis von Kontinuität und Bruch in der Gesundheitspolitik zu bestimmen, ist zentrales Anliegen einer dezidierten Auseinandersetzung mit dem Thema von Klaus Stegmüller*. Seine Kernthese lautet, daß das GSG keinen reformerischen Endpunkt, sondern eine Weichenstellung markiert, die letztlich in eine neue gesundheitspolitische Regulierung führt. Anknüpfend an die Regulationstheorie argumentiert der Autor, daß die Transformation vom Fordismus zum Postfordismus im Gange sei, d.h., eine Phase kapitalistischer Vergesellschaftung wird von einer neuen abgelöst. Parallel zum gesellschaftlichen Umbruch ist der Übergang von der keynesianisch-fordistischen zur neoliberalen-postfordistischen Regulierung im Gesundheitswesen zu beobachten. Die neue gesundheitspolitische Regulierung wird, im Vergleich zur fordistischen, sozial ungerechter, ökonomisch ineffizienter, medizinisch inadäquater sein und die bestehenden demokratischen Defizite fortführen.

Als Ausgangspunkt wählt der Autor die neokonservative Sozialstaatskritik. Sie mündet in der Neudefinition sozialpolitischer Grundannahmen und legitimiert eine Politik der Entsolidarisierung.

Die daran anschließenden Umbauforderungen wurden jedoch durch die Kostendämpfungspolitik nur in sehr geringem Maße umgesetzt. Erst das GSG leitete den Übergang zu einer neuen gesundheitspolitischen Regulierung ein. Dabei war die Reform durch einen eigentümlichen Doppelcharakter geprägt. Einerseits wurde die Kostendämpfungspolitik fortgesetzt, andererseits wurde mit der Organisationsreform der Gesetzlichen Krankenversicherung ein neues Strukturelement eingeführt. Die bisherige Organisation des Kassenwesens produzierte extreme Beitragsdifferenzen die 1994 zwischen 6,0 % und 16,8 % des Grundlohns lagen. Ursache war der Kassenzwang, durch den die Versicherten auf Grund von Beruf und Einkommen über sieben verschieden Kassentypen verteilte wurden. So entstanden kassenspezifische Risiko- und Vermögensstrukturen. Die Organisationsreform führte den kassenübergreifenden Risikostrukturausgleich schrittweise ab 1994 und die Kassenwahlfreiheit ab dem 1. Januar 1997 ein. Faktoren wie Alter, Geschlecht, Grundlohnsumme und Mitversichertenquote wurden kostenneutral.

An dieser Stelle setzt das Kernargument des Autors an: Die Organisationsreform, die auf den ersten Blick das Solidaritätsprinzip der Gesetzlichen Krankenversicherung stärkt, öffnet, entgegen den Erwartungen, den Weg in eine Wettbewerbsordnung. Die Reform dient nicht der Stärkung des Solidaritätsprinzips und der Eliminierung sozialer Diskriminierung. Sie wurde nur eingeführt, um die Entfaltung einer unverzerrten Konkurrenz zwischen den Krankenkassen zu ermöglichen. Damit echter Wettbewerb entstehen kann, müssen die bundesweit verbindlichen Leistungskataloge dereguliert und flexibilisiert werden. So soll es in Zukunft dem Versicherten obliegen, sich für eine bestimmte Kasse und für ein bestimmtes Leistungsbündel zu entscheiden. Die Reformbefürworter erhoffen sich davon eine Effizienzsteigerung, die Aufwertung der Eigenverantwortung, eine patientengerechtere Versorgung, den staatlichen Rückzug aus der inhaltlichen Gesundheitspolitik und letztlich eine Entlastung der Unternehmen durch sinkende Beiträge.

Daß es sich dabei nicht um eine zum Scheitern verurteilte Reformphantasie eines radikal marktwirtschaftlich orientierten Gesundheitsministers handelt, versucht Stegmüller in einem zweiten Argumentationsschritt zu belegen. Unter den relevanten Akteuren im Gesundheitswesen kam ein Prozeß der Neuorientierung in Gang. Im Rahmen des von Bundesgesundheitsminister Seehofer ins Leben gerufenen Ideenwettbewerbs zur Ausgestaltung der dritten Stufe der Gesundheitsreform zeichneten sich Konturen eines neuen gesundheitspolitischen Kompromisses ab, der auf der Akzeptanz einer Wettbewerbsordnung im Gesundheitswesen beruht.

Als Fazit läßt sich feststellen, daß die zukünftige Unterwerfung des Gesundheitswesens unter die Markt- und Wettbewerbslogik die Erosion des Solidarprinzips vorantreibt und zu einer erheblichen Reprivatisierung des Risikos Krankheit führen wird. Sie verhindert die dringend notwendige Entwicklung einer zielgerichteten Gesundheitspolitik und begrenzt die Möglichkeiten, den bisher entstandenen Reformstau abzuarbeiten. Die neue gesundheitspolitische Regulierung wird, entgegen der Selbstgewißheit der Wettbewerbspropheten, neben tiefgreifenden sozialen Verwerfungen erhebliche Effizienz- und Qualitätseinbußen verursachen .

Stegmüllers Arbeit ist ein wichtiger Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der Gesundheitsversorgung. Der Hoffnung, daß mit dem neuen Politikstil und dem Ende der Reformresistenz die gestaltende Politik auf dem Vormarsch sei, erteilt Stegmüller eine Absage. Die Verwirklichung einer rational begründeten und demokratisch legitimierten Gesundheitspolitik ist in weite Ferne gerückt.

Auch die Vorstellung der Kassen, durch einen solidarischen Wettbewerb den Tiger

reiten zu können und so das Solidaritätsprinzip zu retten, hält der Argumentation des Autors nicht stand. Seine wettbewerbs-pessimistische Einschätzung wird von neueren empirischen Untersuchungen aus Großbritannien und Neuseeland untermauert. Die dort eingeführten Marktmechanismen haben die bestehenden Defizite nicht behoben. Nicht einmal die Effizienz der Leistungserbringung konnte gesteigert werden.

Neben der starken Kernthese liegt das besondere Verdienst der Arbeit in der systematischen Analyse der Interessen der Akteure im Gesundheitswesen. Dies ist umso wichtiger, da die Situation immer unübersichtlicher zu werden droht. So folgten die Interessenverbände der niedergelassenen Ärzte einem Zickzackkurs und der Bundesverband der Pharmaindustrie kollabierte und spaltete sich Anfang der 90er Jahre.

Bemerkenswert ist, daß die Studie, obwohl sie analytisch den Schwerpunkt auf die Handlungslogik der Akteure legt, keine politischen Alternativen ausweist. Vielmehr entsteht der Eindruck, daß die Akteure im Gesundheitswesen in vorauseilendem Gehorsam mit fliehenden Rockschößen in eine neue gesundheitspolitische Ära aufbrechen, die erhebliche ökonomische und soziale Folgeprobleme mit sich bringen wird.

Ob aber der von Stegmüller konstatierte Konsens hinsichtlich einer Wettbewerbsordnung bereits einen neuen Typus gesundheitspolitischer Regulierung darstellt, ist fraglich. Schließlich wäre es möglich, daß im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens die systemsprengenden Aspekte der dritten Reformstufe durch den Vermittlungsausschuß entschärft werden. Aber selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, gibt es gute Gründe anzunehmen, daß die Wettbewerbsordnung eher einen Erosionsprozeß des fordistischen Gesundheitswesens als eine neue stabile Regulierung darstellt. Eine Phase anhaltender turbulenter gesundheitspolitischer Entwicklung wäre die Konsequenz. Eine derartige Destabilisierung und richtungswechselnde Regulierung ist z.B. in Großbritannien seit nunmehr fast 25 Jahren zu beobachten.

Das Begründungsdefizit resultiert aus der gesellschaftstheoretisch verkürzten Perspektive des Autors. So beruht seine Einschätzung im wesentlichen auf den jeweiligen Interessenlagen der Akteure. Diese jedoch können sich, wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, schnell ändern. Der Sachverständigenrat der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen, der 1991 die Diskussion um die Rationierung medizinischer Dienstleistungen losgetreten hatte und 1994 Vorschläge zur Deregulierung der Leistungskataloge und zur Umstellung der Finanzierung vorlegte, favorisiert seit 1995 wieder Rationalisierung vor Rationierung. Damit knüpft er wieder an die Kostendämpfungspolitik an.

Erklärungsbedürftig ist Stegmüllers Auswahl der gesundheitspolitisch relevanten Akteure. Warum die Zielvorstellungen des gesundheitspolitisch eher unbedeutenden DGBs ausführlich behandelt werden, dahingegen die des Marburger Bunds, der die Krankenhausärzte und -ärztinnen organisiert, nur in der tabellarischen Synopse erscheinen, ist nicht einsichtig. Noch gravierender ist die Vernachlässigung der Parteipolitik. Dabei liegt es nahe, die Parteien miteinzubeziehen, da Kernbestandteile der dritten Stufe Bundestag und Bundesrat passieren müssen.

„Die neue gesundheitspolitische Regulierung wird ... sozial ungerechter, ökonomisch ineffizienter, medizinisch inadäquater sein und die bestehenden demokratischen Defizite fortführen."

Gegen die These von der neuen gesundheitspolitischen Regulierung spricht auch das bestehende Konfliktpotential. Der steigenden Anzahl von Ärztinnen und Ärzten steht ein kaum mehr anwachsendes Gesundheitsbudget gegenüber. Stellenknappheit im Krankenhaussektor, Niederlassungsbeschränkungen, Probleme bei der Praxisfinanzierung, Schwierigkeiten bei der Umstellung des Vergütungssystems und verschärfte Verteilungskonflikte, deuten, aus akteurspolitischer Sicht, eher auf eine unruhige Zukunft und nicht auf einen Konsens.

Stegmüller begreift die Umorientierung der gesundheitspolitischen Akteure als Teil der postfordistischen Modernisierung der Bundesrepublik. Doch obwohl er sich auf die Regulationstheorie bezieht, verbleiben Ökonomie, Institutionen und hegemoniale Klassenbündnisse eigenartig unbestimmt. Der regulationstheoretischen Logik folgend, müßte er jedoch die neue gesundheitspolitische Regulierung in die Modernisierung des Modell Deutschland einbetten. Denn die Regulationstheorie geht von dem erklärungsbedürftigen Phänomen einer relativ stabilen kapitalistischen Entwicklung aus. Erst ein Entsprechungsverhältnis von Ökonomie, Institutionen und Politik erlaubt eine relativ stabile Regulierung. Ob sich dieses gesellschaftliche Entsprechungsverhältnis bereits einstellt, ist aus der Arbeit nicht zu ersehen.

Dabei hat gerade die Kernthese des Autors besondere Bedeutung für die Entwicklung zum Postfordismus. Im Falle der Deregulierung der Leistungskataloge würden mehr als neun Prozent des BSP, die bisher kollektiv finanziert und egalitär konsumiert wurden, zur Disposition gestellt. Es wäre der bis dato drastischste Einschnitt ins soziale Netz, der erhebliche finanzielle Spielräume zur Entfaltung neuer Konsumtionsnormen öffnen würde.

Die Thematisierung des Solidarprinzips ist ein wesentliches Verdienst das dem Autor zukommt. Zukünftige Studien werden hier anschließen müssen. Analytisch stellt es den Lackmustest für den Umbruch in der Gesundheitspolitik dar. Politisch sind die Auseinandersetzung um das Solidarprinzip und die Redemokratisierung der Gesundheitspolitik der Schlüssel zu einer alternative Medizin. ●

** Klaus Stegmüller: Wettbewerb im Gesundheitswesen. Konzeptionen zur „dritten Reformstufe" der Gesetzlichen Krankenversicherung, VAS, Frankfurt a. M. 1996.*

STEFAN ARMBORST

Neuer Internationalismus?

Berliner Konferenz gegen Neoliberalismus

Seit langem schon ringen Reste der Solidaritätsbewegung in Aufrufen, Artikelserien, Positionspapieren und Stellungnahmen, auf Tagungen und Kongressen darum, was denn nun unter einem „neuen Internationalismus" verstanden werden könnte. Und doch kamen gerade aus diesem Bereich linker Restkultur bisher wenig Anstöße, um in diesem Land wie in Europa Trennungen überwinden zu helfen, deren Reproduktion anscheinend identitätsstiftender sind als das Suchen nach einer gemeinsamen Praxis, die den Weg aus der Selbstisolierung weisen könnte.

Das europäische Vorbereitungstreffen auf das vom 28. Juli bis zum 3. August in Chiapas (Mexiko) stattfindene Interkontinentale Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus, mit mehr als 1.000 TeilnehmerInnen aus 26 europäischen Ländern sowie über 30 Arbeitsgruppen zu den verschiedensten Themen, hat gezeigt, in welche Richtung es gehen könnte, um die vielen gordischen Knoten zu zerschlagen, aber auch, wie weit dieser Weg noch ist. Im Januar dieses Jahres hatte das Zapatistische Heer der Nationalen Befreiung (EZLN) vorgeschlagen, durch eine kontinentale Versammlung dazu beizutragen, daß diejenigen in einen gleichberechtigten Dialog treten, die auch in Europa „für die menschlichen Werte der Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit" einen ersten Schritt gegen die „Lüge der Niederlage der Hoffnung, die Lüge der Niederlage der Würde" tun wollen.

Ein neuer Internationalismus, verkörpert durch die Diskussionen und Rahmenveranstaltungen des Berliner Treffens? Abgeklärte Geister vermuten wohl in all dem nicht mehr als inhaltsleeres Pathos, aufgebrühte Verbrüderungsrhetorik à la „zur Sonne, zur Freiheit", oder schlimmer noch: modisch-reaktionäres „Eine Welt"-Gefasel. Doch nichts anderes treibt die Zapatistas mit ihrer Bitte, daß sich alle mit ihr Solidarischen zuallererst mit ihren eigenen sozialen Wirklichkeiten und den darin lebenden Menschen beschäftigen mögen, als die Einsicht, daß der Kampf gegen die globale neoliberale Zerstörung und Eindimensionalität möglichst viele Menschen erreichen muß. Und vielleicht die Vorstellung, daß der Aufruf zu einem weltweiten Widerstand keine vorab geklärten theoretisch-politischen Wahrheiten benötigt, keine lähmenden Auseinandersetzungen um Diskurse und Begriffe, daß konkrete Inhalte und Formen eines alternativen Modell gesellschaftlicher Organisation erst dann wieder einsichtig werden und in die Wirklichkeit eingreifen können, wenn sie dezentrale, aber international koordinierte Aktionen begleiten, die die Autonomie der verschiedenen Kämpfe akzeptieren, aber die sie verbindenen Elemente herausstreichen.

Der Kampf der Zapatistas kann dabei aber nur ein Anstoß sein. In der Einladung zum „Intergalaktischen Treffen" in Chiapas heißt es: „Der Zapatismus ist keine neue Ideologie und er bäckt auf keine alten auf. Der Zapatismus ist nicht, er existiert nicht. Er dient nur zu etwas, wie Brücken dazu dienen, von einem Ufer ans andere zu gelangen. Darum passen in den Zapatismus alle, die von einer Seite zur anderen übersetzen wollen. Es gibt keine Rezepte, Linien, Strategien, Taktiken, Gesetze, Statuten oder universelle Lösungen. Es gibt nur eine Sehnsucht: eine bessere, daß heißt eine neue Welt zu errichten".

Das Treffen in Berlin hat gezeigt, daß viele Gruppen und Einzelne diesen Anstoß ernsthaft aufgenommen haben und Prozesse anstoßen wollen, die weit über die traditionelle Solidaritätsarbeit hinausgehen und sich den vielfältigen Problemen ihrer eigenen sozialen Wirklichkeit öffnen. Die gesamte Atmosphäre zeigte, das viele auch die dazu nötige Toleranz, Offenheit und Dialogbereitschaft mitgebracht hatten. Aus einer Reihe von Arbeitsgruppen sollen dauerhafte Diskussionszusammenhänge entstehen, wurde mit der Vorbereitung konkreter Aktionen begonnen. Der bald erscheinende Reader wird die Spannbreite der geplanten Aktivitäten widerspiegeln.

In einem der vielen nach Berlin mitgebrachten Texte, konkret in einem Beitrag aus Madrid, heißt es übersetzt: „Und Marcos ist Marcos und Chiapas ist Chiapas. Aber es gilt, Lektionen zu lernen und Verpflichtungen zu erfüllen. Definitiv handelt es sich darum, die Welt zu verändern, um zu verhindern, daß die irrationalste und zurückgebliebenste soziale Ordnung dieses Jahrhunderts alle soziale Errungenschaften und die besten Utopien der Menschheit unter sich begräbt." Ist das Berliner Treffen dieser Verpflichtung nachgekommen? Ohne Zweifel haben viele, die nach Berlin gekommen sind, den Aufruf ernst geno-

„Intoleranz, männliche Profilierungssucht, das Durchdrücken eigener Positionen, die Unfähigkeit oder der fehlende Wille, überhaupt inhaltlich diskutieren zu wollen, herrschten vor": Delegiertenplenum

„Abgeklärte Geister vermuten wohl in all dem nicht mehr als inhaltsleeres Pathos oder schlimmer noch: modisch-reaktionäres 'Eine Welt'-Gefasel."

men, in der Analyse des Neoliberalismus in ihren Ländern und Regionen voranzukommen, Erfahrungen des Widerstands auszutauschen und gemeinsam über Perspektiven einer „Internationalen der Hoffnung" nachzudenken und Schritte in dieser Hinsicht einzuleiten.

Doch wie weit konnten (und sollten) die politischen Debatten auf den Berliner Treffen gehen? Konnte es überhaupt zu gemeinsamen, die AG's verbindenden Absprachen und Entschlüssen kommen? Und wie konkret soll(t)en die Überlegungen über eine grenzüberschreitende Bündelung von Kräften gehen? War dies zuviel verlangt für ein dreitägiges Treffen? Ein (leider gescheiterter) Versuch, gemeinsame Fragestellungen aller am Treffen Teilnehmenden zumindest am Ende desselben aufzuwerfen, waren die Delegiertenplena. Sie hätten eigentlich die Aufgabe gehabt, als das repräsentativste Gremium des Treffens wesentliche politische und organisatorische Punkte zu klären, die von der Berliner Vorbereitungsgruppe allein nicht hätten eingebracht werden können (und auch nicht sollen), so z.B. Zeit und Ort eines Folgetreffens sowie dessen bessere und demokratischere Vorbereitung, die Öffnung hin zu den existierenden sozialen Kämpfen, das Zugehen auf all diejenigen, die auf diesem Treffen eben nicht anwesend waren, die Gestaltung des interkontinentalen Dialogs über den August hinaus, oder europaweite Aktionen im Falle einer offen militärischen Lösung des chiapanekischen Konflikts.

Es dominierte aber auf diesen Delegiertenplena eine Gesprächs-„Kultur", die Lichtjahre vom angestrebten gleichberechtigen Austausch und von der Konsensorientierung entfernt war, von dem, was als „neues Verständnis von Politik" angestrebt werden soll (auch wenn das Sprach- und Übesetzungsproblem größere Geduld und Konzentriertheit vonnöten machte). Intoleranz, männliche Profilierungssucht, das Durchdrücken eigener Positionen und damit die Zerstörung eines konstruktiven Austausches, die Unfähigkeit oder der fehlende Wille, überhaupt inhaltlich diskutieren zu wollen, herrschten vor.

An der Tagesordnung für das Abschlußplenum sowie an der Frage, ob und wie das Treffen Delegierte für Mexiko bestimmen sollte, schieden sich die kontinentalen Geister. Letztlich wurde letzteres durch ein aus Mexiko nach Berlin gefaxtes Kommunique der ELZN zumindest organisatorisch 'gelöst'. Diese wollte die Aufgabe der Akkreditierung der TeilnehmerInnen aus organisatorischen Gründen in die Hände von sogenannten „Nationalen Komitees" gelegt sehen, die bis Mitte Juli in den jeweiligen Ländern entstehen werden. Für die Zapatistas, die das Interkontinentale Treffen unter Bedingungen der eskalierenden low-intensity-warfare durchführen werden, ist die strikte Handhabung der Frage der TeilnehmerInnen unabdingbar. Für die in Berlin Versammelten war die Unfähigkeit, hier einen verantwortbaren und von allen getragenen Kompromiß zu erreichen, kein politisches Reifezeugnis.

Die zum Schluß vorgetragene „1. europäische Erklärung gegen den Liberalismus und für die Menschheit" skizziert das Problem, das das wesentliche Dilemma des Berliner Treffens ausmachte: „In diesem Sinne muß dieses erste europäische Treffen als Beginn verstanden werden. Als Anfang, um die Spaltungen unter uns aufzuheben, aber die Auseinandersetzung fortzuführen; als Beginn eines gemeinsamen Kampfes, ohne die Unterschiedlichkeiten zu negieren; als Experiment der Übereinkunft und der Schaffung eines Netzes, das die Grenzen zwischen Ländern und Köpfen überwindet."

Auch wenn in dieser Erklärung betont wird, daß es nicht „DEN Weg, DAS Rezept, DIE Lösung, DIE Doktrin oder DIE Organisationform" gibt, die alle Verschiedenheiten zu einen vermag, so steht doch außer Frage, daß das die Vielfältigkeit der Kämpfe verbindende „autonome Politikverständnis" mehr sein muß als die aneinandergereihte Summe autonomisierter und partikularistischer (Abwehr-)Kämpfe, daß bei allen politischen Prozessen ohne (wenn auch zeitlich begrenzte und stets überprüfbare) Strukturen der Entscheidungsfindung sich die undemokratische „informelle" Variante durchsetzt – die des Sitzfleisches und des Informationsvorsprungs.

Die Zukunft des gemeinsamen Kampfes gegen den Neoliberalismus in Europa wird sich nicht zuletzt an der Frage der Demokratie und den Formen ihrer Organisierung entscheiden. Obwohl in Berlin auf keine wirklich funktionierenden Diskussionszusammenhänge auf europäischer Ebene zurückgegriffen werden konnte und nur drei Monate Vorbereitungszeit zur Verfügung standen (dafür war die Organisation eine wirkliche Meisterleistung!), hätten diese Fragen zumindest aufgeworfen werden sollen. Auch das ist ein wichtiger Teil des neuen Internationalismus in spe. ●

OST-WEST informationen

Heft 4/95
MILITÄR IM OSTEN
Neue nationale Armeen, Comeback der NATO
Beiträge von/Interviews mit: I. Colovic, J. Galtung, M. Hadzic, M. Kerner, B. Meyer, G. Schmid, H. Schröder
Dossier: Visegrád-Staaten: Kopflose Hegemonie. Beiträge von K. Bartosz und P. Gowan

Heft 1/96
SCHRIFTSTELLER UND LITERATUR IM OSTEN
Freiheit des Marktes, Freiheit der Kunst?
Beiträge von/Interviews mit Chr. Engel, G. Dalos, D. Gojkovic, H. Gonschior, V. Novotny, S. Snajder, W. Totok
Dossier: Arbeiterbewegung in Rußland. Beiträge von R. Clarke, D. Mandel, K. Privenzjew

Heft 2/96
GEWERKSCHAFTEN IM OSTEN
Zwischen Reform und Opposition
Beiträge von/Interviews mit P. Rütters, K. Pumberger, R. Girndt, J. Sekaj, K. Buketow u.a.
Dossier: Formen der Privatisierung in Ungarn. Beitrag von Arnelie Lamier

Heft 3/96
GEHEIMDIENSTE IM OSTEN
(erscheint Ende September)

Bestellungen, Probeexemplar, Inhaltsverzeichnisse:
Ost-West-Gegeninformationen
c/o Dezentrale für Alternativen,
Prokopig. 2/1, A-8010 Graz, Österreich.
Fax: 0043/316/810594
Preis: öS 50.- (inkl. Porto/Heft)
Umfang: 48-56 Seiten

HEINZ BRAKEMEIER

Ein 'Kommunist' wird Präsident

– nach der Wahl in Rußland

Der folgende Beitrag unternimmt den Versuch, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Rußland am Vorabend des ersten Präsidentschaftswahlganges zu analysieren. Anstelle wahltaktischer Zahlenspielereien lenkt er das Hauptaugenmerk auf die aktuelle sozio-ökonomische Verfaßtheit der russischen Gesellschaft undderen Bedeutung für die Wahl. Nachdem die mittlerweile zurückliegende Wahl (vom 16. Juni) für keinen der Bewerber den erforderlichen Stimmenanteil von über 50 % brachte, ist nun ein zweiter Wahlgang erforderlich. Er wird voraussichtlich im Juli stattfinden. Gleichwohl dürften die vorgestellten Überlegungen auch für diesen von Relevanz sein. Bereits jetzt bestätigt sich u.a. die Einschätzung der besonderen Rolle des Präsidentschaftskandidaten General Lebed: er wurde von Jelzin mittlerweile zum 'nationalen Sicherheitsberater' ernannt.

Einmal 'Kommunist' – immer 'Kommunist'! Das ist das übliche Urteil im Westen. Jelzin könnte demnach nicht die Ausnahme sein. Das Präsidentenamt wird somit in jedem Fall Beute eines solchen. Ein bekannter alter Historiker im neuen Rußland differenziert allerdings zwischen zwei Arten von Mitgliedern der ehemals herrschenden Partei: Die einen sind die Gewinner der Umwälzungen seit Gorbatschows Perestroika und Glasnost bzw. seit dem Putsch von 1991 und dem von 1993. Sie kommen vor allem aus der obersten Machtelite der alten UdSSR bzw. KPdSU. Die anderen sind die Verlierer. Auch sie kommen aus dieser Elite, aus der alten 'Nomenklatura'. Aber sie waren typischerweise noch nicht in deren oberste Ränge vorgedrungen. Einen solchen Typ stellt Sjuganow dar, der andere 'Kommunist', der unter den vielen Konkurrenten Jelzins die meisten Stimmen auf sich vereinte.

Und weil die einen jene Gewinner sind, nennen sie sich jetzt 'Anti-Kommunisten'. Auch, weil sich die anderen, die Verlierer – jetzt wieder – 'Kommunisten' nennen. Jene Gewinner haben die Wahl gewonnen, an ihrer Spitze Jelzin.

Warum war seit 1993, seit Jelzins Verfassungsbruch und Putsch, kein anderer Ausgang zu erwarten? Eine faire Präsidentschaftswahl bot für Jelzin eigentlich die geringste Chance. Eher schon die für und von ihm geschriebene Verfassung, die zur Not immer noch die Möglichkeit bot, den Termin zu verschieben. An führender Stelle in seinem Präsidentenapparat und aus dem Milieu der Nomenklatura-Kapitalisten ist das vor Monaten bereits erörtert und in die 'Öffentlichkeit' getragen worden.

Eine Chance bot und bietet Jelzin allein die fast vollständige Kontrolle bzw. Subordination der Medien zu Gunsten seiner Kandidatur. Vor allem auf die Fernsehredaktionen kam es an. Diese haben in extremer Weise Sjuganow herabsetzend ins Bild gerückt – wenn überhaupt. Alle anderen Kandidaten fanden sich auf den Bildschirmen so gut wie nicht wieder. Jelzins Zarengehabe und Mätzchen waren dagegen den Redakteuren nie zu peinlich.

Obwohl Jelzin den Nationalismus Sjuganows und Schirinowskis kopierte, Kosmopolitismus und Universalismus verschmähte, war und ist der 'Westen' bereit, extrem viel für Jelzins Wahlsieg zu leisten. Hochrangig besetzte internationale Konferenzen wurden in Moskau abgehalten und an anderen Orten inszeniert, um Jelzin und seinen Ministern medienwirksame Auftritte zu ermöglichen. Insbesondere die politische Führung der USA und der BRD beeilten sich, Rußland einen neuen IWF-Kredit zu verschaffen, der schließlich im Frühjahr in einer Höhe von 10,01 Mrd. Dollar genehmigt wurde und innerhalb von drei Jahren in monatlichen Tranchen auszuzahlen ist. Erklärt wurde vage, er sei an ein möglichst inflationsfreies Wachstum gebunden, an die Senkung der Haushaltsdefizite, an höhere Effizienz des sogenannten Güter- und Warenaustausches, an die Stärkung der marktwirtschaftlichen Institutionen und an die Liberalisierung des Außenhandels mit dem Ziel, Mitglied in der neuen 'Welthandels-Organisation' zu werden. Die im 'Pariser Club' vereinten staatlichen Gläubiger gewährten Rußland ein neues großherziges Umschuldungsprogramm für die festgestellte 40 Mrd. Dollar Schuld. Es sind zunächst für die Dauer von sechs Jahren keine Tilgungen zu leisten. Insgesamt hat Rußland dafür jetzt 25 Jahre Zeit bekommen. Die deutschen Hermes-Bürgschaften sind zudem neu geregelt worden. Sie decken jetzt auch die Sicherung von Zahlungen ab, die für Lieferungen aus Westdeutschland fällig werden und nicht mehr nur solche aus den neuen Bundesländern. Außerdem genügen Hermes jetzt auch die Zahlungsgarantien privater russischer Banken, nicht nur die des russischen Staates. Die EU hat schließlich im Mai ein weiteres Unterstützungsprogramm für Rußland verabschiedet, großzügig offenbar, wenn auch nicht genau in Zahlen zu quantifizieren.

Während Sjuganow bei Aufenthalten im Westen geschnitten wurde, wurde Jelzin oder seinen Ministern selbst bei Abwesenheit zu erkennen gegeben, daß es sich um Gaben handele, die Jelzins Wahlsieg sichern sollten.

Der Westen hat offensichtlich auch weggeschaut, als Jelzin die auferlegte Senkung der Haushaltsausgaben dadurch umging, daß er Löhne und Gehälter in staatlichen Unternehmen etc. monatelang nicht auszahlte, sogar an seine einst treuen Kohlekumpels nicht, den Unternehmen dafür aber Steuererleichterungen u.ä. gewährte. Die scheinen damit gut bedient zu sein. Jedenfalls werben die 'Nomenklatura'-Kapitalisten auch mit großzügigen Spenden weiter für Jelzin.

Jelzin und sein 'Apparat' wollten schließlich mit einer weiteren abenteuerlichen staatlichen Ausgabenpolitik nach Wählerstimmen fischen. Dafür hat sich Jelzin u.a. einen eigenen riesigen Präsidenten-Verfügungsfond einrichten lassen. Neben den ausländischen Krediten dient dieser insbesondere Jelzin dazu, in medienwirksamen Wahlkampfauftritten seit Monaten ausstehende Löhne und Gehälter auszuzahlen, den Bau oder die Reparatur von Kindergärten, Turnhallen, Schulen, Hospitälern etc. zu finanzieren oder solche Finanzierungen zumindest zuzusichern. Überhaupt verteilte er Wohltaten jeglicher Art oder versprach diese für den Fall seines Wahlsieges, ungerührt der fast hysterischen Warnungen seiner engsten Wirtschafts- und finanzpolitischen Minister und Experten. Jüngst ist sogar die verfassungsmäßig garantierte Unabhängigkeit der staatlichen Zentralbank auf Jelzins Druck hin gebrochen worden: Sie mußte ihre Billionen-Rubel-Gewinne herausrücken.

Bei allem materiellen Segen, der sich auf diese Weise über Land und Leute aus der Hand des Zaren Boris J. ergoß, wurde im-

mer die Botschaft mitgeliefert, die in- und ausländischen Quellen sprudeln nur, wenn Boris J. bleibt, was er ist: der Präsident Rußlands, dessen neuer Zar.

Ein guter Zar braucht einen Feind, gegen den er siegen muß. Und das Bild dieses Feindes muß dem Volke zugleich Angst einjagen. Jelzin und seiner Mannschaft ist es gelungen, selbst beträchtliche Teile der Großstadtbevölkerung davon zu überzeugen, daß ein Präsident Sjuganow die Rückkehr zur alten stalinistischen Armseligkeit des Angebotes an Gütern und Dienstleistungen bewirken würde. Schon nach dem Sieg der 'Kommunisten' in der Duma-Wahl wurde im vergangenen Winter von engen Mitarbeitern Jelzins erklärt, mit jenem Sieg habe Jelzin seinen passenden Gegner für die Präsidentenwahl gefunden.

Von den westlichen Beobachtern des Wahlkampfes wird dagegen immer wieder festgestellt, daß weder die Partei der Kommunisten bzw. ihr Wahlblock, noch – und insbesondere – der Kandidat Sjuganow nennenswerte Züge eines alten Kommunismus erkennen lassen. Es zeige sich „so gut wie keine marxistische Lexik", hieß es sogar in der *FAZ*. Also „Keine Visionen einer klassenlosen Gesellschaft, kein Proletariat, geschweige denn einen Klassenkampf." Dagegen werde immer und mit Pathos 'Volk', 'Vaterland', das 'nationale Wesen' beschworen. Einigermaßen seriös geltende Analytiker vermuten, daß ca. 75 % der Parteimitglieder diesem Typus zuzuordnen sind. Vielleicht sind demgemäß etwa 15 % der Mitglieder als „stalinistische Nostalgiker" (*FAZ*) zu charakterisieren. Der Rest zeigt eher altes sozialdemokratisches Profil. Und das ist offenbar dominant in der potentiellen Wählerschaft der 'Kommunisten'.

Jelzin hat schon vor Monaten mit der Entlassung des prominenten Privatisierers Tschubai, ersetzt durch den alten Nomenklatura-Direktor Kadannikow, mit spektakulären legislativen Ansätzen einen Programmpunkt der 'Kommunisten' kopiert: Teile des industriellen und des Banken-Kapitals wieder zu verstaatlichen. Viel mehr scheinen die 'Kommunisten' auch nicht zu planen. Auch sie treten für das Privateigentum an Produktionsmitteln ein. Auch sie klagen über den bürokratischen Zentralismus der alten stalinistischen Planökonomie. Auch sie wollen die Konkurrenz als Mittel des Wachstums fördern. Andererseits: Auch Jelzins Regierung fördert die alte heimische Industrie. Auch Jelzin verspricht allen Arbeit, staatliche Förderung des Wohnungsbaus und der Bildung, höhere Stipendien, höhere Renten. Sehr weit sind die proklamierten Ziele beider Kandidaten offensichtlich nicht von einander entfernt. Allerdings: Sjuganows Reden lassen die Vision eines 'eurasischen Blocks' Thema werden, etwa im Umfang der alten Sowjetunion, wirtschaftlich vom Weltmarkt abgeschottet, wo heimische Landwirtschaft und Industrie dessen Macht nicht standhalten können. Jelzin hingegen hat sich zunächst gegenüber dem 'Westen', dem IWF usw., zu einer Politik fortschreitender Integration Rußlands in diesen Weltmarkt verpflichtet. Nur: das muß – nach der Wahl – nicht das letzte Wort gewesen sein. Und der 'Westen' wird ihm einige Seitensprünge nachsehen, wenn's die drohende Katastrophe erfordert.

Eine letzte Chance für Jelzin im Katalog seiner Möglichkeiten: Er hat bereits 1993 von Fälschungen profitiert, als über seine Verfassung abzustimmen war. Real hat diese offenbar nicht die nötige Stimmenzahl erreicht. Das wird nicht mehr bestritten. Amtliche Wahlstatistiker halten für die Präsidentenwahl Jelzins eine Manipulation von ca. fünf Prozent für jederzeit unauffällig machbar. Hinzu kommt , was einer von Jelzins Generalen seiner Division kürzlich allzu ungeniert befohlen hat: die Truppe hat zur Stimmabgabe für Jelzin anzutreten. Eine solche Stimmabgabe erscheint dort in hohem Grade realisierbar.

Welche Perspektiven eröffnet sich für Rußland nach der Präsidentenwahl?

Am folgenreichsten scheinen die materiellen ökonomischen Resultate der letzten Jahre zu sein: Die horrende gestiegene finanzielle Armut der Massen, das Absinken der industriellen Produktion unterhalb eines Niveaus, welches dem der Hälfte der achtziger Jahre entspricht, der niedrige Stand der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität, eher noch abgesunken als angehoben. Die Einnahmeseite des zentralen Staatsbudgets hat in diesem Jahr bisher nur 40 % des geplanten Ansatzes für die vergangenen Monate realisiert. Kein Wunder, wenn neben der Lähmung von Produktion und Umsatz noch die Jelzinschen großherzigen Steuerbefreiungen und Steuerpräferenzen Rußland in „Steuerferien" (so kürzlich klagend der entscheidende Fachminister) versetzte haben. Und auf der Ausgabenseite überschreitet Jelzin mit immer neuen Geschenken und Versprechungen die geplanten Grenzen des ohnehin riesigen Defizites stetig weiter.

Außer der extraktiven Industrie wird faktisch keine Produktion erwähnenswert gefördert – nur in diese ist nennenswertes ausländisches Kapital geflossen, insbesondere amerikanisches und deutsches. Rußlands Wachstum wird also in den nächsten Jahren vor allem von den Exporterträgen aus dieser Produktion abhängen – soweit die Gewinne nicht ins Ausland transferiert werden. Aber allein mit den Exporterlösen aus Öl, Gas und wertvollen Metallen hat sich noch nie ein 'nachhaltiges Wachstum' (ein derzeit international beliebter Begriff) erzielen lassen.

Für die andere Industrie, die veraltete und verkommene, wird in innere Kapitalbildung nicht reichen – oder dieser wird keine genügende Rendite geboten; z.B. weil im Konsumgüterbereich der Markt noch immer von billigen ausländischen Produkten überschwemmt wird – wenn diese Einfuhr nicht gestoppt wird. Der 'Westen' wird so lange wie möglich versuchen, die zukünftige Regierung daran zu hindern, die Grenzen für solche Zwecke zu schließen. Nur im äußersten Falle würde diese Abriegelung hingenommen werden.

Zu bedenken ist, ob eine neue 'lange Welle' des weltwirtschaftlichen Wachstums nicht auch die russische Ökonomie beachtlich stimulieren wird. Der Informationstechnik – als Basisinnovation – ist diese Anschubkraft zugeschrieben worden. Aber wenn überhaupt etwas von einem solchen neuen 'Kondratieff-Zyklus', einem fünften in der Geschichte des – industriell stimulierten – Kapitalismus, gegenwärtig real sein sollte, auf eine weltweite Annäherung an den Zustand der 'Vollbeschäftigung' ist auf mehrere Jahre nicht zu hoffen. Zudem wird ein mehr und mehr 'freier' Welt-Arbeitsmarkt mit Millionen von Niedriglohn-Arbeits'willigen' den Druck auf die Lohn- und Gehaltshöhe in Rußland eher nochmals vergößern, auf jeden Fall nicht respektabel verringern.

Der Fluchtpunkt der näheren russischen Zukunft ist – alles in allem betrachtet – daher eher ein autokratisches Regime als eine 'normal' prozedierende parlamentarisch-demokratische Republik. Sollte Boris Jelzin nicht zuvor der (Herz)Schlag treffen, könnte – mit oder ohne ihn – ein politischer Schlag der neuen Machtelite solch ein Regime errichten. Es würde reichen, daß sich die großen Streikbewegungen wiederholten, die vor einigen Monaten das Land erschütterten und nahezu lähmten. Die finanzielle Manövriermasse, solcher Bewegung nochmals die Aggressivität abzukaufen, wird nicht wieder vorhanden sein.

Hier ist auch an General Lebed zu denken. Als Präsidentschaftskandidat hatte er – noch – keine Chance. Aber in ein wichtiges Amt im Jelzinschen Regierungsapparat aufgenommen, könnte seine Stunde kommen. Auch er wäre ein 'Kommunist' auf dem russischen Präsidententhron. Und dem 'Westen' wäre dieser Diktator immer noch lieber als ein Sjuganow, der merkwürdige Losungen einer neuen Sowjet-Demokratie anklingen läßt.

Alle politischen Kalküle der Mächtigen in und außerhalb von Rußland beruhen auf der Voraussetzung der unendlichen Leidensbereitschaft der russischen Massen. Das ist eine oft wiederholte historische Erfahrung. Aber eine andere ist dabei stets weniger bedacht: die plötzlich anarchisch auftretende Rebellion eben dieser. Zugegeben, es waren die noch bäuerlichen bzw. die noch bäuerlich verhafteten frühen Arbeitermassen. Käme es jedoch zu einer 'modernen' Rebellion, eröffnete sie neue historische Perspektiven, wenn auch keine 'nachhaltigen' für die Sjuganows, keine für diese und jene 'Kommunisten'. ●

Rußland und die Präsidentschaftswahlen

Kampagnen, Alltag und Absurditäten

Die folgenden zwei Beiträge versuchen ein Stimmungsbild Rußlands bzw. Moskaus zur Zeit des Wahlkampfes nachzuzeichnen. Während Dennis Jdanoff die Anstrengungen der einzelnen Kandidaten schildert, in der Bevölkerung Wähler-Sympathien zu wecken, gibt Albert Scherr Einblicke in den Moskauer Alltag 1996.

Der Präsidentschaftswahlkampf

Im Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl waren folgende Erscheinungen bemerkenswert: Obwohl die Wichtigkeit dieser politischen Entscheidung allen klar ist, herrschte doch erstaunliche Ruhe im Lande. Das eigentlich interessante Phänomen war jedoch die Mobilisierung einer Unterstützungsbewegung für den Präsidenten, die nahezu alle gesellschaftlichen Kräfte und öffentlich bekannten Persönlichkeiten nicht nur des politischen Lebens erfaßt hat. Die Motivation lag dabei nicht in der durchweg positiven Einschätzung der bisherigen Amtsführung des Präsidenten, sondern vielmehr in der Ablehnung der Kommunisten und der Befürchtung ihrer Rückkehr an die Macht. Zahlreiche populäre Persönlichkeiten hatten Jelzin ihre Unterstützung ausgesprochen, darunter ein Großteil der Intellektuellen und ehemaligen Dissidenten (auch aus dem Ausland). Das stärkste Beispiel für diese Unterstützungsbewegung war die landesweit und in allen Medien durchgeführte Aktion „Geh wählen – oder Du verlierst!" gewesen, die vor allem junge Erst- und bisherige Nichtwähler gewinnen sollte. Im Rahmen dieser Aktion haben sich z.B. zwei Dutzend der populärsten Schlager- und Popstars zu einer Tournee durchs ganze Land aufgemacht und verhehlten dabei keineswegs ihre Sympathie für Jelzin. Auch in vielen Fernsehsendungen und sogar Spielshows wurde zumindest dazu aufgerufen, wählen zu gehen, oft auch um Unterstützung für Jelzin geworben. Auffällig waren auch die eindeutig auf die Veteranen zielenden, sehr pompösen Feiern zum 51. Jahrestag des Sieges am 9. Mai, da diese einen bedeutenden Anteil am Wählerpotential des Hauptkonkurrenten von der KPRF, Genadij Sjuganow, ausmachen. Organisatorisch wurde Jelzin zwar nicht von einer eigenen Partei unterstützt, aber doch von einem sehr breiten Bündnis verschiedenster gesellschaftlicher Kräfte, so von Premierminister Tschernomyrdins Partei „Unser Haus Rußland", Jegor Gaidars „Demokratische Wahl Rußlands", einem Teil der provinziellen Eliten, verschiedenen Berufs- und Wirtschaftsverbänden, sogar von vielen Gewerkschaften. Genadij Sjuganow wird neben der KPRF selbst von einer breiten Koalition getragen, die aus über 200 meist kleinen linken, radikal-linken und (sowjet-)nationalistischen Gruppierungen besteht. Dabei hat Sjuganow ein ähnliches Problem wie die PDS in Deutschland mit ihrer „Kommunistischen Plattform". Er versucht ein geradezu sozialdemokratisches und für den Westen respektables Image aufzubauen, während ein bedeutender Teil seiner Unterstützungsbasis sehr viel radikaler auf eine (zweite) sozialistisch-proletarische Revolution drängt, im Notfall eben über demokratische Wahlen. Diese Ambivalenz, mit der Sjuganow umgeht oder umgehen muß, sowie die Unklarheit über die Absichten seiner weitgehend aus Altstalinisten bestehenden Umgebung sät doch erhebliches Mißtrauen bei potentiellen Wählern. Die Überreste der einst mächtigen Parteistruktur der KP geben ihm aber eine solide Organisationsstruktur gerade in der Provinz, wo sich die demokratischen und reformistischen Parteien in diesem Punkt bisher noch ziemlich schwer tun.

Die Wahlprogramme der einzelnen Kandidaten, die meist erst 2-3 Wochen vor der Wahl veröffentlicht wurden, spielten bei der Wahlentscheidung praktisch keine Rolle, diese wurde vielmehr personenbezogen oder intuitiv getroffen. Eine Ausnahme bildet hier verständlicherweise das ökonomische Programm der KP. In diesem Programm sind die Eckpunkte: Revidierung „unkorrekter" Privatisierungen, Verstaatlichung der Rüstungs-, Energie- und Transportwirtschaft und Wiedereinführung von Preisbindungen für eine Vielzahl von Waren. Zwar soll die Koexistenz verschiedener Eigentumsformen akzeptiert werden, aber (natürlich) soll sich die höhere Effizienz des staatlichen Sektors durchsetzen und das Land allmählich in den Zustand des „entwickelten Sozialismus" zurückkehren – inklusive des Versuchs der Wiederherstellung der Sowjetunion, allerdings auf freiwilliger Basis, wie betont wird.

Neben Jelzin und Sjuganow, die gemeinsam laut Umfragen über 60 % des Wählerpotentials auf sich vereinigten, blieb natürlich wenig Platz für die übrigen Kandidaten, dennoch sollte man einige kurz beschreiben. Grigorij Jawlinskij gilt als politische Kraft zur Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme der Reformen und wurde von seiner wirtschaftsliberalen Partei „Jabloko" unterstützt. Wladimir Schirinowskij mit seiner LDPR versuchte in seiner gewohnt populistischen Art Wähler für eine Diktatur der „starken Hand" zu gewinnen. Für eine patriotisch-autoritäre Politik steht auch der im Militär äußerst populäre General Lebed, der ehemalige Bodybuilder und jetzige Trivialliteraturautor Wlassow und der Provinzkandidat Schakum. Darüberhinaus kandidierte noch der landesweit bekannte Augenarzt Fjodorow, der sich als Anhänger der „New-Deal"-Politik Roosevelts bekennt und der exzentrische Pharma-(Dollar!)-Milliardär Brynzalow, der eine sozialistische (!) Partei gegründet hat und deshalb der erklärte Favorit des Jugendundergrounds ist. Dieser Wahlkampf lief also nicht ohne ein gewisses Maß an Ironie und ein Schmunzeln ab. Michael Gorbatschow wurde nur von einem geringen Teil der Wähler unterstützt und trat immer weniger in Erscheinung. Diese Außenseiterkandidaten besetzten die Themen der „inneren Sicherheit" und der „organisierten Kriminalität", während Jelzin und Sjuganow ausschließlich den zukünftigen ökonomischen Kurs in den Vordergrund stellten.

Bezüglich der Medien im Wahlkampf ist festzustellen, daß das absolute Schwergewicht des Wahlkampfes auf dem Medium Fernsehen lag. Das Radio, daß überwiegend von kommerziellen Sendern geprägt ist, spielte praktisch keine Rolle.

Bei den Zeitungen ist interessant, daß Sjuganow und die ihn unterstützenden Gruppierungen eine ganze Anzahl von Presseorganen haben, Jelzin dagegen nicht über ein Regierungsorgan im früheren Sinne verfügt. Allerdings sind viele bisher sehr regierungskritische Presseorgane wie z.B. die in progressiven Moskauer Kreisen sehr populäre bissig-ironische Zeitung *Moskowskij Komsomolez* zu Jelzin übergeschwenkt. Die Polarisierung der Gesellschaft Pro oder Contra Jelzin machte sich also auch hier bemerkbar.

Zu einer eindeutigen Unterstützung Jelzins sind auch die zentralen Fernsehmedien übergegangen und zwar nicht nur die öffentlich-rechtlichen Sender ORT und RTR (erinnert sei hier an die Auswechslung des RTR-Direktors durch Jelzin Anfang des Jahres wegen krititischer Berichterstattung). Dies gilt ebenso für den einzigen unabhängigen Nachrichtensender NTV, der wie n-tv in Deutschland zumindest organisatorisch von CNN unterstützt wird. Dieser Frontenwechsel vollzieht sich keineswegs auf Druck der Präsidentenadministration, sondern einfach als Wahl des „kleineren Übels". Die Sendezeit der Wahlspots wurde vom Zentralen Wahlkomitee per Zufall verteilt, zusätzlich hatte jeder Kandidat die Möglichkeit, Sendezeit dazuzukaufen. Vor allem Jelzin war mit ziemlich geschickten Wahlspots präsent, die den Lebensweg einfacher Menschen zeigen, die am Ende Jelzin ihre Unterstützung aussprechen. Sjuganows Wahlspots zeigten, mit pathetischer Musik untermalt, unaufhaltsam vorwärtsdrängende Massen mit roten Fahnen, sind also ziemlich im alten Stil gehalten, wenn auch modernisiert.

Der Wahlkampf wurde überwiegend mit Reisen durch das ganze Land bestritten, zumindest von den Kandidaten, die sich das leisten konnten. Zwar bekamen alle Kandidaten ein Minimum als Wahlkampfbudget von der zentralen Wahlkampfkomission, die Finanzierung wurde jedoch weitgehend durch Bank-, Finanz- und Unternehmerkreise sichergestellt, die sich von zukünftigen Präsidenten Steuer- und Auftragsprivilegien erhofften und deshalb (logischerweise) oft sowohl Jelzin, als auch Sjuganow unterstützten. Jelzin vermischte bei diesen Reisen wie selbstverständlich seine Rolle als Staatsoberhaupt mit seiner Präsidentschaftskandidatur und präsentierte sich als überparteiliche, integrative Vaterfigur, als Garant von Stabilität und Vollendung der begonnenen Reformen und versprach einen baldigen wirtschaftlichen Aufschwung, da das Tal bereits durchschritten sei. Er besuchte dabei auffallend häufig und mit einigem Erfolg Gebiete, die als Hochburg der Kommunisten gelten, so den sogenannten „Roten Gürtel" im Süden des Landes mit den Zentren Woronesh und Krasnodar sowie den Fernen Osten.

Für die Kommunisten war dieser Wahlkampf jedoch wohl noch mehr von Bedeutung als für Jelzin. Nach eigenem Eingeständnis war es nämlich ihre letzte Chance, durch Wahlen bzw. die sich abzeichnende Stichwahl an die Macht zu kommen, da, wie es einer ihrer Vertreter in der *Komsomolskaja Prawda* ausdrückte, in vier Jahren ein bedeutender Teil ihres Wählerpotentials einfach weggestorben sein dürfte. ●

Dennis Jdanoff

Moskau vor der Wahl

Moskau zerfällt in drei, sozial, ökonomisch und kulturell unterschiedene Welten, die zwar örtlich nicht klar getrennt und funktional aufeinander bezogen, gleichwohl aber voneinander abgegrenzt sind: Dies ist erstens ***die Welt des Dollars***, d. h. der euroamerikanischen Businessman und Touristen, der oberen Chargen der Staatsbürokratie sowie der „neuen Russen", einer sozialen Klasse, die sich aus reichen Geschäftsleuten, Mafiosi und Bürokraten zusammensetzt, wobei die Übergänge zwischen diesen Subgruppen eher fließend sind. Insider rechnen 10 % der Bevölkerung der letztgenannten Gruppe zu. Zur Ausstattung dieser sozialen Klassen gehören spezifische personenbezogene Dienstleistungsanbieter:

Private Sicherheitsbeamte, die vor jeder Bank, in jedem Hotel und jedem internationalen Restaurant zu finden sind (die wirklich Reichen lassen sich auch Fachpersonal aus den USA kommen). Sie garantieren, gemeinsam mit den zahlreichen Polizisten, den Schutz der Dollarwelt vor den Armen und Kleinkriminellen. Grade der Gefährdung lassen sich an Bewaffnung, Pistole oder Kalaschnikow, erkennen. Eine große Zahl von Prostituierten aus allen Regionen Rußland und der ehemaligen Sowjetunion, die bevorzugt in internationalen Hotels und Bars, aber auch auf dem Straßenstrich arbeiten. Kinder, Jugendliche und Alte, die verkaufen, was sie zu verkaufen haben und jeden denkbaren Service an den Mann zu bringen versuchen.

Orte dieser Welt sind die Wohnungen, die internationalen Hotels und Restaurants sowie die Konsumpassagen im Moskauer Innenstadtbereich. Hier zirkulieren die Dollars in großer Zahl, übertrifft der in Schaufensterauslagen vorgezeigte und am Leib getragene Reichtum an westlichen Konsumgütern problemlos die Frankfurter Zeil. Wohnungen kosten hier zwischen 800 $ für zwei einfache Zimmer und ca. 3500 $ für eine 4-Zimmer-Wohnung.

Welt zwei ist ***die Welt der Moskauer Arbeiter und Angestellten***. Ihre Orte sind v.a. riesige Hochhaussiedlungen in den äußeren Bezirken. Die Hochhäuser, Plattenbausiedlungen, ähnlich etwa wie Halle-Neustadt, nur größer, sind, gemessen an deutschen Maßstäben, äußerlich verkommen und renovierungsbedürftig. Wer in seiner Wohnung irgend etwas stehlenswertes besitzt, sichert den Eingang durch Stahltüren und ausgeklügelte Klingelsignale, mit denen sich Familienmitglieder und Freunde zu erkennen geben. Beliebt sind als Haustiere auch Kampfhunde. Wohnungen sind knapp, jüngere Arbeiter und Studenten können es sich nicht leisten, auszuziehen. Waren werden in den Moskauer suburbs auf Straßenmärkten feilgeboten, Restaurants existieren hier nicht. Wer es sich leisten kann, besitzt ein mehr oder weniger fahrtüchtiges Auto, um dem Gedränge der U-Bahn und dem dort vorfindlichen Elend auszuweichen. Fahrwege mit der Metro oder dem Auto von 1 bis 2 Stunden von der Wohnung zum Arbeitsplatz sind innerhalb Moskaus üblich. Die Metro ist voller übermüdeter, apathischer und aggressiver Menschen auf dem Weg von Arbeit 1 zu Arbeit 2 oder nach Hause. Zu dieser Welt gehören weiter die kleinen Datschen außerhalb Moskaus, Holzhütten mit einem Stück bebaubaren Landes.

Welt drei ist die Welt derer, die auf der Straße leben. Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 12 Jahren, die betteln, stehlen oder – überwacht durch die Mafia – Kleinhandel betreiben. 5.000 von ihnen werden jährlich von der Polizei eingefangen, in ein zentrales Kinderheim der Polizei gebracht, dort „behandelt" und anschließend zu ihren Familien, in andere Heime (es fehlen Heimplätze) oder – bei schwereren Gesetzesverstößen bereits ab 14 Jahren ins Gefängnis gebracht. Zu dieser Welt sind weiter die unterversorgten Alten zu rechnen, die in Abfallkörben nach Nahrung suchen, betteln, oder, auch dies erfordert Protektion durch die Mafia, in Metro-Stationen verkaufen, was sie verkaufen können (ein paar Tomaten oder ein paar Zwiebeln oder ein paar Blumen usw.).

Diese drei Welten sind zum Teil geographisch, aber räumlich unscharf (Innenstadt – Außenbezirke; Autoverkehr- Metro) getrennt, sie treffen in der Innenstadt aber zugleich aufeinander. Menschen mit Merkmalen gravierender Strahlenverseuchung betteln vor dem Moskauer Levi's Shop, der sich in einer unterirdischen Marmorpassage mit Springbrunnen befindet, Kinder betteln in der Flaniermeile Arbat die Touristen und Reichen an und küssen ihnen zum Dank die Füße, „Kleinkrimelle" verkaufen Goldketten, verstümmelte Kriegsveteranen benutzen die Metro. Die Einhaltung der Grenzen zwischen den Welten und die soziale und lokale Koexistenz von brutaler Armut und brutalem Reichtum wird durch Gewalt (Polizei, Milizen, Wachdienste, Türsteher) und durch Geld sichergestellt, wodurch unterschiedliche Konstellationen entstehen: Die Metro und die Parks sind Orte der Arbeiter, Angestellten, Armen und Kleinkriminellen und mancher Euroamerikaner (Studenten, Touristen), die internationalen Restaurants Orte der europäisch-amerikanischen businessman, der Mafiosi und der legal oder illegal ökonomisch erfolgreichen „neuen Russen".

An manchen Orten gilt: Moskow is a city, that never sleeps. Beim Frühstück in der American Bar (open 24 hours a day) Sonntags um 5 Uhr oder beim Abendessen um 23 Uhr finden sich Zuhälter und Prostitu-

„Übermüdete, apathische und aggressive Menschen": Ausstellung russischer Plakatkunst in Moskau
Foto: Albert Scherr

ierte, amerikanische Bauunternehmer, bessergestellte Mafiosi, europäische Journalisten und die Kinder der Reichen an einem Ort wieder und genießen gemeinsam Service, Essen und Musik. Die teuren Restaurants, von denen es viele gibt, sind abends immer überfüllt. Es ist kein Problem, in Moskau 150 DM für ein Menü auszugeben, vorausgesetzt man findet einen Platz.

Der Einleitungssatz des Marxschen Kapital „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen die kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine 'ungeheure Warensammlung'" charakterisiert treffend das Erscheinungsbild des Moskauer Zentrums um den Roten Platz und den Kreml. Die westliche Konsumgüterindustrie in Gestalt von Camel, Mac Donalds, Bennetton, Ray Ban, Karstadt & Co, ihren Läden und Werbeplakaten, prägt das Erscheinungsbild der City. Mc Donalds an der Metro Puschkinskyja verfügt über ca. 15 Ausgabetheken, und 200 Sitzplätze, die ständig belegt sind. Jeans und westliche Rockmusik sind in, Konzerte westlicher Bands füllen jeden Platz und jede Halle. Das alte Kaufhaus GUM hat sich in einen Konsumpalast westlicher Waren verwandelt, in den Gängen wandelt die Schickeria. Mit den Augen eines Managers muß sich Moskau als ungeheures Marktpotential darstellen. Die Perspektive, zehntausende Wolgas und Ladas durch Opels und VW's zu ersetzen, mag die Phantasie ebenso beflügeln wie die Chance, für diese die Straßen zu bauen.

Fortgeschrittener Konsumkapitalismus und Prozesse der ursprüngliche Akkumulation finden so an einem Platz statt, und dies unter dem Schutz einer Mafia, die nach offiziellen Regierungsangaben 50 %, nach inoffiziellen Schätzungen 80 % bis 85 % der Wirtschaft kontrolliert.

Damit ist eine zentrale Machtbasis Jelzins bereits benannt. Jelzin, trotz Alkoholismus und Kriegsführung in Tschetchenien vom Westen hofiert, tritt gegen den nicht geradlinig pro-westlichen Kurs von Sjuganow an, der versuchte, eine parteiübergreifende Anti-Jelzin-Koalition zu formieren. Jelzin also ist der Mann der Welt des Dollars, seine Machtbasis sind die sozialen Klassen dieser Welt, einschließlich derer, die noch hoffen, in diese aufzusteigen. Jelzin wird zudem von den Massenmedien sowie beispielsweise von Schwulen- und Lesbengruppen als Repräsentant westlicher Freiheit gestützt. Gegen Sjuganow wendet sich auch die Mafia, die im Fall einer Niederlage Jelzins eine Stärkung der Staatsmacht befürchtet. Letzteres ist auch deshalb von Bedeutung, weil westliche Beobachter von einer Manipulation der Wahl ausgehen, lediglich das Ausmaß solcher Manipulation ist strittig.

Dagegen findet die kommunistische Partei Sjuganows ihre Anhänger bei den russischen Modernisierungsverlierern. Dies sind nicht nur die Arbeitslosen und die unterversorgten Armen, sondern auch deklassierte Kader aus Wissenschaft, Armee und Staatsbürokratie.

Die Wahl wurde gemeinhin als eine historisch bedeutsame Weichenstellung, eine Schicksalswahl betrachtet. Ökonomisch ebenso bedeutsam ist mittelfristig jedoch die Frage, was mit dem Geldkapital, den Dollars und DM geschieht, die sich als Finanzkapital in den Händen der „neuen Russen" ansammeln. Die Phase, in der wesentliche Teile dieses Kapitals als privater Reichtum verwendet werden können, wird in wenigen Jahren beendet sei. Die Alternative wird dann heißen: Legalisierung dieses Kapitals durch Investitionen in Industrien oder verstärkte Investitionen in den Akkumulationskreislauf der Drogenökonomie, wenn eine tragfähige Entwicklungsdynamik der industriellen Produktion nicht in Gang kommt.

Nicht zuletzt hängt das ökonomisch soziale Schicksals Moskaus und Rußlands ganz entscheidend davon ab, wie sich die wesentlich subsistenzwirtschaftlich lebende Landbevölkerung verhalten wird. Eine Verstärkung der bereits jetzt erheblichen Landflucht als Ursache und Folge einer weiteren Industrialisierung der Landwirtschaft, eines ökonomischen „Bauernlegens" durch russische und/oder internationale Agrarkonzerne würde Moskau näher an Mexico City heranrücken lassen, das Land näher an ein „ganz normales Land" der dritten Welt. Also: Massenarmut, und massenhafter Hunger derer, die Geld zum Überleben benötigen, aber nichts zu verkaufen haben, als ihre Arbeitskraft. Wenn, wie Soziologen neuerdings wieder vielfach behaupten, die bürgerliche Demokratie eine Staatsform ist, die nur in relativ reichen Gesellschaften existieren kann, dann müßte – als Alternative zu einer Wiederbelebung des staatlichen Zentralismus oder zu einer Auflösung staatlicher Strukturen, d.h. ihrer weiteren Ersetzung durch offene Gewalt – folgendes Kunststück gelingen: Umwandlung des illegalen und des regulären Geldkapitals in investives Kapital bei gleichzeitiger Entmachtung der Mafia und der Staatsbürokratie. Das, also eine westliche Demokratie, ist sehr unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist ein sowohl mafiös als auch staatsbürokratischer lizensierter Kapitalismus. ●

Albert Scherr

Für informative, formelle und informelle Gespräche danke ich: Prof. Dr. Dubinki, Prof. Dr. Fedulin und Prof. Dr. Guilchmann (Moskau State Academy for Social Services), Dr. Wassilij Kosnezow (Goethe-Institut Moskau), Boris (Moskauer Straßenhänder aus der Ukraine), Larissa, Tajana, Swetjana (Studentinnen der Sozialen Arbeit bzw. der Infomatik in Moskau), Illena Sulenova (Konzertianistin), Igor (Sportstudent), Igor Sulenova (pensionierter Offizier der russischen Armee), Bob, Bauunternehmer aus Chicago, zwei leitenden Mitarbeitern eines Krefelder Textilunternehmens, einem Rüstungsingenieur aus Los Angeles, der zwar seinen Namen nicht nennen wollte, gleichwohl aber zu einem sehr offenen Gespräch bereit war. Weitere Informationen sind verschiedenen Artikeln in den Ausgaben vom 2. bis 10. Juni der Moscow Times *und* Moscow Tribune *und A. Rybak, Report zur Post-Sowjetunion in* Die Woche, *6. Juni 1996, S. 19 entnommen.*

SABAH J. MOHAMED

Der Mythos Friedensprozeß

Teil I: Das israelisch-palästinensische Abkommen von 1993

In seinem Artikel „Das Friedenswunder in Palästina“ (*links* 3/4, 96) beklagt Edward W. Said zu Recht die miserablen Umstände in den besetzten/autonomen Gebieten und die Unterwerfung der Palästinenser unter das Diktat des Siegers. Allerdings neigt er bei seiner Analyse ungewollt zu einer Mystifizierung der Verhältnisse und damit zur Verkennung der Realität und deren Entwicklungsdynamik. Dabei verfällt er einerseits einer „Arafatisierung“ der gesellschaftlichen Verhältnisse in den besetzten/autonomen Gebieten und andererseits in eine kausale und deterministische Auffassung der politischen Entwicklung. Demgegenüber wird versucht, in einer dreiteiligen Artikelreihe die Entwicklung des Palästina-Konflikts seit dessen Institutionalisierung (Oslo 1993) ausdifferenzierter, das heißt aus der Sicht der Akteure und ihrer Handlungsspielräume bzw. der jeweiligen interessenbedingten Handlungsstrategien darzustellen. Da aber ohne die Grundlage dieses Prozesses, nämlich dem Oslo-Abkommen von 1993, der Gang der Entwicklung unverständlich bliebe, wird im ersten Teil der Artikelreihe das Abkommen von 1993 zusammengefaßt. Der zweite Teil analysiert das Abkommen von Taba (Ägypten) von 1995 (Oslo II) sowie die darauffolgenden Entwicklungen (die Wahlen in den besetzten/autonomen Gebieten und in Israel). Der dritte Teil liefert eine Einschätzung der aktuellen Entwicklung im *regionalen* Kontext.

Die Regulierung des Palästina-Konflikts im Rahmen des 1991 begonnenen „Friedensprozesses“ im Nahen Osten – hier handelt es sich um einen US-amerikanischen *terminus technicus* – sollte im Kontext der politisch-ökonomischen Restrukturierung der Region nach dem Zusammenbruch in Osteuropa 1989 und insbesondere nach dem zweiten Golfkrieg von 1991 sowie der damit verbundenen Integration der Region in eine neoliberal geprägte Welt(un)ordnung gesehen werden. Diese Entwicklung bot den bis dato antiwestlich eingestellten Regimes in der Region – aber auch jenen prowestlich gesinnten Regimes, denen es in der damaligen weltpolitischen Konstellation schwer fiel, ihre Einstellung politisch-moralisch offen zu vertreten – eine einmalige Chance, sich auf die Seite des *historischen Siegers* zu stellen und sich dadurch eine Schlüsselrolle in jenem Projekt zu sichern. Eines stand allerdings der Verwirklichung dieses Projekts im Wege: der Palästina-Konflikt. Ihn galt es zu befrieden.

In diesem Artikel geht es um die Voraussetzungen der Mariginalisierung der PLO durch die anti-irakische Front unter der US-Führung während der Golfkrise und des Golkriegs, die Politik des „fait accomplis“ des israelischen Staates, die Friedensstrategie des US-amerikanischen Establishments, das Abrücken der im Golfkrieg verbündeten arabischen Staaten von der Palästinafrage, welche sich auch in der Form des politischen und finanziellen Boykotts der PLO ausdrückte, und nicht zuletzt um die internen Machtkämpfe der Palästinenser. Dies alles führte nicht nur zum Druck auf die Palästinenser, sich an den regional geformten Verhandlungstisch in Madrid zu setzen, sondern auch zu einem Alleingang der Fatah-Fraktion der PLO unter Arafat, das einem politischen Komplott gleichkommende Geheimabkommen mit der israelischen Regierung zu unterschreiben (Oslo 1993).

Allgemein legte das „Oslo-Abkommen“, offiziell „Gaza-Jericho-Abkommen“, vom September 1993 eine Agenda für Verhandlungen über eine palästinensische Interim-Selbstverwaltung in Gaza und Jericho fest. Zwei Monate nach der Unterzeichnung sollte das israelische Militär in diesen Gebieten anfangen, sich zurückzuziehen. In vier Monaten sollten der Rückzug aus den besiedelten Gebieten und die Umverlegung in andere abgeschlossen sein. Stattdessen sollte eine palästinensische Polizei für die innere Sicherheit sorgen. Innerhalb von neun Monaten sollten die Palästinenser in Gaza und Jericho in die Lage versetzt werden, ihr eigenes Verwaltungsorgan, das sogenannte „Council“, zu wählen. Innerhalb von zwei Jahren, spätestens Anfang des dritten Jahres, sollten Verhandlungen über die Regelung der Endphase auf der Basis der UN-Resolutionen 242 und 338 durchgeführt werden. Nach fünf Jahren sollte der Endzustand eingeleitet werden, wobei keine konkreten Aussagen über diesen gemacht wurden.

Selbstbestimmungsrecht

Mit der Problematik der gegenseitigen *Anerkennung* wird mensch bereits in den einführenden Sätzen der DOP („Declaration of Principles“) konfrontiert. Die formelle Gleichstellung des „Government of the state of Israel and the P.L.O.“ kann das asymmetrische Kräfteverhältnis und den gemeinten politischen Stellenwert der PLO und die daraus sich ergebenden politischen Konsequenzen nicht verdecken. In den einführenden Sätzen der DOP wird die „P.L.O.“ nur in Zusammenhang mit dem Begriff „team“ verwendet. Um Mißverständnisse auszuschließen, wurde dieser Begriff direkt „*in* the Jordanien-Palestinien delegation to the Middle East peace coference (*the* ‘Palestinian Delegation‘)“ verortet und sollte das palästinensische Volk („the Palestinian people“) repräsentieren.

Nun stammte diese palästinensische Delegation aus der Westbank sowie aus Gaza und ihre Mitglieder wurden de facto von Israel bestimmt. Das „P.L.O.-team“ erschien indes als der Teil oder als das „team“ der palästinensischen Delegation, mit dem Israel in die Verhandlungen eintreten wollte, da einerseits mit dem anderen „team“, also der offiziellen palästinensischen Delegation, keine Einigung über die Teilautonomie erzielt wurde und da andererseits die Opposition in den besetzten Gebieten keine Verhandlungsalternative für Israel darstellen konnte.

Im Zusammenhang mit der Herkunft der palästinensischen Delegation aus der Westbank und dem Gaza sowie der gegenseitigen Anerkennungsbriefe (siehe Teil II in der nächsten *links*) lassen sich die Palästinenser, die vom ‘team’ repräsentiert wurden, als die Einwohner der Westbank und des Gazastreifens definieren. In diesem Kontext gesehen erscheint die Formel „recognize their mutual legitimate and politi-

cal rights“ umso problematischer, da im Gegensatz zum Staat Israel und im Zusammenhang mit den Anerkennungsbriefen – anders als im Arafat-Brief kann mensch im Rabin-Brief nichts Konkretes dazu feststellen – die palästinensischen 'legitimen und politischen Rechte' nicht definiert waren.

Nun stellte das kurzfristige Ziel der Verhandlungen die Errichtung einer palästinensischen Interims-Selbstverwaltung („the elected Council“) für die Übergangsphase von fünf Jahren dar, wobei das langfristige Ziel einer permanenten Regelung auf der Basis der UN-Resolutionen 242 und 338 erreicht werden sollte (Artikel I). Das „Council“ sollte von den Palästinensern der Westbank und des Gazastreifens gewählt werden. Eine rein palästinensische Angelegenheit war dies jedoch nicht. Das Wahlsystem, der Beobachtungsmodus und die Regelung der Wahlkampagne (Anhang I.2) sollten beiderseits abgestimmt und geregelt werden. Desweiteren durften die sogenannten „displaced“ Palästinenser von 1967 aus „praktischen“ Gründen nicht an der Wahl teilnehmen (Anhang I.3).

Die Struktur des „Council“, dessen Mitgliederzahl, Exekutiv- und Legislativgewalt sowie die palästinensischen Justizorgane (Artikel VII) wurden von Israel mitbestimmt. Was die Legislativgewalt des „Council“ angeht, so hat dieses keine politische Bedeutung bzw. territoriale Machtbefugnis, sondern lediglich administrative Aufgaben, und zwar in den Bereichen Bildung/Kultur, Gesundheit, soziale Einrichtungen, direkte Steuern und Tourismus (Artikel VI). Desweiteren erstreckt sich die Gewaltausübung nicht auf alle Gebiete der Westbank und des Gazastreifens. Offene „Issues“ wurden davon ausgeschlossen (siehe unten).

Spätestens hier drängt sich die Frage nach dem sozio-ökonomischen Unterordnungsverhältnis zwischen Israel und den Palästinensern auf. Nichts in der DOP weist auf eine Entwicklung einer unabhängigen palästinensischen Ökonomie bzw. auf deren Loslösung von Israel hin. Ganz im Gegenteil: In allen Artikeln und Anhangsprotokollen, in denen die ökonomische *Entwicklung* und *Zusammenarbeit* erwähnt wird, verfestigen sich die Abhängigkeitsstrukturen. Zwei wichtige Punkte mögen dies konkretisieren: Eine der katastrophalen Folgen der israelischen Besatzung seit 1967 ist die Zerstörung der damals vorhandenen palästinensischen ökonomischen und sozialen Infrastruktur. Die Landkonfiszierungen und das Monopol Israels auf die Wasserquellen in den besetzten Gebieten, welche hauptsächlich für israelische Siedlungen und den Wasserverbrauch im Kernland ausgebeutet wurden, zerstörten die agrarische Produktionsform der Palästineser und hatten die Proletarisierung des größten Teils der palästinensischen Bauern zur Folge. Die palästinensische Mehrheit ist seitdem in ihrem Überleben von der Arbeit in Israel abhängig.

Um eine ökonomische Entwicklung in den besetzten Gebieten herbeiführen zu können, müßten die Palästinenser über eine eigene sozioökonomische Infrastruktur verfügen, was die hoheitliche Verfügungsgewalt über die eigenen Landesressourcen,

„Die formelle Gleichstellung des 'Government of the state of Israel and the P.L.O.' kann das asymmetrische Kräfteverhältnis und die daraus sich ergebenden politischen Konsequenzen nicht verdecken.“

eigene ökonomische Entwicklungskonzepte, sozial-, wirtschafts- und finanzpolitische Machtbefugnisse impliziert. In der DOP sind alle erwähnten Aspekte von Israel mitbestimmt. Darüberhinaus beschränkt sich die palästinensische Mitarbeit administrativ auf die oben erwähnten fünf Bereiche. Was z.B. die Erhebung direkter Steuer durch das „Council“ (Artikel VI.2) angeht, so ist dies nicht nur eine unter israelischer Mitbestimmung durchzuführende Maßnahme (Anhang zum Artikel VI.2 und VI.3 in den „Agreed Minutes“), sondern wird auch von Israel verwaltet. Per Definition werden diese direkten Steuern den Lohnabhängigen auferlegt. Da jedoch aufgrund der massenhaften Arbeitslosigkeit in den besetzten Gebieten die Einnahmen des „Council“ beschränkt bleiben, ist dieses auf internationale Hilfe sowie auf Auslandsinvestitionen angewiesen. Diese wiederum unterliegen dem Gesetz der indirekten Steuer, welches ebenfalls eine rechtliche Angelegenheit Israels ist.

Der zweite wichtige Punkt ist die Frage der Währung. Den Palästinensern wurde die Gründung einer „Palästinensischen Entwicklungsbank“ (Artikel VII.4) zugestanden, jedoch war nirgends die Rede von einer palästinensischen Zentralbank, welche eine eigene palästinensische Währung hätte einführen können. Was bedeutet dies und was sind die sich daraus ergebenden politischen und ökonomischen Konsequenzen? Erstens verunmöglicht es eine unabhängige ökonomische Entwicklung der Palästinenser, denn die israelische und/oder jordanische Währung ist nur gegen Arbeitskraft oder Waren zu bekommen, was stets die Gefahr ökonomischer Krisen aufgrund politischer oder ökonomischer Restriktionen seitens dieser Länder in sich birgt, deren Geldfluktuationen die Palästinenser ausgeliefert sind.

Weil andererseits aufgrund der katastrophalen Produktionsverhältnisse in den besetzten Gebieten diese auf die Einführung von israelischen Waren angewiesen sind, würden die internationalen Kredithilfen in Form harter Währung in Israel landen, welche zur Verstärkung des Devisenbestands Israels beitragen. Die Frage der Währung besitzt aber auch politische Bedeutung. Die Nichterwähnung einer palästinensischen Währung in der DOP bedeutet, daß jedes Zeichen, das auf nationale Unabhängigkeit hindeuten könnte, vermieden werden sollte.

Territorium

Was hat es nun mit der Frage der permanenten Regelung auf Basis der UN-Resolutionen 242 und 338 auf sich? In diesem Kontext werden drei Aspekte dieser Resolutionen hervorgehoben, die für die Analyse von Interesse sind:

1. Ungeachtet der Interpretationsproblematik der Resolution 242, die nach englischer Auffassung den israelischen Rückzug aus „besetzten Gebieten“, für Frankreich jedoch den Rückzug aus „den besetzten Gebieten“ beinhaltet, bestimmt diese die Unzulässigkeit des Erwerbs von Gebieten durch Gewalt und fordert damit den bedingungslosen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten.
2. Die Resolutionen 242 und 338 beziehen sich auf den Konflikt zwischen Nationalstaaten, also den „Nahost-Konflikt“.
3. In der Resolution 242 erscheint der Palästina-Konflikt als „Flüchtlingsproblem“.

Obwohl formell im Artikel I der DOP die permanente Regelung auf Basis der Resolutionen 242 und 338 angestrebt wird, sind diese de facto mit israelischem Inhalt besetzt. Im Gegensatz zu der Implementierung der Resolutionen in Form eines bedingungslosen Rückzugs Israels, so wie es von der UNO gefordert wurde, wird dieser das Ziel der Verhandlungen über die permanente Regelung sein, also mindestens zwei Jahre nach Beginn der Übergangsphase stattfinden. Da sich die palästinensische Selbstverwaltung auf die Westbank und den Gazastreifen, konkreter: auf den Rest dieser Gebiete, erstrecken soll, wurde Ostjerusalem – womit nicht nur die eigentliche Stadt gemeint war, sondern ein mittlerweile sich auf 20 % der Westbank erstreckendes Gebiet – de facto nicht mehr als besetzt, sondern als ein „offenes issue“ der Verhandlungen über die permanente Regelung betrachtet.

Was den zweiten Aspekt der Resolutionen angeht, so war die Absicht Israels, ei-

nerseits durch den zwischenstaatlichen Konflikt als Grenzkonflikt seine Grenzen mit den benachbarten Staaten, insbesondere Jordanien festzulegen, und andererseits, da die Palästinenser in den Resolutionen nicht als staatlicher Akteur erscheinen, auf der Basis derselben die Entstehung einer palästinensischen Integrität in Form eines Nationalstaates zu verhindern. Dies läßt sich nicht nur deshalb vermuten, weil die Grenzfrage als offenes „issue" für spätere Verhandlungen verschoben wurde, sondern vor allem auch deshalb, weil die israelische Grenze überall da zu verorten ist, wo Juden leben.

Hält mensch sich die Karte der besetzten Gebiete und den Allon- und Sharon-Plan vor Augen, in dessen Rahmen Siedlungen überall und quer durch die besetzten Gebiete errichtet wurden, so wird deutlich, wie unmöglich es ist, daß eine palästinensische Integrität entstehen kann, da in der DOP weder von der Auflösung der bestehenden Siedlungen noch vom Stop des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten die Rede war. So gesehen war es kein Zufall, daß im Artikel V.3 die Rede von verbleibenden (offenen) „issues" war und diese dabei in der Reihenfolge „settlements security arrangements, borders, relation and cooperation with other neighbours" genannt wurden. Der Grund dafür war, daß die Siedlungen in den besetzten Gebieten – 'ideologisch' gesehen – eine *innere* Sicherheitsfrage für Israel darstellen, die der Verantwortung des israelischen Militärs und der palästinensischen Polizei obliegt, und daß die Grenzen von Jordanien und Ägypten als eine *äußere* Sicherheitsfrage bzw. Grenzfrage Israels angesehen werden, die durch die Beziehungen mit den Nachbarn geregelt werden sollte.

Demographie

Was den dritten Aspekt in der Resolution 242 angeht, so ist dieser direkt mit der machtpolitischen Frage gekoppelt. Die einzige Stelle, an welcher der Begriff „Flüchtlinge" vorkommt, war bei den offenen „issues" in Artikel V.3. Mit Flüchtlingen sind die hunderttausend Palästinenser gemeint, die vor, während und nach dem Krieg von 1948 vertrieben wurden und deren Rückkehr oder Kompensation von der UNO bedingungslos gefordert wurde. Außer diesen Flüchtlingen gibt es eine andere Kategorie von Palästinensern, nämlich diejenigen, die seit 1967 vertrieben worden sind. Für sie wurde die Bezeichnung „displaced persons" konstruiert. Liegt das Schicksal der Flüchtlinge im Ungewissen, so spricht Artikel X.II von der Regelung der Frage der „displaced persons", und zwar im Kontext einer "liaison and cooperation with Jordan and Egypt". Dieser Artikel sah vor, daß sich ein Komitee, das außer Israel und den Palästinensern auch aus Jordanien und Ägypten besteht, bilden und das sich „Continuing Comittee" nennen sollte. Dieses Komitee „will decide by *agreement* on the modalities of *admission* of persons displaced from the west Bank and Gaza string *in 1967*, together with *necessary measures to prevent disruption and disorder*". Was bedeutet diese, wörtlich aus dem Camp-David-Abkommen von 1977 übernommene Formel?

1. Das absolute Rückkehrrecht wird in ein selektives Privileg transformiert („admission").

2. Dieses ist wiederum begrenzt auf die Kategorie der ab 1967 Vertriebenen, also der „persons displaced *in* (but not *since*) 1967".

3. Israel besitzt de facto ein Vetorecht über die Rückkehr, z.B. durch eine Verbindung zwischen „admission" und „prevent disruption and disorder". Damit hat Israel eine „legale" Waffe gegen die Rückkehr von Palästinensern, die aufgrund von „Sicherheitsgründen" als „politisch unerwünscht" erklärt werden. Auch kann es durch andere Restriktionen, wie z.B. durch das Argument der ökonomischen Aufnahmefähigkeit der Gebiete, die Rückkehr verhindern. In diesem Kontext ist es auch zu verstehen, warum nur die Palästinenser aus Ostjerusalem an der Wahl teilnehmen durften, deren Wohnsitz in der Stadt registriert war, und warum die „displaced" Palästinenser von dieser Wahl ausgeschlossen waren, was mit „praktischen" Gründen begründet wurde. In beiden Fällen zielte diese Politik auf die Verhinderung der Rückkehr der Mehrheit der Vertriebenen. Dadurch werden nicht nur die ohnehin verstreuten Palästinenser-Flüchtlinge „displaced" und Einwohner von Westbank und Gaza weiter fragmentiert und damit ihre vorhandenen widersprüchlichen Interessen verstärkt. Vor allem zielten diese Maßnahmen darauf ab, die Aufrechterhaltung einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit durch die Verhinderung der Rückkehr der Palästinenser zu sichern.*

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß genau diejenigen Fragen, welche die Hauptkonfliktfelder ausmachen, also Territorium, Demographie und nationaler Herrschaftsanspruch, als offene „issues" in der DOP deklariert wurden. Der aufgrund des asymmetrischen Kräfteverhältnisses zugunsten Israels bestehende Status quo läßt sich durch die – bis zu den zukünftig vorgesehenen Verhandlungen über die permanente Regelung geschaffenen – „fait accomplis", die irreversibel gemacht werden können, perpetuieren. Dies zeigt sich auch daran, daß die DOP durch die Mitbestimmung Israels charakterisiert ist. Die Streitfragen sollten durch Verhandlungen geregelt werden, doch aufgrund des asymmetrischen Kräfteverhältnis verleihen diese Israel mehr Macht, d.h. wenn die Palästinenser einen israelischen Vorschlag ablehnen, würde diese Ablehnung keine israelische Option erzwingen. Umgekehrt aber verhindert die Ablehnung eines palästinensischen Vorschlags seitens Israels das Zustandekommen eines wie auch immer gearteten Arrangements. ●

** Die Verhinderung der massenhaften Rückkehr derjenigen Palästinenser, die als „displaced" bezeichnet werden, begründete der stellvertretende israelische Verteidigungsminister Mordechai Gur folgendermaßen: „We are making an agreement for the good of the security of Israel and not in any way to destroy it....Therefore the right of return will not arise.", Journal of Palastine Studies, 5.9.1993, S. 2.*

PERIPHERIE

Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt

PERIPHERIE versteht sich als Forum der Diskussion über Unterentwicklung, die Beziehungen zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt sowie über die Solidarität mit Emanzipationsbewegungen.

Vierteljahreszeitschrift
Einzelheft 112 Seiten
Doppelheft 224 Seiten

die neuen Hefte:

Nr. 59/60 Globalisierung
Nr. 61 Menschenrechte

Einzelheft DM 13,- / Doppelheft DM 25,-
Abo Einzelperson DM 45,-
Abo Institutionen DM 80,-

erhältlich in jeder guten Buchhandlung oder direkt bei:
LN-Vertrieb
Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin
Tel. 030/6946100, Fax 6926590

Probeheft und ausführliches Verzeichnis anfordern!

NATUR-MACHT-ÖKOLOGIE

Paradoxe Zeitungsstrategie? In neoliberalen Zeiten, in denen die „soziale Frage“ unerhört an Brisanz gewinnt, plant die *links*-Redaktion einen Schwerpunkt zu „Ökologie“. Letzteres erscheint doch gerade angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit, sich intensivierendem internationalen Wettbewerb, wachsender Fremdenfeindlichkeit und immer perfiderer staatlicher Repression als längst überholtes Thema der 70er und 80er Jahre. Schon die Auseinandersetzungen in der Redaktion bei der Vorbereitung dieses Schwerpunktes haben gezeigt, daß viele sich als radikal Linke verstehende mit dem Thema recht wenig anfangen können. Und in der Tat wird das kritische Potential einer Thematisierung der „sozial-ökologischen Frage“ immer weniger in politisch-praktischen wie theoretischen Auseinandersetzungen ausgeschöpft.

Daß grundlegende Muster einer zerstörerischen Aneignung von Natur nicht erst in den letzten Jahren entstanden sind und eng mit gesellschaftlichen Ausbeutungs- und Machtverhältnissen wie auch mit tief verankerten kulturellen Orientierungen zusammenhängen, ist eigentlich banal – und eben doch ein zentrales Problem. Denn mit der Tatsache, daß „ökologische Probleme“ immer mehr gegen andere gestellt wurden und werden, daß „Ökologie“ als „Luxus“ thematisiert und damit in Krisenzeiten ausgeblendet wird, gingen Ausgrenzungen bestimmter Positionen und Politikformen einher.

Dabei ist der Zusammenhang zwischen der Globalisierung des Kapitalismus und einer intensiveren Naturzerstörung trotz aller internationalen Verhandlungen, umweltpolitischer Rhetorik und institutionellen Veränderungen allzu deutlich. Regenwald wird weiterhin „in-Wert“ gesetzt und Umweltpolitik hierzulande ist nur dann durchsetzbar, wenn sie mit der vorherrschenden ökonomischen Rationalität vereinbar ist – der „grüne Punkt“ läßt grüßen. Ansonsten herrscht viel Symbolik, wenn Minister durch den Rhein schwimmen oder angeblich unverseuchtes Molkepulver vom Finger schlecken.

Daß der Zusammenhang von gesellschaftlichen Entwicklungen und Naturzerstörung von der „ökologischen“, d.h. rot-grünen mainstream Debatte realpolitisch kurzgeschlossen wird, hat auch für emanzipatorische Politik Folgen. Denn die Möglichkeiten der Politisierung des zerstörerischen Verhältnisses von kapitalistischer Gesellschaft und Natur, das sich je nach geschichtlichen und aktuellen sozialen Kräfteverhältnissen zeitlich und regional unterschiedlich ausformt, sind nicht besonders gut, wenn als Ursachen der Naturzerstörung nicht konkrete soziale Verhältnisse und Interessen benannt werden, sondern „der Industrialismus“, „die Ökonomie“ oder – mit dem aufgeklärten Blick fürs globale Ganze – „die Bevölkerungsexplosion“. Wenn dann Aus- und Königswege von vermeintlich progressiver Seite ebenfalls in einer Ökonomisierung von Natur gesehen werden (Stichwort: „die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen“), dann sieht es schlecht aus für andere Ansätze, die sich der (Welt-)Marktlogik wenigstens gedanklich zu entziehen versuchen – ohne dafür einfache „Alternativen“ zu haben.

Ein weiterer Grund, sich in neoliberalen Zeiten mit sozial-ökologischen Fragen zu beschäftigen, ist die Tatsache, daß zumindest in Westdeutschland innerhalb der sog. neuen sozialen Bewegungen ein kritisches Verständnis des Umgangs mit Natur entstand. Denn die radikaleren bzw. sich im Verlauf der Auseinandersetzungen radikalisierenden Teile von ihnen brachten umweltpolitische Themen überhaupt erst auf die Tagesordnung und suchten Anknüpfungspunkte emanzipatorischer Politik, die sich nicht notwendigerweise auf die Fachdisziplin „Umweltpolitik“ beschränkten. Das ist aus vielerlei Gründen gescheitert und die „Verstaatlichung“ der Umweltpolitik führte bekanntermaßen zur realpolitischen Kleinarbeitung wachsender Probleme. Die Schwächung von sozialen Bewegungen als Folge der Suche nach handhabbaren Lösungen und als Konsequenz der Institutionalisierung von Politik führte dazu, daß radikalere Ansätze weitgehend auf der Strecke blieben. Dazu mögen durchaus eigene Fehler beigetragen haben.

So wenig wie es „die“ neuen sozialen Bewegungen gab, so unsinnig ist es von „der“ sozial-ökologischen Politik zu sprechen oder sie gar modellhaft vorzugeben. Es geht eher darum, Möglichkeiten der Politisierung heutiger zerstörerischer Formen von Naturaneignung, die in neoliberalen Zeiten pervers wird, in vielen Feldern und Fragen genauer zu benennen. Wir plädieren mit diesem Schwerpunkt zunächst einmal

dafür, sich aus einer radikal emanzipatorischen Perspektive genauer anzusehen, warum und wie sich soziale Problemlagen und Auseinandersetzungen verschoben haben.

Damit heben wir uns einerseits von offenbar stärker werdenden Positionen ab, die „Ökologie“ aus der Schmuddelecke der Kritik herausziehen wollen und ein positives Lebensgefühl aufzubauen beabsichtigen. Wobei unklar bleibt, ob diese Perspektive wirklich Naivität und Ignoranz gegenüber dominierenden Entwicklungen geschuldet ist oder aber ob es sich um eine Masche zur Steigerung der Auflage von Zeitschriften wie *natur* handelt.

Wir wollen aber auch nicht darauf vertrauen, daß in der staatlichen Umweltpolitik doch noch irgendwann der „Knoten platzt“, wenn nur endlich die vielen vernünftigen Argumente gehört und rot-grüne „Machtverhältnisse“ installiert werden. Das hängt einerseits mit der konkreten Erfahrung der letzten Jahrzehnte zusammen, aber auch mit dem grundsätzlichen Mißtrauen, daß ein gesellschaftliches „Steuerungszentrum“ wie der Staat grundlegende Veränderungen herbeiführen könnte.

Und schließlich reden wir nicht den technokratischen Ansätzen das Wort, die die wachsende Naturzerstörung als Managementproblem sehen und innerhalb des bestehenden Institutionensystems mit „Effizienzrevolution“ oder anderem die Krise bearbeiten wollen. Was zudem in der Regel recht borniert für die Metropole BRD und unter Ausblendung heutiger Kräfteverhältnisse vorgesehen ist – effiziente Umwelttechnologie wird dann als potentieller Exportschlager angepriesen.

Vor allem kommt es darauf an, sozial-ökologische Auseinandersetzungen wieder verstärkt als Bestandteil umfassenderer Konflikte zu verstehen. Es gilt also zunächst einmal, allgemeinere und bestimmte Entwicklungen genauer auszuleuchten. Was sind die Bedingungen, unter denen emanzipatorische Politik, zu der auch eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse gehört, agiert? Wie lassen sich vor diesem Hintergrund Politikformen und -inhalte finden bzw. welche gibt es schon, die den komplexen Problemen und den Veränderungen von Machtverhältnissen Rechnung tragen? Für die letzte Frage läßt sich, wie so oft, keine Antwort finden. Denn so wichtig Debatten und intellektuelle Auseinandersetzungen sind, so sehr verpuffen sie, wenn sie nicht mit anderen Formen politischer Praxis hin zu grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen einhergehen.

Zu den einzelnen Beiträgen: Anfangs zeichnet Christoph Görg wesentliche Aspekte und Verschiebungen des bundesdeutschen Protests nach, wobei er zu der Einschätzung kommt, daß sich vor allem eine spezifische Form von ökologischer Reformpolitik in den letzten Jahren durchsetzte, was sich im Motto des Umwelttages 1990 spiegelte. „Vom Konflikt zum Konsens.“

Jörg Lauterbach konzentriert sich in seinem Beitrag auf die Auseinandersetzungen um Atomanlagen in Westdeutschland und skizziert die aktuellen Bedingungen militanten Widerstands. Es gehe um den Auf- und Ausbau eines kontinuierlichen Widerstandes und um die (Gegen-)Politisierung des derzeit vorherrschenden Widerstandes.

Die kulturindustrielle Verwurstung der ökologischen Krise thematisiert Oliver Brüchert in seinem Beitrag. Die Kurzsichtigkeiten der Ökologiebewegung, die der Trennung von „Natur“ und „Kultur“ aufsaß (und -sitzt) und zu sehr „Natur“ betone, blende gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten und soziale Ursachen aus.

Verweist Brüchert unter anderem auf Ursachen eines Öko-Nationalismus, so geht es Steffen Becker und Ulrich Brand aus einer eher polit-ökonomischen Perspektive um die Konturen eines metropolitanen Öko-Kapitalismus. Denn, so ihre These, in der aktuellen Auseinandersetzung um sozial-ökologische Fragen scheinen zwischen Katastrophenszenarien und Hoffnungsgedudel nicht viel Platz zu sein für eine viel wahrscheinlichere Entwicklung: die unter gewaltigen Ausschließungen stattfindende Restrukturierung des globalen Kapitalismus, wobei einige Antworten auf die „ökologische Frage“ mit Kapitalverwertung kompatibel seien.

Schließlich rezensiert der jüngst zur *links*-Redaktion gestoßene Roland Hamel das gerade erschienene Buch *Ökologie und Macht* von Helga Eblinghaus und Armin Stickler, das sowohl einen Überblick über die aktuelle Nachhaltigkeits-Debatte gibt und in dem pointiert Position bezogen wird.

die Red.

CHRISTOPH GÖRG

Von den „Grenzen des Wachstums“ zum „Wachstum der Grenzen“

Wandlungen des ökologischen Protestes

Es ist wieder Optimismus angesagt, die Party ist ausgerufen. Zumindest in der *Frankfurter Rundschau*, die auf ihrer Umweltseite vom 14. Mai zwei Umweltjournalisten die „Erfolgsgeschichte“ der Umweltbewegung feiern ließ. Zwei Wochen nach dem Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und nur wenige Tage nach den blutigen Köpfen und nassen Klamotten, die sich Blockierer beim Castor-Transport nach Gorleben holten, muß dies wie eine blanke Provokation erscheinen. Und doch steckt mehr hinter dieser Einschätzung, verdichtet sich gerade in der grotesken Blauäugigkeit der Jubelbotschaft ein Wandel des ökologischen Protestes.

Ökologisch motivierter Protest an der Gesellschaft war zu keiner Zeit einheitlich, sondern hat sich stets aus z.T. gegensätzlichen Quellen gespeist. Das gilt für frühe Formen wie die Lebensreform-, die Wandervogel- oder die sozialistische Naturfreundebewegung genauso wie für den Protestzyklus, der in den 60er Jahren anhob und in den 70er Jahren zu einem ersten Höhepunkt führte. Bis in die Romantik am Beginn des 18. Jahrhunderts hinein läßt sich beobachten, daß das Unbehagen an der kapitalistischen und industrialisierten Moderne offen war für reaktionäre, emanzipatorische wie auch technokratische Antwortversuche. Auch in den 70er Jahren haben diese divergierenden Reaktionsweisen eine deutlich ausgeprägte Form gefunden. Von den reaktionären Visionen eines Herbert Gruhl über die technologischen Utopien eines Amory B. Lovins bis zum Widerstand gegen technokratische Großprojekte wie Atomkraftwerke und der Suche nach alternativen Lebensformen, selbst nochmals unterschieden in eher romantisch-schwärmerisch oder eher radikaldemokratische Strategien, reicht die Palette.

Die Ökologiebewegung gab es also nie, sondern eher eine Vielzahl mehr oder weniger kooperierender Bewegungen, die nur z.T. auch explizit auf Naturthemen Bezug nahmen. Ein ökologischer Protest speiste sich aber ebensosehr aus feministischer Kritik an der Logik des patriarchalisch-naturbeherrschenden Denkens, auch wenn sich bspw. Stimmen aus „der“ Frauenbewegung gegen ihre Eingemeindung in eine breite Bewegungsfront verwahrt haben. Trotzdem läßt sich für die späten 70er Jahre hinter den unterschiedlichsten Stoßrichtungen des Protestes eine relativ breite Krisenerfahrung als gemeinsamer Hintergrund ausmachen: die der Erschöpfung einer spezifischen Wachstumskonstellation kapitalistischer Entwicklung und des Umschlagens von Produktiv- in Destruktivkräfte. Was genau erschöpft und was die richtige Antwort darauf sei, darin schieden sich wie gesagt die Geister. Daß aber alle bisherigen Versuche, soziale Krisen zu bewältigen, auf Kosten einer Krise der Naturverhältnisse gegangen und somit gescheitert waren, dies schien evident zu sein. Daß also eine neue Form der gesellschaftlichen Organisation angestrebt werden müsse, deren ökologische Kosten nicht mehr ungestraft externalisiert, in die natürliche oder soziale Umwelt abgewälzt werden dürfen, dies kann – zurückblickend – als ökologischer Kern der Krise des Fordismus angesehen werden (Vgl. dazu auch den Beitrag von Steffen Becker und Ulrich Brand).

Die einzelnen sichtbaren Aspekte dieser Krise und ihre Interpretationen waren allerdings alles andere denn einheitlich. Vielmehr gingen hier ökologischer Katastrophismus und soziale Herrschaftskritik eine schwer entwirrbare Verbindung ein. Vom Ölpreisschock, nuklearen Endzeitvisionen, den Manifestationen des „Sicherheitsstaats“ in Grohnde, Kalkar und Brockdorf über die Mobilisierung einer Region im Kampf gegen die „Startbahn-West“ am Frankfurter Flughafen bis hin zu vielfältigen sozialen Verweigerungsaktionen und -haltungen reichen die Phänomene. Deren gemeinsame Botschaft deutete einerseits darauf hin, daß die fordistische Phase kapitalistischer Entwicklung immer stärker an natürliche wie politisch-soziale Grenzen stieß. Andererseits schien angesichts der ökologischen wie gesellschaftlichen Gefahrenlage allein ein kompromißloser Widerstand noch rational zu sein, jede Bereitschaft der Verbesserung im Kleinen dagegen eine unverantwortliche Kapitulation vor dem „System“. Es hatte den Anschein, daß die Wachstumsgesellschaft an ihre definitiven Grenzen gekommen sei, auch wenn diese Grenzen keineswegs überall wie in der Studie von Meadows u.a.(„Grenzen des Wachstums“) als eine der drohenden Erschöpfung der natürlichen Ressourcen thematisiert wurden.

An dieser Krisenerfahrung läßt sich jedoch der Wandel ablesen, der die 90er von den 70er Jahren trennt. Zunächst brauchte es eine ganze Weile, bis sich der ökologisch motivierte Protest nach den heterogenen Ausgangsbedingungen zu bündeln, zu verdichten und zu institutionalisieren begann. Und der Bündelung in der Partei der Grünen stand ein ebenso breiter außerparlamentarischer Protest gegenüber, dessen Verhältnis zur parteiförmig betriebenen Politik, trotz aller Beschwörungen vom „Stand- und Spielbein“, immer prekär war. Trotzdem begann mit der Gründung der Grünen eine Karriere des Protestes, in der dieser immer stärker in den Sog etablierter Politikformen geriet. Die Folge ihrer Institutionalisierung war die Entwicklung der Grünen als Konkurrenz- und Klientelpartei auf der einen, die Fragmentierung des außerparlamentarischen Protestes auf der anderen Seite. Schon vor Tschernobyl kann deshalb von einer Krise der Krisenerfahrung gesprochen werden. Nicht daß der Protest einfach verschwunden oder völlig absorbiert worden wäre. Nach wie vor gab es eine breite Bewegungskultur und quasi-institutionelle Bewegungsnetzwerke jenseits der Parteien. Aber er hatte seine Ausdruck gewandelt: Von der Erfahrung einer fundamentalen sozial-ökologischen Krise zum Zweifel an der Veränderungsfähigkeit der Gesellschaft.

Auf den gesellschaftstheoretischen Punkt gebracht wurde beides, die sozial-ökologische Krisenerfahrung wie deren Verschiebung, fast zeitgleich mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl. Mitte 1986 erschien mit der *Risikogesellschaft* von Ulrich Beck eine Zeitdiagnose, in der nicht nur den destruktiven Naturverhältnissen endlich die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet wurde und sie in das Zentrum der gesellschaftlichen Analyse gerückt wurden. Auch die Perspektive der sozialen Bewegungen erhielt sozusagen postum ihre höheren Weihen: Sie wurden zu Zeugen eines historischen Umbruchs erkärt, in dem als Resultat einer erfolgreich durchgesetz-

ten gesellschaftlichen Modernisierung eine neue Naturabhängigkeit entstanden sei. Die Becksche Krisendiagnose verdichtet sich zu dem Paradox, daß gerade die Strategien der Generierung von Sicherheit, allen voran die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, zur Quelle der Unsicherheit und Bedrohung in der Risikogesellschaft geworden seien. Doch anders als die frühe kritische Theorie und deren Diagnose von der *Dialektik der Aufklärung*, die in der grundlegenden Denkfigur in vielen Punkten der Beckschen verwandt ist, unternimmt dieser keinen Versuch mehr einer Kritik der dominanten Modernisierungsstrategien in praktischer Absicht. Beck setzt seine Hoffnung vielmehr auf die „Selbstpolitisierung der Gesellschaft", angetrieben durch eben die „Selbstvernichtungsgefahren", die diese Gesellschaft aus sich heraus produziert hat. Hier wächst also mit der Gefahr zugleich auch das Rettende, mit den Giften die *Gegengifte*. Was aber in der Gesellschaft konkret zu ändern wäre, und auf welchem Wege und mit welchen Akteuren dies geschehen könne, darüber schweigt sich Beck aus. Inwieweit können aber die sozialen Bewegungen nicht nur als Zeugen oder Indikatoren sondern auch als Akteure eines historischen Umbruchs betrachtet werden?

So war durchaus eine „Selbstveränderung" der Gesellschaft zu beobachten. Spätestens nach Tschernobyl kam die Krisenerfahrung in der Gesellschaft an und führte zu z.T. heftigen Anpassungsreaktionen. Der Staat wollte seine Bürger ob der unklaren Bedrohungslage beruhigen und gründete zu diesem Zweck, und nicht um faktisch etwas an der Bedrohung zu ändern, ein Umweltministerium. Nach den Parteien entdeckten Wirtschaft und Werbung die Ökologie. „Grün" mußte auf einmal alles sein, vom Parteiprogramm bis zum Waschpulver. Auch Wissenschaft und Technologie setzten auf den neuen Standard „Umweltverträglichkeit". Die Ergebnisse sind bekanntlich ambivalent. Zwar sind die Bundesbürger und Bürgerinnen inzwischen Weltmeister im Mülltrennen. Doch dabei ist aus dem Müll ein „Wertstoff" geworden, dessen hoch monopolisierte Verwertungsindustrie starkes Interesse an Nachschub hat. Böse (systemtheoretische) Zungen behaupten zwar: So ist das halt, wenn die gesellschaftlichen Teilsysteme auf eine diffuse Botschaft reagieren – sie übersetzen sie in ihre eigene „Sprache" und versuchen damit Wählerstimmen, Profit oder einfach öffentliche Gelder zu akkumulieren. Doch beinhaltet diese Reaktion genau auch die Festschreibung des status quo. Insofern ist die Krisendiagnose von Beck auch wieder gar nicht so falsch: Die vermeintliche Umwelt- oder Naturkrise ist eigentliche eine der gesellschaftlichen Institutionen, nur daß deren Reaktion auf die Krise zur Verfestigung ihrer eigenen Funktionslogik führt.

Immer mehr geraten deshalb die gesellschaftlichen Mechanismen der Bearbeitung oder Nichtbearbeitung ökologischer Probleme in den Mittelpunkt des Interesses. Politische und ökonomische Institutionen werden danach befragt, wie ihre Beschaffenheit zu den Ursachen der Probleme beitragen und welche Veränderungen notwendig wären, um Abhilfe zu schaffen. So werden partiell Lernprozesse initiiert und z.T. auch umgesetzt, doch mit einer spezifischen Einschränkung. Diese läßt sich beim Themenkomplex Energie verdeutlichen. Ohne Zweifel zeigen die Versuche einer rationellen Energieverwendung und die Erschließung damit verbundener Einsparpotentiale Wirkung. Dies ist nicht einfach ein Ergebnis technischer Innovationen, also einer Effizienzrevolution in diesem Sinne. Ebenso wichtig können soziale Innovationen sein, sei es auf der Bewußtseins- und Handlungsebene der Verbraucher, sei es im institutionell-organisatorischen Bereich. Längst ist bewiesen, daß die bundesdeutschen AKW's jederzeit kurzfristig abgeschaltet werden könnten, und daß dies mittelfristig auch ohne negative Belastung der CO_2-Emissionen geschehen könne. Bekanntlich hat dieses Wissen aber noch keinen tieferen Einfluß auf die Energiepolitik der Bundesregierung gehabt. Hier endet also offensichtlich die Lernfähigkeit der Institutionen. Nachwievor soll der „Energiekonsens" der herrschenden Interessenmafia mit paramilitärischen Mitteln durchgesetzt werden. Ohne massiven Widerstand vor Ort wird es daher mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keinen Ausstieg aus der Atomenergie geben.

Dieses Beispiel zeigt, daß eine sozialökologische Politik der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse nicht nur mit Machtverhältnissen und Interessenlagen zu rechnen hat. Es zeigt darüber hinaus auch noch, daß die Erfahrungen aus der ökologischen Krise in äußerst selektiver Weise institutionell aufgegriffen werden. Zu Innovationen sind (wenn überhaupt) die ökologischen Reformvorschläge geworden, die sich in die Funktionsweisen des etablierten Institutionensystems integrieren ließen, ohne die dahinter stehenden Interessen und strukturellen Beschränkungen zu gefährden. Diese für sich genommen nicht weiter erstaunliche Botschaft hat aber einen Haken. Denn dadurch hat auch die Ökologiethematik selbst eine erstaunliche Karriere gemacht. Sichtbar wurde diese in den Debatten, die in der Umweltbewegung um 1990 herum geführt wurden. Vom „Konflikt zum Dialog" hieß damals die Devise (vgl. dazu *links* Nr. 270 vom Nov. 1992). Dabei wurde zwar der unbezweifelbaren Tatsache Rechnung getragen, daß mit dem Thema Ökologie nun keine Position mehr vertreten wurde, die den etablierten Institutionen und Interessenlagen einfach entgegesetzt wäre. Doch gleichzeitig wurden die angedeuteten bereichstypischen Reaktionen mit grund-

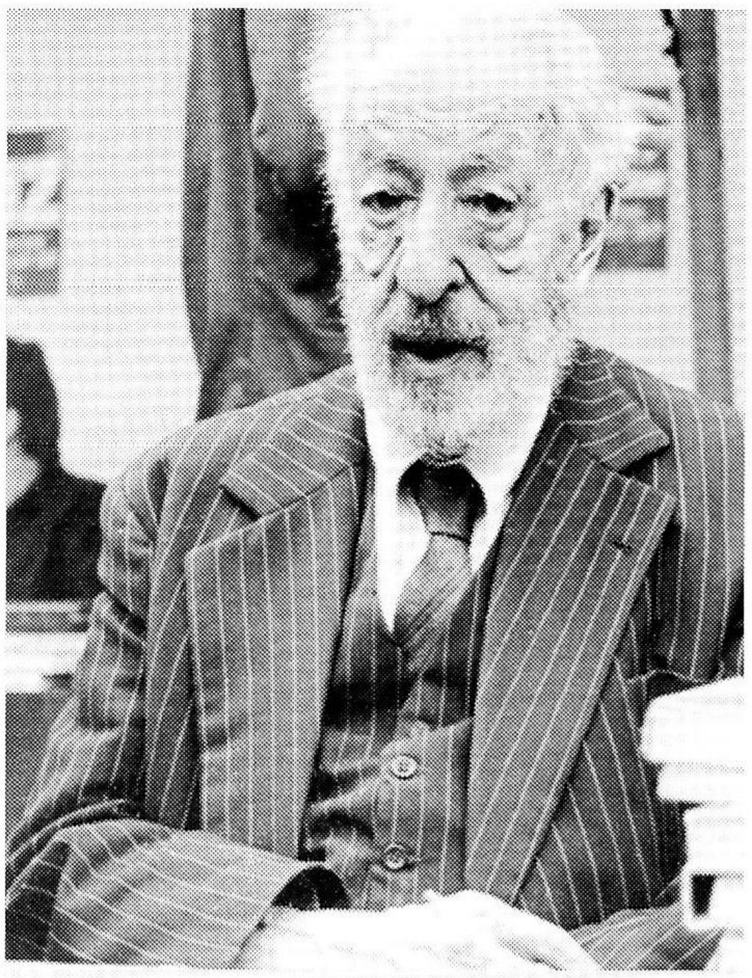
„Ökologisch motivierter Protest an der Gesellschaft war zu keiner Zeit einheitlich, sondern hat sich stets aus z.T. gegensätzlichen Quellen gespeist": Anti-Atomprotest in den 80ern

sätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen verwechselt. Diese Verwechselung führte einerseits zu einer selektiven Eingemeindung des Umweltthemas, andererseits aber zu einer zunehmenden strukturellen Blockade: Zwar wird nun in ökologischer Hinsicht gehandelt, aber die Prinzipien und Kriterien dieses Handelns werden dabei mehr und mehr anderen Zielen untergeordnet. Dabei bleibt außerhalb des Gesichtsfeldes, daß sich rhetorisches, aber auch tatsächliches Handeln sehr gut mit einer strukturellen Blockade ökologischer Reformen verbinden läßt. Alles was sich nicht ökonomischen Interessen oder, vor allem aus heutiger Sicht, der „nationalen Wettbewerbsfähigkeit" am „Standort Deutschland" unterordnet, hat aus realpolitischen Gründen keine Chance.

Wenn nun seit einiger Zeit von einer Blockade der Umweltpolitik und einer Rücknahme ökologischer Reformen die Rede ist, dann ist die Situation vor diesem Hintergrund differenzierter zu betrachten. Wenn heute Umweltministerien abgebaut werden, dann kann dies auch als Anhaltpunkt dafür gewertet werden, daß „die Bürger" tatsächlich „andere Sorgen und Ängste" haben müssen, daß sie einer Beschwichtigungsagentur für ökologisch motivierte Ängste nicht länger bedürfen. Doch steht dies keineswegs im Gegensatz zur scheinbar konträren Beobachtung, daß die sozial-ökologische Rhetorik von vielen gesellschaftlichen Akteuren unverdrossen weitergepflegt wird. Wie es aber um die Chancen einer sozial-ökologisch motivierten Reformpolitik steht, dies läßt sich an den Diskussionen und der Funktion des Leitbilds der „nachhaltigen Entwicklung" ablesen. Dieses Leitbild hat in die bundesdeutsche Umweltpolitik Eingang gefunden zu einer Zeit, in der sich nach 1989 eine Blockade und eine Akzentverlagerung hin zu sozialen Themen und zur Ideologie des „Standortwettbewerbs" durchsetzte. Was aber dieses Leitbild suggeriert, ist nichts weniger als die Umkehrung der Krisenerfahrung: Das Leitbild fungiert als hegemoniale Figur, die die ehemals widersprüchlichen Anforderungen von Ökologie, technischer Effizienzsteigerung, sozialer „Gerechtigkeit" und ökonomischen Wachstum zu integrieren vorgibt. Und dieses Leitbild wird offensiv als Integrationsideologie zur Absicherung einer neuen Wachstumsphase am „Umweltstandort Deutschland" (E.U. v. Weizsäcker) propagiert. Unter dem Zeichen der Nachhaltigkeit wird daher die Quadratur des Kreises real betrieben: die Verbindung von sozial-ökologischer Reform mit Konservierung des status-quo. Denn dieses Leitbild zielt, bei allen Konflikten, die um die Bedeutung des Leitbilds immer noch ausgetragen werden, letztlich doch auf die Durchsetzung einer neuen Wachstums-Ideologie, eines „neuen Wohlstandsmodells" für den Postfordismus.

Denkt man diese Ideologie zu Ende, dann werden aber nicht nur die natürlichen Bedingungen menschlichen Lebens wie alle sozialen Verhältnisse auch äußerst selektiv betrachtet: nämlich als „Standortfaktoren", die die nationale Wettbewerbsfähigkeit zu fördern oder zu hemmen vermögen. Auch die ursprüngliche Krisenerfahrung wird genau umgedreht: Vom Ausstieg aus der kapitalistischen Wachstumsdynamik zu einem neuen Innovationsschub. Vor allem die für das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung" zentrale Forderung nach einer Effizienzrevolution unterstellt geradezu ein „Wachstum der Grenzen" durch optimierte Ausnutzung natürlicher Ressourcen. Nicht die Erfahrung gesellschaftlicher wie natürlicher Grenzen, sondern die innovative Kraft einer grenzenverschiebenden und partiell aufhebenden technischen Modernisierung wird hier gefeiert. Damit wird unter ökologischen Vorzeichen zuweilen wieder ein Produktivkraftoptimismus verbreitet, der noch über den des alten Marx weit hinaus geht. Sogar soziale Institutionen werden mehr und mehr danach beurteilt, inwieweit sie Handlungsblockaden für Innovationen beseitigen können. Von der Seite des Kapitals wird gar Verfahrensbeschleunigung als neues Markenzeichnis einer ökologischen Demokratie gefeiert. Der Fortschrittsoptimismus machts möglich.

Wo also in den 80er Jahren „neue Unübersichtlichkeiten" konstatiert wurden, da scheinen sich die Nebel gelichtet zu haben und die neu-alte Botschaft des grenzenlosen Fortschritts wieder fröhliche Anhänger zu finden. Wie schreiben unsere Öko-Optimisten in der *FR*: „Lassen wir die Endzeitprediger in ihrem Gedankennebel stehen und wenden wir uns der ökologischen Zukunft zu. (...) Wir setzen Zuversicht gegen romantische Düsterkeit. Wer die Apokalypse erwartet, verändert die Welt nicht." Hinzuzufügen wäre: Was letzteres betrifft ist der Kapitalismus nachwievor unübertroffen – nur daß sich diese Veränderung als Bestätigung des Immergleichen entpuppt. Dabei haben die beiden sogar in einem Punkt recht: Gegen diese Wachstumsideologie hilft wohl kaum die Propagierung eines neuen Katastrophismus. Nicht, weil er sich nicht auf besorgniserregende Fakten stützen könnte, sondern weil er die Einsicht wieder rückgängig machen würde, die sich in den 80er Jahren partiell durchgesetzt hatte: Gegen die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse hilft nicht der moralische Appell an die Verantwortung angesichts der „Gattungsfrage", sondern allein ihre gesellschaftliche Gestaltung. Daß diese nur gegen etablierte Interessenlagen und Machtverhältnisse durchgesetzt werden kann, das bleibt immer noch die Mindesteinsicht für jegliche radikale sozial-ökologische Politik. ●



Erstens die Frankfurter Allgemeine Zeitung, um zu wissen, was das Kapital denkt. Zweitens die Berliner Zeitung, um zu wissen, wie die liberale Bourgeoisie denkt... Dann lese ich noch etwas, was man nicht Tageszeitung nennen kann, eine ganz einzigartige Sache auf dieser Welt, eine Tageszeitschrift, die heißt junge Welt.

Jürgen Kuczynski

Jetzt teste ich...

die junge Welt für 4 Wochen zum Preis von DM 15,– statt des regulären Preises von DM 45,–.

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

☐ Ich habe DM 15,- (Scheck, Bargeld) dieser Bestellung beigelegt.
☐ Ich ermächtige Sie einmalig, die Testabo-Gebühr von meinem Konto abzubuchen:

Konto-Nummer

Geldinstitut

BLZ

Mein Testabo kann ich bis zum Ablauf der dritten Testwoche kündigen. Melde ich mich nicht mehr bei Ihnen, dann wandelt sich das Testabo in ein reguläres Abo um. Dieses verlängert sich monatlich, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf des Monats kündige.

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Poststempel) schriftlich bei junge Welt,Am Treptower Park 28–30, 12435 Berlin, widerrufen.

Datum/2. Unterschrift

Redaktion junge Welt
Am Treptower Park 28–30 · 12435 Berlin
Oder per Fax an 030/68834-343

Die Tageszeitung
junge Welt

JÖRG LAUTERBACH

Die Nacht ist nicht nur zum Schlafen da

Geschichte und Erfolgsaussichten der Proteste gegen Atomanlagen in der BRD

Die Grundlagen der Atomforschung in Westdeutschland wurden bereits im Faschismus geschaffen, nach 1945 konnte an Erfahrungen über die Kernspaltung aus der NS-Zeit angeknüpft werden, technische und personelle Kapazitäten waren vorhanden. 1949 bildet sich bereits eine Kernphysikalische Kommission, die Programme für die zukünftige Entwicklung auf dem Gebiet der Atomenergie entwerfen soll, 1953 wird die BRD an der Gründung des europäischen Kernforschungszentrums (CERN) beteiligt, 1956 wird das Bundesministerium für Atomfragen unter seinem ersten Minister F.J. Strauß gegründet. Die Bewaffnung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen, laut Strauß eine „beschlossene Sache", scheitert sowohl an öffentlichen Protesten, insbesondere durch die in dieser Zeit sich gründende Anti-Atom-Tod- und Anti-Wiederaufrüstungsbewegung, aber auch an der Weigerung der Westmächte, diesen Plänen nachzugeben. Demgegenüber kann, von einigen regional begrenzten Protesten abgesehen, die 'friedliche' Nutzung der Atomenergie bis Anfang der 70er Jahre weitgehend widerstandslos durchgesetzt und die Atomtechnologie in der BRD etabliert werden.

Mit den Auseinandersetzungen um das KKW in Wyhl (1974) wird zum ersten Mal in der Geschichte der BRD massenhafter Widerstand gegen Atomanlagen ausgeübt. Für die Nach-APO-Linke in der BRD spielen die Proteste gegen die 'friedliche' Nutzung der Kernenergie jedoch zunächst keine Rolle. Eine inhaltliche Auseinandersetzung um die Hintergründe des Ausbaus der Atomenergie setzt erst Mitte der 70er Jahre ein, nachdem sich, nicht zuletzt als Resultat der Erfahrungen mit der Ölkrise 1973, eine Wende in der staatlichen Regulation des Atomsektors vollzieht. Auf die Bedrohung der billigen Energieversorgung und des ökonomischen Wachstums reagiert der Staat mit einer Offensive: Der Ausbau der Atomenergie und die Anstrengungen, einen nationalen Plutoniumzyklus zu etablieren, werden massiv forciert. Während für den Protest in Wyhl innerhalb des linken Spektrums zwar Sympathie entwickelt wird, bleibt die militante Linke vorerst auf Distanz. „Was hatten wir gemeinsam mit Bauern, Naturschützern und umweltbewußten Lehrern und Wissenschaftlern?" (Revolutionäre Zellen 1980). Die Einschätzung, daß die Anti-AKW-Bewegung „nur eine revisionistische Perspektive entwickeln könnte", wird revidiert, nachdem sich die Auseinandersetzungen um die Atompolitik zuspitzen und der Protest sich radikalisiert. Besonders Brokdorf, Kalkar, Gorleben und Wackersdorf werden Ende der 70er Jahre zu Zentren des Protestes gegen Atomanlagen.

Für die radikale Linke beinhaltet der Widerstand gegen den Ausbau der Atomenergie neben der Zerstörung der ökologischen Grundlagen des Lebens und dem Zusammenhang zwischen der zentralisierten Form der Energieerzeugung und der Zentralisation staatlicher Macht, vor allem den militärischen Aspekt der Atomenergie und die Entwicklung des bundesdeutschen Atomimperialismus. Beflügelt durch die Wyhler Erfahrungen herrscht die Vorstellung vor, daß das Atomprogramm durch Bauplatzbesetzungen relativ kurzfristig zu stoppen sei. Diese Einschätzung wird jedoch schnell fragwürdig. Der am 30.10. 1976 besetzte Bauplatz in Brokdorf wird noch am selben Abend geräumt, ein erneuter Versuch der AKW-Gegner, den Bauplatz zu besetzen, scheitert trotz ca. 40.000 TeilnehmerInnen am massiven Polizeiaufgebot. Am 19.2.1977 beteiligen sich ca. 60.000 TeinehmerInnen an Kundgebungen in Itzehoe und Brokdorf. Eine Demonstration am Bauzaun ist aufgrund des riesigen Polizeiaufgebots nicht möglich. Am 13.3. 1977 scheitert in Grohnde der Versuch von ca. 20.000 AKW-GegnerInnen, den Bauplatz für das dort geplante AKW zu besetzen ebenfalls an der staatlichen Übermacht, das wenige Tage später errichtete Anti-Atom-Dorf wird mit massivem Polizeieinsatz 10 Tage nach seiner Errichtung geräumt. Am 28.7.1977 findet in Malville (Frankreich) eine internationale Demonstration gegen den „Super-Phoenix" statt. Bei dieser Demonstration setzt die Polizei Nebel-, Gas- und Offensivgranaten ein. Ein Demonstrant verliert sein Leben, einem weiteren wird ein Fuß durch eine Granate abgerissen, es gibt unzählige schwer- und leichtverletzte DemonstrantInnen. Der am 24.9.1977 in Kalkar am Niederrhein unternommene Versuch, gegen den Bau des Schnellen Brüters zu demonstrieren, wird zu einer staatlichen Notstandsübung umfunktioniert. Massenhaft werden Personenkontrollen durchgeführt, Kontrollen auf den Autobahnen errichtet, Sonderzüge gestoppt, DemonstrationsteilnehmerInnen stundenlang festgehalten, durchsucht und erkennungsdienstlich behandelt. Insgesamt werden rund „125.000 Personen in nur 12 Stunden überprüft" *(Autonomie)*. Trotzdem gelangen noch ca. 50.000 AKW-Gegner nach Kalkar, eine Demonstration ist aufgrund des gigantischen Polizeiaufgebots allerdings nicht möglich. 1980 wird in Gorleben der besetzte Bauplatz geräumt, das *Umweltmagazin,* eine vom Umweltverband Bürgerinitiativen Umweltschutz herausgegebene Zeitschrift, zitiert eine Demonstrationsteilnehmerin mit den Worten: „Polizei in Gorleben. Das war schlimmer als Krieg".

„Was hatten wir gemeinsam mit Bauern, Naturschützern und umweltbewußten Lehrern und Wissenschaftlern?" (Revolutionäre Zellen 1980): Symbol des Protests

Die Steigerung der Massenmilitanz am Bauzaun ist vor dem Hintergrund dieser Prozesse politisch nicht mehr zu verantworten. Ein Teil der Anti-AKW-Bewegung versucht aufgrund des Scheiterns der Bauplatzbesetzungen den Protest gegen die Atomenergie in Form eines allgemeinen

Stromboykotts zu reorganisieren. Als auch diese Strategie scheitert, setzen vor allem autonome Gruppen auf direkte Aktionen gegen die Symbole staatlicher Macht, womit eine „neue Phase des Kampfes" eingeleitet und die Möglichkeit von Widerständigkeit auch unter polizeistaatlichen Bedingungen aufgezeigt werden soll. Anfang der 80er Jahre entstehen Gruppen wie „Unbekannte Handwerker", „Hau weg den Scheiß", „Rheinisch-Autonome Freiheitsbewegung" und andere, bei denen sich das Fällen von Strommasten besonderer Beliebtheit erfreut. Von einer „neuen Phase des Widerstands" gegen Atomanlagen zu sprechen, bleibt jedoch eine Übertreibung. Durch die Sabotageaktionen wird zwar zum Teil erheblicher Sachschaden angerichtet, neben der persönlichen Gefahr für die Akteure selbst bleiben die Anschläge im Hinblick auf die Verhinderung des Atomprogramms jedoch weitgehend folgenlos, vor allem weil eine Mobilisierung über die eigene Szene hinaus kaum erreicht wird. Erst mit der Bekanntgabe der Pläne zum Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf gelingt die Reorganisation des Anti-AKW-Protestes. Die Verhinderung der WAA als Resultat des Zusammenspiels von unmittelbarer Betroffenheit und Militanz ist ein politischer Erfolg, an dem autonome Gruppen erheblichen Anteil haben. Die relativ gelungene – und letztlich erfolgreiche – Mischung aus militantem und friedlichem Protest kommentiert der Leiter der Polizei, Friker, mit den Worten: „Auch einzelne Oberpfälzer müsse man mittlerweile der Chaotenszene zurechnen."

Zwei Ereignisse verändern den Protest gegen AKW's in der BRD grundlegend. Zum einen ist es den militanten Gruppen in Wackersdorf zwar gelungen, das Projekt WAA zu verhindern, eine Politisierung der Bewegung gegen die Wiederaufbereitungsanlage über diese Verhinderungsstrategie hinaus schlägt jedoch fehl. Gleichzeitig gelingen die Versuche, den Protest weg vom Bauzaun wieder in die Städte zurückzuverlagern, nur ansatzweise oder an anderen Brennpunkten (Startbahn, Häuserkampf). Zum anderen entsteht vor dem Hintergrund der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 eine völlig neue Anti-AKW-Bewegung. Diese unterscheidet sich nicht nur in ihrer Zusammensetzung, sondern auch in ihren Protestformen und politischen Inhalten fundamental von der alten Bewegung. Die nach Tschernobyl gegründeten Initiativen sind Mütter gegen Atomkraft, Eltern-, Frauen-, Lehrerinitativen und engagierte Kirchengruppen. Ihnen geht es hauptsächlich um das Bewußtmachen der Gefahren der radioaktiven Verseuchung, um das Aufzeigen von alternativen Ernährungs- und Lebensweisen und um den Kampf gegen die offizielle Verharmlosungspolitik. Anders als in Italien gelingt es in der BRD nicht, die Forderung nach Stillegung aller Atomanlagen durchzusetzen, daß wohl größte Defizit der neuen Anti-AKW-Bewegung, die aufgrund ihrer fast ausschließlichen Konzentration auf die aktuellen Strahlenwerte nicht zu unrecht oft als „Bequerell-Bewegung" bezeichnet wird. Statt

„Die Bürger können sich darauf verlassen, daß sich der wehrhafte Staat nicht von Chaoten und Randalierern in die Knie zwingen läßt." (Kanther)

gezielter Angriffe auf den Staat und über den Atomkraftwiderstand hinausreichende Politisierungsversuche werden Mahnwachen organisiert, Andachten gehalten, Schweigemärsche veranstaltet und symbolische Massensterben initiiert. 1988 beschränkt sich der Widerstand gegen das AKW in Brokdorf „fast ausschließlich auf den Sitzblockade-Protest. Dazu wird Straßenmusik gemacht, Schweigeminuten werden eingelegt oder auch Andachten abgehalten. Der Großteil des Blockade-Spektrums kommt aus kritischen und engagierten Kirchengruppen bzw. von TheologiestudentInnen, für die ein gewaltfreier Widerstand oberste Maxime ist. Wem das zu 'peacig' ist, der läßt sich inzwischen bei den Blockaden nicht mehr sehen. Die anfangs entschlossene Aktion hat inzwischen den Charakter einer Mahnwache angenommen. Mittlerweile gibt es feste Absprachen, wie lange welches Tor 'besetzt' wird. Dies wird den AKW-Beschäftigten und der Polizei mitgeteilt. Wenn diese ihre Uhren genau stellen und sich daran halten, gibt es keinen Konflikt mit den BlockiererInnen" *(taz)*.

Angesichts dieser Entpolitisierung aber auch aufgrund globaler Veränderungsprozesse gerät der Protest gegen Atomanlagen in der BRD Ende der 80er Jahre zunehmend in den Hintergrund. Der sich nunmehr wieder hauptsächlich auf lokaler Ebene artikulierende Widerstand ist vor allem heimatverbunden, konservativ und absolut gewaltfrei. Daß der „wehrhafte Staat" bei der Durchsetzung seiner Ziele dennoch nicht gerade viel Federlesen um Träger und Inhalte des Protestes betreibt, wurde am 8. Mai – wieder einmal – deutlich. Kurz nachdem die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg ihr „Großes gewaltfreies Aktions-Training" beendete, bei dem laut *FR* vor allem geübt werden sollte, wie man die Nerven bewahrt, wenn Polizisten sie verlieren, prügelten über 15.000 Polizisten gegen den primär von der „Bäuerlichen Notgemeinschaft", der Aktion „Hausfrauen stricken gegen Castor", dem Verband „Christliche Demokraten gegen Atomkraft" und der örtlichen BI getragenen Protest, den zweiten Atommülltransport nach Gorleben durch. Einen Tag später sprechen die „Christlichen Demokraten gegen Atomkraft" von „offensichtlich überforderten Uniformierten" und klagen liberale Professoren angesichts des „bodenständigen Widerstandes" richtiges „Augenmaß" bei politisch Verantwortlichen und Polizei ein. „Wenn Menschen bereit sind, sich auf die Straße zu setzen, um sich wegtragen zu lassen, und wenn sie auch Schläge mit dem Polizeiknüppel in Kauf nehmen, zeigen sie, mit welcher Festigkeit sie um ihre Heimat kämpfen." (Jürgen Seifert)

Besonders sogenannte „Chaoten" haben demgegenüber dafür gesorgt, daß das bundesweite Aufsehen, das die Proteste gegen die Atommülltransporte erregt haben, nicht von derartigen „Kämpfen für eine saubere Heimat" dominiert werden, sondern daß heute die Forderung nach sofortiger Abschaltung aller AKW's und der Kampf gegen den repressiven Sicherheitsstaat wieder ein Stück näher an die politische Tagesordnung gerückt ist. Allerdings bedarf es trotz der Niederlage vom 8.5. gegenwärtig keiner Steigerung der Militanz, sondern des Auf- und Ausbaus eines kontinuierlichen Widerstandes und der (Gegen-)Politisierung des Protestes vor Ort. Kleinere Erfolge, wie die Verunsicherung der politischen Klasse durch ständige Präsenz, die Verteuerung der Castor-Transporte usw. sind gegenwärtig notwendige Zwischenschritte, um den Atomkurs zu stoppen. Dies ist keineswegs ein utopisches Ziel, denn zur Zeit spricht nicht sonderlich viel dafür, daß die zahlreichen noch geplanten Castor-Transporte politisch durchgesetzt werden können.

Die Tatsache, daß es derzeit in der BRD keine Mehrheit für die Nutzung von Atomenergie gibt, ist dafür nur ein Indiz, aber auch ein strategischer Vorteil. Wichtiger ist jedoch die Erkenntnis, daß der „wehrhafte Staat" so unbesiegbar nicht ist. Dies zeigt schon ein kurzer Blick auf die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung: Auf dem Gelände der einst geplanten WAA steht heute ein Gewerbegebiet, aus dem Schnellen Brüter in Kalkar wurde ein Vergnügungspark, der Hochtemperaturreaktor in Hamm ist inzwischen stillgelegt und die Brennelementefirma in Hanau wird derzeit dichtgemacht. Und tschüß... ●

OLIVER BRÜCHERT

Das ökologische Warenhaus

Das 21. Jahrhundert hat längst begonnen und das Raumschiff Enterprise ist unterwegs, im Weltraum die Probleme des 20. Jahrhunderts aufs Neue zu entdecken. Auch die hochentwickelte Warp-Technologie entpuppt sich als ökologisches Risiko – sie verursacht Risse im Raum-Zeit-Gefüge. Parallel strahlen die Nachrichten eine Fortsetzungsserie über einen verrückten französischen Herrscher aus, der mit seinen Atombomben die letzten Atolle der Südsee in ein radioaktives Grab verwandelt. Dem verschreckten Publikum bietet die nächste Werbeunterbrechung ein Bier „aus dem Herzen der Natur" an und der „grüne Punkt" sichert das Überleben künftiger Generationen. In Spielfilmen tummeln sich Greenpeace-inspierierte Ökokrieger, die dem umweltverschmutzenden Monopol den Garaus machen. Die Kulturindustrie hat den Marktwert der „ökologischen Frage" längst entdeckt und die Risiken, die einmal Anlaß für gesellschaftliche Reflexivität geben sollten, in die Warenform überführt.

Die öffentliche Thematisierung ökologischer Probleme unterliegt einem eigenartigen Dilemma. Es ergibt sich immer wieder die Schwierigkeit, etwa das Ausmaß der Bedrohung durch Radioaktivität oder den sogenannten Treibhauseffekt und die ihnen zugrundeliegenden komplizierten Prozesse erfahrbar zu machen. Den Unterschied zwischen dem unsichtbaren Ozon „unten" und dem ebenso unsichtbaren Ozonloch „oben" muß man sich mindestens durch einigermaßen aufmerksame Zeitungslektüre erarbeiten. In der Frage nach Grenzwertfestlegungen für einen Ozonarlarm muß man den einen oder anderen Experten vertrauen. Und erst die Verkündung der Meßwerte im Radio läßt möglicherweise die Atemnot bei einer sommerlichen Fahrradtour mit der hohen Ozonkonzentration in Verbindung bringen. Trotz der mangelnden Erfahrbarkeit ist das Thema Ökologie in aller Munde. Regelmäßige Katastrophenwarnungen lassen Auflagen und Einschaltquoten diverser Medien in die Höhe schnellen. Hochkomplexe Modellrechnungen und neueste Forschung werden allenthalben veröffentlicht. Und für Politiker jedweder couleur gehört ein bißchen „Öko" längst zum guten Ton.

Wenn man ökologische Probleme einigermaßen ernst nehmen will, muß man feststellen, daß zwar viel geredet, aber kaum gehandelt wird. Drastischer ausgedrückt hat es den Anschein, daß die öffentliche Thematisierung das wahre Ausmaß der Katastrophe zunehmend verdeckt. Die Vermutung liegt nahe, daß diese ideologische Funktion eng mit der Art und Weise der Thematisierung zusammenhängt. Die einst verbreitete Hoffnung auf einen demokratischen Wandel, eine Aufhebung des Klassenwiderspruchs vermittels der Universalität ökologischer Risiken ist weitgehend geschwunden. In den letzten Jahren hat sich eine ideologiekritische Perspektive in der Ökologiedebatte herausgebildet. Gegen die alte Trennung von „Natur" und „Gesellschaft" wird der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse gesetzt (vgl. Becker/Wehling 1993, Demirovic 1991). Damit läßt sich nicht nur die Erfindung einer äußeren „Natur" kritisieren, die unabhängig vom gesellschaftlichen Zugriff bestehe. Auch die sozialen und politischen Prozesse, die diese Erfindung ermöglicht haben, und die Herrschaftsverhältnisse, die darauf gründen, geraten in den Blick. Der Wissenschaftsprozeß befördert mit der Spaltung von „Natur-" und „Geisteswissenschaften" beständig ein gesellschaftliches Wissen, das nicht zuletzt die Behandlung ökologischer Risiken entlang dieser Entgegensetzung organisiert. Blinde technische Naturbeherrschung auf der einen, kulturelle „Entsorgung" der Probleme auf der anderen Seite. Die Rationalität der kapitalistischen Modernisierung mit zunehmender Differenzierung der Arbeitsteilung besteht nicht zuletzt darin, Wissensformen hervorzubringen, die eine Selbsterkenntnis der Gesellschaft und der ihr innewohnenden Naturverhältnisse verhindern. Die Ausblendung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse konstruiert auf der anderen Seite die natürliche Gesellschaft.

Wie in den einleitenden Beispielen schon deutlich wurde, sind die Medien heute eine zentrale Instanz der Bereitstellung solcher Wissensformen. Eine Analyse der in den kulturindustriellen Produkten zum Ausdruck kommenden Vorstellungen von „Ökologie" und „Natur" könnte nicht nur die Frage beantworten, warum trotz der Allgegenwart des Themas keine ernstzunehmenden Maßnahmen ergriffen werden, sondern auch klären helfen, welche Gesellschaftsentwürfe sich an die Thematisierungen knüpfen. Sie ist somit unentbehrlicher Bestandteil eines politischen Gegenentwurfs, der die Gestaltung der ökologischen Frage auf der Grundlage sozialen und demokratischen Fortschritts entwickeln will.

Gute Natur

Ein Bild von „Natur" in der Kulturindustrie ist ganz wortwörtlich ein Bild. Einige Sparten im Fernsehen leben von wunderschönen Aufnahmen atemberaubender Landschaften, ebenso mehrere Hochglanzmagazine im Stile von *Geo*. Es ist die „gesunde", „reine", „unberührte" Natur ohne Spuren von Zivilisation, möglichst auch ohne Spuren von Menschen. Die Kunst des Fotographierens schafft Orte „natürlicher Schönheit", die unerreichbar weit weg sind vom Betrachter. Unerreichbar nicht, weil wir nicht auch dorthin reisen könnten (auch wenn das Original der Abbildung oft nicht gerecht wird), sondern weil es so fernab unserer Lebensumstände, unserer täglichen Wahrnehmung liegt, daß es tatsächlich ein „Außerhalb" gegenüber unserer Kultur markiert. Die „gute Natur" besteht aus dem bloßen Versprechen, daß sie existiert – irgendwo da draußen. Sie spendet Trost in der grauen Realität industrieller Gesellschaften. Daß dieser Trost um den Preis des Einverständnisses mit eben den Verhältnissen erkauft ist, die ihn erst nötig machen, darauf haben schon Adorno und Horkheimer hingewiesen: „Natur wird dadurch, daß der gesellschaftliche Herrschaftsmechanismus sie als heilsamen Gegensatz zur Gesellschaft erfaßt, in die unheilbare gerade hineingezogen und verschachert. Die bildliche Beteuerung, daß die Bäume grün sind, der Himmel blau und die Wolken ziehen, macht sie schon zu

Kryptogrammen für Fabrikschornsteine und Gasolinstationen." (Adorno/Horkheimer 1969: 157) Das mit dem „Verschachern" kann man ganz wörtlich nehmen. Liefert doch gerade die Werbung mit besonderem Nachdruck Bilder einer unglaublich schönen Natur, können wir doch längst die „Natur aus dem Tiegel" (Apotheker Lippenbalsam) kaufen, oder die „wahren Farben der Natur" (Polycolor). Makabererweise ist es das Versprechen der guten Natur, daß die Menschen erneut entfremdet. Es ist die Einladung, das Unbehagen beim Anblick unserer Städte und unserer Arbeitsplätze zu vergessen.

Auch in der Ökologiediskussion sind die Bilder einer guten Natur lebendig. Wenn es darum geht, an das „ökologische Gewissen" zu appelieren, vertraut man oft eher auf das Versprechen der Schönheit eines brasilianischen Regenwaldes und unberührter „Naturparadiese", die es zu „retten" gilt, als das Ausmaß der Zerstörung zu dokumentieren, das im Rücken des Kameramannes seinen Fortgang nimmt. Der Anspruch, diese ferne Natur zu erhalten, sieht nicht nur von der eigenen Produktions- und Lebensweise ab, sondern häufig auch von der Situation in den Ländern, in denen man die letzten Paradiese vermutet. Dem folgt die praktische Politik, die Entwicklungsländer dazu anhält, Wälder als Kohlenstoffsenken aufzuforsten, für den Dreck, den die Industrieländer in die Luft blasen. „Unser" Anspruch auf die gute Natur kann mitunter die ungerechte Verteilung globaler ökologischer Risiken verdoppeln: „uns" ist nicht nur das Recht der Verursachung vorbehalten, sondern ebenso das Recht auf die Erhaltung bisher verschonter Flecken.

Natur als Bedrohung

In den Massenmedien kommt Natur freilich nicht nur als Versprechen vor. Wo die kapitalistische Zerstörung natürlicher Ressourcen als lebensfeindliche Umwelt erfahrbar wird, wird das Konzept einer bedrohlichen Natur angeboten. Als „Naturkatastrophen" wirken die negativen Effekte der Naturbeherrschung in die Gesellschaft zurück. Sie bleiben ihrer Logik dabei ebenso äußerlich, wie die „gute Natur". Die Kulturindustrie fragt nicht nach den Ursachen ökologischer Schäden und Wegen zu deren Beseitigung, sie fordert den Schutz der „Verbraucher". Kosmetik gegen Schadstoffe in der Luft, Gentechnik gegen Krebs und andere Krankheiten, Sonnenöl gegen UV-Strahlen. Wöchentlich enthüllt die Skandalberichterstattung die Existenz neuer Gifte in der Luft, in Lebensmitteln, in Möbeln oder Baustoffen. Das hat vor allem den Effekt, daß eine intensivere Beschäftigung mit einem Thema schon deshalb ausbleibt, weil die nächste Katastrophe es in den Hintergrund drängt. Wer denkt angesichts des Rinderwahnsinns noch an die Schweinepest? In Hessen wurde die, nach der Entdeckung des „sauren Regens" eingeführte, systematische Erfassung der Waldschäden 1991 wieder eingestellt.

In der kulturindustriellen Vermarktung von „Naturkatastrophen" offenbart sich die vollendete Tendenz ihrer Ideologie: nichts soll die stumpfsinnige Unterhaltsamkeit ihrer Produkte unterbrechen. Der Betrachter wird dazu angehalten, selbst die Katastrophe noch als lustvoll zu erleben. Doch darf die lustvolle Empörung angesichts des Leidens nicht in eine Identifikation mit demselben umschlagen. Moralisch aufrichtig ist die Ästhetik des Entsetzens, wenn sie das Negative ausschließt, indem sie ein ausreichendes Maß an Betroffenheit inszeniert und jeden als Zyniker brandmarkt, der darauf beharrt, daß es schließlich so kommen mußte. Mitleid ist erwünscht, mit leiden verboten. Gleichsam der „guten Natur" erheischt auch die bedrohliche das Einverständnis mit den herrschenden Verhältnissen. Soll das Versprechen der Paradiese die fehlende Lebensqualität in der Industriegesellschaft ersetzen, so ersetzt die Naturkatastrophe den Widerspruch, indem er vorgeblich aufgegriffen wird. Betroffenheit, die durchaus mehr meinte, als inszenierte Empörung, war einmal eine starkes Motiv der Ökologiebewegung. Als in Tschernobyl der Reaktor explodierte („schmelzen" ist ein ziemlicher Euphemismus), war sie zu einem gewissen Grad noch Anknüpfungspunkt für Politisierung. Doch ist sie der „Bewegung" nicht einfach durch die Kulturindustrie entwendet worden, sondern war immer schon durch letztere bedingt. Als Basis einer linken ökologischen Politik kann Betroffenheit nicht dienen, weil sie immer auch entlastend wirkt. Im selben Maße, in dem im vergangenen Jahr die allgemeine Empörung über Shell wuchs, mußte auch der Eindruck wachsen, es könne ökologisch „sauberes" Benzin geben.

Je stärker eine verunreinigte Natur ambivalent wird, desto mehr verschwindet die Ambivalenz von Technik. Ist die Natur schon „schmutzig", muß wenigstens die Technik „sauber" sein. Der paradoxe Traum von einer technischen Bewältigung der ökologischen Krise ist in den Rang eines „Standortfaktors" aufgestiegen. Allenthalben kann man „ökologische Autos", wiederverwertbare Verpackungen, sparsame Elektrogeräte und schadstoffarme Reinigungsmittel erwerben. Wogegen nichts einzuwenden ist, so lange dergleichen nicht zur Lösung des Problems hochstilisiert wird. Der Wunsch, das Auto mit dem „Ökomotor" möge die Bäume wieder blühen lassen, ist nicht weniger regressiv als die ökoromantische Idee einer Rückkehr zur steinzeitlichen Produktionsweise. Die Komplexität der Moderne wird unterlaufen und auf die einfache Formel des verantwortungsbewußten Konsums reduziert. Entlastung gibt es nicht nur gratis – sie muß bisweilen teuer bezahlt werden. Ökologisches Bewußtsein ist ein Privileg auf das die großen Konzerne gerne ein Patent anmelden würden. Im ökologischen Warenhaus werden die Konsumenten endgültig der Befehlsgewalt der Produzenten unterworfen. Wer nicht kauft, und sei es weil er es sich nicht leisten kann, ist ein Umweltsünder.

Symbolische Bewältigung der Ohnmacht

Was sich an öffentlichem Krisenbewußtsein trotz der rettenden Versprechungen noch nicht legt, muß durch mutige Krieger auf der Leinwand bewältigt werden. Wenn wir uns schon nicht der Lösung ökologischer Probleme erfreuen dürfen, so doch über eine „siegreiche" Aktion von Greenpeace oder Sean Connery als Retter des Regenwaldes. Der verschwörungstheoretische Plot, in dem tüchtige Helden die Macht des skrupellosen Konzerns brechen, verspricht nicht nur spannende Unterhaltung, er hat den Vorzug, daß sowohl die Schuldigen als auch eine Lösungsstrategie benannt werden. Vor allem Männern eröffnet der glorreiche Kampf eine praktische Identifikationsmöglichkeit. Greenpeace-Manager Bode sieht das ganz nüchtern: „Wir leben von diesen Bildern". In dem Maße in dem ökologische Politik vom Zugang zu einer breiten Öffentlichkeit abhängt, muß sie auch emotionale Zugehörigkeiten stiften. Ohnmacht erscheint bewältigbar, indem man sich dem siegreichen Team anschließt.

Für sanfte Gemüter gibt es auch zaghaftere Formen der Bewältigung. Seit den Bildern der Bardot mit Robbenbabies im Arm, die ästhetisch an die gängige Pelzreklame anschließen und diese virtuell ersetzen, werden die Widersprüche versöhnt. Zigarettenwerbung und Abenteuerfilm zeigen den Menschen in Einklang mit der Natur, deren Zähmung bestenfalls als vorübergehende freudige Herausforderung geboten erscheint. Putzige Bären mit runden Kinderaugen und glückliche Naturmenschen in armseligen Hütten machen es uns abends vor dem Fernseher gemütlich. Ebenso brauchen wir für die Fahrradtour durch den Stadtwald ein „Mountainbike" und eine tropenfeste Jacke mit Markensignet. Derweil bekennen sich die Grünen zur „ökologischen Marktwirtschaft".

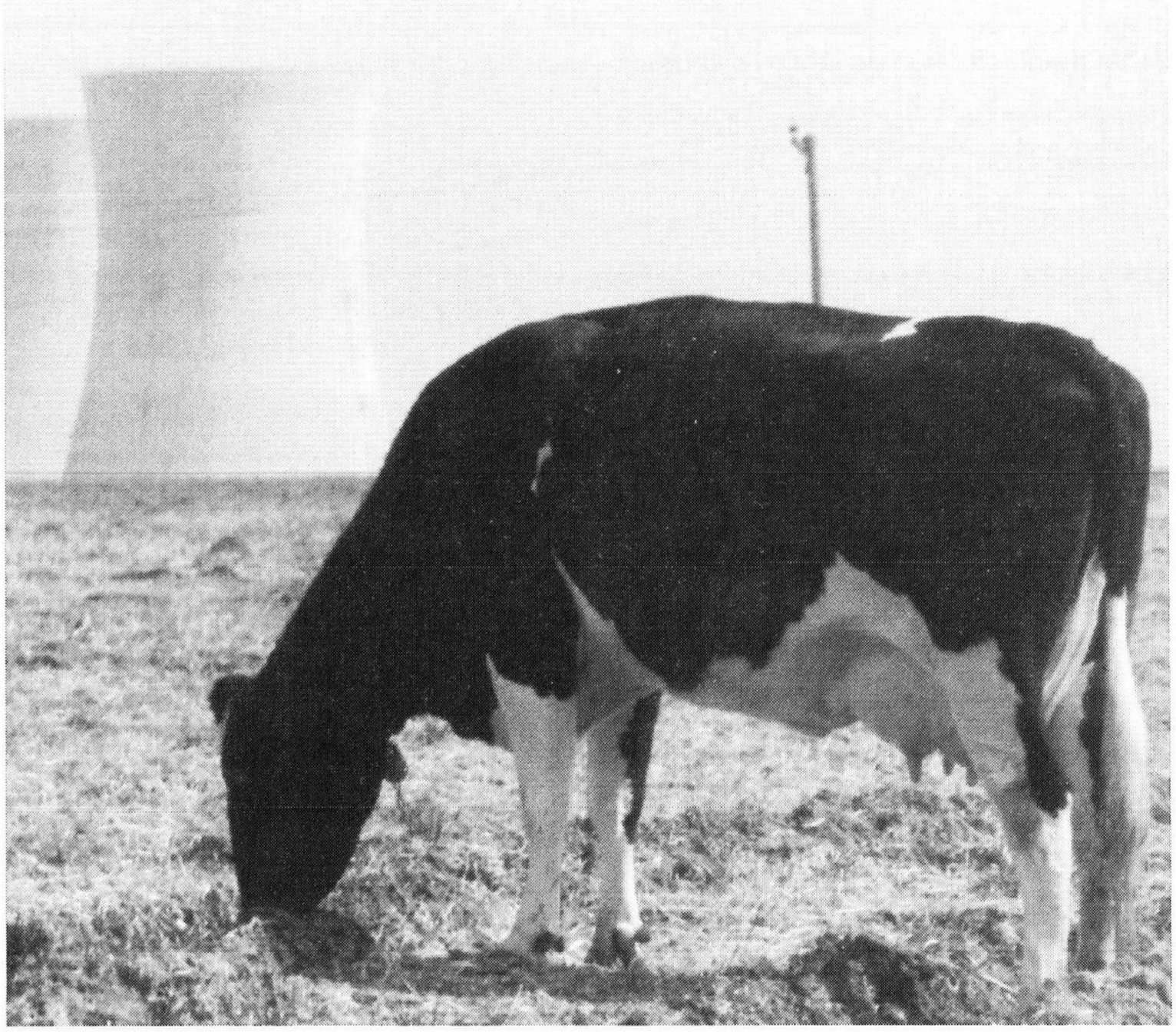
Durch die Erschaffung von Heldenmythen und Versöhnungsphantasien werden Handlungsoptionen suggeriert, wo Ohn-

macht herrscht. Die symbolische Bewältigung der Ohnmacht befreit nicht von realer Hilflosigkeit, sondern verdoppelt sie, indem Probleme zum Schein gelöst werden. Politik, die von der Hilflosigkeit ausgeht wird desavouiert und mit dem apokalyptischen Geschwätz religiöser Sekten auf eine Stufe gestellt. In der öffentlichen Zurichtung der „Müsli-Generation" zur Lachnummer tritt die aggresive Seite solcher Angstabwehr offen zutage. Tatsächlich war ja die Figur des „Ökospießers" als soziale Basis der Ökologiebewegung nicht ganz unerheblich. Lachen wir heute über die hilflose Ernsthaftigkeit, in der er einen „bewußten" Alltag zu gestalten versuchte, dann lachen wir vor allem über unsere eigene Ohnmacht.

Reaktionäre Vergesellschaftung

Daß die Verwicklung der Ökologie in der Kulturindustrie der Sache nicht dienlich ist, war zu erwarten. Auch gibt es schlimmeres als das Ökosiegel als verkaufsförderndes Produktmerkmal der Ware. Die Thematisierung von Ökologie hat von Anfang an unter kulturindustriellen Bedingungen stattgefunden und wurde nicht, wie manche Greenpeace-Kritiker glauben machen wollen, ihren Urhebern im nachhinein durch diese enteignet. Die Spaltung der Welt in „Natur" und „Kultur" war von Anbeginn die Basis bürgerlicher Vergesellschaftung und nicht deren Zerfallsform. Es ist der Geburtsfehler der Ökologiebewegung, daß sie immer mit dieser Spaltung operiert und durch die Betonung der „Natur" gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten und soziale Ursachen ausgeblendet hat. Die öffentliche Moralisierung des Themas, läßt sich nicht durch eine (ebenso moralische) Gegenskandalisierung aufheben. Eine Kritik der Ökologie *in* der Kulturindustrie bedeutet nicht, darüber zu klagen, *daß* sie dort stattfindet, sondern *wie* sie unter diesen Bedingungen in positivistische Gesellschaftsbilder oder regressive Utopien mündet.

Durch alle Gestaltungsformen zieht sich die metaphorische Gegenüberstellung von „Schmutz" versus „Reinheit". Sowohl Natur, als auch Technik sollen sauber sein, wobei sie gegenseitig als „Verunreinigung", aber auch als „reinigend" wirken können. Dem entspricht ein sozialer Entwurf, der auf jede „Verunreinigung" mit Ausschluß antwortet. Alle negativen Effekte der kapitalistischen Produktionsweise werden als Ausschuß abgesondert und Sündenböcken zugeschrieben. Mit der Umweltverschmutzung ist der „Umweltsünder" schon erfunden. Durch seine Bestrafung spricht die Gesellschaft sich frei von dem Unrecht, das ihr Prinzip ist. Seit jeher knüpfen sich autoritäre Entwürfe an die Spaltung der Welt in Gut und Böse. Im globalen Maßstab erwächst ein Öko-Nationalismus, der vom tapferen Verzicht auf französischen Rotwein über die deutsche und britische Variante des politischen „Rinderwahnsinns" bis zur Empörung über Brandrodung in Ländern des Trikont reicht. Innenpolitisch wird Ökologie zunehmend zum Luxusgut, mithin zum Vehikel einer Klassenpolitik, die die Ausgebeuteten zum ökologischen Risikofaktor erklärt. Im Zweifelsfall wird ihnen eine regressive Ethik des Verzichts auferlegt.



„Ein Bild von 'Natur' in der Kulturindustrie ist ganz wortwörtlich ein Bild... Es ist die 'gesunde', 'reine', 'unberührte' Natur ohne Spuren von Zivilisation, möglichst auch ohne Spuren von Menschen. Die Kunst des Fotographierens schafft Orte 'natürlicher Schönheit', die unerreichbar weit weg sind vom Betrachter": **Harrisburg 1979**

Im selben Maß in dem ökologisches Bewußtsein zum Ausweis staatsbürgerlicher Gesinnung erhoben und dem Staat die Steuerungskompetenz in Umweltfragen zuerkannt wird, setzt Ökologie sich als bejahendes Moment bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft durch. Wenn gleichzeitig Handlungsperspektiven auf die Frage des bewußten Konsums reduziert und die Risiken kapitalistischer Produktion individualisiert werden, steht das keinesfalls im Widerspruch zur positivistischen Tendenz. Vielmehr können die Grenzen einer technischen Bewältigung der Krise mit der Unmündigkeit der Bürger erklärt werden. Fast schon nebenbei werden soziale Rollen stabilisiert. Während das weibliche Stereotyp der „natürlichen Reinheit" eine Renaissance erfährt und von der Kosmetikindustrie aufgearbeitet wird, dürfen die Männer sich wieder einmal als Krieger erweisen. Die Gebildeten als homo faber.

Emanzipatorischer Politik fällt, wenn sie Ökologie thematisieren will, die undankbare Aufgabe zu, die von der herrschenden Ideologie verdeckten Widersprüche festzuhalten. Der gesamten Kulturindustrie wohnt die Tendenz inne, Ambivalentes entweder aggressiv auszuschließen, oder regressiv zu versöhnen. Dagegen gilt es, die eigene Ohnmacht festzuhalten und Wege zu ihrer Thematisierung zu finden. Das würde heißen, sich eben nicht als Opfer von „Naturkatastrophen" zu verstehen, was politisches Handeln lähmt, sondern die Ohnmacht als durch Herrschaft hervorgebrachte und durch Politisierung überwindbare zu begreifen. Dem öffentlichen Diskurs, der mit „Natur" auch das Glück als unerreichbar und Ökologie als Verzicht behauptet, den unterschiedlichen Formen der Moralisierung und Individualisierung, gilt es nach wie vor, die eigene Melodie vorzuspielen. ●

Literatur

Adorno, Theodor W. / Horkheimer, Max 1969: Dialektik der Aufklärung. Frankfurt.

Becker, Egon / Wehling, Peter 1993: Risiko Wissenschaft. Ökologische Perspektiven in Wissenschaft und Hochschule. Frankfurt.

Demirovic, Alex 1991: Ökologische Krise u. die Zukunft der Demokratie, in: Prokla *84, S. 443 - 460.*

STEFFEN BECKER / ULRICH BRAND

Weder Katastrophe noch Versöhnung

Konturen eines metropolitanen Öko-Kapitalismus

Gerhard Schröder, für den es bekanntermaßen keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik mehr gibt, sondern nur noch gute oder schlechte, äußerte sich Mitte Mai wieder Mal zu Standortfragen. Denn nach den Protesten im niedersächsischen Gorleben soll es in dem Bundesland nur noch ein statt wie bisher geplant zwei Endlager für Atommüll geben. Und wohin soll der andere Müll? Schröder: Ins „fernere Ausland". Zweifellos handelt es sich bei der Schröderschen Antwort um ein recht schlichtes Modell zur Bearbeitung sozial-ökologischer Krisenerscheinungen, das jedoch keineswegs die derzeitigen Auseinandersetzungen dominiert. Die politisch und ökonomisch relevanteren Strategien zur Durchsetzung eines „metropolitanen Öko-Kapitalismus" sind zweifellos komplexer und nicht derart offensichtlich reaktionär wie jene des niedersächsischen Ministerpräsidenten.

Es scheint – den internationalen Umweltkonferenzen und Treibhauseffekten zum Trotz – sehr wahrscheinlich, daß die Externalisierung sozial-ökologischer Belastungen und Risiken von den industriellen Zentren der Triade in periphere Länder weiter aufrechterhalten wird. Diese Möglichkeit repräsentiert zweifellos nur einen der Wege, mit denen es metropolitanen Ländern auf der Basis hegemonialer sozialer Kompromisse, vor allem dem zwischen Kapital und Arbeit, trotz einer weiteren Verschlechterung sozial-ökologischer Lebensbedingungen auf weiten Teilen der Erde weiterhin möglich sein könnte, Prozesse der Kapitalakkumulation im nationalen und internationalen Rahmen zu organisieren. Damit deutet sich schon hier an, daß es sich um eine falsch gestellte Alternative handelt, wenn die vielzitierte Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie in ihrer Einleitung behauptet: „Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Umwelt sein, so oder so, als Jahrhundert der ökologischen Katastrophen oder als Jahrhundert der ökologischen Wende."

Eine solche Polarisierung verstellt jedoch den Blick auf eine viel wahrscheinlichere Entwicklung. Daß es nämlich bei der etwaigen Herausbildung neu formierter Klassenkompromisse als Basis einer nachfordistischen Verwertung des Kapitals metropolitaner Länder durchaus zu einer Berücksichtigung sozial-ökologischer Ansprüche kommen kann, allerdings nur selektiv, das heißt mit vielfältigen sozialen und räumlichen Hierarchisierungen und Ausgrenzungen! Eine kritische Auseinandersetzung mit sozial-ökologischen Problemen muß also in erster Linie darum bemüht sein, die mit den vorangetriebenen Strategien ihrer Bewältigung einhergehenden sozialen Ein- und Ausschließungsprozesse in den Blick zu bekommen. Denn diese bieten die zentrale Voraussetzung einer nachfordistischen Ausbeutung von Menschen und Natur im Sinne der Kapitalverwertung und der davon profitierenden gesellschaftlichen Kräfte.

Insgesamt müßte also mit der Fokussierung auf den sozialen Gehalt von Stoff- und Energietransformationen eine Perspektive stark gemacht werden, die Umweltprobleme und deren Thematisierung nicht primär auf die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen als „Gattungsfrage" oder „absehbaren global-ökologischen Kollaps" bezieht, sondern „ökologische Probleme" als vielfältigen Bestandteil sozialer Interessen und Auseinandersetzungen begreift.

Wie Altvater u.a. gezeigt haben, ist von der prinzipiellen Widersprüchlichkeit zwischen kapitalistischer Vergesellschaftung und der dauerhaften Reproduktion der natürlichen Lebensgrundlagen auszugehen. Dennoch werden die gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die wir als *soziales* Verhältnis verstehen, „trotz ihres konfliktorischen und widersprüchlichen Charakters" reproduziert (A. Lipietz). Eine wichtige Frage ist in diesem Zusammenhang, wie machtvolle gesellschaftliche Akteure unter bestimmten historischen Bedingungen versuchen, gesellschaftliche Naturverhältnisse mit den Funktionsbedingungen kapitalistischer Gesellschaften kompatibel zu machen.

Mit dem Terminus „gesellschaftliche Naturverhältnisse" werden hier, in Anlehnung an die Konzeption des Frankfurter Instituts für sozial-ökologische Forschung, die divergierenden Formen bezeichnet, in denen Gesellschaften in je verschiedenen Bereichen ihr Verhältnis zur Natur kulturell symbolisieren und zugleich sozial und materiell regulieren. Diese Bereiche umfassen etwa Arbeit, Konsum, Ernährung, Fortbewegung oder Fortpflanzung. Die historisch konkrete Gestalt gesellschaftlicher Naturverhältnisse wird durch die gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsprozesse strukturiert und durch soziale Wahrnehmungen und Deutungen hegemonial definiert. Wobei es sich jedoch nicht um einen beliebig konstruierbaren stofflich-energetischen Zusammenhang handelt. Sogenannte ökologische Probleme setzten sich also im Kern aus einer Verschränkung von materiell-stofflichen Transformationen menschlicher Produktions- und Konsumtionsprozessen sowie machtförmig strukturierten Prozessen der Wahrnehmung und Deutung dieser Transformationen zusammen. Ihnen liegen vom lokalen bis zum globalen Maßstab in erster Linie soziale Ausbeutungsprozesse, Eigentumsverhältnisse sowie Macht- und Klassenstrukturen zugrunde. Diese bestimmen ihrerseits zu einem großen Teil die vorherrschende Wahrnehmung und Deutung materiell-stofflicher Transformationen im Hinblick auf deren Auswirkungen auf die innere und äußere Natur des Menschen.

Meist vergessen: Der Zusammenhang von Produktion und Konsum

Im Hinblick auf die Frage nach der in sozialen Auseinandersetzungen stattfindenden Strukturierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse kommt den historisch-konkreten Formen von Produktion *und* Konsum eine zentrale Bedeutung zu. Dementsprechend stellt das Wie und Was der Produktion auf der einen Seite und die Lebensweise (der Konsum oder die Lebensstile) auf der anderen einen zentralen Bezugspunkt umweltpolitischer Strategien dar. Aktuelle Schlagworte und Konzepte dazu sind beispielsweise der sog. produktionsintegrierte Umweltschutz; ökologische Produktpolitik und Öko-Audit einerseits und Leitbilder für umweltverträgliche Lebensstile oder Vorschläge für umweltbewußtes Verbraucherverhalten andererseits.

Die darin angelegte, dualistische Sichtweise von Produktion und Konsum führt häufig sogar zu der Wahrnehmung bzw. Aussage, daß das Konsumverhalten in fortgeschritten Gesellschaften die Umwelt stärker belastet als die industrielle Produktion.

Unser Hauptkritikpunkt daran ist, daß mit einer solchen Perspektive in aller Regel Fragen nach dem gesellschaftlichen und makroökonomischen Zusammenhang zwischen den historisch-konkreten Bedingungen und Entwicklungen von Produktion, Produkten und Konsum im Rahmen einer kapitalistischen Produktionsweise nicht oder nur selektiv thematisiert werden.

Genau diesen Zusammenhang sowie die Regulation der Bedingungen von Mehrwertproduktion und Konsum rückt der Regulationsansatz – auf die hier als wichtiger Anknüpfungspunkt im wesentlichen nur verwiesen werden kann – ins Zentrum ihrer weitgehend makroökonomisch ausgerichteten empirischen Analysen und theoretischen Konzepte. Wobei sich regulationstheoretische Arbeiten vor allem auf die Entwicklung in metropolitanen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg beziehen. Sehr vereinfacht gesprochen wird dabei in der Pionierarbeit von Michel Aglietta im Anschluß an Marx die Transformation der Lebensweise der Arbeiterklasse (gefaßt als sog. Konsumnorm) als integraler Bestandteil relativer Mehrwertproduktion betrachtet. Dies läßt sich im wesentlichen darauf zurückführen, daß durch Produktivitätssteigerungen eine Senkung des Wertes der Arbeitskraft und somit eine Steigerung der Mehrwertrate ermöglicht wird. Insbesondere vermittelt durch das sogenannte Lohnverhältnis ist die Lebensweise der Lohnabhängigen aus dieser Sicht also im Rahmen der Kapitalakkumulation gebunden an die vorherrschende Form der technologischen und organisatorischen Konfiguration der Produktionsprozesse und an die Einbettung in ein sozialstaatliches Arrangement.

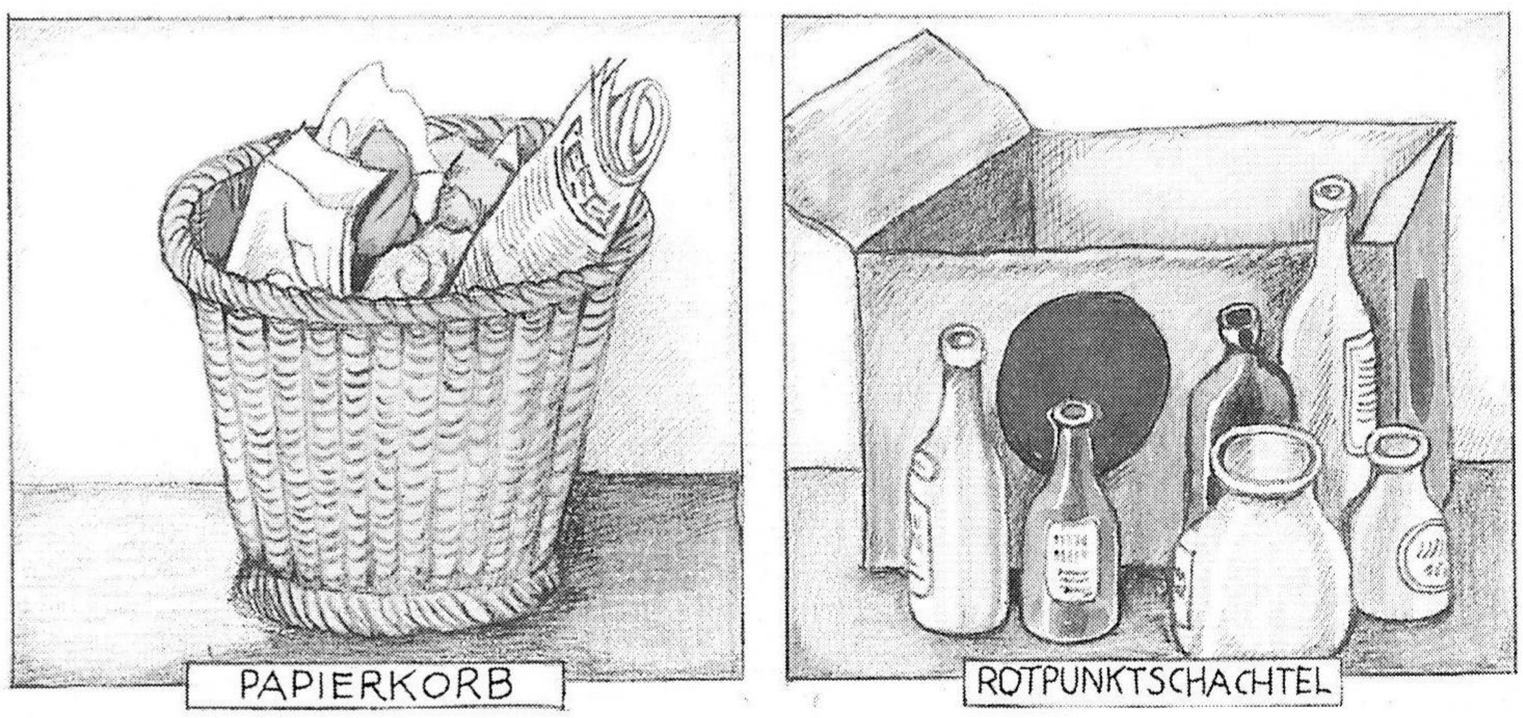
Vor allem im Anschluß an diese Konzeptualisierung bzw. Sichtweise des Zusammenhangs von Produktion und Konsum bei Aglietta sind wir der Auffassung, daß es im Hinblick auf die Frage der historisch-konkreten Strukturierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse auch darauf ankommt, die in der Produktionssphäre dominanten Strategien, Kompromisse und Entwicklungen (einschließlich der technologischen Konfiguration der Produkte) einerseits und die Entwicklung der gesellschaftlichen Konsumnorm andererseits als eine Einheit zu betrachten, die primär durch die an der Kapitalakkumulation orientierten Strategien und gesellschaftlichen Kräfte bestimmt wird.

Damit wollen wir den an der Verwertung von Einzel- oder Branchenkapitalen orientierten Akteuren keine alleinige, determinierende Kraft für die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse zusprechen. Vielmehr ist es wichtig, den gesellschaftlichen Kompromißcharakter und den historisch konkreten Prozeß der Hegemoniebildung bei der Entwicklung von Produktions- und Konsumnorm in den Blick zu bekommen.

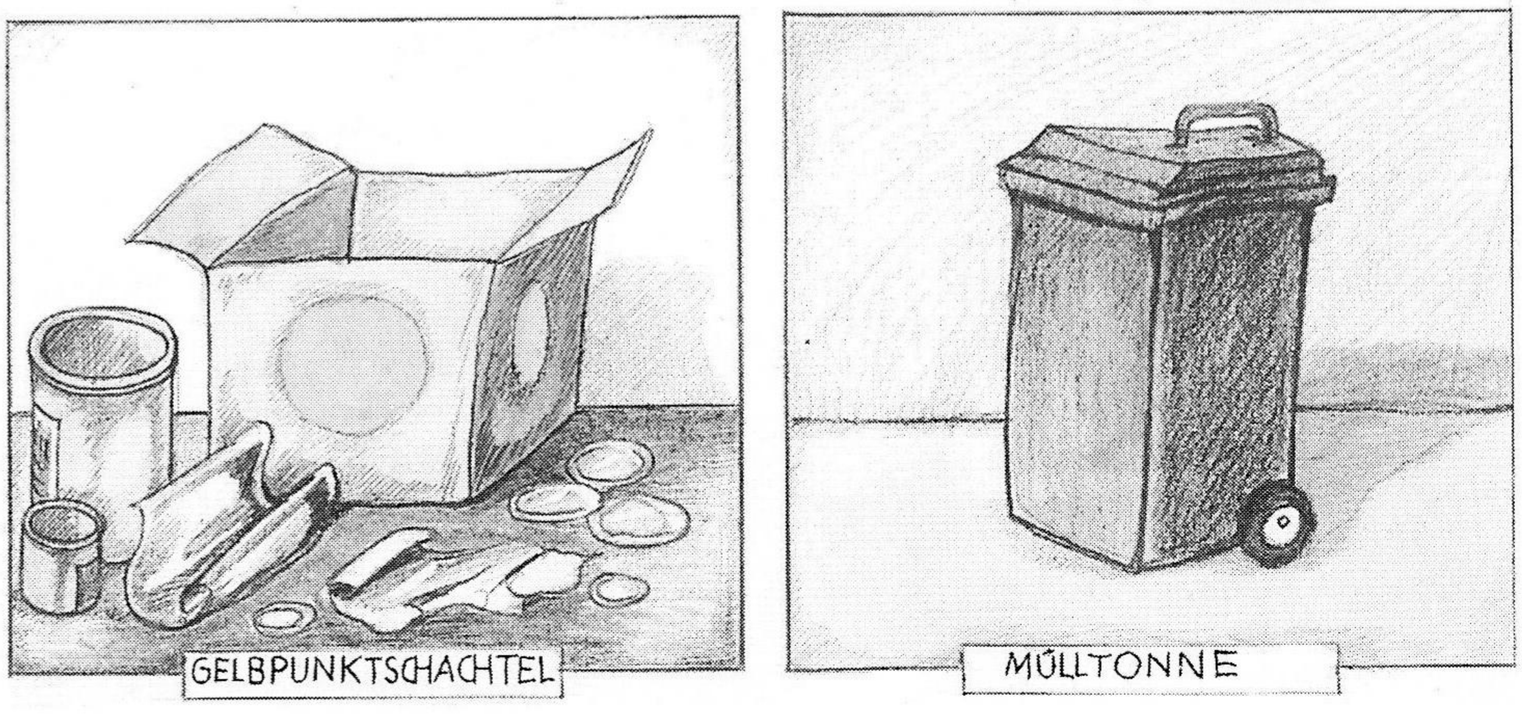
In jedem Fall erscheinen uns jedoch umweltpolitische Strategien als abwegig, die von den in der Produktionssphäre dominanten Rationalisierungsprozessen sowie von den historisch-konkreten Formen der Sozialstruktur, des Lohnverhältnisses und des sozialstaatlichen Arrangements abstrahieren. Damit richten wir uns unter anderem gegen solche – im Rahmen der Debatte um „nachhaltige Entwicklung" sehr relevanten – umweltpolitischen Strategien, die in Bezug auf Veränderungen von Produktion und Konsum in erster Linie darauf setzen, Steigerungen der Ressourceneffizienz mit der Durchsetzung bestimmter Suffizienz-Orientierungen zu verbinden. Als paradigmatisch kann dafür die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" betrachtet werden.

Die Strategie der Effizienz-Steigerung – es wird auch häufig von einer „Effizienz-Revolution" gesprochen – zielt dabei in der Regel auf die Steigerung der Effizienz des Energie- und Ressourceneinsatzes bei der Herstellung industrieller Produkte sowie auf deren technologische Konfiguration (Stichwort z.B. das verbrauchs- und schadstoffarme Automobil) ab. Die Suffizienz-Strategie ist demgegenüber vor allem gekennzeichnet durch Postulate nach einem genügsamen und einfachen Lebensstil, nach Entkommerzialisierung und Entschleunigung sowie nach Entflechtung und Regionalisierung von Produktion und Konsum.

Unser Haupteinwand gegen diese in der Wuppertal-Studie, aber auch anderorts vorgebrachte Konzeption richtet sich gegen die behauptete Komplementarität oder zumindest weitgehende Kompatibilität der anvisierten Effizienz- und Suffizienzrevolutionen. Es wird so getan, als ob sich politische und mikroökonomisch-technologische Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz in der Produktionssphäre grundsätzlich mit den genannten Suffizienzmustern ergänzen würden. Unseres Erachtens ist jedoch genau diese Vorstellung nicht haltbar, da die verfolgte Steigerung eines effizienten Ressourcenmanagements im wesentlichen die gegenwärtig in der Produktionssphäre fortgeschrittener Industrieländer dominanten Rationalisierungs- und Modernisierungsstrategien – der sogenannten lean produc-



„Die Suffizienz-Strategie ist demgegenüber vor allem gekennzeichnet durch Postulate nach einem genügsamen und einfachen Lebensstil": Pädagogisch wertvolle Anleitung zum Mülltrennen



Die Beute

Politik und Verbrechen

Neoliberalismus und Klassenkampf

Heft 10/Sommer 1996

144 Seiten, Fadenheftung, 16,– DM, im Abonnement 14,– DM

Klassenkampf und Postmoderne. Maurizio Lazzarato analysiert die utopischen Momente der sozialen Kämpfe in Frankreich • Neoliberalismus? Kurt Hübner über den Begriff des Neoliberalismus • Die Restrukturierung des kapitalistischen Weltsystems. Joachim Hirsch zu den globalen ökonomischen und sozialen Entwicklungen nach 1989

Revue Populaire: Roberto Ohrt und Hans-Christian Dany über Fernsehkommissare • Tobias Nagl über Buju Banton, Dancehall und neuen Rastafarismus • Res Strehle und Daniel Stern über den schweizer Populisten Blocher • Heiner Möller über Expansiven Nationalismus • Wieso kamen die Elefanten grau zurück? Eine Erzählung von Paul Beatty • Interviews mit David Toop und Bikini Kill • u.a.

Berlin – Moskau – Kolyma und zurück

Nathan Steinberger im Gespräch mit Barbara Broggini über Stalinismus und Antisemitismus

Mit einem Vorwort von Jakob Moneta

gebunden, 144 Seiten, 24,– DM

Backslash, Hack-tic, Jansen & Janssen, Keine Panik

Der kleine Abhörratgeber

Computernetze, Telefone, Kameras, Richtmikrofone

Mit einem Nachwort von Otto Diederichs

140 Seiten, + Diskette mit PGP, 20,– DM

▲ Edition ID-Archiv • Postfach 360205 • 10972 Berlin ▲

tion, um nur ein Schlagwort zu nennen – unterstützt. Ein Beispiel für die erhofften Folgen der Effizienzstrategie ist der Vorschlag des Präsidenten des erwähnten Wuppertal Instituts, Ernst U. von Weizsäcker, zur Einführung einer ökologischen Steuerreform (vgl. *FR* vom 13.6.96): „Die Erneuerung der Autoflotte, der Beleuchtungskörper, der Hausgeräte, die ökologische Sanierung des Hausbestandes – das sind doch phantastische Nachrichten, für die Industrie und den Bausektor, der gerade am Boden liegt." Ökologisches Wachstum oder so ähnlich heißt das dann, wer sollte da dagegen sein?

„Umwelttechnologisches Paradigma"

Bei den genannten Suffizienz-Orientierungen, die im gleichen Forschungsinstitut „vorgedacht" werden und die sich zu Recht gegen (traditionelle?) Wachstumsorientierungen wenden, wird andererseits weitgehend ausgeblendet, welche sozialstrukturellen Ungleichheiten und machtvollen Kapitalverwertungsinteressen den Suffizienz-Postulaten entgegenstehen, die aber gleichwohl mit den Strategien eines effizienten Ressourcenmanagements bestens vereinbar sind. Deshalb ist es auch alles andere als ein Zufall, daß die z.B. in der Wuppertal-Studie vorgetragenen Suffizienz-Leitbilder äußerst idealistisch erscheinen oder allenfalls für mittlere und obere soziale Schichten in gewissem Rahmen handlungsleitend sein können.

In der um sozial-ökologische Reformen bemühten Debatte liefert somit die in Deutschland zur Zeit sehr bedeutende Position der Wuppertal-Studie und ihrer politischen Träger einen Beitrag zu einer unseres Erachtens grundsätzlich zu kritisierenden Form der Berücksichtigung sozial-ökologischer Ansprüche in einer etwaigen nachfordistischen Produktions- und Konsumnorm. Diese Form der selektiven Integration sozial-ökologischer Ansprüche in die dominanten Entwicklungen von Produktion und Konsum läßt sich u.E. als „umwelttechnologisches Paradigma" bezeichnen. Dessen Kernbestandteile oder Funktionen lassen sich stichpunktartig folgendermaßen zusammenfassen:

1. Eine Steigerung der Ressourceneffizienz auf dem Wege technologischer Produkt- und Prozeßinnovationen entspricht dem klassischen kapitalistischen Rationalisierungskalkül, aus weniger Ressourcen, einen wertmäßig größeren Gewinn zu erwirtschaften.

2. Umwelttechnologische Innovationen besitzen eine symbolisch wirksam werdende Entlastungsfunktion gegenüber sozialökologischen Ansprüchen bzw. gegenüber dem gesellschaftlich dominierenden Umgang mit alten und neuen ökologischen Risiken und Belastungen. Dies wird z.B. sichtbar in Form des nicht nur in Deutschland mittlerweile weit verbreitenden Glaubens an das Versprechen einer zunehmenden, technologisch hergestellten Umweltverträglichkeit des Automobils.

3. Umwelttechnologische Produkt- und Prozeßinnovationen schaffen und erweitern technologisch-ökonomische Konkurrenzvorteile und Kapitalverwertungsmöglichkeiten, zum Beispiel in Form des Aufbaus „umwelttechnischer" Industrie- und Dienstleistungssegmente und durch deren Export.

4. Die Durchsetzung eines umwelttechnologischen Modernisierungsparadigmas bietet die Möglichkeit zur weitgehenden Aufrechterhaltung technologischer Paradigmen der Produkte fordistischer Kernbranchen, wie zum Beispiel Automobil oder Chemie.

5. Privatwirtschaftliche Unternehmen bestimmen weitgehend die Möglichkeiten einer Ökologisierung von Produkten und Produktionsprozessen, da das Wissen über technologische Entwicklungen und deren Wirtschaftlichkeitseinschätzungen weitgehend in Privatunternehmen monopolisiert ist. Eine breite gesellschaftliche Diskussion oder gar Gestaltung von Produktion gerät damit aus dem Blick.

Zusammenfassend läßt sich unseres Erachtens also die These vertreten, daß die sich abzeichnende Durchsetzung einer umwelttechnologischen Bearbeitung sozial-ökologischer Probleme in metropolitanen Industrieländern wie der Bundesrepublik, neben der, vorwiegend von den Triadeländern ausgehenden, global wirksam werdenden Externalisierung sozial-ökologischer Belastungen und Risiken, in großem Maße dazu beiträgt, sozial-ökologische Ausbeutungs- und Externalisierungsprozesse entlang räumlicher und sozialstruktureller Grenzen (vor allem im globalen Maßstab) fortzuschreiben. ●

Gekürzte und überarbeitete Fassung eines Vortrages auf dem Frankfurter Arbeitstreffen der Initiativgruppe Regulationskonferenz „Gesellschaftliche Naturverhältnisse und aktuelle Kapitalismustheorien – Hat der Postfordismus ein 'ökologisches Gesicht'"? am 10.5.1996

Literatur

Aglietta, Michel 1979: A Theory of Capitalist Regulation, London

Altvater, Elmar 1992: Der Preis des Wohlstands, Münster

Becker, Steffen / Brand, Ulrich 1996: Öko-Kapitalismus? – Zur Regulation von Kapitalakkumulation und gesellschaftlichen Naturverhältnissen, in: Michael Bruch / Hans-Peter Krebs (Hg.): Unternehmen Globus. Facetten nachfordistischer Regulation, Münster

BUND / Misereor (Hg.) 1996: Zukunftsfähiges Deutschland, Basel

ROLAND HAMEL

Nachhaltigkeit und Macht

Zur Kritik von Sustainable Development

Der Begriff „Sustainable Development" oder „Nachhaltige Entwicklung" wird in der umwelt- und entwicklungspolitischen Diskussion wie ein Kaugummi weichgekaut, mit unterschiedlichsten Interpretationen aufgeblasen und hinterläßt deshalb immer häufiger einen schalen Nachgeschmack. Daß sich eigentlich alle auf die vage gehaltene Zielsetzung einer Veränderung der bestehenden Wirtschaftsweise hin zu ökologischer Verträglichkeit und gleichberechtigter Partizipation des „Südens" am Wohlstand einigen können, verdeckt häufig die Tatsache einer (wenn überhaupt) nur minimalen Übereinstimmung über die Strategien, die zu dieser „besseren Welt" führen sollen. Gerade in dieser Unverbindlichkeit des Begriffs liegt die Begründung für seine Bedeutung als entwicklungs- und umweltpolitisches Leitbild, denn er eignet sich dadurch als harmonisierender Bezug für an sich unterschiedliche Interessengruppen. In ihrem Buch *Nachhaltigkeit und Macht* zeigen Helga Eblinghaus und Armin Stickler, wie diese harmonisierende und vereinnahmende Wirkung des Begriffs zum Verschwinden kritischer Positionen in der Debatte beiträgt.

Sie verstehen die Unkonkretheit des Begriffs nicht „als Zufall oder als ein Manko des Konzeptes, welches es zu beheben gilt, sondern als ein zentrales Wesensmerkmal. Es gibt nicht die eine gültige Definition von nachhaltiger Entwicklung. Sustainable Development ist ein diskursiv erzeugtes und daher widersprüchliches Produkt" (37). Die genaue Bedeutung des Konzeptes Sustainable Development ergibt sich somit erst aus dem Widerstreit unterschiedlicher Durchsetzungs- und Operationalisierungsversuche. Was läge nun näher, als sich in das diskursive Getümmel um den Begriff zu stürzen und um die „richtige" Interpretation zu streiten? Genau davor warnen sie aber, indem sie auf die dunkle Seite des Diskurses verweisen, nämlich die nicht explizit ausgeführten Grundannahmen, welche nicht hinterfragt werden und „zugleich den Bezugsrahmen für den Ausschluß anderer Analysen und Diskussionen" bilden (117). Entscheidend ist nicht nur, worüber geredet wird, sondern auch worüber nicht mehr geredet wird. Da bestimmte Fragestellungen und Widersprüche im Rahmen des Diskurses über Sustainable Development nicht mehr thematisiert werden, trägt der Begriff laut Eblinghaus und Stickler zur Verfestigung herrschender Machtverhältnisse bei, ohne einen realen Beitrag zur Lösung des Ökologie- oder Verteilungsproblems beizutragen. Ihre Kritik richtet sich dabei vor allem gegen zwei Grundannahmen des Diskurses über Sustainable Development: Das Beschreiben der ökonomischen Zusammenhänge mit dem beschönigenden Begriff „Marktwirtschaft" sowie dem technizistischen und expertenorientierten Wissenschaftsverständnis.

Durch die Bezugnahme auf den Terminus „Marktwirtschaft" wird für Eblinghaus und Stickler „der herrschaftlich organisierte Rahmen, der grob mit 'kapitalistisches Weltsystem' umrissen werden kann, im Diskurs um Sustainable Development fast ausschließlich ignoriert und systematisch verschleiert" (119). Dieser Rahmen entscheidet aber darüber, ob und inwieweit die ökologischen und sozialen Ziele erreicht werden können und wer zu den Gewinnern und Verlierern der Veränderung gehört. Sustainable Development kehrt dagegen mit der Betonung globaler Umweltprobleme die Gemeinsamkeiten nach vorne. Zentrale Widersprüche zwischen Nord und Süd, Ökonomie und Ökologie, die das „kapitalistische Weltsystem" produziert, verschwinden hinter Metaphern wie dem „gemeinsamen Boot", „unserem Meer" und der „einen Erde". Solange der Kapitalismus im Konzept des Sustainable Development nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird, werden nach Eblinghaus und Stickler auch die ökologischen und sozialen Ziele nicht erreicht. Ihr Pessimismus liegt in einer Interpretation der weltwirtschaftlichen Entwicklung begründet, die – wie die Terminologie schon zeigt – auf einer Verbindung von Wallersteins Weltsystemtheorie und dem Bielefelder Subsistenzansatz aufbaut. Entwicklung wird im kapitalistischen Weltsystem zum Nullsummenspiel, bei dem Gewinne der einen immer mit Verlusten der anderen einhergehen. Der Zwang zum Wachstum wiederum ist ein Wesensmerkmal des Kapitalismus und bedingt die Ausbeutung von Natur und (Subsistenz-) Arbeit. Im Rahmen dieses Referenzszenarios wird und muß es „Wachstum" und „Entwicklung" immer nur für einen Teil des Weltsystems geben, während der andere zurückbleibt. Das globale Entwicklungsversprechen von Sustainable Development ist insofern nichts als Bluff, wenn es im Sinne einer Strategie des weltweiten Wirtschaftswachstums verstanden wird.

Unter Bezug auf ökofeministische Ansätze kritisieren sie darüber hinaus das Wissenschaftsverständnis der meisten Positionen im Diskurs von Sustainable Development. Nach wie vor wird der Natur nur ein minimaler Eigenwert zugeschrieben. Hauptsächlich wird sie als Ressource zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse verstanden. Das spiegelt sich dann in einem Fehlen des Vorsichtsprinzips wieder: Dort wo Probleme durch Übernutzung auftreten, muß halt das quantitative Niveau der Nutzung gesenkt werden, wo es (noch) keine Probleme gibt, kann weiter verfahren werden wie bisher. Die Patentierung von Gen„Ressourcen" ist ein Beispiel dafür, wie neue Bereiche kommerzialisiert werden. Die Orientierung an Nutzungs- oder Absorptionsgrenzen und die damit einhergehende Quantifizierung stellt nicht nur den CO_2-Ausstoß der Industrieländer mit dem Bevölkerungswachstum im Süden auf eine Problemstufe, sondern bedingt auch eine Fixierung auf Expertentum und Technizismus. Das entsprechende Know-how

„Das globale Entwicklungsversprechen von Sustainable Development ist insofern nichts als Bluff, wenn es im Sinne einer Strategie des weltweiten Wirtschaftswachstums verstanden wird."

wird dabei überwiegend im Norden verortet, das im Süden vorhandene Alltagswissen dagegen abgewertet und somit die „ethnozentristische und paternalistische Entwicklungsidee ungebrochen weitertransportiert“ (160).

Die Kritik von Eblinghaus und Stickler ist daher fundamental: „Sustainable Development ist neben der Erfüllung ideologisch-legitimatorischer Funktionen der Versuch, wahrgenommene Krisen auf der Steuerungsebene zu lösen ohne bestehende Herrschaftsverhältnisse substantiell anzutasten, also: eine neue Phase kapitalistischer Entwicklung einzuleiten, die sich auf die 'ökologischen Problemlagen' einstellt und konkret Naturvernutzung optimiert.“ (161) Insofern wird die Debatte um nachhaltige Entwicklung zwar Veränderungen der Produktions- und Konsummuster nach sich ziehen, allerdings gehen diese partiellen Modernisierungen des Kapitalismus am Kern des Problems vorbei: „Da der Kapitalismus als System nicht auf der Anklagebank sitzt, wird auch Naturzerstörung nicht kategorial angegangen. Naturzerstörung ist das soziale Programm des Kapitalismus“ (162). Die ökologischen Veränderungen werden sich ihrer Meinung nach im wesentlichen auf die Industriestaaten im Norden beschränken und auf Kosten des Südens durchgesetzt. „Weltweite Gerechtigkeit und der Erhalt der Lebensgrundlagen auf dem gesamten Globus bleiben Worthülsen“ (156). Insofern eignet sich der Diskurs über Sustainable Development nicht als Bezugspunkt für eine kritische linke Politik. Versuche den Begriff von links zu besetzen unterschätzen ihrer Meinung nach die diskursiven Mechanismen zum Ausschließen von Kritik sowie zum Erzeugen von „Sachzwanglogiken“ und Denkverboten.

Daß diese Kritik den Kern des Problems recht gut trifft, zeigt sich zum Beispiel am schleichenden Untergang der Wachstums-Kritik in der ökologischen Diskussion und die zunehmende Fixierung auf technologische Effizienzrevolutionen, die zum großen Teil nur auf dem Papier stehen und weder anwendungsreif noch in nennenswertem Umfang umgesetzt werden. Diese technologiezentrierte Sicht legitimiert ein business as usual ohne strukturelle Veränderungen.

Problematischer und nicht immer ganz klar sind die Politikoptionen, die Eblinghaus und Stickler aus ihrer Kritik ableiten. Ihre Ausführungen lassen sich so interpretieren, daß linke Politik, die an einer realen Lösung der sozialen und ökologischen Probleme orientiert ist, sowohl nach Alternativen jenseits des Kapitalismus als auch jenseits des Nachhaltigkeitsdiskurses suchen muß. Dabei wird nicht deutlich, was das „jenseits des Diskurses“ sein soll. Eblinghaus und Stickler setzen das anscheinend mit einem „außerhalb der Institutionen“ gleich, denn die relativ knappen Ausführungen, die sie dazu machen, lesen sich eher als eine Kritik an der institutionellen Vereinnahmung kritischer Gruppierungen. Einer wenig erfolgversprechenden Strategie der „runden Tische“ stellen sie die Orientierung „Sand im Getriebe“ entgegen. Diese pessimistische Einschätzung des (einmal überspitzt formulierten) „Weges durch die Institutionen“ ist sicher zuzustimmen. Dennoch: Eine Bezugnahme auf die Institutionen muß zumindest soweit erfolgen, als daß die Schlußfolgerungen und Argumente mit denen diese ihre Politik begründen ständig in Frage gestellt werden müssen. Wenn bei den Versuchen, Sustainable Development politikfähig zu machen, ständig pragmatische Kompromisse eingegangen werden, die am Ende immer weiter weg von dem eigentlichen Ziel führen, dann kann die Antwort darauf nicht in einem „schweigenden“ Rückzug aus dem Diskurs liegen, sondern nur in der ständigen kritischen Gegenüberstellung mit Maximalforderungen. Eblinghaus und Stickler engen den Diskursbegriff hier zu sehr auf die Institutionen ein, die ihn organisatorisch tragen. Kritik an diesen Institutionen impliziert nicht unbedingt Ausstieg aus dem Diskurs.

Ratlosigkeit erzeugt die zweite Implikation: ökologische Probleme könnten nur außerhalb des Kapitalismus gelöst werden. Sicher setzen kapitalistische Gewinn- und Wachstumslogik einer systemimmanenten Ökologisierung strukturelle Grenzen. Diese Grenzen sollten aber auch voll ausgeschöpft werden. Anders, als Eblinghaus und Stickler („Weltweite Gerechtigkeit und der Erhalt der Lebensgrundlagen auf dem gesamten Globus bleiben Worthülsen“) behaupten, ist festzustellen, daß die ökologische Modernisierung des industrialisierten Nordens vielleicht kein Umdenken aber durchaus einen Schritt in die richtige Richtung darstellt und zum „Erhalt der Lebensgrundlagen“ beiträgt. Gerade die ökologische Forderung nach wirtschaftlicher Schrumpfung im Norden liefert ein starkes Argument gegen die Wachstumslogik des Kapitalismus. Entscheidend ist dabei, zu verhindern, daß kleine Kompromisse unter dem Label von Sustainable Development zu großen Schritten in Richtung auf eine „bessere Welt“ aufgeblasen werden. ●

Helga Eblinghaus / Armin Stickler: „Nachhaltigkeit und Macht – Zur Kritik von Sustainable Development“, *IKO – Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Ffm 1996 (incl. einer Dokumentation der Auseinandersetzung um die Studie „Sustainable Germany“, wie sie in der* ila *geführt wurde).*

Nr. 103 / I '96 *16,- DM *17 SFr *125 ÖS

SPEZIAL

Zeitschrift gegen Kultur und Politik

Lange angekündigt - endlich da!
Erhältlich im linken Buchhandel oder bei Verlagsadresse. Erscheint vierteljährlich, mit neuer Konzeption und 132 Seiten im B 5-Buchformat erstmals Mitte Mai 1996.

RETRO

* "So weicht die erste Aufwallung inzwischen differenzierteren Überlegungen". **Wie die Bundesbürger 1986 auf den GAU von Tschernobyl reagierten.**
* Die Postmodernität der Postmoderne - Kritiker: **Günther Jacob kritisiert** "Die Offenbarung der Propheten" von **Thomas Ebermann und Rainer Trampert**

FUTURE

* **Paul Mattick** sagte 1973 den tendentiellen **Fall der Profitrate** voraus.
* **Wolfgang Neuss** sagte 1965 die **'Wiedervereinigung'** voraus.
* **Karl Marx** sagte 1851 (in 'Reflection') die **Wandlung des Proleten zum 'König Kunde'** voraus.

NOW

* **Warum man sein Geld ausgeben soll.** Baumanns Kontroverse mit Offe und Habermas.
* **"Kann erstmal rund um die Uhr eingekauft werden, so kann auch rund um die Uhr gearbeitet werden".** Regina Behrendt über den tendentiellen Fall des Feierabends.
* **Cyberspace - Technologie und Weltmarkt.** Von Johannes Ehrhardt und Günter Kania. Sowie: **'Datenguerilla'**. Oliver Marquardt über linke Subversionsversprechen.
* **100 Jahre Luftgeräusche.** Gero Reimann zur Geschichte und Aktualität des Radios.
* Die **Kritik** von Andrea Bührmann **an der Sexualitätsdebatte der neuen Frauenbewegung** seit 1968.
* Julius Lester / Adolph Reed über die seltsame **Begeisterung der 'weißen Linken' für Black Panther** - Filme.
* **Außerdem:** Lübeck, Jugoslawien, Krieg für Profit?, Standort Deutschland, Carl Peters & Karl May, Traumberuf Pop-Theoretiker, Migranten als PolizistInnen, und, und, und...

DO IT!

* **"Was tun?"** (Lenin)

SPEZIAL- Zeitschrift gegen Kultur und Politik - **sofort bestellen** (für 16,-DM) oder abonnieren (58.-DM / 4 Ausgaben) per Brief oder Fax **bei: Verlag Andere Seiten GmbH, Hintere Schöneworth 11, 30167 Hannover, Telefon 0511 / 70 25 26, Fax 0511 / 70 44 83.** Abos können innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden.

tellerwäscher

❶ Malen nach Buchstaben

„Moderne Musik macht mich konfus“ sang schon Schorsch Kamerun auf *warum Ändern schlief* und machte mit seinem Soloprojekt die Konfusion wahrlich perfekt. Dadaistische Texte, kombiniert mit avangardistischer Musikkulisse liefern die Lesehilfe für ***economy class***, ohne zur Lesebrille für Ohren zu mutieren. Aber nicht von Kameruns Soloambitionen ist hier die Rede, sondern vom neuen Album der Goldenen Zitronen, die in ihrer elfjährigen Veröffentlichungsgeschichte manch Publikum verstört haben – was auch notwendig war, angesichts in Szenegemütlichkeit erstarrter Gemüter. Die explicit lyrics-Phase von *80.000.000 Hooligans* und *Das bißchen Totschlag* nahezu hinter sich lassend, begeben sich die Goldenen Zitronen sowohl in den Mikrokosmos „meiner kleinen Welt“, als auch in kulturindustrielle Analysen („There's no business like business“). Weniger Gitarre und mehr Synthesizer, E-Piano, Orgel und Samples geben dem Ganzen eine experimentelle Note, die sich nahezu jeglicher Mitschunkel-Effekte verweigert, wobei die neudeutschen Mitschunkler eben nicht mehr jene Pogo tanzenden Punks der 80er, sondern vielmehr die Easy Listening Fetischisten der 90er mit Vorliebe für Quentin Tarantino-Filme sind.

Von A. bis N. führt *economy class* zahlenfrei vor, wie sich heutzutage ein Punkgemälde erstellen läßt. Mit Mut zum Feindbild verwehren sich die Goldenen Zitronen den auch in linken Kreisen umhergeisternden Einheitsphantasien. Immer wieder darauf hinzuweisen, daß ein „ich mag Menschen“ („0:30, gleiches Ambiente“) eben nicht ausreicht, um eine gemeinsame Handlungsbasis zu finden, darin liegt ihr Verdienst. „Für immer Punk“ zu sein meint hier: den bewußt gewählten Abstand, die gezielte Distanzierung. Willst du da wirklich immer Hippie bleiben?

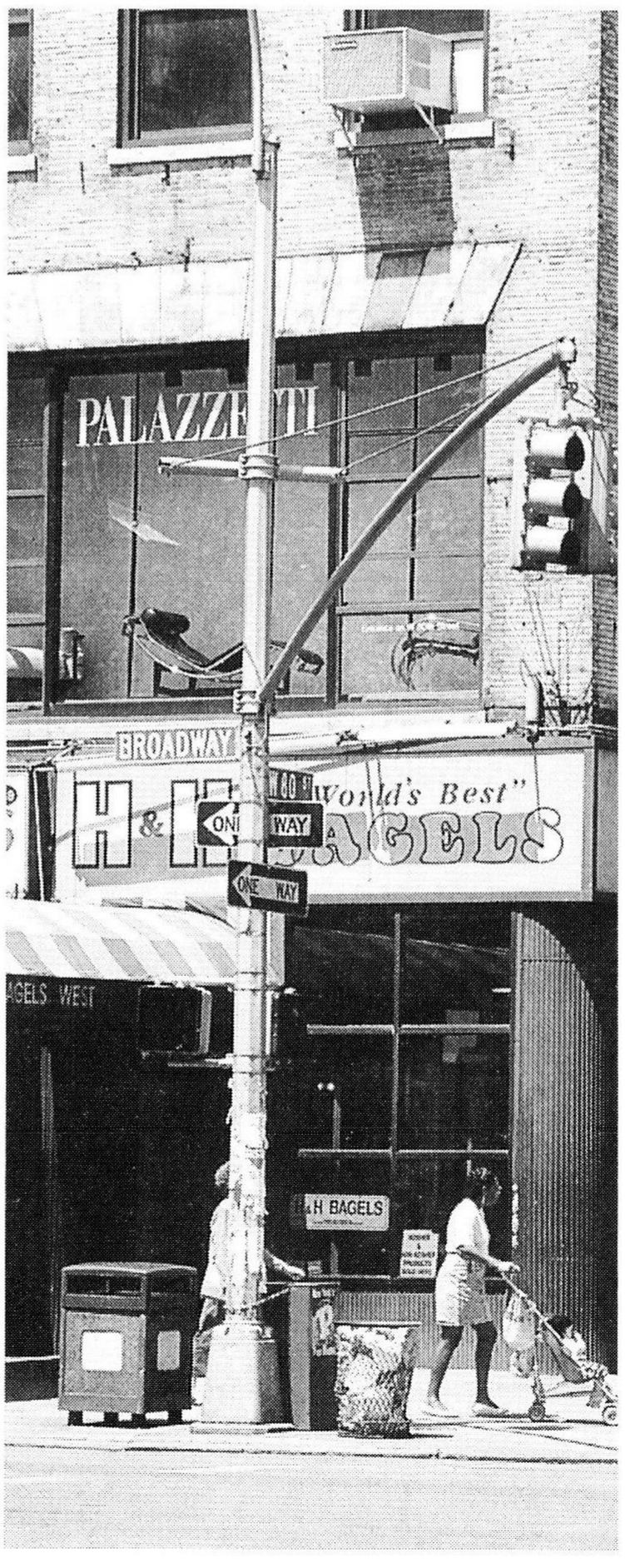
G.O.

Die Goldenen Zitronen: economy class, Sub Up, München 1996

❷ Welt der Technik

Ratgeberliteratur ist nicht gerade eine Domäne linker Kleinverlage. Ungewöhnlich daher: ***Der kleine Abhörratgeber***, von der Edition ID-Archiv auf den Markt gebracht. Das Buch thematisiert die ganze Spanne moderner technischer Überwachungspraxen: Das Abhören von Räumen, Telephonsystemen, Funkrufempfängern, PCs und Kabeln. Weiter widmet sich das Autorenkollektiv Computernetzen, Kameras und Sprachverschleierungstechniken. Zusammen mit der beigelegten Verschlüsselungsprogramm-Diskette wird so echte Lebenshilfe geboten. Freilich allein unter dem Aspekt technischer Begrenzungen von staatlichem Technikeinsatz zur Überwachung.

„All jenen, die sich das Recht herausnehmen wollen, unzensiert und unbeobachtet vom ‘Großen Bruder’ zu kommunizieren, wollen wir dieses Buch ans Herz legen“, heißt es im Vorwort. Weitverbreiteten griffigen wie falschen Faustregeln über das, was technisch „unmöglich“ ist, wird fundiert zu Leibe gerückt. Leuten, für die es von existentieller Bedeutung ist, daß sie ihre Kommunikation abschotten, kann geholfen werden. Da es aber nicht sicher ist, ob einige der in Frage kommenden 119 GenossInnen diese Zeilen lesen und das Buch bestimmt öfter verkauft werden soll, sei hier auf ein Problem der Rezeption dieser Lektüre eingegangen.



So häufig wie der Staat(sschutz) als Big Brother imaginiert wird – ein Bild, das sowohl ängstigt als auch entmündigt – so groß ist das Bedürfnis, auf dem Gebiet echter Geheimdienstpraktiken über ein weitläufiges Know-How zu verfügen. Nicht zuletzt, um bei nächster Gelegenheit mitreden zu können. Diesen beiden Aspekten, Sensationsgeplauder und Zuschreibung von Omnipotenz wird aber – ungewollt – durch eine primär technizistische Behandlung des Themas Vorschub geleistet. Wichtiger als das, was geht, ist die Frage, was in der Alltagspraxis Anwendung findet und wem es schadet. Naturgemäß stehen dabei wenig harte Fakten zu Verfügung. Aber gerade eine Diskussion über das Ausmaß konkreter Anwendungen und deren tatsächlicher Nutzen für die Lauscher fehlt dem Buch.

Es wirkt da ein bißchen unzeitgemäß, wo es wie selbstverständlich dem Defizit an technischen Kenntnissen zu Leibe rückt. Die seitenlange Erörterungen von Verschlüsselungstechniken, deren Beispiele nicht selten aus der Kriegsgeschichte stammen, zeigen, daß die AutorInnen vom Widerspruch zwischen Informationsbesitz und Informationsbegehren als zentralem ausgehen. Wie gesagt, das mag vorkommen. Das politische Problem aber liegt darin, daß Linke ein Verhältnis zur sozialen Realität Kontrollstaat finden. Darin ist der Schutz linker „Privatsphäre“ allenfalls eine Randerscheinung.

Christoph Schneider

Backslash, Hack-tic, Jansen & Janssen, Keine Panik: Der kleine Abhörratgeber, Edition ID-Archiv, Berlin 1996, 140 S. + Diskette mit PGP, DM 20,–

❸ Antifa

Die auftrumpfende Einheitsprosa hat auch Erfolgsmeldungen anzubieten. Es ist dem national-normalen und normsetzenden Meinungsgeschäft gelungen, den Begriff Antifaschismus zum Schimpfwort zu machen und wenn überhaupt, nur noch in An-

führungszeichen zu verwenden. Aus der Tatsache, daß die SED den Antifaschismus außer für legitime Zwecke auch zur Legitimation der Wandlitzer Spießer-Herrschaft unter dem Label „realexistierender Sozialismus" mißbraucht hat, wurde nach 1989 im Westen die Parole abgeleitet, mit dem Antifaschismus sei es nun endlich und endgültig vorbei. Das Gerede vom „Unrechtsstaat", von „Totalitarismus" und den „zwei Diktaturen" stellt Naziherrschaft und SED-Herrschaft demagogisch auf die gleiche Stufe. Die Opposition gegen den Faschismus fungiert darin nur noch als parteikommunistisches Machtkalkül – was es in der III. Internationale zeit- und fallweise auch war.

Daß Antifaschismus immer auch mehr und anderes war als billige Propaganda, zeigt jetzt der Bericht über ***The 43 Group***, den ein Mitglied der Gruppe 1992 in London veröffentlichte und der jetzt übersetzt vorliegt. Zur Gruppe der 43 schlossen sich 1946 38 Männer und 5 Frauen zusammen, die sich nicht damit abfinden wollten, daß ein Jahr nach dem Krieg auf den Straßen und in Versammlungen in London wieder offen faschistische Propaganda gemacht werden konnte. Die meisten Mitglieder der Gruppe waren unverheiratete, junge englische Juden, die als Soldaten gekämpft und gesehen hatten, wie viele Kameraden gefallen waren – im Krieg gegen den Faschismus. Aus den anfänglich 43 Mitgliedern wurden innerhalb von Monaten 500, und über die Motive ihres Antifaschismus sagte einer, was viele dachten: „Ich wurde verwundet, als es darum ging, solches Zeug abzuschaffen". Natürlich wurde die Gruppe von Anfang an als fünfte Kolonne des Kommunismus denunziert, wofür es freilich keinerlei Belege gibt.

Die Gruppe 43 intervenierte in handlungsfähigen Kleingruppen auf den sechs bis zehn faschistischen Veranstaltungen, die 1946 in London jede Woche stattfanden – in so renommierten Lokalen wie der Royal Albert Hall. Meistens provozierten die jungen Männer der Gruppe eine Schlägerei unter freiem Himmel bzw. eine Saalschlacht, um den Abbruch der Veranstaltung durch die bei solchen Anlässen immer anwesende Polizei zu erzwingen. Ein telephonisches Alarmsystem sorgte für schnelle Reaktionen und die gezielte Unterwanderung faschistischer Gruppen für solide Informationen.

In der Nachkriegszeit agierten in England mindestens elf faschistische Gruppen und Parteien. Die „Union of British Freedom" rief schon 1946 offen zum Boykott jüdischer Geschäftsleute auf und konnte mit legalen Mitteln daran nicht gehindert werden. Der ehemalige konservative, dann Labour-Politiker Oswald Mosley (1896 - 1980), der schließlich charismatischer Führer der „British Union of Fascists" wurde, geriet nach dem Paragraphen 18b des Internierungsgesetzes mit vielen anderen Faschisten von 1940 bis 1943 ins Lager. Danach nahmen Mosley und seinesgleichen die Propaganda wieder auf und versuchten, alle faschistischen Gruppen in der „Union" zu vereinigen.

Teile der Labour-Party und die britische Genossenschaftsbewegung mit ihren drei Millionen Mitgliedern drängten die Regierung vergeblich dazu, Rassenhaß unter Strafe zu stellen. Solange nichts gegen die Agitation von rechts geschah, fühlten sich die Ex-Soldaten mit ihren Straßenkampf- und Saalschlachtkommandos im Recht. Sie stießen nach den zahlreichen Verhaftungen in den Prozessen auf eine ebenso souveräne wie milde Justiz, aber auch auf die Opposition des jüdischen Establishments. Diesem war die Militanz der Gruppe ungeheuer, obwohl sich darin nur Zivilcourage ausdrückte.

In eine schwierige Situation geriet die Gruppe ab 1947/48, als in Palästina zionistische Formationen auch mit terroristischen Mitteln gegen die britische Mandatsmacht kämpften. Die Redner der Faschisten ließen sich das nicht entgehen und sprachen in ihren Reden von „unseren Jungs in Palästina", die „von jüdischen Terroristen ermordet werden". Die Gruppe 43 distanzierte sich trotzdem nicht. Im September 1948 tauchte in London eine Schrift mit dem Titel „Das deutsche Flugblatt" auf. Darauf reagierte die britische Regierung und wies verdächtige deutsche Verbindungsleute aus. Nach 1949 nahmen die faschistischen Veranstaltungen ab, weil sich die Organisationen hoffnungslos zerstritten. Die Gruppe 43 hatte jedoch 700 Mitglieder – „zu viele für die wenigen Einsätze". Die Gruppe löste sich auf, und die Überlebenden trafen sich 1990 wieder. Damals beschloß man, Morris Beckman dabei zu unterstützen, die Geschichte dieser antifaschistischen Aktivisten aufzuschreiben.

Rudolf Walther

Morris Beckman: The Group 43. Antifaschistischer Kampf in Großbritannien 1946-1950, deutsch von Michaele Brock und Martin Griffin, Harald Kater Verlag, Berlin 1995, 206. S.

❹ Unabsteigbar

aus der Ersten Liga der Zeitgeist-Apologeten mit wissenschaftlichem Gütesiegel ist er ohne Zweifel: Karl Otto Hondrich. Während es reichlich stillgeworden ist um die Debatten der letzten Jahre über moralische Grundlagen politisch-staatlichen Handelns da sich dieses schon längst autoritaristisch gewandelt hat, holt Hondrich zum Nachschlag aus. Unbeleckt aller Kritik sieht er sich immer noch „Gefangen im Konsens" und trifft damit anscheinend in der *Spiegel*-Redaktion auf Gesinnungsgenossen, würde das Magazin wohl sonst nicht die „unangenehmen Wahrheiten" des Soziologen immer und immer wieder abdrucken, so zuletzt im Juni dieses Jahres. Über den Zustand der Wissenschaft, genauer der Soziologie, macht er sich Sorgen. Entsetzt darüber, daß es anscheinend Kräfte gibt, die politisch in die Wissensproduktion intervenieren, sieht er sich „Tugendrichtern" gegenüber, die ihm seine ach so provokante Rolle als Bote mit der schlechten Botschaft streitig machen wollen. Hat Hondrich uns schon die „schlechten Botschaften" überbracht, daß „wir" die Ausländer leider rausschmeißen müssen, weil das mit der kulturellen Identität sonst nicht mehr klappt, „wir" die Skinheadbuben mit deutschen Paß doch nur einmal richtig herzen müssen, damit sie wieder auf den rechten Pfad kommen, so empfiehlt er diesmal ein bißchen weniger Freiheit für – frei nach Nicole – ein bißchen mehr Frieden: „Die Aussicht auf mehr Freiheit und Selbstbestimmung bringt auch gesteigerte Unzufriedenheit und mehr Gewalt hervor – in-

nerhalb von Gesellschaften, aber auch zwischen ihnen."

Am Beispiel seiner toten Heroen, die „aus ihrer Geschichte herausgerissen und vor das Tribunal eines Gegenwartskonsenses gezerrt" würden, versucht Hondrich seine „Boten-Soziologie" uns einfachen Geistern zu erläutern. „Voltaire als Antisemiten, Weber als Rassisten, Freud als Frauenfeind [und man möchte ergänzen: Hondrich als Nationalisten]" zu entdecken, sei Beispiel für eine im „Wertekonsens" verhaftetete Wissenschaft, die sich den „Wahrheiten" (s.o.) verschließe. Wer also im Umkehrschluß seinen Auslassungen ein wenig antisemitische, rassistische und frauenfeindliche Züge beimixe, befindet sich wohl auf dem richtigen Weg.

Kurzum: Soziologie als eine Wissenschaft zu entdecken, „die Herzklopfen macht", wie es Hondrich will; daß haben wir ihm nun wahrlich zu verdanken.

k.o.-Gruppe Ffm

tellerwäscher

Feststellung, daß das „Gefasel der Fremdbestimmung unmittelbar zugleich die adäquate Ideologie der wahren nationalen Selbstbestimmung" ist, deren völkische Züge unverkennbar seien. Dank dieser nivellierenden Einmal-Eins-Dialektik, die glaubt, das Wesentliche erkannt zu haben, ist es schließlich ohne größere Anstrengungen möglich, alles in einem Topf zu garen. Pol Pot, Idi Amin , das Iran der Mullas, Castro, Ortega (Marcos?) – wobei die ersten dieser Linie das offen zur Erscheinung kommende barbarische Wesen nationaler Befreiung offenbaren.

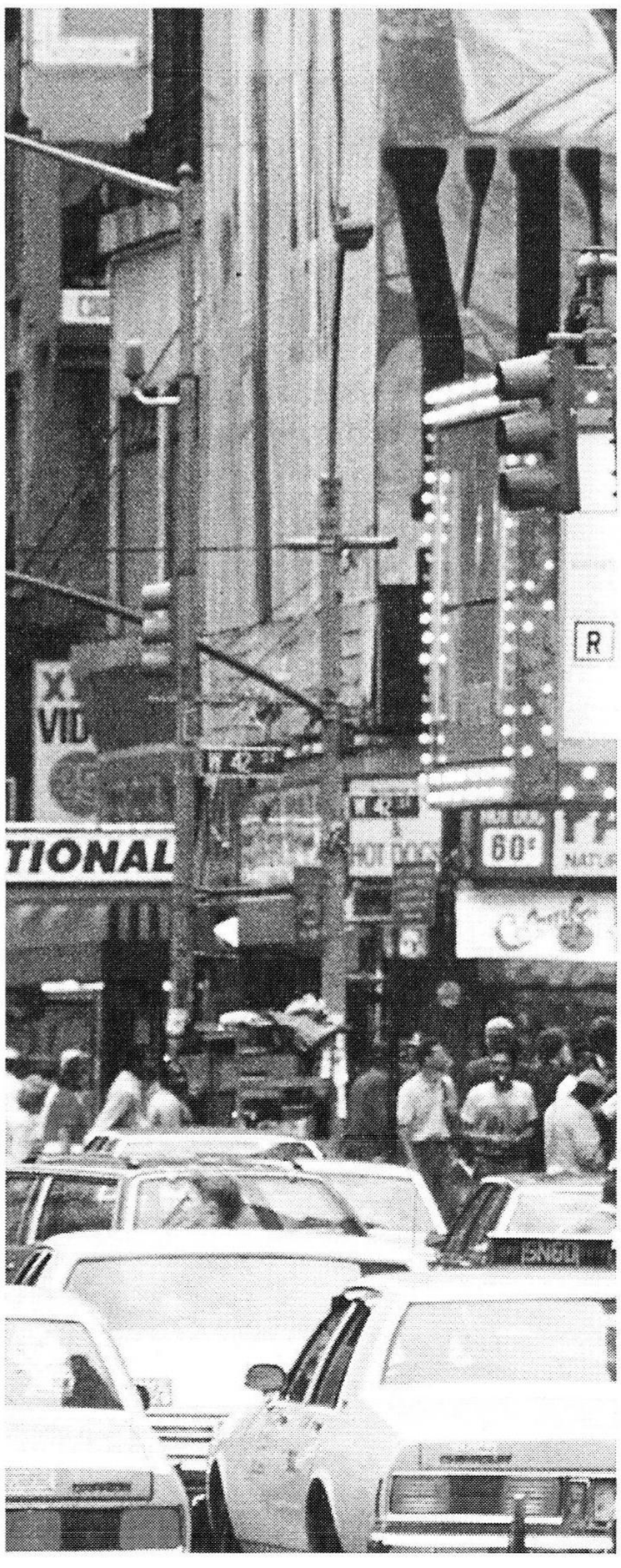
Eine kurze Überlegung über die sich mit dem Kapitalismus restrukturierenden Anforderungen nationalstaatlicher Regierungen könnte einiges über den Wandel internationaler Interessen in der Ära des Freihandels enthüllen. Doch wahrscheinlich ist es zu spät, das undifferenzierte Weltbild der Anti-Imps bereits umgeschlagen in dessen undifferenzierte Abrechnung mittels Schreibtischproduktion.

Diese Polemik soll nicht ablenken, der Autor hat immerhin das Problem erkannt: Zunächst einmal kann und muß man anknüpfen an der Kritik der Verwendung des Imperialismusbegriffs, jedoch mittels einer genauen Untersuchung jener Kräfte und Interessen, die ohne Frage einen gewichtigen, wenn auch veränderten, und je spezifischen Einfluß auf nationalstaatliche Politik in peripheren Ländern geltend machen. Darüber hinaus ist die Frage aufzugreifen, welche negativen, virtuell reaktionären und gefährlichen Züge der inhärente Bezug auf Nation oder auch der auf Ethnie impliziert. Über die offensichtliche Ideologie dieser Begriffsbündel, sollte man in der *links* nicht streiten müssen. Mit den benannten Vorschlägen der Anti-Anti-Imperialisten kann man derartiges jedoch nicht beginnen. Ihnen sei angeraten – auch wenn ihnen das wahrscheinlich äußerst zuwider ist –, einmal eine „Urlaubsreise" in die von ihnen so intensiv untersuchten Weltgegenden zu unternehmen. Vor dem Hintergrund einer schlichten teilnehmenden Beobachtung und gelegentlicher Unterhaltungen mit den „Eingeborenen" – eine Methode, die in diesem ersten Fall als didaktisch adäquater Einstieg angemessen erscheint – wird die Welt sich kaum noch über die eine Universalformel abrechnen lassen.

J.W.

❺ Ein Wintermärchen

Aus der Ferne betrachtet regen einige Publikationen der in der *links* initiierten kritischen Auseinandersetzung um Befreiungsbewegungen zum fassungslosen Lächeln an: der Beitrag „Anti-Imperialismus: die höchste Form des falschen Antikapitalismus" (*links* 312/313, S. 26ff.) ist wohl das extravaganteste Beispiel. Anstatt den wahrlich bedeutsamen Fragen des Zusammenhangs von „nationaler Befreiung" und Ideologie hinsichtlich ihrer historischen Partikularitäten und hintergründigen Konditionen nachzugehen, anstatt die Elemente der Affinität und Koinzidenzen zur Huntington-These des „Clash of Civilization" und zu den hegemonialen kulturalistischen Erklärungsmustern kritisch zu benennen und vor allem deren inflationäre politische Vernutzung in gegenwärtigen Erklärungsmustern für soziale Spaltung – auch bei emanzipatorischen Bewegungen – kritisch zu hinterfragen, verbleibt die gewollte Analyse auf einem seltsamen Niveau. Mit Recht wird in einem ersten Schritt auf die verkürzte Verwendung des Begriffs Imperialismus in weiten Teilen der (ehemaligen) antiimperialistischen Soliszene verwiesen, seine scheinbar eindeutige Botschaft, seine Definition als ein imaginäres, verschwörerisches Allgemeinsubjekt. Ausdruck der Personifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Doch die Kritik derartiger Kampfbegriffe sollte sich nicht scheuen, eine tatsächliche Analyse der realen und vielfältigen Herrschaftsverhältnisse und Interessen zu versuchen. Davon jedoch keine Spur. Der Tanz mit den Begriffen wird selbst in unerreichbaren Höhe gepflegt und kulminiert schließlich in der beachtlichen



❻ centers & guards

Zu Beginn der playoffs in der US-amerikanischen Basketballliga ist die National Baketball Association wohl endgültig der „feel-good" Außenpolitik der US-Regierung aufgesessen. Aus dem Kreis der NBA war zu vernehmen, es gäbe Überlegungen, ein jugoslawisches Basketballteam für die Olympiade zusammenzustellen – bosnische Vertreter hingegen konnten mir solche Pläne allerdings nicht bestätigen. In dieser Mannschaft sollen sowohl Toni Kukoc, Michael Jordans Mitspieler bei den „Bulls", die in der letzten Saison den

Rekord von 72 gewonnenen Spielen aufstellten, als auch Vlade Divac, Center der LA Lakers, bei denen nach seinem Comeback der HIV-Positive Earvin Johnson Regie führt, spielen. „Magic" Johnsons Spielerqualitäten liegen in seinen Pässen, mit denen er den 2 Meter Mann Divac, bislang Spieler der serbischen Auswahl, nahezu „füttert". Kucoc, Star der kroatischen Auswahl bei der letzten Olympiade, kriegt seine Pässe bei den „Bulls" von Michael Jordan. Vor zwei Jahren noch lieferten sich Kukoc und Divac Prügeleien in der Öffentlichkeit, jetzt sollen sie gemeinsam für ein jugoslawisches Team in diesem Sommer in Atlanta/Georgia, gemeinhin auch Ted-Turner-Land genannt, antreten. Clintons politische Initiativen tragen Früchte – nicht nur in Form von mehr Wählerstimmen im Süden.

Und was tut sich im US-„Dream" Team? Center ist der kenianische Superstar Hakeem „the dream" Olajawon, der noch bis zu seinem vierzehnten Lebensjahr Fußballtorwart war und die Feinheiten des Basketballs an der Universität von Houston erlernte. Hakeem ist ein konservativer Vorreiter in der Black Muslim-Bewegung in den USA. Deren radikalste Kraft wiederum ist Mahmoud Abul-Rauf, der für Schlagzeilen sorgte als er sich weigerte, während des Abspieles der Nationalhymne zu Ehren der in Vietnam Gefallenen aufzustehen. Eventuell mußte er erst von Hakeem und anderen darauf hingewiesen werden, daß der Islam Gehorsam gegenüber staatlichen Autoritäten verlangt, denn Rauf stimmte schließlich zu, beim Klang der Nationalhymne wie die anderen Spieler aufzustehen, wenn er auch darauf bestand, währenddessen beten zu dürfen. Heute sieht man nahezu die Hälfte aller schwarzen Spieler in der NBA während der Hymne mit gesenktem Kopf, was das Fernsehen freilich nicht zeigt.

Zurück zum jugoslawischen Team: Kukoc ist in seiner derzeitigen Spielstärke am ehesten mit Detlev Schrempf – Spieler der Seattle Supersonics – zu vergleichen. Divac ist auch nicht zu unterschätzen. Deshalb mein Wett-Tip für Olympia: Auf das jugoslawische Team ist auf jeden Fall zu achten, es wird ganz oben mitspielen. Die Deutschen werden sie schlagen, letztlich jedoch am US-amerikanischen „Dream"-Team scheitern.

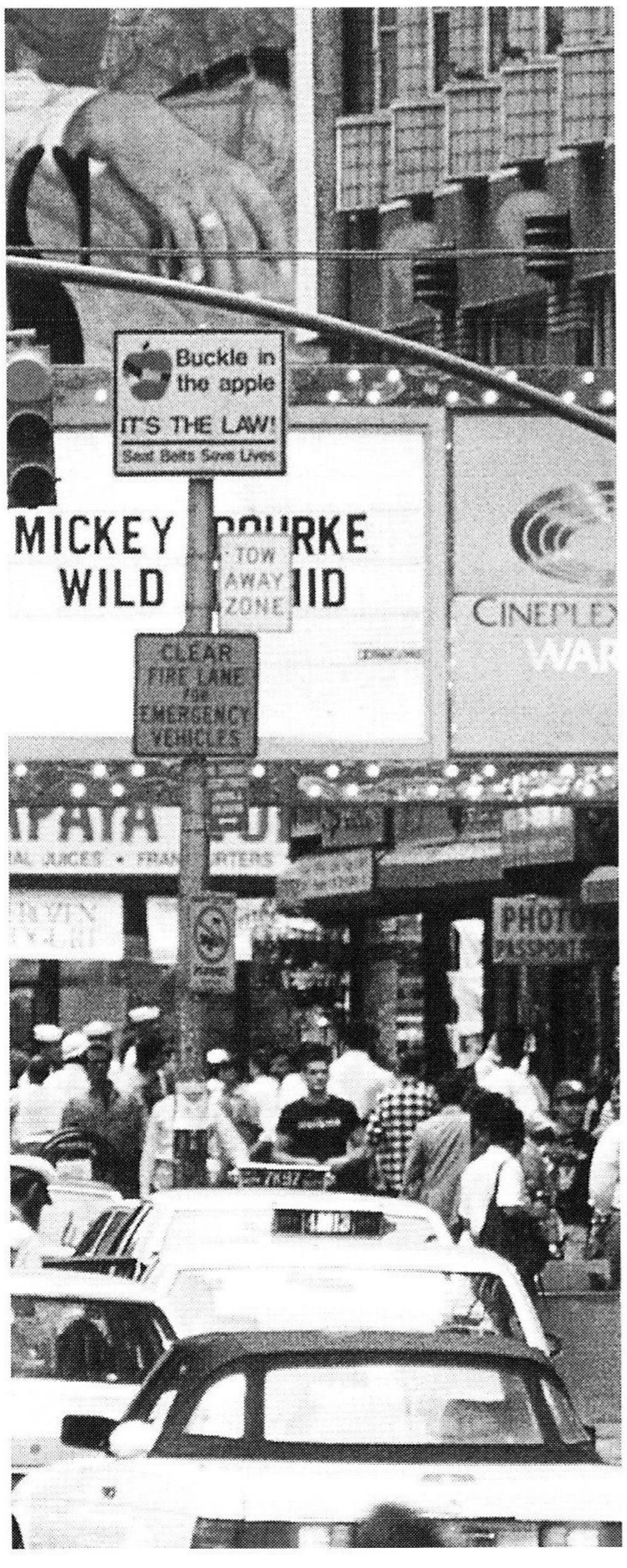
P.S.: Olden Polynich, der bekannt wurde wegen seines Hungerstreiks während der US-Invasion in Haiti, wird wohl nicht in das „Dream"-Team aufgenommen werden.

John Ely

❼ Unterstützungshandlungen

Eine entscheidende Entwicklung im § 129a Verfahren gegen Ursel Quack, die aufgrund eines bei Birgit Hogefeld in Bad Kleinen gefundenen Briefes der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung bezichtigt wird, kam ihrem Anlaß her von außen: der entweder innerhalb des Bundeskriminalamts (BKA) oder von der Bundesanwaltschaft (BAW) verschwundengelassene Bericht eines BKA-Beamten namens Dirk Lang, der Ursel Quack angeblich entlastet. In einem Schreiben, das Lang am 13. Februar 1996 an die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt schickte, heißt es u.a.: „...daß die Aktivitäten von Frau Quack aus Sicht des zuständigen Auswertungsreferats nicht als Unterstützungshandlung gewertet werden können..."

Das wütende Verschieben der Gerichtstermine vier Tage vor Prozeßbeginn war ein Rückzieher, den der Vorsitzende Richter des Koblenzer Staatsschutzsenats von Tzschoppe auch aufgrund der Gegenmobilisierung machen mußte. In diesem Zusammenhang verweist das Oberlandesgericht (OLG) Koblenz auf den erheblichen Sicherheitsaufwand für den Prozeß, aufgrund geplanter Störaktionen aus dem linken Spektrum. Wir gehen davon aus, daß diese Entscheidung in der Sicherheitsbesprechung zwischen Senat und BAW tags zuvor gefallen war.



Vordergründig basiert von Tzschoppes Beschluß auf der Abwesenheit von Lang, und mit dessen Zeugenladung durch Ursel Quacks Anwalt der Staatsschutzsenat logischerweise rechnen mußte. Wegen der Abwesenheit von Lang, und weil die BAW „derzeit nicht in der Lage (sei), den besagten oder einen sonstigen von Lang unterzeichneten Bericht vorzulegen", so das Gericht wörtlich, wäre die Hauptverhandlung wegen nicht einzuhaltender Unterbrechungsfristen abgebrochen worden, noch ehe sie richtig angefangen hätte.

Eine höchstrichterliche Notbremse also, denn der Prozeß wäre erst einmal geplatzt – in aller Öffentlichkeit, unter den Augen der Medien und unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen für BKA und BAW, deren schmutzige Methoden einmal mehr für alle Prozeßbesucher und -besucherinnen erkennbar gewesen wären.

Lang war, und das sicher schon Jahre, Sachbearbeiter in der Terrorismus-Abteilung des BKA, Referat 11 – dem sogenannten Auswertungsreferat. Es gehörte für ihn sozusagen zum Selbstverständnis und auch berufsmäßigen Ethos, daß die Ermittlungsergebnisse seines Referats in Form schriftlicher Analysen und Berichte die offiziellen Arbeitsergebnisse der TE-Abteilung darstellen, und somit natürlich auch die des BKA. Nach „Weiterstadt" und mehr noch nach „Bad Kleinen" wurde dieses Selbstverständnis offensichtlich zutiefst erschüttert. Während Lang „emotionslos" und nicht ohne „Sachverstandstiefe", so eine Selbsteinschätzung, Analysen um Analysen zu Birgit Hogefeld, zu den verschiedenen Unterlagen, die bei ihr gefunden wurden, und zur Einbindung des Verfassungsschutz-Spitzels Klaus Steinmetz in die illegale Struktur revolutionärer Zusammenhänge anfertigte und in zahlreiche Berichte umsetzte, standen umgekehrt die Erwartungen einiger Verantwortlicher im BKA bzw. der TE-Abteilung und der BAW, was die strafrechtliche Verwertung dieser Berichte anbelangt, im scharfen Widerspruch dazu.

Lang, der genauso wie sein Chef, der damalige Leiter von TE 11, Brisach, zum 1. März 1994 vom Bundesinnenministerium zwangsversetzt wurde, ist zwischenzeitlich ganz vom Dienst suspendiert. Gegen ihn läuft bei der Staatsanwaltschaft in Wiesbaden ein Ermittlungsverfahren, weil er laut *Focus* (9/96) „die Medien mit geheimen Dokumenten gespickt" habe. Lang selbst

wiederum kämpft unverdrossen um seine Reputation als Bulle, und hat sich mittlerweile in einer Vielzahl von Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden gegen seine früheren Vorgesetzten im BKA verzettelt: u.a. wegen „Strafvereitelung im Amt“ und „Fälschung beweiserheblicher Daten“. Außerdem ging er aufgrund der Vorwürfe gegen ihn über seinen Rechtsanwalt im Februar dieses Jahres an die Öffentlichkeit.

Am 26. Februar 1996 war in der *Frankfurter Rundschau* zu lesen: „...Innerhalb des ortsansässigen Bundeskriminalamtes (BKA), so behauptet ein wegen Indiskretion suspendierter ehemaliger Mitarbeiter , soll es im August 1993 einen 60seitigen Bericht ‘über die im Rahmen der Festnahmeaktion in Bad Kleinen sichergestellte Briefkorrespondenz’ gegeben haben, aus dem sich gegen Steinmetz ‘schwerwiegende Tatvorwürfe’, gegen die in Bad Kleinen festgenommene Birgit Hogefeld aber Entlastendes ergeben haben soll. Um dem Generalbundesanwalt (der inzwischen jede Intervention dementiert) nicht in die Quere zu kommen, seien intern im Februar 1994 aber Rücknahme und Vernichtung dieses und anderer Berichte ‘angeordnet’ worden...“ Diese Berichterstattung in den Medien war der Anlaß für die AnwältInnen im Prozeß gegen Birgit Hogefeld, Anträge zur Beschaffung jener Berichte zu stellen, um sie mit den vorhandenen Akten zu vergleichen und sie beantragten gleichzeitig die Ladung von Lang. Obwohl sich Hemberger von der BAW gegen diesen Antrag aussprach, veranlaßte das OLG Frankfurt die Ladung des Ex-BKAlers, der dann auch am 19. März 1996 vor dem Staatsschutzsenat als Zeuge erschien. Das Gericht verlas sein oben erwähntes Schreiben vom 13. Februar 1996, und somit war Langs detaillierte Auflistung aller verschwundenen oder zurückgehaltenen Berichte (einschließlich dem zu Ursel Quack) aktenkundig. Das OLG Koblenz hat ebenfalls Lang als Zeugen geladen.

Der Prozeß gegen Ursel Quack ist damit nicht geplatzt. Aber wir sehen eine reale Möglichkeit, das Vorhaben der BAW in diesem Staatsschutzprozeß zum Einsturz zu bringen. Der Prozeß hing von Anfang an an einem dünnen Faden, außer dem Brief gab und gibt es nichts. Alles andere ist das aufgebauschte Beiwerk der BAW, um die Anklage nach §129a zu untermauern und ihren Verurteilungswillen zu unterstreichen. Dazu kommt, daß das Verschwindenlassen von Teilen der Akten und die politisch-justizielle Manipulation des Ermittlungsverfahrens jetzt offen geworden ist.

Komitee „Solidarität heißt Widerstand“

Das Komitee „Solidarität heißt Widerstand“ hat unter dem Titel *Den Stein ins Rollen bringen* eine kostenlose Broschüre zusammengestellt, die gegen Rückporto (Büchersendung) bei folgender Adresse bezogen werden kann: Basis, Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken.

tellerwäscher

❽ Aufgetaucht

Die bundesweiten Durchsuchungsaktionen vom 13.06.95 in rund 80 Privatwohnungen, Hausgemeinschaften, Arbeitsstätten und politischen Projekten stellten den größten Schlag des Staatsschutzes gegen radikale Linke in der BRD seit langem dar. U.a. in Berlin, Lübeck, Neumünster, Rendsburg, Köln und Frankfurt/M. wurden von vermummten und schwer bewaffneten PolizistInnen verschiedenste Aufzeichnungen, Computer, Software und Telekommunikationseinrichtungen beschlagnahmt. Bis zum heutigen Tag schließen sich unangemeldete Besuche an und wird Aussageunwilligen mit Beugehaft gedroht.

Den Behörden ging und geht es bei diesen Aktionen u.a. um die Ergreifung angeblicher *radikal*-RedakteurInnen, eigentlich eine Zeitschrift, in den Augen der Behörden allerdings ein kriminelle Vereinigung. Vier der Gesuchten zogen es damals vor, sich der Verfolgung zu entziehen. Genau ein Jahr nach den Razzien vom 13.06.95 haben sich nun in Bremen drei der Gesuchten der Justiz gestellt. Unter Auflage einer Kontaktsperre, dem Hinterlegen ihrer Pässe bei der Polizei und einer Kaution von 20.000 DM wurde bei zweien der Vollzug ausgesetzt, während der dritte mutmaßliche Redakteur in die JVA Karlsruhe verbracht wurde und dort unter Isolationshaftbedingungen einsitzt. Ihm wird vorgeworfen, nach dem 13.06.95 an der Erstellung von *radikal*-Ausgaben beteiligt gewesen zu sein. Somit habe sich sein „Schuldumfang“ erweitert, so die Bundesanwaltschaft.

Ohne dem Trugschluß zu verfallen, daß eine Zeitschrift, die vom Staatsschutz verfolgt wird, deswegen automatisch als linksradikal zu gelten habe, ist eine Unterstützung des Projektes *radikal* jedoch weiterhin dringend angebracht. Inhaltlich sind bei genauerem Hinsehen die Unterschiede garnicht so groß wie vielleicht vermutet, hat sich die *radikal* doch auch schon im Abdrucken von *links*-Artikeln hervorgetan.

G.O.

❾ Ost-West-Schaustück

Im Prozeß gegen Monika Haas, der nach fast dreimonatiger Unterbrechung am 9. Mai 96 vor dem 5. Strafsenat des OLG Frankfurt wieder aufgenommen wurde, ist als erster Zeuge der ehemalige MfS-Mitarbeiter Orzschig vernommen worden, der die gegen Monika Haas angelegte Operativ-Akte „Wolf“ geführt hatte. Monika Haas wird in dieser sich dahinschleppenden Hauptverhandlung (es gab Verhandlungs„tage“, die dreizehn oder auch dreißig

Minuten dauerten) vorgeworfen, die Waffen für die Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ 1977 in Palma de Mallorca den EntführerInnen überbracht zu haben; die Stasi-Akte ist das Material, auf das die Bundesanwaltschaft ihren „dringenden Tatverdacht“ stützt.

Der Grund für das Anlegen dieser Akte, so der ehemalige Stasi-Mitarbeiter, war die Tatsache, daß Monika Haas 1980 aus dem Nahen Osten in die BRD einreiste und „nichts passierte“, obwohl doch 1977 ein Foto von ihr in der *Bild* erschien (Monika Haas wurde damals fälschlich dem Entführungskommando der „Landshut“ zugerechnet) und es bekannt gewesen sei, daß sie an einer militärischen Ausbildung im Nahen Osten teilgenommen habe. „Das heißt, da stimmt etwas nicht und da müssen wir uns kümmern“, so der Zeuge in seiner weiteren Vernehmung seitens des 5. Strafsenats, die äußerst zäh verlief. Über die Strukturen des MfS, die Art und Weise seiner Arbeit, warum er welche vermeintlichen Tatsachen in den Operativvorgang aufnahm – darüber schwieg sich Orzschig aus. Der Zeuge wollte sich offensichtlich nicht in die Karten gucken lassen und erwiderte auf konkrete Nachfragen immer wieder: „Das kann man in den Berichten nachlesen.“ Über seine Kontaktaufnahme zur Quelle „Bade“ (Werner Hoppe), der zum ständigen MfS-Informanten wurde, wollte er schon garnichts sagen und mußte vom Senat erst einmal darauf hingewiesen werden, daß er kein Aussageverweigerungsrecht hat.

Das ganze war ein Ost-West-Schaustück eigener Art: Der Senat befand sich in der mißlichen Lage, gegen die verbreitete Meinung über die DDR als Schlampladen und die Staatssicherheit als unfähigen Schnüffelapparat hier nun einen Bürger dieses Staates und Mitarbeiter dieses Apparates als korrekten, zuverlässigen und absolut vertrauenswürdigen Zeugen präsentieren zu müssen. An entscheidenden Punkten, an denen die Widersprüche des Zeugen zu offensichtlich wurden, fragte der Senat entsprechend auch nicht weiter nach. Die Aufklärung dieser Fragen bleibt weiterhin der Verteidigung überlassen.

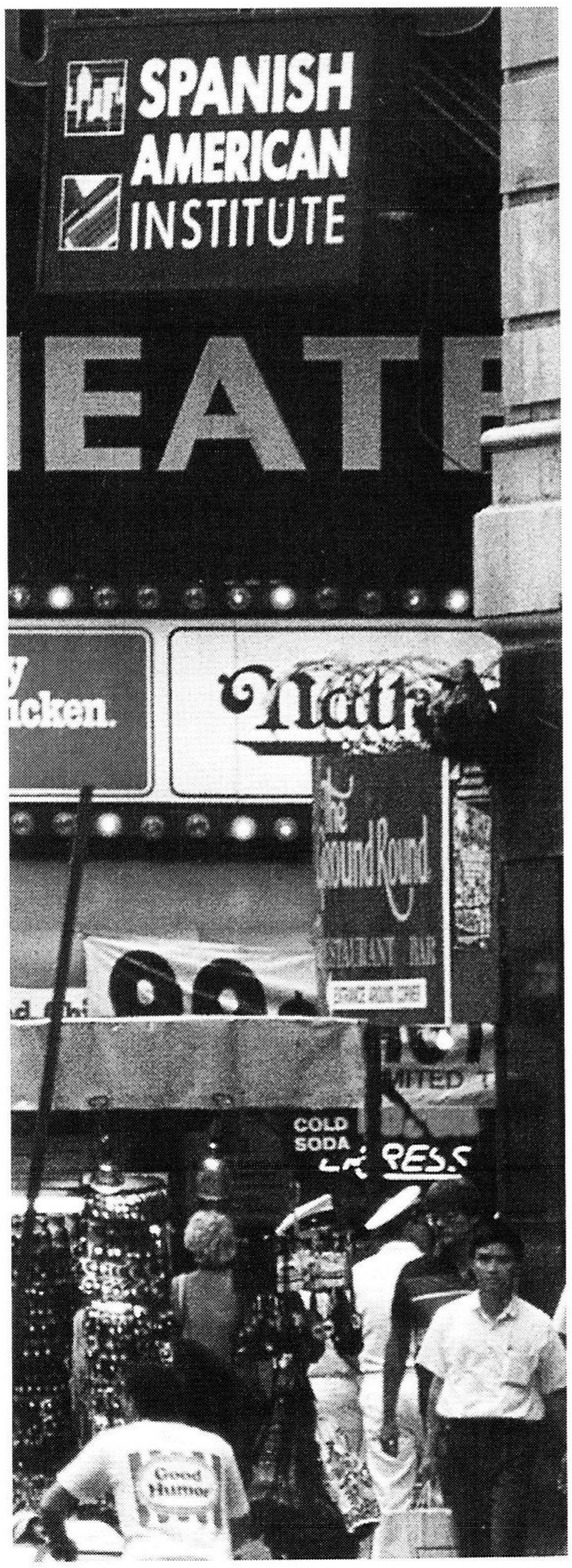
Vor der Sommerpause stehen noch sowohl die Vernehmung von Werner Hoppe, als auch von Souhaila Andrawes, die z.Zt. in Hamburg selbst vor Gericht steht, an. Termine sind der 18. bzw. 19. Juli (Prozeßbeginn: 10.15 Uhr).

Cornelia Spohn

⑩ Glitzerwelten

Als ordentliche RevolutionärInnen verbringen wir den Tag, falls wir jahreszeitlich bedingt überhaupt etwas von diesem mitbekommen, natürlich ausschließlich mit dem lästigen Warten auf die Nacht. Schließlich sind wir in der Großstadt zu Hause, und hier erwarten wir Möglichkeiten in Hülle und Fülle, dem Nichtstun zu frönen, lustige Glitzerwelten zu entdecken und uns kapitalistischen Vergesellschaftungszwängen wenigstens ein Stück weit zu entziehen.

Um lustige Glitzerwelten ist es aber schlecht bestellt. Bezeichnen wir diese mal ganz locker als Underground, müssen wir uns schon bemühen, diese Orte zu finden. Und hier bekommen wir es Nacht für Nacht dann doch wieder mit denjenigen Instanzen zu tun, denen wir uns gerade entziehen wollen. So sind in einer Großstadt wie Frankfurt Gängeleien der Ordnungshüter an der Partyfront Normalität. Fast jeder Klub, der keine hieb- und stichfeste Konzession in der Tasche hat, bekommt dies, meist schon in der ersten Nacht, zu spüren. Nicht immer werden Partys gleich



mit Polizeigewalt und verletzten Besuchern aufgelöst wie im Falle der Party eines Verlages anläßlich der Buchmesse im letzten Jahr. Doch auch die weniger spektakulären Auftritte von Polizei und Ordnungsamt, das übliche Überprüfen von Personalien, Ausschankgenehmigungen und Beschwerden aufmerksamer Nachbarn, stören die Besucher und Klubbetreiber empfindlich.

Am 13. Juni, ab Mitternacht bis in den frühen Morgen hinein, fand in Frankfurt eine ausgelassene Party statt. Auf dieser tanzten mehr als 2.000 Menschen. Und die Party hatte das Motto: Save Our Night! Parties mit ähnlich lautenden Titeln und der Konsens-Forderung „Weg mit der Sperrstunde“ haben in Frankfurt derzeit Konjunktur, doch diese fand unter freiem Himmel, mitten zwischen Bürohochhäusern und unangemeldet statt. Knapp zwei Wochen vorher erschien eine Zeitung unter dem Titel *nachtexpress*, die zum einen für diese Party mobilisieren sollte, die aber auch den anderen Charakter von Großstadtnächten ganz gut zu beschreiben wußte. Hier gab es Artikel zu Rassismus und Sexismus, Ordnungs- und Drogenpolitik, richtigem Bierkonsum und Ordnungsmacht, Her mit der Droge, Weg mit der Sperrstunde, Her mit der Nacht. Das alles sollte in dieser Nacht ertanzt werden.

Günther Jacob warf in einer Rezension des *nachtexpress* in seiner Kolummne in der *jungen Welt*, bereits am 12. Juni ein, daß auch wenn zur Demo heute getanzt werden kann, „keine Elektro-Platte die sozialtechnologischen Fortschrittsmythen abschütteln kann, die dem Image dieser Musik eben *auch* eingeschrieben sind“. Sein Einwand ist in Bezug auf mangelhaftes Rezeptionsverhalten repetitiver Musik, in weiten Teilen der „Szene“ sicherlich richtig. Festzuhalten aber ist, daß diese bei einer, wenn auch latent und in (vorerst) eigener Sache politischen Veranstaltung, unterwegs war – gewillt, sich ihren Raum in der Stadt einfach zu nehmen. Dieses Sich-Aneignen von (Stadt-)Räumen, gegen alle Widerstände, ist erst einmal gutzuheißen, auch wenn die Polizei sich diesmal zurückhielt, was bei der zahlreich erschienenen Presse nicht sehr verwunderlich war. Auf der nächsten Feier kann das sicherlich wieder anders aussehen, was dann passiert bleibt abzuwarten. Ebenso unklar wie unwahrscheinlich ist, daß sich hier eine Szene repolitisiert. An der Zeit dafür wäre es allemal.

Markus Halbe

In der zweiten Juliwoche findet in Frankfurt, im Zentrum Hinter der Schönen Aussicht, eine von den Jungdemokraten/ Junge Linke organisierte Veranstaltung mit Joachim Schlör statt. Thema: Nächtliche Ordnungs- und Sicherheitspolitik. Der genaue Termin steht noch nicht fest. Infos unter Tel. 069 / 597 49 49.

JENS WINTER

Euphorie, Mythen und Realität

„Zivilgesellschaft“, „indigene Tradition“ und politökonomische Transformation in Mexiko

Der folgende Beitrag erhebt nicht den Anspruch einer abschließenden Analyse. Er liefert vielmehr eine etwas abweichende Einschätzung der vielfältigen Dimensionen des gesellschaftlichen Wandels in Mexiko. Vor diesem Hintergrund soll eine kritische Diskussion der sich verändernden nationalen und internationalen Verhältnisse aber auch über die Hochkonjunktur scheinbar selbstverständlicher und sich verselbständigender Begriffe wie „Zivilgesellschaft“ und „indigene Tradition“ angeregt werden. Die Absicht ist, einer affirmativen Verwendung und Übernahme dieser Begriffe vorzubeugen, eine Kritik ihres ideologischen Gehalts vorzubereiten, daraus resultierende Gefahren zu benennen, um die Möglichkeit zu schaffen, einen kritisch-solidarischen Prozeß und Austausch zu initiieren.

Mexiko ist eine Reise wert, so scheinen es zumindest hunderttausende Touristen Jahr für Jahr nahezulegen. Seit dem Auftauchen der EZLN im Januar ‘94 ist das von Rucksack-Travellern bevorzugten Ziel San Cristobal de las Casas im „wilden Chiapas“ um eine Attraktion reicher. Das Kolonialstädtchen ist die neue Kultstätte westlicher Polittouristen (der Autor rechnet sich diesem Grüppchen durchaus zu). Hier treffen sie sich, träumen von Veränderung, und ohne Frage erfüllen sie auch eine zentrale Schutzfunktion für die Bevölkerung und die Zapatisten, die unter den dauerhaften Bedingungen eines Krieges niedriger Intensität zu leiden haben. Doch nicht nur Studenten und Hippies aus dem reichen Westen – seltener trifft man auf alte Kader der gescholtenen Anti-Imp-Szene –, auch Berühmtheiten wie Oliver Stone, Daniello Mitterand und Regis Debray gaben dieses Jahr bereits ihr Stelldichein in der Selva Lacandona – jedoch auf Einladung des Subcomandante höchstpersönlich. Was sie zu sagen haben, wird von der Welt gehört. Doch das Dschungelschauspiel, in dem Subcomandante Marcos Parzival-ähnlich auf seinem Roß aus dem Dickicht auftaucht, um mit den liberalen Gästen der Welt Gedanken auszutauschen, nimmt zuweilen groteske Züge an. Mythen werden nunmal bewußt produziert, sei es wegen ihrer Medienwirksamkeit, sei es als Kalkül der Absicherung einer geschickt taktierenden „Guerilla“. Oder ist diese „Guerilla“ bereits zu einer gesellschaftlich anerkannten Institution befördert worden?

Die großen Auseinandersetzungen zwischen der EZLN und der Regierung zeigen zuweilen auch befremdende Züge, scheinen sich in einem illustren Spiel repressiver Ballance einzupendeln. Das prägnanteste Beispiel ist die jüngste Verschärfung der Krise durch die Verurteilung der mutmaßlichen Zapatisten Sebastian Entzin und Javier Elorriaga zu jeweils sechs bzw. 13 Jahren Gefängnis, vorgeworfen wird ihnen Sabotage und Terrorismus. Das juristische und legislative Problem gründet in dem Widerspruch dieses Urteils mit dem vor einem Jahr verabschiedeten Gesetz zur Befriedigung und Versöhnung, das der EZLN Straffreiheit während des Friedensprozesses garantiert. Elorriaga und Entzin wurden jedoch vor seiner Verabschiedung während der Offensive im Februar vergangenen Jahres festgenommen, eine ausreichende Legitimation für einen „autonomen“ mexikanischen Richter.

Einen Monat lang war in der liberalen Presse – die staatlich gesteuerte vermeidet tunlichst derartige Ereignisse ins Zentrum der Berichterstattung zu setzen – täglich die Rede davon. Die EZLN-Spitze erkannte in dem Urteil eine Provokation, die die Rückkehr zur militärischen Auseinandersetzungen einleiten sollte, erklärte publikumswirksam die „Alarmstufe Rot“ und ließ verlauten, daß sie unter diesen Umständen auf keinen Fall den Dialog mit der Regierung fortsetzen würde. Präsident Zedillo hingegen beteuerte regelmäßig sein Bekenntnis zum Friedensprozeß, gesprochen wurde gar von einer möglichen Amnestie der beiden, damit die für den 5.6.96 vorgesehene Fortsetzung der Verhandlungen nicht gefährdet würde. Mitte Mai schließlich intervenierte gar das mexikanische Parlament und fand eine passende und offizielle Bezeichnung für die EZLN: „Gruppe mexikanischer Bürger überwiegend indigener Herkunft.“ Gleichzeitig wurde in Chiapas eine neuerliche Truppenkonzentration an der Grenze zum EZLN-Gebiet vermeldet. Auf dem Globus liefen die wenigen Soli-Drähte heiß. Überwiegend aus Europa erreichten den mexikanischen Präsidenten Protestbriefe, einer von der *links*-Redaktion und der Frankfurter Soli-Gruppe „penumbra“ eroberte gar die Schlagzeilen der linksliberalen Tageszeitung *La Jornada.*

Das Ballancespiel nahm seinen vorhersehbaren Lauf. Anfang Juni relativierte Marcos in einem Interview die harte Haltung des EZLN, beteuerte die grundsätzliche Bereitschaft an die runden Tische zurückzukehren, ein neues Datum sollte demnächst vermittelt werden. Zwei Tage darauf waren Entzin und Elorriaga frei, in der zweiten Juniwoche erklärte die EZLN die „Alarmstufe Rot“ für aufgehoben. Wenn diese Zeilen gedruckt werden, wird der Dialog bereits fortgesetzt worden sein.

Nach derartigen Eindrücken im mexikanischen Frühjahr ‘96 drängen sich diverse Fragen auf. Zum einen die nach den Kräften, die in Mexiko regieren. Der PRI-gestützte „presidencialismo“ kränkelt im fortgeschrittenen Stadium der Auflösung. Der leicht identifizierbare Feind versteckt sich, es sei denn man traumatisiert und wittert in den jüngsten gegenläufigen Bewegungen der politischen Elite – es sind nicht die ersten – und dem Zwist zwischen judikativer, exekutiver und legislativer Gewalt die Tentakel der einen großen imperialistischen Strategie.

Daß das gegenwärtige politische Chaos seine Wurzel nicht ausschließlich in der zapatistischen Erhebung und der ökonomischen Krise findet, ist weitgehend bekannt. Der gescholtene Ex-Präsident Salinas lagerte bereits zu Beginn seiner Amtszeit gewichtige Schaltzentralen der Macht wie etwa den Geheimdienst aus der PRI-Pyramide aus, gründete die von ihr unabhängige, „oficina de la presidencia“, deren Vorsitz die graue Eminenz Joseph Marie Cordoba übernahm – der hintergründige Stratege des neoliberalen Projekts. Dadurch sollten die Pläne der neoliberalen Umstrukturierung ohne den Ballast des Korruptionsgebäudes PRI durchgeführt werden können.

Nach dem Mord am damaligen Präsidentschaftskandidaten Colosio im März 1994 war der Weg frei für Zedillo – den bevorzugten Kandidaten Cordobas. Doch das politische Erbe, das er anzutreten hatte, gepaart mit dem Aufstand in Chiapas und dem ökonomischen Kollaps, erlaubten

„Was bei fast allen Bezügen zu 'indigener Tradition' kategorisch ausgeblendet wird, ist die Frage, inwiefern das, was 'authentisch' sein soll, nicht das ideologische Resultat der Conquista und der folgenden Jahrhunderte ist."

nicht die bruchlose Fortsetzung der Politik Cordobas-Salinas. Im Gegenteil: Zedillo scheint beständig zwischen verschiedensten Interessengruppen vermitteln zu wollen – die wichtigste ist wohl die Cordobas, der mittlerweile in New York residiert. Dennoch nimmt der von Salinas und Cordoba initiierte Prozeß der Entmachtung des Apparats seinen Lauf, wenn auch in nicht intendierter Richtung. Überall im Land gedeihen neue Interessengruppen, die an der Neuformierung der politischen, aber auch ökonomischen Strukturen Mexikos ein gewichtiges Stück mitreden wollen. Diese Gruppen decken sich zum Teil mit den alten der PRI-Pyramide, inklusive ihrer inhärenten Verstrickungen mit den verschiedenen Medien. Aber auch Interessengruppen aus den USA melden sich hintergründig zu Wort, versuchen ihre Einflußsphäre auszuweiten. Ohne Frage, das Verhältnis der beiden Länder verändert sich nachhaltig. Der NAFTA-Vertrag verstärkte erheblich die ökonomische und diplomatische Abhängigkeit Mexikos. Der vor einem Jahr bewilligte 50 Mrd. US-Dollar-Stützkredit wurde durch die mexikanischen Öleinnahmen abgesichert, die neueste Initiative der Gruppe um Zedillo beabsichtigt die Ölindustrie komplett zu privatisieren – US-Firmen haben gewiß gute Chancen. Im Zuge des Kampfes gegen den Drogenhandel werden gemeinsame militärische Manöver begonnen, die USA verschenkten bereits Helikopter und diverses Kriegsmaterial. Auch wird in diesem Jahr das erste Mal in der Geschichte ein Posten „militärische Unterstützung für Mexiko" im US-Haushalt benannt. Die Ära, in der unter der Regie der PRI zentralamerikanische Befreiungsbewegungen beschenkt wurden, Flüchtlinge aus Diktaturen freundliche Aufnahme fanden, die Epoche einer Politik, die vor allem – selbstredend nicht aus ideologischer Überzeugung – Gegenkräfte zu den USA zu stärken suchte, um sich den großen Nachbarn so weit wie möglich vom Hals zu halten, scheint endgültig vorbei zu sein. Die gegenwärtigen Formen der Abhängigkeit sind neu, das Wort Imperialismus oder Neo-Imperialismus ungenau. Doch wie man es auch dreht und wendet, der Einfluß verschiedenster Interessengruppen des nördlichen Nachbarn nimmt zu, vermittelt und resultierend aus der globalen ökonomischen Umstrukturierung, dem neuen Wirtschaftsraum und nicht zuletzt durch die umfassende Krise des politischen Systems in Mexiko.

Vor diesem Hintergrund eines umfassenden politischen und ökonomischen Wandels ist die zweite Frage von entscheidendem Interesse: Wie etabliert sich die von der EZLN ins Leben gerufene „Zivilgesellschaft" (vor 1994 war dieser Begriff in Mexiko nicht sonderlich geläufig), welche Rolle kann sie in der anstehenden Neustrukturierung gesellschaftlicher Macht – zumindest auf nationalem Niveau – spielen, welche inhaltlichen Positionen dabei besetzen und schließlich harmoniert dies rückwirkend mit den Forderungen und der Strategie der EZLN – einmal abgesehen von den medienwirksamen und mythenbildenden Verteidigungsinszenierungen.

Weder die im Sommer '94 ins Leben gerufene CND, noch die zu Beginn dieses Jahres gegründete FZLN (Frente Zapazista Liberacion Nacional) konnten sich bemerkenswert etablieren. Im Gegenteil, die rechtskonservative PAN gewinnt zusehends an politischem Einfluß, regiert mittlerweile in sieben Bundesstaaten. Währenddessen preisen neuerdings zwischen den Verkäufern in der Metro von Mexiko-Stadt auch Agenten der FZLN ihre Informationsbroschüren an, benutzen dieselbe monotone Wort- und Tonwahl und ernten in der Regel ebensowenig Interesse, wie ihre informellen Kollegen. In Mexiko-Stadt vermochte – einmal abgesehen von der Berichterstattung der marginalen liberalen Presse – die Krise um die Terrorismusurteile, die im fernen Europa doch einiges an Reaktionen auslöste, kaum mehr Aufmerksamkeit zu erregen, als die Dürre im Norden des Landes, der schon Tausende Rinder zum Opfer gefallen sind. Zu einer Demonstration für die Freilassung von Entzin, Elorriaga und 16 weiteren politischen Gefangenen fanden sich gerade einmal 1000 Menschen der hochgelobten „mexikanischen Zivilgesellschaft" ein, und das in einer Stadt mit 20 Millionen Einwohnern. Mit einer nicht auf Chiapas fixierten Perspektive wird es ersichtlich: In Mexiko gärt nicht das große „zivilgesellschaftliche" Wunder, die Mehrheit der Menschen schert sich einen Dreck um das, was im Süden geschieht, haben ihren eigenen alltäglichen Überlebenskampf zu führen.

Doch die Datenhighways erledigen das Übrige, begünstigen nicht nur einen schnellen Informationsaustausch, sie ermöglichen auch Selektion und Überhöhung und verzerren auf ihrem Weg über die Ozeane. So wird verständlich, wieso die *links* in Mexiko als bedeutendes deutsches Presseorgan erscheinen kann, während die mexikanische „Zivilgesellschaft" als richtungsweisendes Zukunftsmodell in einigen Zirkeln der Welt kursiert. So etwa bei Thomas Oberfrank: „Die Basis des erfolgreichen Widerstandes der EZLN ist die politisch erfolgreiche Artikulation und Übersetzung der konkreten authentischen (!) Erfahrungen der lokalen Gemeinschaften in einen universalisierbaren demokratischen Diskurs, der aufgrund der parallel zum Neoliberalismus entstandenen Konjunkturen (Demokatisierung, Zivilgesellschaft, indigene Völker, Ökologie etc.) weltweit Resonanz erfahren kann." (*Lateinamerika Nachrichten* 2/96) Was derartige Aussagen zu wiederholen drohen, ist die altbackene Romantisierung des „guten Wilden", der heute zwar – gemäß der wissenschaftlichen Mode – nicht mehr die Weltrevolution anzupeitschen versteht, dafür aber die Welt um einen demokratischen Diskurs bereichert und das auch noch aufgrund „authentischen Erfahrungen indigener Gemeinschaften". Eine kritische Reflexion über diese gewichtigen Begriffe wird nicht vollzogen. Der neue Mythos ist bereits festgezurrt, und ohne Zweifel ist dieser trügerischer, als der Selbstverteidigungsmythos des Herren mit der Pfeife.

Doch während in Deutschland alles klar ist, die Substantialisierung der „indigenen Gemeinschaft" und deren universal bedeutsamen „authentischen Erfahrungen" gemäß der kulturalistischen Mode vollzogen wird, ist in Mexiko glücklicherweise der Streit über diese Begriffe unter den verbliebenen Unterstützern der EZLN, vor allem auch um deren politische Bedeutung in vollem Gange. Zweifellos ließen gerade die pluralistische Politik und die Anrufung der „zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit" als Medium der Transformation eine Interessenvielfalt unter den Unterstützern entstehen, die neben dem gepriesenen demokratischen Avantgardismus auch ernsthafte Probleme in sich birgt. Und das Verständnis der verschiedenen Positionen ist unabdingbar, um einerseits das künftige Potential der liberalen „zivilgesellschaftlichen" Öffentlichkeit für eine gesellschaftliche Transformation in Mexiko einschätzen zu können, um aber vor allem die Faktoren zu bestimmen, die eine relevante Ausweitung bislang verhinderten.

Beginnen wir im kleinen und von vorne. Sei daran erinnert, daß „Autonomie" für die indigenen Gemeinschaften nur eine, wenn auch zentrale Forderung der EZLN ist. Doch werden Anzeichen erkennbar, daß diese sich abzulösen beginnt von anderen erheblicher Relevanz, wie etwa das von den Zapatisten immer wieder betonte Ziel nach umfassender demokratischer und

ökonomischer Transformation für ganz Mexiko. Eine exemplarische Position dieser Strömung ist die des in Deutschland wohlbekannten Gustavo Esteva. Er ist einer der vielen intellektuellen Berater der EZLN bei den Verhandlungen mit der Regierung, seine Haltung „indigenistisch", wie man in Mexiko zu sagen pflegt. Da die neoliberale Entwicklung immer mehr Menschen ausschließe, die Abkoppelung aus dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß unvermeidbar sei, sollte ihm zufolge dies als Chance wahrgenommen werden, die eigenen (authentischen?) ökonomischen und administrativen Strukturen zu etablieren und in der Verfassung zu verankern. Referenzpunkt hierfür ist selbstverständlich die „indigene Tradition", im Konkreten das Prinzip der Gemeinschaft.

Bei genauerer Betrachtung erscheint es wenig erstaunlich, daß bei dem Dialog zwischen EZLN und der Regierung über „Autonomieforderungen" im April dieses Jahres überraschend weitgehend Einverständnisse getroffen wurden. Folgt man der These Estevas – für die einiges spricht – von der notwendigen Ausschließung weiter Teile der Bevölkerung aus dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß, dann könnte deren Selbstadministration auf der Grundlage einfacher Subsistenzwirtschaft durchaus eine bislang weitgehend unbekannte, regulierende Funktion sozialer Spaltungsprozesse erhalten. Ein abgespeckter Staat, zumal in unteren Hierarchieebenen, widerspricht nunmal keineswegs der neoliberalen Doktrin. Und wenn die Armut sich selbst verwaltet, um so besser. Jedenfalls sind bei den nun anstehenden Dialogen über Staatsreform und Demokratisierung auf nationaler Ebene derartige Einverständnisse kaum zu erwarten.

Doch zeichnet sich in der Konzentration und der sich verselbständigenden solidarischen Diskussionen über „indigene Tradition" noch weitere Gefahren ab. Ohne Frage ist sie auch ein Hemmschuh für die Ausweitung der „zivilgesellschaftlichen Widerständigkeit" in ganz Mexiko. Abgesehen von gravierenden Definitionsproblemen, wer als „indigena" zählen darf und wer nicht, schätzt man, daß gegenwärtig rund 15 Millionen Menschen sich mehr oder weniger als solche verstehen. Und was ist mit dem Rest der über 90 Millionen Mexikaner? Es überrascht kaum, daß die Arbeiterklasse oder auch die Mittelschicht sich für diese Fragen nur am Rande interessieren, haben sie doch andere, ebenfalls nicht zu überschätzende Probleme.

Doch was bei fast allen Bezügen zu „indigener Tradition" kategorisch ausgeblendet wird, ist die Frage, inwiefern das, was „authentisch" sein soll, nicht das ideologische Resultat der Conquista und der folgenden Jahrhunderte ist. Gerade Avalos, Dozent an der Universität in Mexiko und ebenfalls Berater der EZLN, der nicht der „indigenistischen Fraktion" angehört, hat ein historisches Verständnis von „indigener Tradition" und zeigt auf, wie die Fixierung auf die Gemeinschaft und die Negierung des Individuellen als Überlebensstrategie in den letzten Jahrhunderten sich erst überhaupt herausbildete. Vor dem Hintergrund dieser offenen Probleme wäre die Angst vor dem Eurozentrismus zu überwinden – das Schema des „guten Wilden" – auch in seinem postmodernen Gewand – aufzugeben und kritisch solidarisch zu untersuchen, was denn das spezifisch demokratische der politischen Verfahren indigener Gemeinschaften ist. Ohne Zweifel würden hierbei auch vorbürgerliche Hierarchiestrukturen ebenso wie eine in den Kinderschuhen verharrende Emanzipation der Frau ersichtlich werden. Avalos zufolge hat die EZLN-Spitze – für ihn ist die Vorstellung einer machtfreien, basisdemokratischen Entscheidungsfindung innerhalb der indigenen Gemeinschaften ein weiterer Mythos, verursacht durch die ozenanische Transmission – keineswegs von jeglichen „alten" Formeln Abschied genommen. Damit soll nicht die faktische Veränderung alter Kaderstrukturen in der Vermittlung mit indigenen Kader in ihrer historischen Ausprägung) negiert werden. Doch ebensowenig sollte das scheinbar basisdemokratische Prinzip, wie zuweilen geschehen, überhöht und verherrlicht werden.

Die Substantialisierung des Begriffs „indigene Tradition" und dessen Derivate „indigene Gemeinschaft" und „Authentizität" birgt also vielfältige Gefahren in sich: Seine ideologische und unhistorische Verwendung, seine potentielle Kraft einer umgekehrten Ausgrenzung, seine Fokussierung auf mehr oder minder authentische Ethnien, all dies kann auch in Mexiko zu einer Verschiebung des Diskurses führen, der soziale Spaltung überwiegend an dem postmodernen Erklärungsmuster Kultur festmacht. Mit einer Kritik daran werden keineswegs die vielfältigen Unterschiede kultureller historischer Formen eingeebnet noch die alltägliche rassistische Diskriminierung gegen Indigenas in irgendeiner Form relativiert. Was kritisiert wird, ist die Richtung der Analyse. Denn es ist denkbar, daß durch die benannten Gefahren und Probleme dieses Diskurses und in der konjunkturellen von „demokratischen" Winden angetriebene Strömung die Anfangs erörterten und bedeutenden Fragen zur politökonomischen Transformation auf nationalem und internationalem Niveau, Fragen zur Veränderung supranationaler Abhängigkeitsverhältnisse als auch Problematisierungen gesellschaftlicher Gegentendenzen, die in diesem Focus nicht aufgehoben sind, nach und nach weggeschwemmt oder zumindest in den Hintergrund gespült werden. Dies bedürfte einer kritisch-solidarischen Reflexion, anstatt einer affirmativen Übernahme und unreflektierten Verherrlichung jener Begriffe, die von der EZLN zu Beginn ihrer politischen Wirksamkeit unter anderem aus einem strategischen, für eine am Hegemoniekonzept ausgerichteten Veränderung der Gesellschaft eingeführt wurden. Doch wie das Leben so spielt, die Kinder beginnen irgendwann zu laufen. Bleibt zu hoffen, daß die anderen Fraktionen der „zivilgesellschaftlichen" Berater nicht weggespült werden, der anstehende Dialog über Demokratisierung und Staatsreform als auch das interkontinentale Treffen gegen Neoliberalismus Ende Juli werden darüber Aufschluß geben. ●

„San Cristobal de las Casas ist die neue Kultstätte westlicher Polittouristen. Hier treffen sie sich, träumen von Veränderung": „Studenten und Hippies aus dem reichen Westen"

BIRGIT MAHNKOPF / ELMAR ALTVATER

Das nächste Schwammwort

„Global Governance“: Regulierung ohne Regierung?

So wie derzeit ein heftiger Kampf um die Definition und politische Bedeutung des Begriffs „nachhaltige Entwicklung“ geführt wird – in dem sich freilich ein hegemoniales Verständnis herausbildet, mit dem auch Weltbank, BASF und Wachstumsfetischisten leben können –, so deutet sich schon heute ein neues Schwammwort an: „Global Governance“, in einer deutschen Übersetzung: Weltordnungspolitik. Wer da was ordnen soll, das wird sich weisen. Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater stecken im Folgenden das Terrain der beginnenden Debatte ab und weisen auf Widersprüche hin, die normalerweise ausgeblendet werden. Es handelt sich um einen leicht gekürzten und ohne Fußnoten versehenen Abschnitt aus dem Buch *Grenzen der Globalisierung. Politik, Ökonomie und Ökologie in der Weltgesellschaft*. Es erscheint im Herbst im Verlag Westfälisches Dampfboot. Eine Rezension des Buches folgt.

Ein Weltstaat, auch wenn er funktionalistisch begründet und politisch-institutionell konstruiert werden könnte, ist schwer vorstellbar, wenn es erstens so etwas wie eine Weltgesellschaft nicht gibt und zweitens – mit Kant – die Bildung des Weltstaats mit der Aufgabe von staatlichem Recht und daher mit dem gefährlichen Übergang zu einem durchaus unfriedlichen Despotismus verbunden wäre – zumindest in einer Übergangsperiode. Wenn auch ein politischer Weltstaat nicht aus dem Prozeß der ökonomischen Globalisierung „emergiert“, so doch global geltende Verfassungsgrundsätze, internationale und globale Institutionen, also ein „schwaches Recht“, dessen Analyse in den vergangenen Jahrzehnten Angelegenheit der Regimetheorie geworden ist. Die perforierten Grenzen nationalstaatlicher Politik werden supra- und international, also partiell, aber mit flexibler Dichtmasse repariert. Diese Grenzen der Nationalstaaten sind noch in den 70er Jahren als Ausdruck von „Unregierbarkeit“ und als „Krise der Demokratie“ diskutiert worden. Dabei ging es aber vor allem um Wege, auf denen die „Regierbarkeit“ von Nationalstaaten und des internationalen Systems wiederhergestellt werden könnte. Das politische „Management“ sollte verbessert werden. Der Begriff des Managements impliziert noch die Vorstellung des regulierenden Subjekts im Singular; im Begriff der Governance ist allenfalls das regulierende Subjekt im Plural als vernetzte Einheit vorstellbar. Regierbarkeit und governance bezeichnen also unterschiedliche Prozesse und Akteure, beziehen sich aber auch auf andere Politikfelder. In den 70er Jahren ging es in erster Linie um die Bewältigung der ökonomischen Krise nach den Jahrzehnten des nahezu ununterbrochenen Wirtschaftswachstums und um die Bewältigung der Konsequenzen des „Ölschocks“. In den 90er Jahren stehen nicht nur ökonomische Fragen, sondern auch ökologische und soziale Fragen auf der Tagesordnung der „global governance“.

Nach der Konferenz über „Umwelt und Entwicklung“ von 1992 in Rio de Janeiro ist jedoch mehr als nur ein neues „Umweltregime“, das zum „Währungsregime“ oder „Handels-Regime“ und „Schulden-Regime“ etc. hinzugefügt werden könnte, entstanden. Die Neuerung ist vor allem darin zu erblicken, daß nun nicht mehr nur – wie gemäß der klassischen Definition eines internationalen Regimes – „gemeinsame Normen, Regeln, Institutionen“ internationale Transaktionen und Beziehungen zwischen Nationalstaaten, internationalen Organisationen und transnational operierenden Konzernen und Banken regulieren, sondern Subjekte der Zivilgesellschaft aktiviert sind, die in den eingefahrenen Regimes der vergangenen Jahrzehnte völlig bedeutungslos waren und (es noch) sind. Das ist kein Wunder, denn es waren ja immer die Nationalstaaten, die internationalen Institutionen und Organisationen sowie die transnationalen Unternehmen, die den Kreis der globalen Akteure ausgemacht haben und somit die Welt in erster Linie als eine *Staatenwelt* bestimmten. Nun aber haben diese traditionellen Akteure eines internationalen politischen Systems gegenüber „den Märkten“ an Einfluß, also die souveräne Definitionsmacht über die politische Agenda verloren, zumindest angesichts einer Reihe neuer Krisenerscheinungen, die auf globaler Ebene abzuarbeiten wären. Daher stellt sich nun das Problem der globalen Regulation ebenfalls neu.

Die Problemliste reicht von der trotz nationalstaatlicher Arbeitsmarktpolitik gestiegenen Arbeitslosigkeit über die ebenfalls größer gewordene Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in der Welt und die finanziellen Instabilitäten bis zur dramatischen Umweltzerstörung. Die Lösung dieser Probleme scheint nur noch möglich zu sein, wenn auch die Ressourcen der Zivilgesellschaften aller Kontinente mobilisiert werden. Die in Rio de Janeiro während der UNCED-Konferenz verabschiedete „Agenda 21“ beschreibt diese Probleme umfassend und definiert neben dem Handlungsbedarf und den Handlungszielen auch die Akteure, die für die Umsetzung in Frage kämen. Dazu zählen die Regierungen ebenso wie Marktakteure und die „Nicht-Regierung“, die sozialen Bewegungen der Zivilgesellschaft. Dahinter steckt zum Teil nichts als „wishful thinking“, doch kommt darin auch zum Ausdruck, daß sich der Begriff von Politik angesichts der Globalisierung geändert hat und mit den neuen Politikinhalten auch neue Akteure und Politikformen entwickelt werden müssen. Der „*Demos*“ läßt sich in der globalen Arena also nicht mehr durch die traditionellen Beteiligungswege in den Nationalstaaten kanalisieren, sondern bedarf neuer Möglichkeiten der Äußerung von Meinungen und Formen der Teilhabe an Entscheidungen. Regierungen und internationale Organisationen sind an Grenzen geraten, wenn es darum geht, Lösungen für die globalen Probleme zu erarbeiten. Daß von den entbetteten Märkten im Gefolge der „neoliberalen Konterrevolution“ der vergangenen Jahrzehnte keine Lösung der Weltproblem zu erwarten ist, hat die Erfahrung gezeigt. Statt „Regimen“ ist daher, dieser neuen Lage Rechnung tragend, von „governance“ die Rede, die in einer „neuen Weltordnung“ gestärkt werden müsse. Im Bericht der World Commission on Global Governance wird governance wie folgt (in der deutschen Übersetzung) definiert:

„Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen

ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozeß, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfaßt sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse liegend angesehen werden."

Das ist eine sehr breite und daher nicht spezifische Definition. Doch läßt sich der Unterschied zwischen Regimen und Global Governance durchaus scharf herausarbeiten: Die Staatenwelt, also das System der Nationalstaaten, das auch schon einmal freundlich als „Konzert der Mächte" bezeichnet worden ist, wird seit der Heraufkunft der Moderne im 16. Jahrhundert durch internationales Recht reguliert und gewissermaßen – nicht ohne, daß das „Konzert" durch eine Hegemonialmacht dirigiert wird – harmonisiert. Im Zuge der modernen Globalisierung sind, wie wir bereits gesehen haben, internationale Organisationen entstanden, die eine Welt des „soft law" konstitutiert haben. Denn mit größerer Dichte wird es schwieriger, die internationalen und (da jenseits der regulierenden Kompetenz von Nationalstaaten) globalen Beziehungen und wechselseitigen Beeinflussungen in harter Rechtsform zu

„Der Begriff der 'governance' wird aber auch von den 'traditionellen Akteuren' der Staatenwelt und der internationalen Regime benutzt... Sie versuchen, die Organisationen der Zivilgesellschaft in das Projekt der neoliberalen Strukturanpassung einzubinden."

kodifizieren. In „Regimen" kommt es nicht nur auf hart kodifiziertes internationales Recht an, sondern auf Normen, Werte, Regeln und, sofern diese eine gewisse Dauerhaftigkeit erlangen, auf Institutionen. Diese stellen jenen „embedded liberal compromise" (Ruggie 1982) dar, der viele Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg Ausdruck der Stabilität des (westlichen) internationalen Systems gewesen ist.

Seit den tiefgreifenden Veränderungen in den 80er Jahren allerdings kann von einem „liberal compromise" nicht mehr gut gesprochen werden kann, es sei denn unter „liberal" wird „neoliberal" verstanden, was ja nicht dasselbe ist. Denn das neoliberale Projekt setzt in allererster Linie, wenn nicht ausschließlich, auf die regulierende Kompetenz der Märkte. Es verfolgt also das Projekt des „disembedding" und nicht dasjenige einer „embedded" liberalen Gesellschaft. Diese müßte, um die Liberalität zu bewahren, die Marktkräfte durchaus kontrollieren und in die Gesellschaft zurückholen, erneut „einbetten". Die Frage ist, ob dies im globalen System am Ende des Jahrhunderts durch Regime, deren Akteure ja in erster Linie Nationalstaaten und internationale Institutionen sind, gelingen kann. [...]

Neoliberalismus und Zivilgesellschaft

Der Begriff der „global governance" kann also keineswegs die Stelle des bislang üblichen Regime- und Hegemonie-Begriffs bei der Analyse internationaler Beziehungen einnehmen, da er etwas anderes erfaßt: die politische Artikulation und Regulation in den und an den (ökologischen und sozialen) Grenzen der Globalisierung. Diese sind nicht mehr so eindeutig und klar definierbar wie die Grenzen der Nationalstaaten. Sie werden vielmehr durch die Probleme umrissen, die politisch durch das Spektrum der Akteure im Weltsystem definiert, damit eingegrenzt und so einer Regulierung zugänglich gemacht werden. Die wichtigsten dieser *einzugrenzenden* globalen Probleme sind nach Auffassung der „Commission on Global Governance": die Folgen des Endes der Blockkonfrontation und des Kollapses des real existierenden Sozialismus, die Revolution im Kommunikationswesen, die Zunahme der transnationalen Migration, die Deregulierung der Märkte generell und die Liberalisierung der Finanzmärkte speziell, die Zunahme des Drogenhandels, die weltweite Ausbreitung von AIDS und anderer Epidemien, das neue Wettrüsten und der Waffenhandel, die Globalisierung der Umweltkrise etc.. So zielt der Begriff der global governance sowohl auf neue Politikfelder, die inzwischen in der „globalen Politikarena" bearbeitet werden müssen (vor allem auf den unauflöslichen Zusammenhang von Umwelt- und Entwicklungspolitik, wie er im „Brundtland-Report und dann auf der UNCED in Rio de Janeiro 1992 definiert worden ist), als auch auf neue Akteure, die am Horizont einer „internationalen Zivilgesellschaft" (Kößler/ Melber) erscheinen, in Sonderheit auf Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), deren „nützliche Partnerrolle" von der Kommission für Weltordnungspolitik ausdrücklich hervorgehoben wird. Global Governance trägt folglich nicht nur den neuen Akteuren („polity") Rechnung, weil wegen der Erosion der Nationalstaatlichkeit die tradierten Akteursarenen nicht mehr der angemessene Ort der politischen Bearbeitung der genannten Probleme sind, sondern auch den im Zuge der Globalisierung neu entstandenen Politikfeldern („policy"), in Sonderheit der ökologischen Frage, und den von den Akteuren angesichts der Politikfelder entwickelten Formen von Politik („politics").

Der Begriff der „governance" wird aber auch von den „traditionellen Akteuren" der Staatenwelt und der internationalen Regime benutzt, beispielsweise von den „Institutionen von Bretton Woods". Sie versuchen, die Organisationen der Zivilgesellschaft in das Projekt der neoliberalen Strukturanpassung einzubinden. Dieses Vorhaben ist in vielen Fällen erfolgreich. Auf der einen Seite wird so berücksichtigt, daß der Erfolg der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik von Nationalstaaten nicht nur vom „government" und vom Markt, sondern darüber hinaus von der Mobilisierung aller sozialen und politischen Kräfte zur Durchführung gemeinsamer Projekte abhängt. Die transnational operierenden Konzerne gehören ebenso zu dem Kreis der Akteure wie die Agenten der globalen Finanzmärkte oder die Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, von Gewerkschaften bis zu Umweltschutzbewegungen. Sie sollten „mitspielen", um den Erfolg von Projekten, z.B. in der Entwicklungsplanung oder beim Umweltschutz, zu sichern. Infolgedessen trägt der Begriff einem Sachverhalt Rechnung, mit dem wir uns in den vorangegangenen Kapiteln ausführlich und unter verschiedenen Aspekten auseinandergesetzt haben: der Krise des Nationalstaats angesichts der Übermacht von Akteuren und Funktionsmechanismen der globalen Märkte und daher der Machtlosigkeit von Regierungen der Nationalstaaten, souverän die politischen Geschicke zu lenken und die ökonomischen Tendenzen zu regulieren. Governance ist also die Antwort auf den Souveränitätsverlust der Nationalstaaten, auf die Krise des hegemonialen Systems und auf die „Emergenz" neuer „Souveräne" in der Weltgesellschaft. Wie in der Debatte über einen „stakeholder"-Kapitalismus wird hier neben der unzureichenden Diskriminierungsmacht der Nationalstaaten auch das Vergesellschaftungsdefizit unter dem Druck der Globalisierung thematisiert. Die Nationalstaaten erzeugen nicht mehr jene Anrufungen, die nationale Identitäten auslösen. Die von den Märkten globalisierten Gratifikationen sind viel zu ungleich und daher gemäß aller normativen Kriterien viel zu ungerecht verteilt, als daß sich eine globale „Erwerbsbürgerschaft" bilden könnte. Nun wird der Versuch gemacht, auf die Herausforderung der Globalisierung die

„Das Problem der 'Vernetzung' verschiedener Ebenen und Mächte ist keineswegs gelöst: Wie kann sich überhaupt ein globaler öffentlicher Raum herausbilden, in dem formelle und informelle Beziehungsgeflechte so dicht werden, daß berechtigt von einem Netzwerk gesprochen werden kann?“

historisch angemessene Antwort zu finden: Nicht Weltregierung, aber auch nicht Weltmarkt *sans phrase*, sondern ein Netzwerk, dessen Fäden durch Marktbeziehungen, politische Aktionen der Nationalstaaten und der internationaler Institutionen und durch zivilgesellschaftliche Einmischungen zur Lösung der genannten „Weltprobleme“ geknüpft werden. Die Interpretation der „governance“ als globales Netzwerk von Akteuren, die Politikformen entwickeln, die zur Bewältigung der jeweils zu bearbeitenden Problemen am besten geeignet sind, trägt der größeren Interdependenz einerseits und der deshalb größeren Heterogenität der betroffenen Menschen und Gesellschaften andererseits Rechnung.

Allerdings wird auf diese Weise, und dies ist die Kehrseite der Medaille, die Einheit der NGOs im globalen Netzwerk unterminiert. Denn es macht einen Unterschied, sich am Projekt der global governance zur Stützung der politisch-ökonomischen Strukturen des globalen Systems zu beteiligen, oder aber die Interessen von lokalen Gruppen zu vertreten. Die Welt der NGOs ist daher ebenso durch gegenläufige Interesse, unterscheidliche Reichweiten der Politik und Formen ihrer Artikulation charakterisiert wie andere politische Organisationen und institutionell strukturierte Systeme auch. Das Problem der „Vernetzung“ verschiedener Ebenen und Mächte ist also keineswegs gelöst: Wie kann sich überhaupt ein globaler öffentlicher Raum herausbilden, in dem formelle und informelle Beziehungsgeflechte so dicht werden, daß berechtigt von einem Netzwerk gesprochen werden kann? Wie können lokale, regionale, nationale und globale Ebene innerhalb des „Akteursspektrums“ der Nicht-Regierungsorganisationen wirkungsvoll „vernetzt“ werden? Wie kann das Problem der unterschiedlich weit reichenden Repräsentanz von sozialen Bewegungen geregelt werden, wenn die einen NGOs finanziell mächtig und wenig basisorientiert, die anderen genau umgekehrt lokal verankert, aber ohne finanzielle Basis operieren? Wie vor allem kann es durch diese Art der globalen „zivilgesellschaftlichen Vernetzung“ gelingen, die politischen Mächte (Nationalstaaten und internationale Institutionen) im Sinne der „checks and balances“ zu kontrollieren und damit ja auch zu legitimieren und obendrein einen Weg zu finden, um die entbetteten Märkte in die Gesellschaft zurückzuholen? Lassen sich überhaupt „Mechanismen“ der sozialen Integration in Gang setzen, die zur Herausbildung einer internationalen politischen Gemeinschaft, die demokratischen Verfahrensregeln gehorcht, führen? Ist es also möglich, den ökonomischen „Entbettungsmechanismen“ zivilgesellschaftlich auf den Ebenen vom Lokalen bis zum Globalen (also „glokal“) Paroli zu bieten? Kann so die Kongruenz von Legitimation und Repräsentanz, von der oben die Rede war durch „global governance“ erneuert werden? [...]

Mit diesen Fragen haben die Vertreter der „realistischen Schule“ der internationalen Beziehungen keine Probleme, da trotz aller globalen Veränderungen in ihrer Weltsicht Nationalstaaten die wichtigsten Akteure bleiben. So im übrigen auch Paul Kennedy, der dieses Argument noch im Hinblick auf eine Politik der Sicherung der US-amerikanischen Machtsphäre verschärft. So würde erneut ein hegemoniales Staatensystem entstehen, das auf „governance“ im Sinne der Weltkommission gut und gern verzichten kann. Kein feingesponnenes und hoch-komplexes Netzwerk also, sondern einige dicke G 7-Taue, die mit Macht kräftig gezogen werden, um die Welt gemäß den eigenen Interessen in Bewegung zu setzen oder still zu halten, je nach Interessenlage. Die Konzepte von „global governance“ und unipolarer Machtausübung können sich nicht vertragen, sie sind konträr. Die Welt der G 7 funktioniert nach anderen Regeln als sie das Design einer Welt unter „global governance“ vorsieht. Daran zeigt sich denn auch eine zentrale Schwäche des Konzepts der „Weltordnungspolitik“, die es mit dem der formalen Demokratie teilt: Es wird nicht reflektiert, daß die im Prozeß der governance zu regulierenden Probleme mit mächtigen politischen und ökonomische Interessen zu tun haben, die sich nur so lange in ein Netzwerk der governance einfügen, wie sie davon profitieren. Es ist kaum realistisch anzunehmen, daß die dargestellten unterschiedlichen, ja konfligierenden Handlungslogiken von Ökonomie, Gesellschaft, Politik im Netzwerk der governance erneut kongruent werden. Es ist ungeklärt, ob und wie Netzwerke der governance mit Interessenskollisionen umgehen können. Die Kollisionen finden ja nicht auf gleicher Ebene statt, auf der immer ein Kompromiß gefunden werden könnte, sondern – um die Habermas'sche Unterscheidung zu bemühen – zwischen systemweltlichen Mächten und lebensweltlichen Akteuren, deren Interessen sehr unterschiedliche Dimensionen aufweisen können. ●

DER RECHTE RAND

liefert zweimonatlich Informationen von und für AntifaschistInnen. Er bündelt die Informationen, die vielerorts über Aktivitäten der Rechten in unserem Land gesammelt werden. Er richtet seinen Blick auf die terroristischen und Anti-Antifa-Aktionen der Neonazi-Gruppen wie auf die Versuche, sich parlamentarisch zu etablieren. Er meldet, wie organisierter Revanchismus mit Steuergeldern floriert und was in Richtung auf schwarzbraune Koalitionen angeschoben wird. Er ist ein Forum für antifaschistische Diskussion und Aktion, er arbeitet strömungsübergreifend.

Für 20,- DM, bzw. 25,- DM im Ausland (6 Ausgaben, incl. Porto) kann DER RECHTE RAND abonniert werden: Postfach 1324
30013 Hannover.

Leseprobe (3 ältere Hefte) für 5,- DM (bar oder in Briefmarken).

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
DER RECHTE RAND

MATTHIAS PROSKE

Polizei

Eine diskriminierende Organisation

Nicht selten ist die deutsche Polizei in den letzten zwei Jahren aufgrund rassistischer „Übergriffe" in die Schlagzeilen geraten. Spätestens der „Hamburger Polizeiskandal" sowie die Berichte der Menschenrechtsorganisation Amnesty International über polizeiliche Mißhandlungen von Menschen nichtdeutscher Herkunft haben dem Thema Polizei und Rassismus eine enorme mediale Aufmerksamkeit verliehen.

Polizeiliche Praktiken gegenüber Menschen nichtdeutscher Herkunft sind damit zu einem diskursiven Ereignis geworden. Die Vorwürfe von Amnesty International u.a. haben eine Resonanz erzeugt und erfahren, die es der Polizei und den für sie zuständigen politischen Kräften verunmöglicht, das Problem gänzlich zu leugnen. Die Polizei ist genötigt zu reagieren, muß sie sich doch in einem bestimmten Maße zugänglich zeigen für öffentlich-demokratische Beobachtung und Kontrolle.

Natürlich dient die polizeiliche Reaktion der institutionellen Problembewältigung. Diese zielt zuallererst darauf, den Zustand des normalen Funktionieren der Polizei wiederherzustellen, der durch der Diskriminierungsvorwürfe aus der Balance geraten ist.

An der medialen Vermittlung fällt auf, daß sie eine Problembeschreibung wählt, die weit mehr ist als eine neutrale Beschreibung objektiver Sachverhalte. Die stardardisierte Rede von „Fehlverhalten", von „Übergriffen" oder von „Mißhandlungen" in den Medien, ihr Bezug auf als „Skandal" bewertete „Fälle" basiert auf einer Problemkonstruktion, in der das Verhalten einzelner Polizisten fokussiert wird. Medial wird so eine Problemsicht etabliert, die vor jeder tiefergehenden Analyse bereits eine individualisierende Zugangsperspektive festlegt, sprich Praktiken einer Organisation aus individuellen Handlungen erklärt. Dieser individualisierende Zugriff auf Probleme jedweder Art kann als charakteristisch für die mediale Verarbeitung gesellschaftlicher Phänomene bezeichnet werden. Sich selbst als „vierte Gewalt" stilisierend, decken die Medien personalisierend „Skandale" auf und identifizieren greifbare „Verantwortliche", und reduzieren so komplexe gesellschaftliche Phänomene auf das „Ereignis". Dieses individualisierende Codieren auch anders beschreibbarer Phänomene mahnt zur Vorsicht beim Erklärungsversuch polizeilicher Praktiken gegenüber Menschen nichtdeutscher Herkunft.

Im Folgenden sollen zwei sehr unterschiedliche Beschreibungen der Problematik polizeilicher Diskriminierung auf ihr Erklärungsmodell hin analysiert werden. Zunächst wird die von der Polizei selbst vorgelegte Beschreibung und Erklärung ihres Verhältnisses zu Menschen nichtdeutscher Herkunft fokussiert. Diese soll mit einer alternativen Beschreibung auf der Basis der Theorie der „Institutionellen Diskriminierung" kontrastiert werden.

Selbstbeschreibung

Der Polizei und den für sie politisch Verantwortlichen geht es mit ihrer Beschreibung des sozialen Phänomens Diskriminierung darum, dessen konkrete Wirklichkeit erst herzustellen. Dieser Sachverhalt wirft die Frage auf, *wie* die Polizei versucht, ihre Lesart des Phänomens gesellschaftlich durchzusetzen, welche Diskursfiguren sie dabei benutzt und wie diese miteinander verknüpft werden, um so schlußendlich die polizeiliche Beschreibung als Wirklichkeit zu etablieren.

Drei Diskursfiguren sind konstitutiv für die polizeiliche Lesart ihrer Praktiken gegenüber Menschen nichtdeutscher Herkunft: 1. die Figur „Einzelfälle", die anzeigt, daß „Übergriffe" ausschließlich von sogenannten „schwarzen Schafen" in den Reihen der Polizei begangen werden; 2. die Figur des individuellen Fehlverhaltens aufgrund menschlicher Schwächen, kognitiver Defizite und Überlastung im Rahmen eines behavioristischen und der Verhaltenstheorie entlehnten „Stimulous-Response-Schemas"; 3. die Figur der „Ausländerkriminalität".

Auffallend ist, daß sich diese drei Diskursfiguren regelmäßig auf allen Ebenen des polizeilichen Diskurses finden lassen: sowohl im polizeipolitischen bzw. -behördlichen, wie auch im polizeiwissenschaftlichen Diskurs als auch auf der Ebene der normal ihren Dienst versehenden Polizisten.

Vor allem die politisch verantwortlichen Innenminister scheuen sich nicht, ritualisierend zu beschwören, polizeilicher Rassismus sei ein Einzelfall-Phänomen. Die Intention liegt auf der Hand: wenn das Problem diskriminierender Praktiken der Polizei schon nicht mehr geleugnet werden kann, muß es wenigstens derart aufbereitet werden, daß ein Rückschluß auf die strukturelle Ebene vermieden wird, sprich die Polizei als Organisation für solche Praktiken nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Eine indivualistische Zurichtung des Phänomens kann aber auch in denjenigen Erklärungsversuchen ausgemacht werden, die dem polizeiwissenschaftlichen ExpertInnendiskurs zuzurechnen sind. Als dominante Argumentation kann folgende Erklärung gelten: „Vielmehr trifft die seit Jahren bestehende *Abneigung* gegen Ausländer auf *fehlendes Wissen* über fremde Kulturen, berufsbedingte *Frustrationserfahrungen* und *Überforderung* im Zusammenhang mit den *vielschichtigen Konfliktpotentialen* zwischen Polizei und Ausländern. Die so hervorgerufene latente Minderheitenfeindlichkeit wurde durch die derzeitigen Umstände (welche es zulassen, sich zu einer rechtsextremen Gesinnung zu bekennen und dafür in bestimmten Bevölkerungskreisen anerkannt zu sein) sowie die *Verbrechenswirklichkeit* mit einem hohen Anteil *ausländischer Tatverdächtiger* verstärkt und hat sich zu einer mitunter manifesten Minderheitenfeindlichkeit gewandelt." (Franzke 1993: 616)

Im Mittelpunkt der Erklärung der als Psychologin für die Polizei arbeitenden Autorin steht die Einstellung („Abneigung") des einzelnen Polizisten, die sich verknüpft mit ebenfalls personenbezogenen Faktoren wie dem fehlenden Wissen über AusländerInnen, einer berufsbedingten Frustration, sowie einer Überforderung der BeamtInnen durch den Konflikt zwischen ihnen und den AusländerInnen. Auf der Seite der äußeren Wirklichkeit kommt die hohe Kriminalitätsbelastung von „Ausländern" hinzu. Die Autorin erkennt zwar, daß ihre These der sog. „Verbrechenswirklichkeit" auf einer „selektiven und damit verzerrten" Wahrnehmung der Polizisten beruht (ebd.: 617). Dennoch ist diese Generalisierung gegenüber Menschen nichtdeutscher Herkunft in Franzkes Augen verständlich, weil „Polizisten es oft mit straffälligen Ausländern [zu tun haben], nur selten mit nicht straffälligen" (ebd.). Die in dieser Beschreibung als zwangsläufig

charakterisierte selektive Wahrnehmung bildet die Grundlage für die Entstehung der individuellen Einstellung „Abneigung", welche schließlich in einem „System von Vorurteilen" mündet (ebd.).

Eine zentrale Rolle in der polizeilichen Beschreibung kommt der Diskursfigur „Ausländerkriminalität" zu. Sie ist der Hebel, mit der die Polizei versucht, das Problem zu externalisieren, sprich sich selbst von der Täterzuschreibung zu entlasten, indem der „kriminelle Ausländer" als der eigentlich Verantwortliche für polizeiliche Praktiken konstruiert wird. Die Etablierung der „Ausländerkriminalität" dient somit der Problemverschiebung. Wenn bspw. der Bundesinnenminister im Fernsehen aufgefordert wird, polizeiliche Übergriffe auf Menschen nichtdeutscher Herkunft zu erklären, so lautet der zweite Satz nach der „Einzelfall"-Beschwörung regelmäßig meist wie dieser: „Es ist eine Tatsache, daß die Ausländerkriminalität ein bedrückendes Phänomen in Deutschland ist. Das kann man nicht verschweigen und das kann man auch als Polizist nicht übersehen, sondern dagegen muß man vorgehen" (Kanther 1995). Eine Verbindung besteht auch zum Diskurs über Innere Sicherheit (IS). Dessen gemeinsame Botschaft lautet: gegen ins Außen verortete „kriminelle Ausländer" hat die Polizei härter zum Schutz der im Innen verorteten „BürgerInnen" vorzugehen. Übergiffe auf Menschen nichtdeutscher Herkunft werden diesem Konstrukt zufolge zu Nebeneffekten der Bekämpfung von „kriminellen Ausländern" gemacht. „Ausländerkriminalität" wird zunächst vor allem von mit der Polizei befaßten Politikern in den öffentlichen Diskurs eingeführt. Dabei nutzen sie das in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) „verobjektivierte" Wissen um „kriminelle Ausländer". Der polizeiliche Wissenschaftsbetrieb greift die Diskursfigur auf und integriert sie in einen verhaltenstheoretischen Zusammenhang. „Ausländerkriminalität" ist dabei eine diskursive Ressource, weil sie das polizeilich zugrundegelegte Erklärungsmodell für Praktiken gegenüber Menschen nichtdeutscher Herkunft mit Substanz füllen kann. Dieses zentrale Modell, das auf dem verhaltenstheoretischen „Stimolous-Response-Schema" beruht, sieht polizeiliches Handeln als Resultat von außen auf die PolizistInnen einwirkender Faktoren, die diese bis zur Überforderung belasten. Vor allem im Kontext von Einsatzsituationen in „Konfliktgebieten" könne diese Überlastung zur Eskalation in Form von Übergriffen auf Menschen nichtdeutscher Herkunft führen (so auch die jüngst von der Innenministerkonferenz beauftragte Studie der Polizeiführungsakademie, die dieses Erklärungsmodell als strukturelle Sichtwiese verkaufen will, vgl. Polizeiführungsakademie 1996). Besonders in Großstädten seien „kriminelle Ausländer" zu einem immensen Belastungs- und Streßfaktor für die Polizei geworden. Diese äußeren Faktoren sorgen dafür, daß polizeilicherseits ein System von Vorurteilen gegenüber Menschen nichtdeutscher Herkunft entsteht.

Kaum zu übersehen ist, daß die polizeiliche Selbstbeschreibung exemplarisch für ein Erklärungsmodell steht, das die US-amerikanischen Diskriminierungsforscher Feagin/Feagin (1986) als „prejudice causes discrimination"-Modell kritisiert haben und das sie für den in den Sozialwissenschaften am weitesten verbreiteten Erklärungsansatz für Diskriminierung und Rassismus halten.

Fremdbeschreibung

Die individualistische Konstruktion des Phänomens Polizei und Diskriminierung in der polizeilichen Selbstbeschreibung wirft die Frage auf, was sich sehen läßt, wenn mensch polizeiliche Diskriminierung mit strukturellen, d.h. organisationstheoretischen Kategorien aus der Eigenlogik und routinisierten Praxis der Polizei als Fall von institutioneller Diskriminierung zu erklären versucht und bewußt auf individuelle Kategorien wie Vorurteil und Abneigung bei der Erklärung verzichtet.

Konstitutiv für die institutionelle Lesart von Diskriminierungspraktiken ist die Abkehr von einem Erklärungsmodell, das Diskriminierung als Resultat intendierten Handelns sieht. In der institutionellen Lesart setzt die 'objektiv' diskriminierende Handlung keine 'subjektive' Intentionalität voraus, da sich Diskriminierung in Institutionen gewissermaßen verselbständigt hat (vgl. Loch 1994: 95). Die Theorie institutioneller Diskriminierung orientiert sich am Normalitätsparadigma, denn es gilt im *normalen* Funktionieren der Organisation, in den alltäglichen und routinisierten Strategien und Praktiken, mit denen die Organisation die ihr gestellten Aufgaben bewältigt, zunächst die diskriminierenden *Effekte* zu lokalisieren, um dann die zugrundeliegenden organisationalen *Mechanismen* zu identifizieren, die diese Effekte prodzieren. Dagegen gilt für das individuenzentrierte „prejudice causes discrimination"-Modell, daß es den Blick auf fehlgeschlagene Sozialisation richtet, auf ein falsches Berufsverständnis, auf soziale Inkompetenz, auf Verhaltensstörungen, auf mangelndes Wissen, kurz auf Faktoren, die allesamt graduelle Weisen des Nicht-Normalen abbilden.

Zusammengefaßt kann von institutioneller Diskriminierung immer dann die Rede sein, wenn die askriptive Kategorie Ethnizität zum leitenden Kriterium für organisationale Operationen wie Interpretieren, Entscheiden und Handeln wird. Ethnizität wird dieser Definition zufolge als organisationale Ressource zur Klassifizierung und Bewältigung von Situationen verstanden.

Effekte

Wenn die Kategorie Ethnizität in den polizeilichen Praktiken als organisationale Ressource genutzt würde, müßte es sich in ihren Operationsweisen und deren Ergebnissen niederschlagen. Zentrale Aufgabe der Polizei ist es, soziale Situationen danach zu beurteilen, ob bestimmte Verhaltensweisen ein Fall von Kriminalität sind und damit ein polizeiliches Eingreifen verlangen. Die materielle Dokumentation dieser Entscheidungen findet sich in der PKS. Die Polizei unterscheidet von ihr ermittelte Tatverdächtige nach deren Nationalität. Die PKS weist scheinbar objektiv nach, daß die Kriminalitätsbelastung der Bevölkerungsgruppe nicht-deutscher Herkunft deutlich höher ist als der deutscher Herkunft. Das Konstrukt „Ausländerkriminalität" bezieht seine Evidenz nicht zuletzt aus dieser statistisch hergestellten „Objektivität". Es gibt jedoch zwei Möglichkeiten die erhöhte Kriminalitätsbelastung von Menschen nichtdeutscher Herkunft zu erklären. Die erste besteht darin, sie an der Beschaffenheit der kriminalisierten Bevölkerungsgruppe festzumachen. Die zweite besteht darin, sie an der Beschaffenheit der kriminalisierenden Organisation festzumachen.

Längsschnittuntersuchungen von – durch die Polizei – ethnisch differenzierten Bevölkerungsgruppen zeigen Entwicklungstrends polizeilich-etikettierter Kriminalität, die sich gerade nicht mit eben jener favorisierten „Beschaffenheit" dieser Gruppen erklären lassen (vgl. hierzu mit ausführlichem Zahlenmaterial Proske 1995). Es zeigt sich, daß es die mit der Etikettierung von Kriminalität professionell beauftragte Organisation sozialer Kontrolle ist (vgl. Cicourel 1968: 45ff.), die für diese Entwicklungsverläufe verantwortlich gemacht werden muß.

Mechanismen

Um nun zu erklären, wie die Polizei diskriminierende Effekte produziert, d.h. welche Mechanismen diesen Effekten zugrundeliegen, ist es notwendig, einen organisationstheoretischen Begriff der Polizei zu formulieren. Die Polizei ist eine „people processing organization", deren Operationen sich um Interaktionen mit ihrem Klientel zentrieren. Neuere organisationstheoretische Arbeiten (vgl. J. March 1990) haben für solche Organisationen ein Erklärungsmodell entwickelt, das Abschied nimmt vom Weberschen Modell rationaler Organisationen. In diesem organisationstheoretischen Ansatz folgen Entscheidungen keiner Zweck-Mittel-Rationalität, sondern einer Mittel-Zweck-Rationalität. Mit dem „Außer-Kraft-Setzen" der einfachen Zweck-Mittel Rationalität zwischen Problem und Lösung tragen diese Ansätze der Einsicht Rechnung, daß „es bei der Problemlösung in Organisationen oft so [ist], daß man die Frage erst dann kennt, wenn man die Antwort weiß" (ebd.: 332). Die Rationalität polizeilicher Praktiken entscheidet sich in erster

Linie an der Frage, wie diese zum reibungslosen Bestand der Organisation beitragen.

Funktional betrachtet kommt der Polizei vor allem die Aufgabe der Entscheidung über das Vorliegen von Kriminalität zu. Der „labeling-approach" hat darauf hingewiesen, daß Kriminalität nicht als etwas verstanden werden kann, was in der Wirklichkeit einfach vorhanden sei. Vielmehr ist Kriminalität das Produkt eines sozialen Prozesses, an dem die Polizei als diejenige Instanz, die Kriminalität etikettierend feststellt, entscheidend beteiligt ist. Kriminalität wird mit Hilfe der in den polizeilichen Deutungs- und Handlungsroutinen vorherrschenden Wirklichkeitskonstruktionen produziert. Diese Muster, Cicourel nennt sie den „stock of knowledge at hand" (Cicourel 1968: 67), können wiederum nur in Beziehung zu den organisationalen Prozessen und deren Eigenlogik verstanden werden.

Aus dem bislang entwickelten Begriff der Organisation Polizei läßt sich eine zweistufige Bedingtheit von polizeilichen Entscheidungen ableiten. Die Entscheidung, wer von der Polizei unter das Etikett „kriminell" inkludiert wird, hängt zunächst davon ab, welche polizeilichen Ressourcen vorhanden sind, Kriminalität festzustellen. Das betrifft bspw. Einsatzmittel, personelle Kapazitäten und Lösungskonzepte. Diese Ressourcen markieren den Deutungsraum für das, was überhaupt als kriminelles Problem durch die Polizei wahrgenommen werden kann. Hier ist festzuhalten, daß die Polizei primär mit dem Einsatzmittel „unspezifischer Kontrollen im öffentlichen Raum" operiert. Deshalb verwundert es auch nicht, daß primär diesem Mittel entsprechende Kriminalitätsformen in den polizeilichen Tätigkeitsstatistiken ausgewiesen werden. Welche Ressourcen und Mittel der Polizei zur Verfügung stehen, und daß es aktuell eher solche sind, die der Verfolgung der sogenannten Alltagskriminalität dienen, hängt nun auf einer zweiten Ebene von den gesellschaftlich hegemonialen Bedrohungsszenarien ab, die sich vor allem im Diskurs über die IS artikulieren.

Der Polizei stehen zwei Optionen offen, um mit den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen eine höchstmögliche Legitimation zu erreichen, was nicht nur unabdingbare Voraussetzung ihres Bestandserhalts ist, sondern auch einzig ihre organisatorische Expansion in Form von neuen Stellen, erweiterten Befugnissen und verbesserten Mitteln ermöglicht. Die Polizei kann erstens alle Maßnahmen forcieren, die zu einer Steigerung der Aufklärungsquote führen und insofern polizeiliche Effizienz garantieren. Zweitens kann sie sich auf die Kriminalitätsfelder konzentrieren, die im öffentlichen Interesse stehen. Zeigt sie dort erfolgreiches Handeln in Form aufgeklärter Fälle oder auch nur Präsenz, kann sie dies für sich als Erfolg verbuchen.

Bezüglich der ersten Option steht die Polizei vor der Aufgabe, ihre Aufklärungsmethoden effizienter zu gestalten. Sowohl reaktive wie auch proaktive Tätigkeiten zur Ermittlung von Tatverdächtigen lassen sich über Standardisierungsverfahren effektivieren. Dazu wird die Polizei bestimmte identifizierbare Merkmale der Verdächtigkeit von möglichen TäternInnen entwickeln, diese zu Tatverdächtigengruppen verdichten und so versuchen, den Kreis von Tatverdächtigen möglichst eng zu fassen. Pragmatische Kriminalitätstheorien in Form von Tätertypifizierungen schreiben sich über Ausbildungsinhalte und Praxisbestätigungen zunächst in das kollektive Gedächtnis der Organisation Polizei ein, um dann wiederum in die Kriminalitätsstatistik einzufließen. Um Tätertypifizierungen zu entwickeln, sprich den „polizeilichen Blick" zu schulen, ist der Rückgriff auf identifizierbare Merkmale unabdingbar, denn Identifizierbarkeit stellt in der mehrdeutigen Situation des Verdachts Eindeutigkeit her. Ethnizität ist eine Kategorie, die das Kriterium von Identifizierbarkeit erfüllt. Sie stellt für die Polizei somit eine Ressource dar, die es ihr ermöglicht, ihr Handeln zu standardisieren und damit zu effektivieren.

Mit der Lenkung der organisationalen Mittel auf die im öffentlichen Interesse stehenden „Kriminalitätsfelder" schafft die Polizei die Voraussetzung dafür, ihre Praktiken als Erfolge zu verbuchen. Auch auf diese Weise wird Ethnizität eine polizeiliche Ressource, denn sie ist kompatibel mit den in der Gesellschaft diskursiv als Bedrohung codierten Gruppen.

Die These, daß sich die nachgewiesenen Diskriminierungseffekte nicht aus der Beschaffenheit einzelner Polizeimitglieder erklären lassen, sondern auf institutionalisierte Mechanismen in der Organisation Polizei zurückzuführen sind, kann als plausibel gelten, wenn man sich den Prozeß vor Augen führt, wie die Polizei über das Vorliegen von Kriminalität entscheidet und welche Rolle dabei die Kategorie Ethnizität spielt. Die Theorie institutionalisierter Diskriminierung erweist sich somit als angemessene Beschreibung der polizeilichen Diskriminierungsprozesse. Sie kann plausibel, und vor allem ohne Rückgriff auf Annahmen über einzelne Mitglieder, erklären, wie und warum ethnische Diskriminierung „normaler" Bestandteil der polizeilichen Praktiken ist.

Politische Konsequenzen

Daß die individualistische Konstruktion von Diskriminierung und Rassismus in der polizeilichen Selbstbeschreibung einer Problemverschiebung dient, die darauf abzielt, die Polizei als Organisation von der Verantwortung für diese Phänomene freizusprechen, liegt auf der Hand. Etwas mehr überrascht dagegen, daß sich diese Erklärungsmuster auch in den Argumentationen von PolizeikritikerInnen wiederfinden. Mag die Orientierung Amnesty Internationals am individualisierenden „Fall"-Ansatz noch der Tatsache geschuldet sein, daß ausschließlich dieser auf die Rezeptionbereitschaft der Medien spekulieren kann, so verwundert, daß auch den meisten anderen Kritiken eine Sichtweise unterlegt ist, die davon ausgeht, daß die Praktiken der Organisation Polizei Resultat individueller Entscheidungen und Dispositionen sind. So wird in einem der aktuellen Bücher über „Fremdenfeindlichkeit bei Deutschlands Ordungshütern", das immerhin von so renommierten PolizeikritikerInnen wie Bürgerrechte & Polizei/CILIP (1995) herausgegeben wird, nach „mehr Individualität [bei der Polizei, d.A.]" (ebd.: 60) gerufen, um das Problem in den Griff bekommen.

Es gehört schon eine gewisse Naivität dazu, zu glauben, Organisationen ließen sich durch ein Mehr an Individualität von Praktiken abbringen, die als Antwort auf die Organisation betreffende Probleme entstanden sind und somit ihrer Eigenlogik entspringen. Vielleicht ist es aber nicht nur Naivität. Immerhin kann eine solche Argumentation für sich die Nähe zur alltäglichen Deutung sozialer Wirklichkeit beanspruchen, die gewöhnlich als das zurechenbare Produkt von Individuen vorgestellt wird. Gegen solche Erklärungsmuster ist eine Sichtweise stark zu machen, die an dem Prinzip festhält, Soziales nur mit Sozialem zu erklären. Individualisierende, pädagogisierende und psychologisierende Erklärungsmuster von rassistisch-diskriminierenden sozialen Praktiken der Polizei, wie sie die polizeiliche Selbstbeschreibung dominieren, aber auch Eingang gefunden haben in die Argumentationen der PolizeikritikerInnen, sollten nicht das letzte Wort haben. ●

Literatur:

Bürgerrechte & Polizei / CILIP / Diederichs, O. (Hg.) 1995: Hilfe Polizei. Fremdenfeindlichkeit bei Deutschlands Ordungshütern, Berlin

Cicourel, A. 1968: The social organization of juvenile justice, New York u.a.

Feagin, J. / Feagin, C. 1986: Discrimination american style. Instituional racism and sexism (2nd ed.), Malabar

Franzke, B. 1993: Polizei und Ausländer. Beschreibung, Erklärung und Abbau gegenseitiger Vorbehalte, in: Kriminalistik 10

Kanther, M. 1995: Interview in der HR-Sendung „extra" vom 30.5.1995

Loch, D. 1994: Rassismus in Institutionen. Das Beispiel Frankreich, in: Heitmeyer, W. (Hg.), Das Gewalt-Dilemma, Frankfurt

March, J. 1990: Entscheidung und Organisation, Wiesbaden

Polizeiführungsakademie (Hg.) 1996: Fremdenfeindlichkeit in der Polizei? Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie, Münster/Lübeck

Proske, M. 1995: Polizei und Diskriminierung. Zur Kritik der Pädagogisierung struktureller Phänomene. Diplomarbeit FB Erziehungswissenschaften, JWG-Universität Frankfurt

THOMAS HÖHNE

Opfer gesucht und gefunden

Deutsch, männlich und von Beruf Polizist

Eine von der Polizei-Führungsakademie bei den beiden Sozialwissenschaftlern M. Bornewasser und R. Eckert in Auftrag gegebene Studie zum Rassismus deutscher Polizisten kam zu dem Ergebnis, daß deren Übergriffe weder „bloße Einzelfälle" noch ein „systematisches Verhaltensmuster" seien, sondern für ein Bündel von Problemen stehen. Die Art und Weise, wie „sozialwissenschaftlich" dabei mit dem Thema umgegangen wurde, soll hier beleuchtet werden.

Vielleicht ist es wahr, daß durch eine Studie oder ein Gutachten alles und nichts bestätigt werden kann. Jedoch läßt die Art und Weise, wie sozialwissenschaftliche Begriffe verwendet werden und herrschende politische Diskurse unterstützen, sicherlich einen Rückschluß darauf zu, in wessen Interesse dabei gesprochen wurde und welcher Begriff von sozialer Wirklichkeit dabei unterstellt wird. Inwieweit sich die Sozialwissenschaften in diesem Prozeß den herrschenden politischen Verhältnissen andienen, verdeutlicht die erwähnte Studie zum Polizeirassismus. Die Teile, auf die hier Bezug genommen wird und welche die Polizisten *in ihrem Dienstalltag und ihrem Verhältnis zu Fremden sehen* wurden in der *Frankfurter Rundschau* vom 9.4.96 abgedruckt.*

Um es vorweg zu nehmen: Die Crux der Argumentation besteht grundsätzlich darin, daß 'richtige' und 'falsche' Argumente vermischt, jedoch Zusammenhänge von den Autoren konstruiert werden, welche auf der einen Seite klar eine Täterentlastung (Polizei) befördern und auf der anderen Seite durch die unhinterfragte, unkommentierte und positiv(istisch)e Hin- und Übernahme von rassistischen Statements eine Sicht der 'wirklichen Verhältnisse' suggeriert, die rassistisches Handeln zur Normalität erhebt.

Zunächst einmal wird darauf verwiesen, daß *der polizeiliche Umgang mit Fremden* und die *Interaktion mit ausländischen Tatverdächtigen immer eine besonders streßgeladene Herausforderung für den Beamten* darstelle. Man könnte an dieser Stelle fragen, ob nicht jegliche „Interaktion", bei der Polizisten handgreiflich werden, wie etwa bei einer Verhaftung oder auch nur einer Führerscheinkontrolle, gleichgültig ob bei einem deutschen oder italienischen Autofahrer, generell eine „streßgeladene Herausforderung" darstellt. Wie kann denn Streß empirisch so quantifiziert werden, daß er schließlich zu *ersatzjustiziellen Übergriffen* führt, wie Polizeirassismus euphemistisch gekennzeichnet wird? Es wird von den Autoren konsequent ein Differenzdiskurs etabliert, der unhinterfragt die Dichotomie vom 'deutschen Polizisten' und dem 'fremden/ausländischen Täter' voraussetzt und so den Blick statt für die komplexe sozial-politische Problematik stets auf diesen Topos der Argumentation hin fokusiert.

Innerhalb dieser diskursiven Rahmung ist dann so gut wie jede Kopplung von Diskursen und Argumenten möglich, ohne daß auf weitere Zusammenhänge einzugehen wäre. Die gesamte gesellschaftliche Sphäre, in die das Problem Rassismus an sich eingebettet ist, wird dabei ausgeblendet, so daß die Reinform des Konflikts in der Gestalt des 'deutschen Polizisten' und des 'ausländischen Straftäters' stets klar hervortritt und erkennbar bleibt: *In allen Workshops wird auf die steigende Diskrepanz zwischen Bevölkerungsanteil und dem Anteil an kriminellen Straftaten, der durch ausländische Täter begangen wird, verwiesen. Diese Entwicklung erfährt eine besondere Brisanz einmal durch die damit einhergehende Mehrarbeit..., zum anderen durch die zunehmende Gefährdung der Beamten im Einsatz und hinsichtlich ihrer Karriere.* Soll heißen: 'Kriminelle Ausländer' vermiesen deutschen Polizisten die Karriere und verursachen einen erheblichen Aufwand. Darüber hinaus wird die in gängiger politischer Manier vorgenommene Verknüpfung von 'Ausländer' und 'Kriminalität' zur Durchsetzung schärferer Abschiebebestimmungen reproduziert. Dies trägt dazu bei, *daß das an sich bereits kritische Grundverhältnis von Polizeibeamten und fremden Tatverdächtigen oder Straftätern* noch verschärft wird. Dieser Satz findet sich unter dem Absatz *Zusammenfassung der empirischen Befunde*. Alleine der männliche deutsche Polizist nimmt eine Subjektposition dahingehend ein, als er etwa auch seinen Kolleginnen gegenüber, wie noch verdeutlicht wird, quasi einen 'natürlichen Nachteil' hinsichtlich der Berufskarriere hinnehmen muß. Polizistinnen, genauso wie Richter, 'Ausländersympatisanten' und 'ausländische Kriminelle' werden in dem Gutachten gegenüber dem männlichen deutschen Polizisten als Opfer auf der 'Täterseite', wenn auch graduell unterschiedlich, verortet, aus dem das „kritische Grundverhältnis" dominant hervorsticht.

Wie sich dieses „kritische Grundverhältnis" nun entwickelt, wird aus der vermeintlichen Perspektive 'des Polizisten' geschildert, der *die Asylpolitik ... aus drei Gründen besonders scharf attackiert: Verärgerung herrscht zum einen darüber, daß der Zuzug nicht schärfer kontrolliert wird, zum zweiten darüber, daß sich die Asylbewerber „in Deutschland gesundstoßen" (Asylbetrug durch mehrfaches Abkassieren von Sozialhilfe, unverständlicher Luxus bei Asylbewerbern), und daß sie schließlich nicht rascher abgeschoben werden, wenn sie im strafrechtlichen Sinne auffällig geworden sind.* Diese Kollektivmeinung 'der Polizisten' wird unter der Rubrik *Belastungen, die aus externen Faktoren resultieren* präsentiert. Eine irgendwie geartete kritische Kommentierung, eine theoretische Einordnung der Aussagen leisten die Autoren nicht. Aus der Tatsache, daß sie *„in Deutschland gesundstoßen"* durch die Anführungszeichen, bei wohlwollender Interpretation, noch kritisch positionieren, aber Begriffe wie „Asylbetrug" und „mehrfaches Abkassieren" quasi unmarkiert übernehmen, ist zu schließen, daß sie sich sowohl mit der Sicht 'der Polizisten' als auch mit den begrifflichen Vorgaben durch die Politik identifizieren. Eine bestimmte Optik und der dazugehörende Diskurs werden differenz- und differenzierungslos übernommen und als unvermittelte 'Realität' präsentiert. Demgegenüber wäre kritisch anzumerken, daß sozialwissenschaftliche Begriffsbildung sich auf die Kategorien der Vermittlung vermeintlich 'wirklicher Wirklichkeit' bezieht, womit die Ebene der Wahrnehmung der Subjekte und der Diskurse angesprochen ist. Will ein wissenschaftliches Gutachten nicht zur bloßen Reproduktionsplattform politischer Strategieentwürfe werden, so bedarf es, ein gesellschaftliches Problem wie das des Rassismus eben auch als gesellschaftliches zu untersuchen und mithin Aussagen, Interviewteile und Meinungsäußerungen diskursanalytisch zu verorten. Dies unterlassen die Autoren gänzlich, so daß die politische Äußerung des einzelnen Polizisten zur direkten und

ungefilterten Hofberichterstattung etablierter Politik wird. Anstatt die scheinbare Identität zwischen dem SUBJEKT Staat/Regierung und dem Subjekt 'deutscher Polizist' analytisch aufzubrechen, wird sie gleichsam als gegeben unterstellt, mehr noch: Die Äußerungen „der Polizisten", die als eine Art Handlungsaufforderung an die Politik zu verstehen sind, lassen das Bild einer Identität mit Staat und Staatsapparaten 'von unten' entstehen.

Diese Tendenz wird verstärkt durch den sukzessiven Aufbau einer Art symboli-

„Deutsch, männlich und von Beruf Polizist": Opfer

schen 'Opferkette' im Text, bei welcher nach 'Nation/Volk' – Politik – Justiz schließlich die Polizei als letztes Opferglied auftaucht, wobei alle betroffen sind von 'den Fremden', die in Deutschland leben und kriminell werden. In dieser Diskurskonfiguration ist 'der Polizist' nur noch Opfer: *Die Justiz vernichtet nicht nur geleistete Arbeit ... sie schafft auch zusätzliche Arbeit.* Denn: *Die Polizeibeamten verstehen nicht, wieso der Asylbewerber, der beim Ladendiebstahl erwischt wurde, nicht bestraft ..., wieso der des Diebstahls verdächtige Pole trotz fehlender Sicherheitsleistungen laufengelassen wird.* Welchen erkenntnistheoretischen Wert die Nennung der Nationalität im Zusammenhang mit einer Straftat haben soll, bleibt ein Geheimnis der Autoren. Kein Geheimnis hingegen ist, daß die supponierten Aussagesubjekte bei der unkommentierten Wiedergabe aus den Tiefen rassistischer Klischees und Vorurteile schöpfen. Aber auch gegenüber „der Nation" sind die Polizisten in einer Opferposition: *wir sind die Fußabtreter der Nation,* die Beamten fühlen sich als *die Proletarier auf der Straße* oder auch *wie ein Fremder im eigenen Land* und haben daher *außerordentlich wenig Verständnis für jegliches Entgegenkommen gegenüber den Fremden („Selbst die Abschiebung nach Rumänien kostet noch 1500 DM, die in unsere Kassen fließen könnten").*

Auch diese „empirischen Befunde" werden von den Sozialwissenschaftlern kommentarlos übernommen und als 'factum brutum' präsentiert. Doch dabei bleibt es nicht. So verwischt sich die Ebene der reinen Beschreibung mit der eigener rassistischer Einlassungen und Konstruktionen der Autoren an folgender Stelle vollkommen: *Für den Polizeibeamten stellt sich insgesamt die Frage, wer in der Interaktion von Polizei und Fremden eigentlich Täter und wer Opfer ist. Der Fremdenfeindlichkeitsvorwurf macht ihn zum Täter, er selbst fühlt sich jedoch als Opfer, nicht zuletzt auch als Opfer eines strategisch arbeitenden ausländischen Täters, der die inneren Spannungszustände innerhalb und um die Polizei herum geschickt auszunutzen weiß.* Wohlgemerkt: Es handelt sich nicht um ein durch einen Konjunktiv oder anderswie gekennzeichnetes Zitat, sondern um eine 'Erkenntnis' der Autoren, die soeben den 'Typus' des „strategisch arbeitenden ausländischen Täters" entdeckt zu haben glauben. Dies ist, wenn man so will, die sozialwissenschaftliche Version des politischen 'Scheinasylanten' und 'Asylbetrügers', wodurch der Anschluß an den rechtspopulistischen Asyldiskurs vollends gelungen wäre.

Eine weitere Entdeckung dieser wissenschaftlichen Untersuchung innerhalb der aufgezeigten Opferkonstellation sind die *Vergünstigungen* für *schwangere Frauen,* d.h. der oben erwähnten 'natürlichen Vorteile' von Polizistinnen*: Die zunehmende Zahl von Frauen im WuW schafft Probleme,*

AKP

Alternative Kommunal Politik

- Wenn mensch für alle Gebiete der Kommunalpolitik kompetente Einführungen sucht,
- wenn die wichtigsten Konzepte, Programme und Debatten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den zahlreichen Politikfeldern rund ums Rathaus gefragt sind,

... tja, dann gibts' nur eins — sich aus der reichhaltigen Angebotspalette der AKP zu bedienen.

Erstens: Unser «Handbuch für alternative Kommunalpolitik» bietet mit 45 Kapitel, die von über 50 Fachleuten aus allen Gebieten der Kommunalpolitik geschrieben wurden, so allerhand Wissenswertes. Das engbedruckte, 415 Seiten dicke Werk verkaufen wir konkurrenzlos preiswert für nur 45 DM (zzgl. 4 DM Porto), weil wir wollen, daß möglichst viele Verantwortliche in den Rathäusern damit arbeiten.

Zweitens: Wer die «Alternative Kommunalpolitik» (AKP) — die seit 17 Jahren erscheinende Fachzeitschrift der Grünen für "Kommunalas/Kommunalos" — noch nicht kennt, sollte Asche auf sein Haupt streuen, Buße tun und ganz, ganz schnell ein kostenloses Probeheft ordern. Die AKP erscheint 6 mal im Jahr mit jeweils 68 Seiten und kostet im Abo 66 DM.

Drittens: Wer noch gezielter informiert werden möchte, z.B. über weitere Fachbücher aus unserem Hause, Sonderhefte oder Themenpakete, sollte einfach den aktuellen Gesamtkatalog anfordern und einen Blick hineinwerfen.

Bestelladresse:
AKP-Redaktion und Vertrieb
Luisenstraße 40
33602 Bielefeld
Tel.: 0521/177517, Fax: 0521/177568

Fachzeitschrift für alternative Kommunalpolitik

weil sie im Falle der Schwangerschaft nur noch im Innendienst Verwendung finden dürfen... Bei Beförderungen spielt die Schwangerschaft und die damit einhergehende Vergünstigung keine Rolle, obwohl das Karriererisiko im WuW erheblich höher ist als im Innendienst. So sind es schließlich auch die Polizistinnen, die zu einer 'Diskriminierung' ihrer männlichen Kollegen beitragen, da sie als „schwangere Frauen" nun mal in einer günstigeren Position sind, was die Karrierechancen betrifft.

Es läßt sich für die Untersuchung der beiden Sozialwissenschaftler zu rassistischen Übergriffen deutscher Polizisten festhalten, daß zumindest bei der Aufbereitung des Materials zum Komplex „Polizisten und ihr Verhältnis zu Fremden" systematisch eine Exkulpierung aller männlichen Beamten vorgenommen wird, die im Falle der ostdeutschen Polizisten noch nachhaltiger ausfällt, da diese unter *Orientierungsverlusten in einem neuen Wertesystem* leiden würden. Dies wird wesentlich dadurch realisiert, daß eine Art 'Opferhierarchie' konstruiert wird, an deren unterstem Ende der deutsche Polizist steht, der täglich 'an der Front gegen die Fremden kämpft', von keiner Seite unterstützt und in der Presse verunglimpft wird. Die Konfliktlinie verläuft fein säuberlich zwischen den gestreßten Polizisten und den 'illegalen Fremden', die in Gestalt des 'strategisch-handelnden ausländischen Täters' zur besonderen Gefahr und Provokation werden. Dies bedeutet, daß die gesamte Organisation/Institution Polizei aus dem Blickfeld rückt. Von dem Ansatz, Rassismus als ein strukturelles Problem auch innerhalb der Polizei als Institution zu orten, ist eine solche Perspektive völlig abgeschnitten. Dadurch fällt zugleich die Frage nach einer eventuellen Funktionalität des, sagen wir, verschärften Vorgehens der Strafverfolgungsbehörden allgemein und der Polizei im speziellen gegen einen angenommenen 'ausländischen Straftäter' weg. Dies hat zur Folge, daß die Variante einer ideologischen Täterkonstruktion („strategisch handelnd") überhaupt als Denkmöglichkeit nicht mehr auftaucht. Somit werden bestimmte, notwendige Fragestellungen immer schon ausgeblendet, von denen hier nur einige erwähnt werden sollen, weil sie einen tieferliegenden Zusammenhang von Polizeirassismus und einem allgemeinen strukturell-institutionellen Rassismus offenlegen könnten: Wie ist es zu erklären, daß die Polizisten genau die Argumentationslinie zu ihrer 'Verteidigung' verfolgen, die in der sogenannten Asyldebatte von den christsozialfreidemokratischen Parteien vorgegeben wurde? Könnte es sein, daß in bestimmten Äußerungen von Politikern, in der Verschärfung der Asyl- und Abschiebepraxis eine Legitimation zu sehen ist, welche eine schärfere Verfolgungspraxis staatlicher Behörden gerade gegenüber angenommenen (!) ausländischen Tatverdächtigen befördert? Warum wird den rassistischen Praktiken, wie sie in Teilen der Polizei auftauchen und auch dokumentiert sind, nicht als gesamtgesellschaftliches Phänomen nachgegangen, sondern ein psychologisierender Entlastungsdiskurs gefahren, der nicht nur eine solche Praxis rechtfertigt, indem er ihr die 'sozialwissenschaftliche' Absolution erteilt, sondern den gesamten sozialen Kontext ausblendet, innerhalb dessen erst der Zusammenhang zwischen den Vorgaben von Politik und Exekutive sichtbar wird? Durch diese Entkoppelung des Rassismus von der Politik wird der Untersuchungsgegenstand „Rassismus" neu konstituiert, indem eine Verschiebung stattfindet: Untersucht wird nicht mehr eigentlich der Rassismus auf Seiten der Polizei, sondern der 'Rassismus der anderen Seite', wie er in der Gestalt des „strategisch arbeitenden ausländischen Täters" konstruiert wird. Zur dieser Objektkonstruktion, zu diesem 'Konstruktivismus' versteigt sich nur ein sozialwissenschaftliches Gutachten, welches, so könnte analog zur 'Soldatenehre' formuliert werden, die 'Ehre' deutscher Polizisten wiederherstellen soll, deren Image angekratzt ist. Darin besteht die 'Wahrheit' einer solchen Auftragsarbeit, die eine staatliche Diskriminierungspraxis unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Objektivität legitimiert.

Das rassistische Vorgehen von Teilen der deutschen Polizei wird etwa dahingehend konkret innerhalb der Studie 'normalisiert', als es zu einem *Bewältigungsmechanismus* für Streß und die daraus entstehende Aggression gemacht wird: *Die kumulativen Belastungen resultieren in einer gesteigerten Emotionalität gegenüber fremden Tatverdächtigen... Der Fremde wird zum Sündenbock, auf den die Aggressionen unbewußt verschoben werden.* Das bloße Feststellen dessen ersetzt aber noch keine Analyse der Hintergründe, warum ein Polizist ausgerechnet einen Menschen mit schwarzer Hautfarbe auf der Wache zusammenprügelt und nicht irgendeinen anderen 'Tatverdächtigen'. Der Mechanismus, daß da „Aggressionen unbewußt verschoben werden" trägt nichts zur Aufklärung über den Ursprung des Rassismus bei, sondern gliedert rassistisches Handeln in die Palette möglicher und somit normaler Reaktionen von Personen ein, die sich, wie dargestellt, Ausländern gegenüber in einer ganz speziellen Opferrolle befinden. So sehen sich die *Proletarier der Straße ständigen Attacken durch Ausländer, durch einheimische Sympathisanten, durch die Medien, durch die Mitarbeiter im inneren Dienst, ...durch die Justiz und schließlich durch die Politiker ausgesetzt.* Unklar bleibt, welchen Analysewert der Ausdruck „einheimische Sympathisanten" in der Untersuchung über dessen ideologische Funktion hinaus haben soll, Linke und Ausländer als eine Seite des Konflikts zu identifizieren, bei dem die andere Seite durch die Polizisten eingenommen wird. Somit werden die verschiedenen Formen von 'Verachtung und Verächtlichmachung' als der eigentliche 'Rassismus gegen die Polizei' dargestellt – eine völlige Verkehrung des Täter-Opfer-Verhältnisses, der Machtverhältnisse allgemein, denn nun hat der 'strategisch operierende ausländische Straftäter' die Macht über den vielfach 'diskriminierten' Polizisten, der schließlich ganz zum Opfer mutiert ist. ●

**) Die kursiv gesetzten Textteile beziehen sich auf besagte Dokumentation in der* FR.

ak analyse & kritik

Zeitung für Linke

In ak Nr. 392 Berichte, Analysen & Diskussionen u.a. zu:

Nato mit neuen Strukturen, Führung durch Flexibilität: Bündnis für Arbeit, neue Avantgarde und Zivilgesellschaft, Der DGB vor dem Generalstreik?, Hitler und die Deutschen, Nation und Nationalismus, Sinn Féin behauptet sich, Wahlen in Israel und Rußland, Der spanische Bürgerkrieg: ein geschichtlicher Rückblick u.v.a. mehr

Kostenloses Probeexemplar (Kennwort: links) bestellen bei:
analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg,
Tel.: 040/40170174 oder Fax 040/40170175
e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de
ak erscheint vierwöchentlich und ist in linken Buchläden und Zeitungskiosken erhältlich.
Jahresabo DM 90,-, Einzelpreis DM 7,50. 36 Seiten.(ISSN-Nr. 0945-1153)

THOMAS KUNZ & GOTTFRIED OY

Flowerkraut

Wer die Silbe „sauer“ nur aus dem Restaurant kennt, wird FSK nicht verstehen

Die Münchner Band FSK (Freiwillige Selbstkontrolle) gilt im mittlerweile sechzehnten Jahr ihres Bestehens mehr denn je als Kult-Formation der Politpop-Szene. Von der Kunsthochschule in die New Wave Euphorie der frühen 80er Jahre hineingestartet, entwarfen Justin Hoffmann, Thomas Meinecke, Michaela Melián, Wilfried Petzi und der später hinzugekommene Carl Oesterhelt in ihren nahezu 50 Veröffentlichungen ein Musik- und Textgebäude, welches sich durch Widersprüchlichkeiten auszeichnet, die Vereinnahmungen von welcher Seite auch immer nahezu unmöglich machen. Ist das der normale Werdegang einer Künstlerbiographie oder steckt dahinter gar eine Strategie? Ist das Popmoderne, vielleicht sogar Anti-Identitätspolitik, nötiges Aphrodisiakum für eingeschlafene linke TraditionalistInnen oder etwa schon selbst gewordene Tradition? Am Rande ihres Frankfurter Konzertes im Juni sprachen Thomas Kunz und Gottfried Oy für die *links* mit Justin Hoffmann und Carl Oesterheld.

Mit *international* haben FSK im Frühjahr ihr zwölftes Album vorgelegt. Neben dem Zitieren der eigenen Bandgeschichte durch ein Medley zweier früher Songs („Was kostet die Welt“, „Kleiner Polizist“), welche die bittere Ironie der frühen Tage und die notwendigen Abgrenzungskämpfe vom in 68er-Gemütlichkeit erstarrten politischen Lied erahnen läßt, eröffnet sich der HörerIn die gesamte Welt der FSK, ein Patchwork der Kuriositäten. Die Musik europäischer Einwanderer in den USA und deren Verfremdung von Polka, Walzer und Zwiefachem – sogenannte folkloristische Traditionen – deren US-Varianten wie Hillbilly, Texmex oder Country werden kombiniert mit Krautrock-Bezügen und Velvet Underground-haften Klängen. Als Produzent und assoziiertes Bandmitglied tritt seit 1990 der US-Underground-Aktivist David Lowery (ehemals Camper van Beethoven, heute Cracker) auf, welcher der Musik ihre transatlantische Note gibt.

Eine Polka ist jedoch bei FSK nicht einfach eine Polka. Sie heißt „Karl-Eduard von Schnitzler Polka“, handelt von „East German TV's straightest guy“ und wirft zu Klängen, die man bei oberflächlichem Hören auf dem Münchner Oktoberfest vermuten könnte, die Frage auf, warum derjenige Arbeitgeber genannt werde, der die Arbeitskraft nimmt bzw. als Arbeitnehmer gelte, wer seine Arbeitskraft gibt: „Erster Mai / An die Luft / Wo der Engels nach uns ruft / Rote Fahne / Blauer Suff / Klassenkampf so leicht verpufft.“ Deutschland gilt als das „Schlechteste Land der Welt“ und der „El Pastor Aleman“ (spanisch für Schäferhund) deutscher Grenzer steht als Symbol für BRD-Abschottungspolitik. Marilyn Monroes „She acts like a woman should“, gesungen von Thomas Meinecke, dient als Anschauungsunterricht in Sachen gender studies, aber nicht nur das soziale Geschlecht steht hier zur Disposition, auch vermeintlich biologische Gewißheiten werden angegriffen: „Lolas Lanze hebt ihr Brautkleid vorne in die Höhe / Hektors Muschi glitzert auf dem Traualtar / Wer behauptet heute noch, die Welt ist rund / Warum kann dein Mann nicht lesbisch sein.“ (1+1=3)

Auf der Bühne verdeutlichen die „bekennenden NichtmusikerInnen“ mehr noch wie auf Platte, was trash-Kultur meint: ironisches Zitieren und bewußtes Kombinieren der verschiedensten Einflüsse – vom New Wave Song bis zur 70er-Disco-Instrumental Nummer – müssen nicht steif und uncool sein, sondern durchaus äußerst groovy daherkommen. Ganz entgegen dem Verdikt, daß Rock- bzw. Popmusik an sogenannte Instinkte appellieren müsse und deswegen nicht intellektuell sein könne, verkörpern FSK, daß Denken Spaß machen kann. Die fast schon pädagogisch anmutenden Erklärungen jedes Songs verweisen allerdings auf ein latent vorhandenes Mißtrauen, falsch verstanden werden zu können. Wie das Publikum die Musik verstehen will, läßt sich jedoch nicht so ohne weiteres steuern. An diesem Abend in Frankfurt gab es durchaus bierselige Zwischenrufer, die sich wohl tatsächlich auf dem Oktoberfest imaginierten und zu denen die Band merklich auf Distanz ging. Gegen Vereinnahmungen aus der falschen Ecke schützen da nur Stilbrüche, so wie sie FSK zum Programm erhoben haben.

Sich auf diskurstheoretischem Terrain bewegend, versuchen FSK, Alltägliches zu dekonstruieren, aber auch Bruchstücke verschüttet gegangener künstlerischer und politischer Traditionen neu zusammenzusetzen. So steht für sie München für den Krautrock der Amon Düül I, die sie wie selbstverständlich in eine Linie mit der Kommune 1, der Roten Armee Fraktion und sich selbst setzen. Amon Düül I war eine Münchner Kommune der späten sechziger Jahre, die begann, in wilden LSD-getränkten Sessions von Karlheinz Stockhausens Experimentalmusik inspiriert, die Klangwelten der ersten Moog-Synthesizer-Generation und archaische Percussioninstrumente zu kombinieren. Mit dem Song „Mama Düül und ihre Sauerkrautband spielen auf“, von ihrem Album *Psychedelic Underground,* wurden sie namensgebend für den psychedelisch-experimentellen Stil von Bands wie Embryo, Guru Guru, Tangerine Dream, The Can, Amon Düül II oder auch den frühen Kraftwerk – die sich damals noch Organisation nannten –, die nahezu alle auf den Labels Ohr (Metronome) und Pilz (BASF) erschienen. Maßgeblich war für diese Bands auch der Bezug auf den Freerock der Jefferson Airplaine, Greatful Dead oder auch der frühen Pink Floyd.

Zugleich ist für sie München auch die Stadt, in der Disco begann: Amanda Lear, Silver Convention, Boney M. (die ihre Alben nebenbei bemerkt auch in den Europasound Studios in Offenbach aufgenommen haben), Donna Summer und Munich Machine. „Roxy Munich“ steht für das Versprechen des puren Hedonismus, den Angriff auf Geschlechtsidentitäten, dem Bloßstellen des vermeintlich „Authentischen“ als vorgängig Konstruiertem. Während die Diether Dehms und Wolf Biermänner dieser Welt „das Volk“ als linkes und nach Befreiung strebendes entdeckten und ihr ganzes musikalisches Tun auch noch als „linke Politik“ oder auch „rote Brause“ verkauften (im Dienst der „guten Sache“ freilich, die sich für manchen MfS nannte), waren es KünstlerInnen wie Amanda Lear, die Identitäten gehörig ins Straucheln brachten, noch bevor Judith Butler den intellektuellen Soundtrack dazu schreiben konnte.

FSK machen Politik damit, diese ver-

schiedenen Bezüge auszugraben, sie zu zitieren und neu zusammenzusetzen. Bleibt nur die Frage, ob es Sinn macht, dem Ganzen noch den Namen Politik zu geben?

***links**: Vor dem Hintergrund der Tradition der* links *ist es ein schwieriges Unterfangen, Popkultur-Debatten in der Zeitschrift zu führen, da es oft heißt, „das verstehen die üblichen LeserInnen nicht". Das ist so ein Spektrum, welches maßgeblich von '68 geprägt wurde und meistens mit diesem Popkultur-Hintergrund überhaupt nichts anfangen kann. Deswegen hatten wir gedacht, daß es vielleicht ganz gut wäre, wenn Ihr vor so einem Publikum bzw. so einer LeserInnenschaft beschreiben könntet, was Ihr als Band seid oder was Ihr machen wollt, wie Ihr das formulieren würdet. Seid Ihr eine Polit-Band oder würdet Ihr Euch garnicht so bezeichnen?*

Justin: Das ist schon eine ziemlich schwierige Frage. Ich mach' das ungern, das ich da auf Fragen, wie man sich selbst darstellt, antworte. Ich hoffe immer, daß vom Interviewer konkrete Fragen kommen.

Die Frage zielt eher darauf ab, daß, wenn so'n Interview oder so'ne Thematik in so 'ne Zeitung reingebracht wird, die Leute immer dieses Klartext-Politverständnis haben und dann meistens fragen: „was soll das jetzt, was hat Musik mit Politik zu tun?"

Justin: ...ja ähm, mei, Kultur ist halt' Teil des Lebens [lacht] und der gesellschaftlichen Praxis und...
Carl: ...man macht doch absichtlich 'ne Band auf, um ein Medium zu haben, um politische Gedanken darzubieten, sonst könnte man ja Pamphlete rausbringen.
Justin: Also FSK ist schon eindeutig Popmusik. Natürlich kann man auf verschiedene Art und Weise – Text aber auch mit der Musik – Artikulationsformen schaffen, die bestimmte politische Absichten haben. Also das eine muß man nicht unbedingt von dem anderen so trennen. Trotzdem sehen wir uns nicht als Sprachrohr für etwas. Das gibt's ja auch in der ästhetischen Theorie – von linker Seite –, daß gefordert wird, man soll Sprachrohr für eine bestimmte Partei sein oder sich unterordnen. Frederic Jameson, der sich auf Althusser bezieht, sagt beispielsweise, daß es da eine strukturelle Beziehung gibt. Einerseits eine gesellschaftspolitische Ebene und andererseits eine kulturelle Ebene, die sich gegenseitig nicht hierarchisch untergeordnet sind, sondern einfach in einer bestimmten Weise aufeinander reagieren und so was kann ich für mich selber ganz gut nachvollziehen, wenn ich unsere Band sehe. Also weder jetzt das eine, sozusagen das Sprachrohr, noch zu sagen, was es ja auch oft gibt, wir sind Künstler, wir sind elitärer, wir sind Intellektuelle, wir stehen über dem ganzen, wir brauchen diese ganze gesellschaftliche Auseinandersetzung nicht, wir sind sozusagen im siebten Himmel der Kunst oder so, daß vertreten wir natürlich auch nicht.

Vor FSK habt Ihr eine Zeitung [Mode & Verzweiflung] *gemacht. Auch wenn das relativ weit zurückliegt: Vielleicht könnt Ihr nochmal was dazu sagen, ob daß eine gezielte bzw. bewußte Entscheidung gewesen ist, zu sagen, daß ist nicht mehr das richtige Medium.*

Justin: *Mode & Verzweiflung* war eine Künstlerzeitschrift, in der Tradition von der *Aktion* oder ähnlichen Zeitschriften aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. In den Texten kamen immer auch politische Themen vor, aber nicht Reportage-artig oder nicht als Kritik, Besprechung von irgendwas, sondern das waren eigentlich alles literarische und künstlerische Beiträge. Das ist in dem Sinne gar nicht so eine Trennung gewesen oder so 'ne Differenz zwischen der Zeitschriftenproduktion und der Bandproduktion, in dem Sinne gab's da eher Verbindungen.

Und das hat dann für Euch auch nicht so den Unterschied gemacht, daß jetzt Musik dazukommen ist?

Justin: Nee, das war einfach nur ein anderes Medium.

Wobei sich dann die Frage stellt, die sicherlich auch was mit Hörgewohnheiten zu tun hat, daß Eure musikalischen Bezüge sicherlich gewisse Irritationen bei HörerInnen hervorrufen sollen.

Justin: Wenn wir, wie schon gesagt, Klartext sprechen würden, dann bräuchte man auch keine Popsongtexte machen oder auch gar keine Popmusik. Das ist einfach 'ne bestimmte Sprachform, das ist eine bestimmte Form von Mitteilung und da schwingt dann auch viel Nicht-Sprachliches mit. Ich meine damit auch nicht so einfach Verbalisierbares, das ist da auch dabei. Jugend- und subkulturelle Zusammenhänge, die sich in so 'nem Konzert oder so 'ner Konzertsituation bilden und die Art von Kreisen, Fan-Kreisen, oder welche Art von Cliquen und tribes entstehen, das verläuft oft auch in gar nicht so einfach artikulierbaren Formen.

Nochmal zurück zu Euren musikalischen Irritationen: Gibt es da eine Abgrenzung von der sogenannten Hamburger Schule, die ja musikalisch noch mal 'ne andere Schiene fahren?

Carl: Die sind tausend Kilometer weit weg von München und das ist, glaube ich, ein großer Vorteil, Außenstehender zu sein sozusagen, nicht in so 'ne Gruppierung reinzukommen, wo im Grunde alle ein und dasselbe Ziel und denselben Stil verfolgen. Wenn man in dieser Provinzsituation in München ist, kann man eigentlich alles beobachten. Man kann genauso nach Amerika schauen, wie nach Hamburg. Die Hamburger haben in erster Linie natürlich ihren Beat, schauen einfach nach England und haben die Star Club-Tradition. Deswegen gibt es für meinen Geschmack auch relativ wenig musikalische Veränderung in Hamburg. Das Ziel ist aber dasselbe. Die Goldenen Zitronen, wie der Thomas [Meinecke] immer sagt, sind später Degenhardt und FSK ist früher Degenhardt, sozusagen [Lachen].
Justin: Auch durch unsere Produktionsplätze und dadurch, daß wir unsere Schallplatten auch in den USA aufnehmen – die letzten drei CD's in Richmond –, gibt's da einfach auch vielmehr Einflüsse amerikanischer Art.
Carl: Es ist mehr wie so ein Konglomerat aus ganz verschiedenen Einflüssen oder Ideen, die man hat, oder irgendwas, was man neu aufschnappt, oder was man unbedingt schon mal machen wollte. Das ist nicht so eine klare musikalische Begleitung zu irgendwelchen politischen Texten, sondern die Musik ist an sich schon so eine Art Konglomerat aus verschiedenen kleinen Teilchen, die dann zusammengepaßt werden.
Justin: Wir haben ja nie versucht, einen authentischen Stil zu spielen, oder auch nicht eine Münchner Schule oder sowas zu bilden, was ja dann auch wieder sowas wie eine Identität entwickeln würde. Von den 80ern bis Anfang der 90er war ein Thema von uns der „transatlantic feed-back", wie wir es genannt haben. Das spielt auf das Problem an, welches viele Bands in Deutschland haben, da eigentlich doch unheimlich viel in der Popmusik von England und Amerika aus geprägt ist. Viele deutsche Bands spielen deswegen diese britischen und US-amerikanischen Bands nach oder klingen einfach sehr ähnlich. Aber man will ja irgendwas anders machen, sonst macht's keinen Sinn, weil die englisch-amerikanischen Bands es eigentlich viel besser machen. Wir haben dann eher so die Methode angewandt, daß wir in den USA nach Formen gesucht haben, die zentraleuropäisch klingen aber sich dann durch die Migrationssituation in den USA wieder verändert haben. Z.B., daß eine Polka anders gespielt wird wie in Tschechien oder in Bayern. Das haben wir wieder zurückgeholt, also Elemente wie Cajun, Texmex, wo auch Akkordeon benutzt wird und das dann in den Popbereich integriert, wie es in Amerika auch schon gemacht wurde. Dann kamen noch verzerrte Gitarren und so weiter hinzu, um durch eine bestimmte Art von Brüchen dann wieder nochmal was draus zu machen, so haben wir dann wieder noch 'ne Schale dazu geschmissen...

Carl: ...und 'n bißchen falsch rausgehört und 'n bißchen...
Justin: ...Mißverständnisse produziert.
Carl: [Lachen]Das passiert eben, das muß man alles noch dazu rechnen.

Cajun und Polka, für ungeübte HörerInnen wird das ja platt mit Blasmusik gleichgesetzt. Was wiederum ganz lustig ist, daß eine Orientierung auf die USA einen Sound hervorbringt, der dann in Unkenntnis sozusagen der unterschiedlichen Strömungen, die da einfließen, wieder so als sogenannt typisch bayrisch wahrgenommen wird.

Justin: Das kann schon passieren, ja [Lachen]. Als wir das letzte Mal auf USA-Tour waren, wurden wir doch oft als eindeutig aus Bayern kommende Band wahrgenommen, obwohl die Musik quasi ping-pongmäßig schon über viele Ecken gelaufen ist. Das war auch ein Grund warum wir eine Art von Konzept entwickelt haben, daß wir unseren Stil regelmäßig immer wieder verändern.
Carl: Fliehen vor dem Stil [Lachen].
Justin: Auf der letzten Platte ist eigentlich nur mehr zufällig ein Mini-Jodler drauf, aber live haben wir das Jodeln wieder beiseite geschoben.
Carl: Obwohl das mit den Stilen natürlich auch immer gefaked sein kann. Wenn man unsere Platte *international* sieht, dann ist das europäische Stück genau das Stück, das David Lowery geschrieben hat, weil er dachte, er schreibt jetzt mal ein Stück für uns und dann hat er so einen Nino-Rota-artigen Walzer gemacht, obwohl er ein amerikanischer Songwriter ist. Und so schreiben ja genauso Europäer Musik, die nicht als europäische Musik zu erkennen ist. Es gibt keine Blaskapellen in München, die verzerrte Gitarren benutzen, sonst hätten wir schon lange auf'm Oktoberfest spielen können.
Justin: Da würden wir rausfliegen [Lachen].
Carl: Es gibt Polkabands, die wirklich versuchen, Polkas zu spielen. Während dieser Neofolk-Phase haben wir da welche auf diversen Folkfestivals getroffen und das war wahnsinnig schrecklich, diese Bier-Dudel-...wie sagt man da?
Justin: Bierseeligkeit
Carl: Ja, Bierseeligkeit und Unterhaltungsmusik und „Jetzt noch alle...". Das ist irgendwie...

„Wir [sind] mehr HipHop als Hamburger Schule, weil wir viel mehr musikalische Quellen benützen, als so einen straighten Song zu machen": Michaela Melián, Justin Hofmann, Thomas Meinecke, Wilfried Petzi, Carl Oesterhelt (FSK) Foto: Bernd Hartwich

Justin: Das ist so verbrüdernd.
Carl: Und das sollte es eigentlich nicht sein.
Justin: Wir haben am Anfang Polka eher gespielt um die Leute ein bißchen zu provozieren. Man kann ruhig auch'n Tanzbein schwingen, aber so eine Schunkelhaftigkeit sollte es nie haben, gab es auch nie.

Das heißt Ihr setzt also auf ein Moment von Provokation oder von Irritation der Leute?

Justin: Ja, Irritation.
Carl: Trash-Kultur einfach.Wobei man sich nicht einfach nur irgendwelcher Elemente bedienen und sich dann drüber lustig machen kann. Ich find's schon wichtig, das man das dann auch gerne spielt.
Justin: Es soll nicht nur ein Hype-Ding sein, welches dann auf besonders originelle Weise innovativ ist. Was da jetzt z.B. ganz furchtbar im Easy-Listening-Bereich ist, daß jetzt der Schulmädchen-Report-Soundtrack neu rauskommt. Wir verstehen uns nicht in diesem Sinne. Wir beschäftigen uns mit interessanten musikalischen Entwicklungen, die passieren und auf die wollen wir aufmerksam machen. Aber dann auch wieder was Neues draus machen, daß uns Spaß macht. Die schlimmsten trashmäßigen Sachen, die wir aufgenommen haben, waren GI-Songs, die mit diesen komischen Mißverständnissen umgehen, wie GI's Deutschland wahrgenommen haben, was sie einerseits mit der Musik, andererseits mit dem Text versuchen, wo dann plötzlich München am Rhein liegt, weil sich das halt' auf Fräulein reimt; was da für 'ne besondere Form von Musikproduktion dadurch entstanden ist, das hat uns interessiert.

Wenn Ihr sagt, daß das Moment der Irritation für Euch ziemlich wichtig ist, wie geht Ihr dann mit Kontextsetzungen von außen um?Es gab ja beispielsweise mal eine Phase, wo es schick war, Country zu hören.

Carl: Dann flieht man halt' davor.

Stilwechsel?

Justin: Das hat dann also gelangt, so einen bestimmten Hinweis zu geben, auf bestimmte Sachen. Wir wollen eigentlich mit Country- und Westerngroups überhaupt nix zu tun haben. Wir haben auch noch nie in einem Country-Lokal gespielt oder so. Das ist natürlich auch immer so wahnsinnig Kontextabhängig, wir spielen Musik natürlich mit bestimmten Überlegungen, wo wir spielen beispielsweise.
Carl: Eben, das ist auch glaub' ich hier wirklich ein Mißverständnis gewesen, mit diesem Folk und Country. Wie wir in Amerika gespielt haben, hätte man ja denken können, daß wir dort dann in irgendwelchen Folk-Clubs oder sowas auftreten, wir haben jedoch ganz normal in den Jugend-Alternative-Rockmusik-Clubs gespielt.
Justin: Das Konzertpublikum hat sofort gemerkt, das wir überhaupt nicht so gespielt haben, wie sich das eigentlich gehört und die haben gemeint: „Das ist ja Punk"[Lachen].
Carl: Da ist der Weg schneller gewesen als die Leute kapiert haben, daß es nicht das Echte sein soll. Das man es nicht einfach versucht zu kopieren, und irgendwie mit deutschem Zeug dann zu belegen. Das ist ja auch Quatsch.

Sind es dann nicht auch die Texte, die Irritationen schaffen? Wenn man sich FSK auf dem Oktoberfest vorstellt, was würde da jetzt mehr irritieren, die Texte oder die Musik?

Carl: Beides.
Justin: Gerade diese GI-Songs, die wir als Cover-Versionen gespielt haben, wirken oft wegen ihrer interessanten Texte. Es gibt dann aber auch mehrere Texte von uns die

ganz anders laufen wie die Musik. Z.B. bei „Franz-Josef Strauß“ traditionelle texanische Musik und ganz andere textliche Bezüge. Die Musik ist nur ein Aufgreifen von Harmonien aber teilweise mit ganz anderen-Rythmen drübergelegt, was eigentlich überhaupt nicht sein könnte mit dieser Art von Akkordfolge.

Weil wir jetzt über die Texte reden, fällt mir ein, daß oft geschrieben wird, daß es für FSK symptomatisch sei, keine subjektiven Texte zu schreiben.

Justin: Ja, das ist richtig...

Thomas Meinecke hat dazu mal gesagt, das stünde auch nicht in Euren Statuten drin.

Justin: Eben, wir singen keine privaten Lieder oder sowas.

WIDER★SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Zur Krise der kommunalen Sozialpolitik

Häußermann: Tendenzen sozialräumlicher Schließung in den Großstädten der BRD ● *Wentz:* Stadtentwicklung und sozialer Wandel ● *Bartelheimer / von Freyberg:* Ansätze zu einer Frankfurter Segregationsanalyse ● *Strünck:* Leuchttürme oder Irrlichter? Privatisierung und Deregulierung in der kommunalen Sozialpolitik ● *Schaeffer:* „Unternehmen Stadt“. Wieviel Privatisierung verträgt das Gemeinwohl? ● *Manderscheid:* Regeln – nicht steuern. Grenzen und Möglichkeiten der outputorientierten Steuerung ● *Weins:* Regionalisierung städtischer Sozialpolitik. Das Modellprojekt REGSAM ● *Hummel:* Bürgerschaftliches Engagement im sozialen Bereich ● *Arbeitskreis „Frankfurter Sozialpolitik“:* Thesen für eine überfällige Reform ● *Magazin*

Heft 60, 104 S., DM 16,–

Unser Probeabo: Schicken Sie uns einen 20,- DM-Schein und wir senden Ihnen zwei aktuelle Hefte.

BEZUGSBEDINGUNGEN: Jährlich 4 Hefte, Jahresabo W: 63,– DM, Einzelheft 16,– DM, O: 40,– DM, Einzelheft 10,– DM, StudentInnenabo 40,– DM

Verlag 2000

Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

Carl: Da ist noch mal ‘ne Betrachtungsebene dazwischen.

Kann man bei Euch nicht eher davon sprechen das die Musik statt der Texte subjektiv ist?

Justin: Ja aber, eine gewisse Neigung zu irgendwas, was ja dann schon mehrere Leute haben wenn sie eine Band sind ist auch eingebunden in einen musikalischen Diskurs. Wenn der rein privat wäre, würde unser Konzept sofort scheitern. Das könnte dann überhaupt nicht funktionieren, wenn das so ein reiner Spleen wäre.
Carl: Das ist bei FSK nicht so, daß irgendjemand was entdeckt und dann quasi einen Song macht. Songwriting entsteht eher zusammen, es ist kollektives Arbeiten. Es kommt bei uns niemand auf die Idee...
Justin: ...so wie „mein Lied“ jetzt...
Carl: ...ja, „sein“ Lied zu machen, das findet nicht statt.
Justin: Was auch ziemlich ungewöhlich ist, im Gegensatz zu anderen Bands.
Carl: Genau. Und das ist dann doch wieder das gleiche wie bei den Texten, die ja nur der Thomas [Meinecke] macht, aber die nicht seine eigene Situation beschreiben. Und das geht dann zusammen mit der Musik, die auch nicht so was Eigenes, Subjektives ist – obwohl man das natürlich nicht ganz vermeiden kann, beim Musikmachen, weil man, wenn man sozusagen schon einen Ton spielt, schon was eigenes gemacht hat.
Justin: Ja, wir benutzen aber auch das Samplingprinzip, das momentan die Musikszene sehr bestimmt. Einerseits benützt man Versatzstücke oder Zitate, die es natürlich irgendwo schon mal in bestimmten Formen gegeben hat, aber wie man’s dann zusammensetzt und wie die Sounds werden, ist dann doch immer sehr anders.

Vor allen Dingen, weil dann auch HörerInnen das nochmal selbst anders zusammensetzten wie sich die Band das denkt. Dem Kontext setzt man nicht nur, sondern in den wirst Du auch gesetzt.

Justin: Das stimmt. In dem Sinne sind wir mehr HipHop als Hamburger Schule, weil wir viel mehr musikalische Quellen benützen, als so einen straighten Song zu machen.

Abschließend würde uns noch interessieren, wie Ihr Euch verortet würdet, in diesem, ja wie soll man das nennen, Repolitisierungskontext der Popszene?

Carl: Wir sind befreundet mit Blumfeld, Goldenen Zitronen, die auf dem selben Label wie wir sind. Mit denen stehen wir eindeutig in Verbindung, da kann man sich nicht rausreden [Lachen]...
Justin: Was meinst Du mit Repolitisieren? Denkst du, daß es da jetzt gerade so’ne Welle gibt?

Nein, das nicht. Ich meine, daß gerade nach ‘89 Leute aus der Popszene probiert haben, auf klassischere Weise Politik zu machen bzw. irgendwie meinten, wir müssen jetzt wieder politischer werden, was immer das heißen mag – Stichwort Wohlfahrtsausschüsse. Das ist ja auch inzwischen schon wieder abgeebbt.

Justin: Ich glaube, es ging weniger darum, daß man meinte, jetzt politischer werden zu müssen, als sich mehr zusammenschließen zu müssen. Also so hab ich das empfunden, den Wohlfahrtsausschuß. Daß Leute, die eigentlich normal nicht soviel miteinander reden, dann doch Kontakt miteinander aufnehmen: von der autonomen Szene bis zur dandyistischen Szene, sag ich mal, der Bohémé-Szene.

Also auch über Medien hinweg, bestimmte Medienformen hinweg. Musik, Text und andere Formen.

Justin: Ja, genau. Aber ich glaub schon, daß wir immer schon ein großes Interesse an Politik hatten und auch daran, in unserer Musik das darzustellen. Also von Anfang an, von den ersten Platten weg. Wenn Du die erste Single bzw. erste EP hörst, dann merkst Du das schon an den Titeln: „Westberlin Tanzparty“, „Deutschland, Deutschland“, „Herz aus Stein“ oder „Moderne Welt“.
Carl: Aber im Pop, im Pop-Kontext! Auch die Beasty Boys sind eine politische Band.

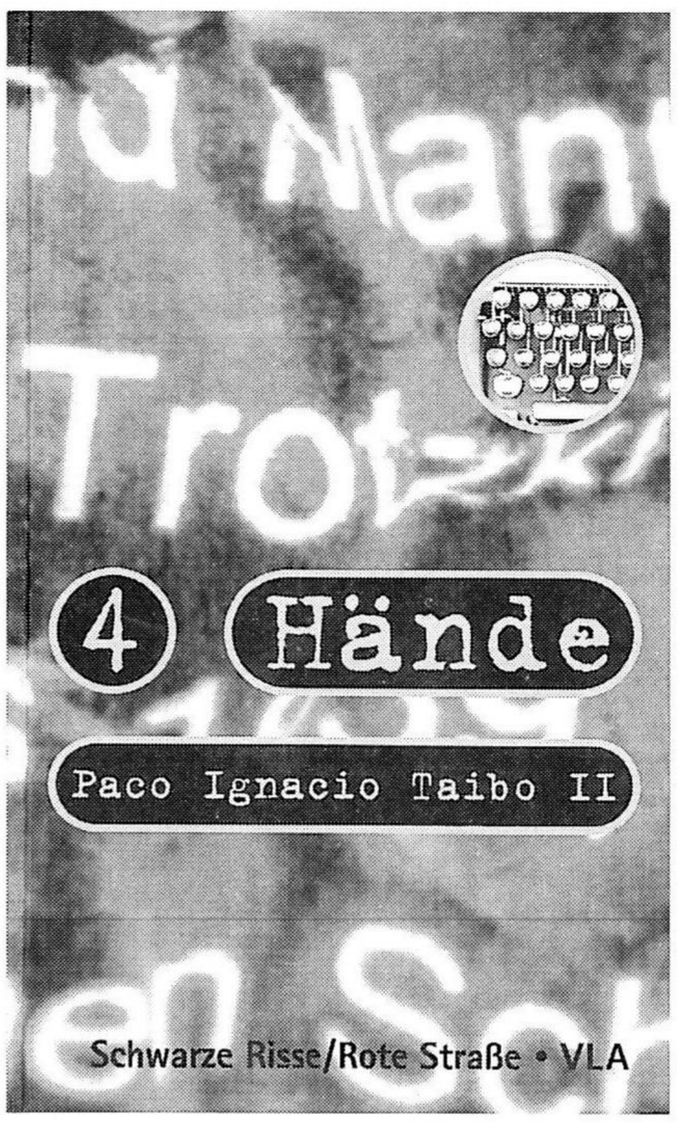
Noch eine letzte Frage: Vorhin habt Ihr gesagt, wenn es Zeit sei, komme der nächste Stilbruch. Was ist denn der nächste?

Carl: Es gibt wieder viele interessante Entwicklungen.
Justin: In unserer Situation in München sind wir auf Munich-Disco gestoßen, Elemente aus den späten 70ern, die wir aufgreifen wollen.

Z.B. Silver Convention?

Carl: Ja. Das hat wiederum auch was mit Trash zu tun, was aber wirklich auch interessant ist sozusagen, gerade in München wo diese ganzen Platten aufgenommen wurden.
Justin: Amanda Lear auch beispielsweise.
Carl: So schlecht ist dieses Zeug nicht. Also es ist zum Teil schlecht, aber hat auch wiederum was gutes, sozusagen gut-schlecht [Lachen]. Techno/House hat auch einen großen Einfluß auf uns. München ist da ja neben Berlin und Frankfurt ganz groß. In München gibt’s auch sehr viele House-Clubs und unser Label – Disco-B – ist ja in erster Linie ein House-Label und das geht natürlich auch nicht an einem so spurlos vorbei. ●

Jetzt *links*
abonnieren oder werben
für ein Jahr und länger ...



1

Paco Ignacio Taibo II:
Vier Hände
Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße und Verlag Libertäre Assoziation, Berlin/Hamburg 1996, 413 Seiten
„Leo Trotzki schreibt im mexikanischen Exil an einem Krimi. Stan Laurel fährt auf Sauftour aus den Filmstudios nach Mexiko, ein bulgarischer Kommunist kämpft im spanischen Bürgerkrieg, US-amerikanische Geheimdienstler wollen den Sandinisten ans Leder, Emilio Salgaris Piraten und Sandokan schwirren durch die Seiten."
(siehe *tellerwäscher*, S. 39 f.)

2

Diverse:
Camp Imperial. Electronic Rock Resistance. Triggered by Imperial Sound Kollektiv, L'Age d'Or/Rough Trade, Hamburg 1996
„Die Hymne, die hier gesungen bzw. instrumentell dargeboten wird, ist die auf die Freiheit der Stile und der neuen Unordnung von Computer und Gitarre. 20 verschiedenste Stücke stehen für die Brandbreite der im Imperial produzierten Musik."
(siehe *tellerwäscher*, S. 39)

... und eine der zwei Prämien kassieren!

❑ Normal-Abo (W: DM 75,- / O: DM 50,- incl. Porto, Versand und MWSt.; Luftpostpreise auf Anfrage)
❑ Ermäßigtes Abo (DM 56,- gegen Vorlage von Studi-, Arbeitslosen- oder Sozialhilfebescheinigung)
❑ Förder-Abo (*links* für DM100,- oder mehr)
❑ Geschenk-Abo (*links* für ○ **1 Jahr**; Preis wie Normal-Abo) ab Monat/Jahr: _____

Betrag: ○ zahle nach Erhalt der Rechnung
○ mit Einzugsermächtigung: abbuchen von

Konto: _____ Bank: _____

BLZ: _____

○ Das **Geschenk-Abo** geht an folgende Adresse
○ Ich habe den/die AbonnentIn geworben, bin bereits *links*-AbonnentIn und möchte die angekreuzte **Werbeprämie** als Dankeschön.

○ Prämie 1 ○ Prämie 2

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
Plz Ort

_____
Datum Unterschrift

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
Plz Ort

Vertrauensgarantie: Diese Vereinbarung kann schriftlich innerhalb von zehn Tagen widerrufen werden. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 30.9. vor Ende des Kalenderjahres (bzw. 3. Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes) schriftlich gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Infoladen Leipzig
Koburger Str. 3 SO 1
D 04277 Leipzig

BUCHLÄDEN

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen am Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Hostatastraße/
Ecke Albanusstr. 29
Bahnhofsbuchhandlung
Schmitt & Hahn
Im Hauptbahnhof
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Club Voltaire
Kleine Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Hamburg
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen a. Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Köln
Der andere Buchladen
Wahlenstr. 1
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Vereinigte Universitäts- u.
Fachbuchhandlung
Richard-Wagner-Str. 1
Konstanz
Buchladen
"Zur schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis—Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Frauenstr. 42
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str. / Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Weingärtnerstr. 7
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbücken
Der Buchladen GmbH
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Sandstr. 9
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in der
Gartenstraße
Gartenstr. 20
Die Gruppe
Münzgasse 15
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Zürich
Pinkus & Co.
Froschgasse 7